

DIE LINKE. Vulkaneifel • Postfach 12 03 • 54543 Daun

DIE LINKE

– Landesschiedskommission –
Gärtnergasse 24
55116 Mainz

Per Email: lsk@die-linke-rlp.de

Ken Kubota Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Postfach 12 03 54543 Daun

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 info@die-linke-vulkaneifel.de www.die-linke-vulkaneifel.de

28. Oktober 2019

Antrag auf Parteiausschluss: Das ,System Ulrich' bzw. das ,Ulrich-Werner-Kartell' in

Rheinland-Pfalz

Unser Az.: Problem-LV-0005-2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit stellen wir folgenden Antrag:

Antragsteller:

- 1. *DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel*, vertreten durch den Bevollmächtigten Ken Kubota, hilfsweise vertreten durch die Kreisvorsitzende Marlene Hilsenrath
- 2. *Marlene Hilsenrath*, c/o DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel, Postfach 12 03 54543 Daun
- 3. *Ken Kubota*, c/o DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel, Postfach 12 03 54543 Daun

Antragsgegner:

Die im Antrag (s. u.) genannten Personen.

Antrag:

Es werden folgende Personen aus der Partei ausgeschlossen:

1. Alexander Ulrich (Dauer-MdB, Präsidium des Landesausschusses, ehemals Landesvorsitzender), Frank Eschrich (Dauer-Angestellter von Alexander Ulrich, Mitglied des Landesvorstands, Vorsitzender Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens, verurteilt vom Landgericht Zweibrücken wegen unwahrer Behauptungen und Wiederholungsgefahr), Jochen Bülow (Landesvorsitzender, Dauer-Angestellter von Alexander Ulrich, aktuell bezahlt von allen drei LINKE-MdBs in Rheinland-Pfalz, Vorsitzender Kreisverband Neuwied), Brigitte Freihold (MdB, Partnerin von Frank Eschrich, Vorsitzende Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens, Wilhelm Vollmann (Stasi-IM über fast zwei Jahrzehnte und ehemals Mitglied im Präsidium des Landesausschusses), Katrin Werner

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Volksbank RheinAhrEifel eG • IBAN: DE97 5776 1591 0392 5720 00 • BIC: GENO DE D1 BNA

(MdB, Landesvorsitzende, Vorsitzende Stadtverband Trier), **David Schwarzendahl** (Angestellter von Alexander Ulrich, Mitglied des Landesvorstands, Vorsitzender Stadtverband [Kreisverband] Frankenthal), **Fabian Bauer** (LGS-Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben), **Peter Weinand** (Landesschatzmeister, Mitglied des Landesvorstands, ehem. Mitarbeiter im Wahlkreisbüro), **Martin [Thomas] Horsch** (Vorsitzender Landesschiedskommission), **Friedrich (Fritz) Eichelhardt** (Kreisverband Neuwied, Mitglied Verbandsgemeinderat Linz), **Liborio Ciccarello** (Vorstandsmitglied Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Ludwigshafen).

2. Sieglinde Andersen, Wolfgang Schmitt, Anka Klotz, Andreas Göttlicher und Andreas Herbster.

Befangenheitsanträge:

Gem. § 11 Abs. 2 der Schiedsordnung wird beantragt, **Martin Horsch** von der Mitwirkung am Verfahren wegen Befangenheit auszuschließen. Martin Horsch ist hier Antragsgegner (s. o.), außerdem wurde er bei der Absprache mit Alexander Ulrich beobachtet (Horsch unmittelbar nach der Wahl der LSK zu Ulrich: "So wie gedacht." – siehe Anlage Antrag 1) und sprach sich trotz groben Fehlverhaltens von Antragsgegner Fabian Bauer mittels einer bewussten Verdrehung für diesen aus, indem er bezeugte Vorgänge leugnete (Anlage Email: "ganz anders als hier behauptet"). Neben der hemdsärmeligen Parteinahme für Bauer ist auch die Vorstellung des dort abwesenden Antragsgegners Peter Weinand durch Horsch beim letzten Landesparteitag im November 2018 für die Wahl zum Landesschatzmeister als Beleg für Befangenheit zu werten.

Gem. § 11 Abs. 2 der Schiedsordnung wird beantragt, **Max Müller** von der Mitwirkung am Verfahren wegen Befangenheit auszuschließen. Max Müller ist dem Vernehmen nach ein Rechtsanwalt, der dem Ulrich-Kreis zuzurechnen ist; mehrere Parteigenossen mit vielen Jahren Erfahrung im Landesverband bestätigen dies.

Begründung:

Die genannten Personen zu 1. sind Teil des "Systems Ulrich" (bzw. des "Ulrich-Werner-Kartells"), das seit Gründung der Landespartei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Jahre 2007 und – zahlreichen Schilderungen zufolge – auch bereits davor in der WASG den Landesverband als ganzen für eigene persönliche Zwecke missbraucht und dafür die Rechte anderer Parteimitglieder auf massivste Weise verletzt.

Die genannten Personen zu 2. gehören zum Umfeld von Katrin Werner und haben nach Angaben von Dr. Johannes Verbeek mit falschen Angaben (leider erfolgreich) seinen Parteiausschluss betrieben.

Zum Sachverhalt zu 1. wird auf folgende Anträge unseres Kreisverbands zum Landesparteitag verwiesen, die als Anlagen beigefügt sind, und in denen die Methoden unter Nennung zahlreicher Zeugen und Betroffener beschrieben sind: Antrag 1 (Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission), Antrag zur Satzung S2 (Gemeinsame Feststellung der Delegiertenzahlen).

Einige der von Dritten beschriebenen Methoden seien hier kurz skizziert (Zitate in den Anlagen nachgewiesen, zumeist eigene Hervorhebungen):

1. Mutmaßlich **manipulierte Mitgliederdaten**: "nur das Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen

sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen [...]." (Leo Stefan Schmitt, ehemaliger Polizist und SPD-Landtagsabgeordneter im Saarland, später LINKE-Landtagsabgeordneter in Bremen und Mitarbeiter von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz)

Es sei darauf hingewiesen, dass eine Manipulation von Mitgliederdaten kein Kavaliersdelikt ist, da mit Hilfe von Karteileichen (Zahlung der Mitgliedsbeiträge durch Dritte) die Zahl der eigenen Delegierten auf Landesparteitagen und bei Listenaufstellungen (z. B. zur Wahl zum Deutschen Bundestag) erhöht und somit fundamentale demokratische Grundrechte der Mitglieder der anderen Kreisverbände verletzt werden. Konkret beherrscht das 'System Ulrich' den Landesverband seit seiner Gründung, wir sehen den beschriebenen Mechanismus aufgrund der folgenden Darstellung und vor allem der Zitate als bewiesen an.

Auch wird betont, dass die auf den ersten Blick gering erscheinende Zahl der in Frage stehenden Mitgliedschaften im Verhältnis im LV RLP durchaus massgeblich sein kann bzw. ist.

- 1.1. SMS von Alexander Ulrich: "Keiner will von euch Geld, wir wollen nur Unterschriften, dass die Mitglieder gezahlt haben" (Leerzeichen vor Komma wie im Original). Die Handynummer 0173 3025678 ist auch auf öffentlichen Internetseiten der LINKEN RLP sowie der IG Metall angegeben.
- 1.2. Zitat der Bundesfinanzrevisionskommission im Zitat: "Diese Mitgliederbereinigungen waren in vielen Fällen auf frühere Mitgliedermanipulationen zurückzuführen. [...] Das berühmte Fass zum Überlaufen in dieser Angelegenheit hat wohl ein Schreiben von Brigitte Freihold gebracht. Brigitte Freihold, Kreisvorsitzende in Pirmasens, Mitglied des Präsidiums des Landesparteirates, [...] Beiträgen hält, sie hat damit auch die Bundesfinanz-Revisionskommission auf den Plan gerufen. [...] Diese [...] hat sich verwundert über die hohe Anzahl von Personen geäußert, für die 'Dritte' die Beiträge bezahlen, (und damit Delegierte produzieren) und eine Änderung des Verfahrens verlangt und sich vernichtend zu Formender Mitgliederwerbung geäußert: 'Mitgliederwerbemaßnahmen wie in Pirmasens sind zu unterlassen'!"
- 1.3. Auch in der aktuellen "Regionseinteilung zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten" ("Beschluss des Landesvorstands vom 6.10.2019") sind die einzigen Kreisverbände, die neben der Landeshauptstadt Mainz mehr als das Doppelte der durchschnittlichen Mitgliederzahl pro Kreisverband haben, ausgerechnet Pirmasens (282%, Vorsitzende: der Verurteilte Frank Eschrich und dessen Partnerin Brigitte Freihold) und Kaiserlautern-Land (207%, Vorsitzender: Alexander Ulrich).
- 1.4. "Kaiserslautern-Land / wie der beigefügten Säumigenliste zum 31. Mai zu entnehmen ist, haben 26 Mitglieder gemeinsam am 19.5.2012 ihre Zahlungen an den Landesverband eingestellt: / Hintergrund dazu ist eine Sammelüberweisung vom Konto Alexander Ulrich in Höhe von 504.- Euro vom 2. Mai 2011. Die Mitglieder, für die der Beitrag bezahlt wurde, sind ebenfalls in einem Begleitschreiben aufgeführt. [...] Einzahlungsbelege gibt es von keinem dieser 26 Mitglieder." (Leo Stefan Schmitt)

- 1.5. "Neuwied / in Neuwied wurde -welch ein Zufall- am 9. Mai 2011 vom Konto Friedrich Pius Eichelhardt Beitrag für 13 Mitglieder à 1,5 Euro überwiesen. Entsprechende Einnahmen sind nirgends aufgeführt." (Leo Stefan Schmitt)
- 1.6. "Kusel / In Kusel sind rund 20 Personen Ende des Jahres 2011 in die Partei eingetreten, für die Patrick Hoffmann, wie er selbst beim Landesparteitag bestätigt hatte, die Mitgliedsbeiträge übernommen hat. Dem Vernehmen nach sind diese Mitglieder großenteils geworben worden mit dem Hinweis, die Mitgliedschaft sei umsonst und man könne als Mitglied umsonst mit dem Abgeordneten Ulrich nach Berlin fahren." (Leo Stefan Schmitt)
- 1.7. "Pirmasens / In Pirmasens wurde bei der Buchprüfung 2011 festgestellt, dass Frank Eschrich für 8 bis 10 Personen den Beitrag in Höhe von 1,5 Euro bezahlt, da sind hier bekannte Verwandte (Freihold) nicht einbezogen. Entsprechende Einnahmen von diesen Mitgliedern sind nirgendwo vermerkt." (Leo Stefan Schmitt)
- 1.8. "Frankenthal / Das gleiche gilt für Frankenthal, wo von Konten von Rosalia und Liborio Ciccarello für mehr als 20 Mitglieder der Beitrag gezahlt wird, ohne dass Einnahmen zu erkennen sind." (Leo Stefan Schmitt)
- 1.9. "Fazit: / Durch die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen entweder durch Sammelüberweisungen oder von Konten, die mit den Mitgliedern nichts zu tun haben und denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen verstößt der Landesverband gegen das Parteiengesetz." (Leo Stefan Schmitt)
- 1.10. "Dies hängt nach meiner Auffassung im Wesentlichen mit der allein auf Delegiertenakquise fixierten Änderung unserer Mitgliederstruktur und unserer insbesondere in Rheinland-Pfalz unsäglichen Umgangsform zusammen, die immer mehr gutsituierte und politisch links interessierte aber unabhängige Mitglieder geradezu aus der Partei rausekelt!" (Leo Stefan Schmitt)
- 1.11. Der Kreisverband Vulkaneifel hat festgestellt, dass im Landesverband die vorgesehene Praxis der Quittung mit Originalunterschrift nicht eingehalten wird.
- 1.12. Aktuell: Anfragen beim Landesverband, gemeinsam den Mitgliederbestand zu prüfen (z. B. Vorliegen wenigstens einer Originalunterschrift im Vorjahr bei Barzahlungen/Sammelüberweisungen auf Quittungen), bleiben unbeantwortet oder werden negativ beschieden. Jegliche Kooperation bei Aufklärungsbemühungen wird verweigert. (Exemplarisch sei auf die Email des KV Vulkaneifel vom 23. September 2019 mit dem Betreff "Einladung zur Vorstandssitzung: Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" verwiesen. Weder wurde die Einladung angenommen, noch anderweitig auf die Vorschläge reagiert.)
- Missbräuchliche (und inflationäre) Anrufung von Schiedskommissionen (u. a. Parteiausschlussverfahren) unter Verwendung einer aufgrund der Ulrich-Mehrheit einseitig besetzten Landesschiedskommission und mit Hilfe manipulierter Darstellungen.

- 2.1. "Dass bei dem Ausschluss von Sondermann der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Alexander Ulrich ebenfalls eine wesentliche Rolle gespielt haben könnte, geht aus einer Eidesstattlichen Versicherung vom 26. September 2008 hervor, die REPORT MAINZ vorliegt. Darin erklärt Bettina Lau, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes, dass der Landesvorsitzende Alexander Ulrich von ihr in diesem Sommer telefonisch eingefordert hat: , ... wir müssen Wolfram Sondermann solange niedermachen, bis er die Partei verlässt." (REPORT MAINZ/SWR)
- 2.2. "Die Landesschiedskommission ist zum großen Teil mit Personen besetzt, die sich dem LAVO verpflichte[t] fühlen, also alles andere als unabhängig agieren. Dadurch haben Kreisverbände, die berechtigte Kritik am Vorgehen des LAVO haben, z.B. bei der Berechnung der Delegierten, kaum eine andere Wahl, als vor Zivilgerichten ihr Recht zu suchen. Ich selbst finde das sehr bedauerlich und versuchen meine Differenzen möglichst parteiintern zu klären." (Marion Morassi, Vorsitzende Kreisverband Ahrweiler)
- 2.3. "Der Fall des ehemaligen Kreisvorsitzenden Klaus Raddatz im Kreisverband Kusel, der in seiner zweijährigen Amtszeit eigenen Angaben zufolge vier Parteiausschlussverfahren ausgesetzt war, die von damaligen Ulrich-Günstligen eingeleitet wurden." (Kreisverband Vulkaneifel, Antrag 1: Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission)
- "Ferner enthielt der Antrag gegen Christian E. Hirkes vom 19.12.2017 die 2.4. manipulative – vermutlich vom Landesverband insinuierte – Darstellung, Christian E. Hirkes habe Mitgliederdaten "im Internet weltweit zugänglich gemacht" (S. 1) und "sensibelste Daten vorsätzlich bewusst öffentlich gemacht" (S. 2). Richtig ist, dass der Link einen kryptografischen Schlüssel enthielt, der einem Passwort entspricht. Eine Übermittlung via Dropbox entspricht technisch der Übermittlung als Email-Anhang. Ausschließlich der/die Empfänger der Email erhalten Zugriff. So bietet beispielsweise das Mailprogramm Apple Mail standardmäßig an, große Anhänge per Dropbox zu versenden. Zugang zu den Daten hatte also ausschließlich der Landeswahlleiter und nicht, wie suggeriert, die Weltöffentlichkeit. / Wir haben den Eindruck, dass der Landesverband den Bundesschatzmeister, der den Antrag formulieren ließ. und die Schiedsgerichte täuschen wollte, und diese sich wohl leider auch täuschen ließen. Ein erheblicher Schaden für die Partei durch Christian E. Hirkes lässt sich unseres Erachtens nicht feststellen." (Ken Kubota, Vorstandsmitglied Kreisverband Vulkaneifel)

3. Angriffe auf die private und/oder berufliche Existenz, falsche Aussagen vor Gericht:

3.1. "Die frühere Bundestagsabgeordnete und zeitweilige Parteichefin Kathrin Senger-Schäfer (53) aus Ludwigshafen verlässt den Landesverband. Als Grund nennt sie "undemokratische Zustände". Dies teilte Senger-Schäfer der Zeitung DIE RHEINPFALZ mit. Senger-Schäfer reagiert mit ihrem Austritt auf eine RHEINPFALZ-Veröffentlichung über die Lage der zerstrittenen Landespartei. Die geschilderten Zustände hätten sie ihrer Einschätzung bestätigt, dass die Linke in Rheinland-Pfalz "undemokratisch im Innern und unpolitisch im Äußeren ist",

heißt es in der Pressemitteilung. Als überzeugte Demokratin könne sie nicht einer Landespartei angehören, in der Mitglieder manipuliert und Machtkämpfe um Ämter und Mandate auf Kosten politischer Glaubwürdigkeit ausgetragen würden. "Eine Landespartei, in der Mitglieder beleidigt, diffamiert, bedroht und mittels unhaltbarer Gerüchte ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, hat nichts mit dem zu tun, wofür die Linke steht", schreibt die Politikwissenschaftlerin und Publizistin. [...] Ihre Arbeit sei anerkannt worden, nur nicht von den Linken in Rheinland-Pfalz unter dem jetzigen Vorsitzenden Alexander Ulrich, bedauert Senger-Schäfer." (Artikel Rheinpfalz)

- 3.2. "Zu den Ulrich-üblichen Verfahren Kritiker mundtot zu machen und einzuschüchtern gehört auch diese zu kriminalisieren. So gab es 2009 eine Anzeige von Robert Drumm mit eidesstattlicher Erklärung gegen Klaus Raddatz wegen angeblicher Mailfälschung mit einer Strafandrohung in Höhe von 250000.-€ oder ersatzweise 6 Monate Haft. Dies stellte sich vor Gericht als Meineid [jur. exakt: falsche eidesstattl. Erkl.] gegen Klaus Raddatz heraus. Vor Gericht behauptete Drumm diese Anzeige gegen Raddatz mit Ulrich abgesprochen gehabt zu haben. Die Strafverfolgung gegen Robert Drumm wegen fahrlässiger Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung und wegen Vortäuschung einer Straftat wurde It. Rheinpfalz wegen fehlenden öffentlichen Interesses niedergelegt. Damit es niedergelegt werden konnte, musste Robert Drumm ein Bußgeld von 1800€ zahlen."
- 4. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei eine Verzögerungs- und Hinhaltetaktik und die Sabotage jedweder inhaltlicher Zusammenarbeit. Gezielte Vergeudung der Arbeit, Zeit und Energie innerparteilicher Gegner selbst in der Erledigung von Routineaufgaben.
 - 4.1. "heute (Do. 24.10.2019, 14:24 Uhr) hat unser Kreisschatzmeister mit Claudia Gohde (Leiterin der Bundesgeschäftsstelle) telefoniert. / Claudia – ggf. möge sie bitte korrigieren - wies darauf hin, dass bei Einreichung von Anträgen im Namen des Kreisverbands das Verlangen eines Hinweises auf einen Beschluss zwar unüblich, aber nicht ausgeschlossen sei. Im Regelfall vertraue man bei der Einreichung der Anträge durch die/den Kreisvorsitzende/n auf das Vorhandensein eines solchen. / Im Falle des Verlangens eines Hinweises auf einen entsprechenden Beschluss reiche der Hinweis auf einen Beschluss des Kreisvorstandes aus. Dies habe sie Ihnen (Fabian Bauer) auch bereits mitgeteilt. / [...] / Das Verhalten der Landesgeschäftsstelle und insbesondere von Fabian Bauer (unübliches Verhalten bei Einreichung kritischer Anträge, unzulässiges Verlangen eines Hinweises auf einen Beschluss einer Kreismitgliederversammlung, Ausbleiben einer umgehenden Korrektur auch nach Hinweis durch die Leiterin der Bundesgeschäftsstelle) zusammen mit Schilderungen von Genossinnen und Genossen über ähnliche Vorkommnisse in der Vergangenheit werten wir als deutliches Indiz dafür, dass die Landesgeschäftsstelle und insbesondere Fabian Bauer nicht neutral, sondern im Sinne des "Systems Ulrich" agieren und die Ausübung der demokratischen Rechte der innerparteilichen Organe bewusst zu vereiteln versuchen." (Marlene Hilsenrath, Kreisvorsitzende im Kreisverband Vulkaneifel)

- 5. **Zermürbung und Vergraulen**: Die Gesamtheit der verwendeten Methoden, von denen hier nur einzelne aufgeführt wurden, zusammen mit den persönlichen und zeitintensiven Angriffen seitens des "Systems Ulrich" mit seinen bezahlten Kräften führt in der Regel dazu, dass die ehrenamtlichen unabhängigen Aktiven entnervt aufgeben.
 - "Das Vergraulen von unabhängigen Parteigenossen mit allen Methoden (Parteischiedsverfahren, kostenintensive Gerichtsverfahren, Angriff auf die Existenz in privater und/oder beruflicher Hinsicht, Entzug der Kasse. Verweigerung des Zugangs zur Mitgliederdatenbank, Verzögerungs- und Hinhaltetaktik). (,Das ist sein Verständnis von Stärke: Diffamierung von Kritikern, Häme, Existenzvernichtung. Je stärker der Ulrich, desto unsozialer DIE LINKE. (Harald W. Jürgensonn)) Zahlreiche Genoss/inn/en sind wegen des "Systems Ulrich" aus der Partei ausgetreten. Die Hemmungslosigkeit des "Systems Ulrich" scheint grenzenlos zu sein. Darüber hinaus tun die unsäglichen Umgangsformen im Landesverband Rheinland-Pfalz ihr übriges: ,Dies hängt nach meiner Auffassung im Wesentlichen mit der allein auf Delegiertenakquise fixierten Änderung unserer Mitgliederstruktur und unserer insbesondere in Rheinland-Pfalz unsäglichen Umgangsform zusammen, die immer mehr gutsituierte und politisch links interessierte aber unabhängige Mitglieder geradezu aus der Partei rausekelt!' (Leo Stefan Schmitt)" (Kreisverband Vulkaneifel, Antrag 1: Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission)
 - 5.2. Rainer Stablo in 2007 (Rainer Stablo, *Die Linke. Und ich. Politische Interventionen innerhalb und außerhalb der Partei sowie Gedanken und Gedankensplitter*, Norderstedt 2016, ISBN 978-3-7412-8900-2):
 - 5.2.1. "Die Parteispitze wird seit WASG-Zeiten von einer **Gruppe um Alexander Ulrich** geprägt und beherrscht, die sich durch einen autoritären, selbstherrlichen, anmaßenden, undemokratischen, unselbstkritischen, ausgrenzenden, unsolidarischen, überheblichen Führungsstil auszeichnet (weitere Attribute ließen sich finden). / Dieser Zirkel sichert sich ab und wird abgesichert bei Parteitagen, innerparteilichen Wahlen und Beschlüssen durch sich selbst und verbündete FunktionsträgerInnen oder Mitglieder auf Landes-, Kreis- und Stadtebene."
 - 5.2.2. "Der Zirkel arbeitet mit allem was denkbar und möglich ist, auf allen Ebenen der Partei: mit Satzungs-, Tagesordnungs-, Einladungstricks, die (meist) formal in Ordnung sind und formal begründet werden, verspäteter Vorlage von Entscheidungs- und Sitzungsunterlagen, gezielter Stimmungsmache und gespielter Empörung, Reden die nicht dokumentiert werden, Verharmlosung von eigenen (Form-)Fehlern, zurückgehaltenen Informationen, Desinformation, Nichtbeantwortung von Fragen und Anfragen, im Zirkel abgesprochener Besetzung von Präsidien und Antragsberatungskommissionen etc., Nichtweitergabe oder fehlerbehafteter Weitergabe von Mitgliederdaten an Kreisverbände, Versuchen der Beeinflussung von / Mitgliedern durch (geheime) Einzelgespräche, Entsolidarisierungs-, Spaltungsversuchen, von außen initiierter und durch interne Verbündete betriebener Abwahl von Kreisvorständen der WASG,

Nichtanerkennung von Übergangsvorständen der Linkspartei.PDS, dem Versand von Einladungen zur konstituierenden Sitzung über die Köpfe des Kreisvorstandes hinweg, alles geschehen im Kreis Bernkastel-Wittlich, der inflationären Anrufung von Schiedskommissionen, Drohungen mit juristischen Schritten, Ignoranz und der Diffamierung einzelner Mitglieder." (Anmerkung: Die mutmaßliche Manipulation von Mitgliederdaten wird hier unterschätzt, die wir für den Schlüsselmechanismus halten.)

- 5.2.3. "Warum aber funktioniert das Ganze? Warum funktioniert es bis heute, viel zu lange schon, obwohl es ja keinesfalls geräuschlos von statten geht? Die Auseinandersetzungen und Spannungen innerhalb des Landesverbandes Rheinland-Pfalz sind ja nicht zu übersehen. / Meines Erachtens funktioniert es nur, weil viel zu viele Mitglieder in Rheinland-Pfalz passiv sind, resigniert sind, das Spiel(?) nicht durchschauen, nicht durchschauen wollen, aber auch, ganz wichtig, weil viele die (relative) Mehrheit zum entscheidenden Zeitpunkt! es durchaus auch unterstützen!!! Weshalb auch immer. Vielleicht winkt da doch ganz profan der eine oder andere Parteiposten in der näheren oder ferneren Zukunft?"
- 5.3. "Fakt ist: Du [Jochen Bülow] hast mich als Angestellte des Landesverbandes gemobbt aus machtstrategischen Gründen und Alexander hat tatenlos zugesehen. Es ist die Pflicht des Arbeitsgebers die Angestellten vor Mobbing zu schützen. Dies wurde mir aber nicht gewährleistet. Demzufolge bin ich erkrankt und heute noch in therapeutischer Behandlung. Artzberichte [sic] usw. diesbezüglich liegen vor." (Martina A., ehemalige Angestellte des Landesverbandes)
- 5.4. "Dass Leute wie er [Vollmann] jahrelang die Partei DIE LINKE dominieren konnten und so jegliche landespolitische Arbeit verhindert haben hat mich, wie hunderte andere aus der Partei getrieben, quasi im "Durchlauferhitzersystem"." (Martin Krötz, ehemaliger Beisitzer im Landesvorstand und Kreisvorsitzender im Kreisverband Cochem-Zell, wegen der Missstände 2016 von allen Ämtern und aus der Partei ausgetreten))
- 5.5. "Irgendwann war das Maß voll, wenn Du nur bekämpfst wirst, nicht mal die Daten Deiner Mitglieder bekommst aber gleichzeitig eine korrekte Kassen Führung unterschreiben sollst. Die haben ganz bewusst jegliche Politikentwicklung im Landesverband bekämpft und die Partei auf Jahre ins Abseits gestellt. / Sobald sich hier etwas entwickelt hätte, wäre ihre Machtposition in Frage gestellt gewesen." (Martin Krötz)
- 5.6. Exemplarisch der Versuch von Vollmann, aus einem mehrseitigem Text eine einzelne Behauptung herauszuziehen und u. E. eindeutig rechtsmissbräuchlich dem vermeintlichen Urheber vor Gericht aufgrund dieser einzelnen Behauptung erhebliche Kosten zu verursachen (Streitwert exakt 5.001 €, also über 5.000 €, d. h. forcierte Zuständigkeit des Landgerichts mit Anwaltspflicht anstelle des eigentlich zuständigen Amtsgerichts). In diesem Fall ging der Versuch nach hinten los, Vollmann musste rd. 2.500 € Kosten (Gerichtsgebühren und beide Anwälte) zahlen.

- 6. Systematische Diffamierung und Diskreditierung von Kritikern des "Systems Ulrich"
 - 6.1. Um Kritiker mundtot zu machen, werden sie von Mitgliedern des "Systems Ulrich" systematisch diffamiert, um deren Glaubwürdigkeit zu erschüttern.
 - 6.2. Anträge zum Landesparteitag (Stand online: 26.10.2019) werden im Antragsheft teilzensiert und mit diffamierenden Anmerkungen ("potenzielle Verleumdungen" anstatt z. B. "rechtlicher Bedenken") versehen. Das demokratische Grundrecht, Anträge (mit vollständigen Begründungen) einzureichen, wird unterlaufen.
- 7. Sachbeschädigung und physische Gewalt gegen Genossen
 - 7.1. Sachbeschädigung: "Im Übrigen legt der zeitliche Zusammenhang nahe, dass die zahlreichen Diebstähle und Sachbeschädigungen der Gruppe um Katrin Werner zuzuordnen sind: 'Seit Anfang des Jahres 2010 sind einige Einbrüche, Diebstähle, Sachbeschädigungen und mutwillige Zerstörungen sowie ehrverletzende Beschimpfungen und üble Beleidigungen gegen mich gerichtet worden. Darüber habe ich mich ein halbes Jahr nicht geäußert. Taschen, Fahrräder, Autoreifen und mein Motorrad wurden entwendet und zerstört. Zwar habe ich in allen Fällen unmittelbar eine Anzeige erstattet, aber ebenso wurden die Ermittlungen gegen 'unbekannt' von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Der rein finanzielle Schaden beziffert sich mittlerweile auf über 3500 Euro.' " (Kreisverband Vulkaneifel, Antrag 1: Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission; Zitat im Zitat von Dr. Johannes Verbeek)
 - 7.2. Physische Gewalt: "Ulrich hatte diesen Personen, welche in der Mehrheit IG Metaller waren, Vorteile in Aussicht gestellt. Dem wurde auf Nachfragen während der Sitzung auch nicht widersprochen. Diese Personen stellten die Mehrheit und zeigten ein gewisses aggressives Dominanzgebaren gegenüber den anderen. Über die Art und Weise waren viele aktive Genossen erschrocken und konstatiert. Auf die undemokratischen Vorgehensweisen angesprochen, attackierte der damals noch Ulrichbegünstigte Robert Drumm das kritische Mitglied Manfred Schmitt körperlich." (Klaus Raddatz, ehemaliger Kreisvorsitzender im Kreisverband Kusel, der in seiner zweijährigen Amtszeit eigenen Angaben zufolge vier Parteiausschlussverfahren ausgesetzt war, die von damaligen Ulrich-Günstligen eingeleitet wurden)
- 8. Aufrechterhaltung der eigenen Mehrheit im Landesverband durch Zermürbung und Vergraulen unabhängiger Parteigenossen
 - 8.1. Oppositionelle ehrenamtlich Engagierte haben in der Regel keine Chance gegen die fortgesetzten Attacken und Schikanen der bezahlten Truppe des "Systems Ulrich" und müssen i. d. R. früher oder später aufgeben, da jedes weitere Engagement innerhalb des Landesverband vergeudete Lebensenergie bedeutet.
 - 8.2. Zahlreiche Parteigenoss/inn/en sind aufgrund der oben geschilderten Zustände ausgetreten.

Für eine vollständigere Übersicht über die verwendeten Methoden sei auf Antrag 1 des Kreisverbands Vulkaneifel verwiesen: Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission.

Als entscheidend für die anhaltenden Mehrheitsverhältnisse im "System Ulrich" wird von uns die Kombination der beiden Methoden angesehen: Die mutmaßliche Manipulation von Mitgliederdaten zur Hebung der eigenen Delegiertenzahl und das Vergraulen unabhängiger Parteigenoss/inn/en aus der Partei (Mobbing, Parteiausschlussverfahren etc.).

Es bestehen sektenartige Zustände im Landesverband ("Schere im Kopf"): "Die Berliner Parteizentrale ihrerseits hatte intern bereits im Sommer schriftlich die Zustände in RLP als "beschämend" bezeichnet." (REPORT MAINZ/SWR)

Das Verhalten der Personen des "Systems Ulrich" ist im höchsten Maße parteischädigend und verhindert eine jegliche Entwicklung der Landespartei.

Im Übrigen wird die Anhörung zahlreicher **Zeugen** (darunter viele Betroffene) beantragt, über deren Kontaktdaten und/oder Anschrift wir verfügen:

- Leo Stefan Schmitt (ehemaliger Polizist und SPD-Landtagsabgeordneter im Saarland, später LINKE-Landtagsabgeordneter in Bremen und Mitarbeiter von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz)
- Klaus Schabronat (wegen der Missstände im Landesverband Rheinland-Pfalz jetzt in einem anderen Landesverband organisiert; Zeuge: "Jochen Bülow hat ein besonders langes Sündenregister")
- Wolfgang Ferner (ehemals Landesvorsitzender, wegen der Missstände zurückgetreten)
- Alexandra Erikson (ehemals Landesvorsitzende, wegen der Missstände zurückgetreten)
- Roger Mallmenn (Vorsitzender Kreisverband Rhein-Hunsrück, klagte zivilrechtlich erfolgreich gegen den Landesverband)
- Gerd Winkelmeier (ehemaliges Mitglied des Bundestags, klagte zivilrechtlich erfolgreich gegen den Landesverband)
- Christian E. Hirkes (offenkundig mit Hilfe manipulierter Darstellung aus der Partei ausgeschlossen; aufgrund des Aufklärungswillens in Fragen der mutmasslichen Manipulation von Mitgliederdaten Gegner des "Systems Ulrich", klagte zivilrechtlich erfolgreich gegen den Landesverband)
- Kathrin Senger-Schäfer (ehemaliges Mitglied des Bundestags, wegen der Missstände im Landesverband Rheinland-Pfalz jetzt in einem anderen Landesverband organisiert)
- Klaus Raddatz (ehemaliger Kreisvorsitzender im Kreisverband Kusel, der in seiner zweijährigen Amtszeit eigenen Angaben zufolge vier Parteiausschlussverfahren ausgesetzt war, die von damaligen Ulrich-Günstligen eingeleitet wurden)
- Manfred Schmitt (Kreisverband Kusel, Opfer physischer Gewalt des damaligen Ulrich-Günstlings Robert Drumm)

- Martina A. (ehemalige Angestellte des Landesverbandes, Mobbing-Opfer von Jochen Bülow, das therapeutisch behandelt werden musste)
- Dr. Johannes Verbeek (offenkundig mit Hilfe manipulierter Darstellung aus der Partei ausgeschlossen; aufgrund der inhaltlichen Kompetenz Gegner von Katrin Werner; Opfer von Sachbeschädigungen)
- Rainer Stablo (ehemals Vorstandsmitglied im Kreisverband Bernkastel-Wittlich und Kreistagsabgeordneter, Autor des Buchs Die Linke. Und ich. Politische Interventionen innerhalb und außerhalb der Partei sowie Gedanken und Gedankensplitter, Norderstedt 2016, ISBN 978-3-7412-8900-2).
- Martin Krötz (ehemaliger Beisitzer im Landesvorstand und Kreisvorsitzender im Kreisverband Cochem-Zell, wegen der Missstände 2016 von allen Ämtern und aus der Partei ausgetreten)
- Manfred Bardon (ehemaliger Kreisschatzmeister im Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis, den Ulrich-Leute mit KV-Hoppern übernommen haben)
- Bernd Wittich (wegen der Missstände ausgetreten)
- Ken Kubota (Landesparteitagsdelegierter, dort Zeuge: Horsch unmittelbar nach der Wahl der LSK zu Ulrich: "So wie gedacht.")

Diese Liste von Zeugen und Betroffenen ist beispielhaft lässt sich nahezu beliebig erweitern.

Sollte Bedarf bestehen, wird empfohlen, die vernommenen Zeugen nach weiteren Betroffenen und Zeugen zu befragen. Die Schilderungen der vielen Betroffenen ähneln sich vor allem in der Beschreibung der verwendeten Methoden.

Die Machenschaften des "Systems Ulrich" bzw. des "Ulrich-Werner-Kartells" sind in erheblichem Maße parteischädigend. Die inhaltliche und personelle Entwicklung des Landesverbands wird verhindert. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Landespartei Rheinland-Pfalz – berechtigterweise – als zerstritten und unglaubwürdig wahrgenommen. Die Presseresonanz ist auch bei fortschrittlich orientierten Medien aufgrund der nicht zu verbergenden unseriösen Methoden sehr negativ. In Rheinland-Pfalz übersprang die Linkspartei zu keinem Zeitpunkt bei Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde, und aufgrund der negativen Presseberichterstattung in Folge der Vorgehensweise des "Systems Ulrich" bzw. des "Ulrich-Werner-Kartells" wird sich dies voraussichtlich auch weder kurzfristig noch mittelfristig ändern.

Solange diese Methoden verwendet werden, bleibt der zweckentfremdete Landesverband Rheinland-Pfalz ein sektenartiges Gebilde, das die Öffentlichkeit zu täuschen versucht aber nicht dauerhaft täuschen kann. <u>Der Ausschluss der mit diesen Methoden verbundenen Personen aus der Partei ist alternativlos.</u>

Auf sämtliche Anlagen, **insbesondere die markierten Passagen**, wird ausdrücklich Bezug genommen. (Wegen der Markierungen bitte Acrobat Reader, keine andere PDF-

Darstellungssoftware verwenden, anderenfalls werden die Markierungen evtl. inkorrekt wiedergegeben.)

Ausführliche Schilderungen enthalten die beiden folgenden beigefügten Anträge und sind als Ganzes Bestandteil der Begründung: Antrag 1 (Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission), Antrag zur Satzung S2 (Gemeinsame Feststellung der Delegiertenzahlen).

Außerdem wird die Hinzuziehung der Akten der vier weiteren Schiedsanträge bzw. Schiedsverfahren Problem-LV-0001-2019¹ bis Problem-LV-0004-2019 beantragt (Problem-LV-0002-2019 = LSK RLP Schiedsverfahren 2019-05). Diese enthalten weiteres ausführliches Beweismaterial.

Zum Sachverhalt zu 2. wird auf folgenden Antrag unseres Kreisverbands zum Landesparteitag verwiesen, der als Anlage beigefügt ist: Antrag 3 (Rehabilitierung Verbeek, Hirkes).

Weiterer mündlicher Vortrag wird ausdrücklich angeboten.

Mit solidarische Grüßen

(Ken Kubota) *Bevollmächtigter*

Hilfsweise:

(Marlene Hilsenrath) Kreisvorsitzende

Marlem Hilsewall

¹ Für Parteimitglieder online abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-plv-0001-2019-001. Links zu allen genannten Verfahren sind aufgeführt unter: https://linke-forum.de/links.



Ken Kubota Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Postfach 12 03 54543 Daun

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 info@die-linke-vulkaneifel.de www.die-linke-vulkaneifel.de

Beschlussprotokoll der Vorstandssitzung am 12. Juni 2019

- Zeit/Ort: 17:30 bis 18:00 Uhr / Burghof, Burgfriedstr. 26, 54550 Daun
- Stimmberechtigte Teilnehmer/innen: Marlene Hilsenrath, Ken Kubota, Marco Otto (entschuldigt: Dennis van Stegen)
- Versammlungsleitung: Marlene Hilsenrath (einstimmig und ohne Enthaltung gewählt)
- Schriftführung: Ken Kubota (einstimmig und ohne Enthaltung gewählt)

Folgender Beschluss wird im Verlauf der Sitzung mehrheitlich (2x ja, 1x nein) gefasst:

1. Beschluss: Vollmacht wegen der Vorgänge im Landesverband

Wegen des Verdachts auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz, welche die demokratischen Rechte des Kreisverbands und die anderer Kreisverbände sowie aufgrund der Listenaufstellungen auch die verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung bei Wahlen zum Deutschen Bundestag tangieren würden, werden Marlene Hilsenrath und Ken Kubota jeweils einzeln und über die Dauer ihres Amtes und ihrer Parteimitgliedschaft hinaus unwiderruflich bevollmächtigt, im Namen des Kreisverbands DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

- Strafanzeige zu erstatten und sonstige straf- und/oder zivilrechtliche Schritte einzuleiten,
- diesen vollumfänglich gegenüber der Partei (sämtlichen Organen, Gliederungen, Kommissionen etc. aller Gliederungsebenen wie Bundesebene, Landesverbände, Kreisverbände) zu vertreten,
- diesen vollumfänglich vor den Schiedskommissionen zu vertreten, insbesondere, aber nicht nur, um Wahlen und Beschlüsse (insbesondere des Landesverbands) anzufechten,
- parteiöffentliche Emails zwecks innerparteilicher Aufklärung zu versenden
- sowie für alle o. g. Vorhaben Untervollmacht, etwa an einen Rechtsanwalt, zu erteilen.

Für Rechtskosten, insbesondere die Beauftragung eines Rechtsanwalts, reserviert der Kreisverband bis auf weiteres fortlaufend das jeweils gesamte vorhandene Guthaben auf dem Konto des Kreisverbands bis auf eine Reserve von 100 €.

Daun, den 12. Juni 2019

gez. Marlene Hilsenrath gez. Ken Kubota (Versammlungsleitung) (Schriftführung)

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Volksbank RheinAhrEifel eG • IBAN: DE97 5776 1591 0392 5720 00 • BIC: GENO DE D1 BNA



Ken Kubota Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Postfach 12 03 54543 Daun

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 info@die-linke-vulkaneifel.de www.die-linke-vulkaneifel.de

Beschlussprotokoll der Vorstandssitzung am 25. Juli 2019

- Zeit/Ort: 17:00 bis 17:30 Uhr / Schwarzbrennerei, Sarresdorfer Str. 53, 54568 Gerolstein
- Stimmberechtigte Teilnehmer/innen: Marlene Hilsenrath, Ken Kubota (entschuldigt: Dennis van Stegen)
- Versammlungsleitung: Marlene Hilsenrath (einstimmig und ohne Enthaltung gewählt)
- · Schriftführung: Ken Kubota (einstimmig und ohne Enthaltung gewählt)

Folgender Beschluss wird im Verlauf der Sitzung einstimmig und ohne Enthaltung gefasst:

1. Beschluss: Vollmacht wegen der Vorgänge im Landesverband

Wegen des Verdachts auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz, welche die demokratischen Rechte des Kreisverbands und die anderer Kreisverbände sowie aufgrund der Listenaufstellungen auch die verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung bei Wahlen zum Deutschen Bundestag tangieren würden, werden Marlene Hilsenrath und Ken Kubota jeweils einzeln und über die Dauer ihres Amtes hinaus bis auf Widerruf (jedoch ohne Widerruf oder Änderungen bisher erteilter Vollmachten) bevollmächtigt, im Namen des Kreisverbands DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

- Strafanzeige zu erstatten und sonstige straf- und/oder zivilrechtliche Schritte einzuleiten,
- diesen vollumfänglich gegenüber der Partei (sämtlichen Organen, Gliederungen, Kommissionen etc. aller Gliederungsebenen wie Bundesebene, Landesverbände, Kreisverbände) zu vertreten,
- diesen vollumfänglich auch in bestehenden und künftigen Schiedsverfahren unabhängig von einem Bezug zum Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten – vor den Schiedskommissionen zu vertreten, insbesondere, aber nicht nur, um Wahlen und Beschlüsse (insbesondere des Landesverbands) anzufechten,
- parteiöffentliche Emails zwecks innerparteilicher Aufklärung zu versenden
- sowie für alle o. g. Vorhaben Untervollmacht, etwa an einen Rechtsanwalt, zu erteilen.

Für Rechtskosten, insbesondere die Beauftragung eines Rechtsanwalts, reserviert der Kreisverband bis auf weiteres fortlaufend das jeweils gesamte vorhandene Guthaben auf dem Konto des Kreisverbands bis auf eine Reserve von 100 €. Erläuternd wird auf die Vorrangigkeit des parteiinternen Wegs des Schiedsverfahrens (vgl. § 1 Abs. 4 Schiedsordnung) hingewiesen, auch zur Vermeidung unnötiger Kosten.

Gerolstein, den 25. Juli 2019

gez. Marlene Hilsenrath gez. Ken Kubota (Versammlungsleitung) (Schriftführung)

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Volksbank RheinAhrEifel eG • IBAN: DE97 5776 1591 0392 5720 00 • BIC: GENO DE D1 BNA

Von: horsch Betreff: Vielen Dank

H

Datum: 7. Juni 2019 um 11:30

An: Marlene Hilsenrath marlene@hilsenrath.de, Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

lgs@die-linke-rlp.de

Kopie: Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesausschuss@die-linke-rlp.de,

Fabian Bauer fabian.bauer@die-linke-rlp.de, Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

landesvorstand@die-linke-rlp.de, Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lsk@die-linke-rlp.de, Andrej Hunko – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE andrej.hunko@die-linke.de, DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

vorstand@die-linke-vulkaneifel.de

Liebe Genossinnen und Genossen, Lieber Fabian,

das ist die richtige Gelegenheit dir, Fabian, einmal ausdrücklich zu danken für deine immer solidarische und zuverlässige Arbeit und vor allem auch dafür, dass du in anstrengenden Situationen die Ruhe bewahrst, ganz anders als hier behauptet. Die Partei braucht solche Leute ganz dringend.

Für den Landesausschuss wäre das auch eine Gelegenheit, ausdrücklich einmal der Bundespartei dafür zu danken, dass sie dem Landesverband Rheinland-Pfalz einen hauptamtlichen Geschäftsführer zur Verfügung stellt. Solche Aktionen wie jetzt sind Mobbing gegen Mitarbeiter, wir sollten so etwas nicht bei uns zulassen.

Solidarische Grüße

Von meinem Huawei-Mobiltelefon gesendet

----- Originalnachricht ------

Betreff: Antrag zum Landesausschuss RLP: Entlassung bzw. Abmahnung des Mitarbeiters Fabian Bauer

Von: Marlene Hilsenrath

An: "Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz"

Cc: "Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" ,Fabian Bauer ,"Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" ,"Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" ,Katja Kipping – Parteivorsitzende DIE LINKE ,Bernd Riexinger – Parteivorsitzender DIE LINKE ,Andrej Hunko – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE ,Christoph Kröpl – Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE ,Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE ,"DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" ,"Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder)"

Liebe	Genossinnen	und	Genossen,
-------	-------------	-----	-----------

anbei überreiche ich meinen Antrag zum Landesausschuss.

Ich bitte um kurze Bestätigung über den form- und fristgerechten Eingang.

Solidarische Grüße

Marlene

Marlene Hilsenrath

marlene.hilsenrath.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail ist nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and delete this e-mail. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

Antrag zum Landesausschuss DIE LINKE Rheinland-Pfalz im Juni 2019

may cam canaccascoonacc Die entre. I monnana i rae im cam co ro

von Marlene Hilsenrath (Delegierte Kreisverband Vulkaneifel)

Entlassung bzw. Abmahnung des Mitarbeiters Fabian Bauer

Der Landesvorstand entlässt den Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle Fabian Bauer mit sofortiger Wirkung oder spricht, sollte eine fristlose Kündigung aus rechtlichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, eine Abmahnung aus, um im Wiederholungsfall die Kündigung aussprechen zu können. Ein möglicherweise befristeter Arbeitsvertrag wird nicht verlängert.

Begründung:

Da die Delegierten unseres Kreisverbandes aus persönlichen Gründen nicht zur nächsten Sitzung kommen können, folgt hier eine sehr ausführliche Begründung.

Der Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle Fabian Bauer ist mehrfach durch grobes Fehlverhalten und erheblich mangelhafte Arbeitsleistungen aufgefallen.

Mehrere Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes haben sich über das Verhalten Bauers (Brüllerei) bei Parteisitzungen beschwert und waren über das Benehmen schockiert.

In einem Fall hat Fabian Bauer sogar einen Parteigenossen angerufen, nur um ihn in extrem hoher Lautstärke anzubrüllen. Ich selbst war Zeugin dieses Vorfalls. Die Ausübung akustischer Gewalt – hier nicht im Affekt, sondern offensichtlich sogar geplant – ist auch in Streitfällen inakzeptabel und würde m. E. sogar einen rechtlichen Unterlassungsanspruch begründen.

Mehrfach wurden Emails an die Landesgeschäftsstelle (LGS) ohne Einverständnis des Absenders an Dritte, d.h. Genossinnen oder Genossen, die nicht auf Landes- oder Bundesebene tätig sind, weitergeleitet und dadurch das Vertrauensverhältnis zur LGS, die für die Parteigenossen eine Dienstleistung zu erbringen hat, nachhaltig beschädigt.

In wenigstens einem Fall hat Fabian Bauer selbst eine Email weitergeleitet (Email "Aw: Rüge – Re: MGL-Zugang" vom 06.08.2018), und zwar an einen innerparteilichen Gegner des Absenders der Email.

Die übrigen Email-Leaks wurden durch die LGS nie aufgeklärt, insbesondere nicht durch Fabian Bauer (aktuell "Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben", https://www.dielinke-rhlp.de/partei/geschaeftsstelle/landesgeschaeftsstelle-mainz/, 05.06.2019).

Für Kreisverbände wesentliche Arbeiten, welche die Arbeitsgrundlagen betreffen, werden mit erheblichen Verzögerungen oder überhaupt nicht ausgeführt.

Seit 22.06.2017 ist Fabian Bauer durch Email bekannt, dass unser Kreisverband Mailinglisten für seine Arbeit benötigt. In der Email "Mailinglisten" vom 18.10.2017 wurden konkrete Fragen an Fabian Bauer zu Mailinglisten gerichtet.

Regelmäßig – zum Beispiel am 24.01.2018 – wurde an unser Anliegen (Mailinglisten) erinnert.

Dennoch leitete Fabian Bauer erst mit einer Verzögerung von mehr als einem Jahr (!) am 27.02.2019 die Zugangsdaten für lediglich eine einzelne Mailingliste weiter.

Eine Anfrage (Email vom 24.10.2018) zur Aktualisierung der Kontaktdaten unseres Kreisverbands auf der Seite des Landesverbands (https://www.dielinke-rhlp.de/partei/gliederungen/kreisverbaende/kreise-alphabetische-reihenfolge/, 05.06.2019) ist trotz Erinnerung (etwa Email vom 25.03.2019) bis heute (05.06.2019) unbearbeitet. Ansprechpartner, Anschrift und Telefonnummer sind falsch, Email- und Internetadresse veraltet.

Zu einer wichtigen Wahl (Wahl des Kreisvorstands am 10.10.2018) hat Fabian Bauer eine fehlerhafte Mitgliederliste vorgelegt, obwohl das fehlende Mitglied bereits in der Datenbank eingetragen war (Email "Einer Mehr" des Mitgliederbeauftragten vom 04.10.2018).

Obwohl das Protokoll mit den Beschlüssen für drei CMS-Zugänge (Homepage-Pflege) am 15.10.2018 der LGS übermittelt wurde, ist lediglich einem Vorstandsmitglied ein Zugang gegeben worden. Trotz Erinnerung durch ein anderes Vorstandsmitglied am 27.02.2019 ist den anderen auch bis heute (05.06.2019) nie ein Zugang ermöglicht worden, was unseren Wahlkampf beeinträchtigt hat.

Fabian Bauer legt auch die Satzung fehlerhaft aus. Bei einer Wahl musste er darauf hingewiesen werden, dass in bestimmten Fällen (wie bei der Wahl eines Kreisvorstands) durch Beschluss die Quote gesenkt werden kann. In einem Fall akzeptierte Bauer einen "Vorstandsbeschluss", obwohl für alle Beteiligten offenkundig war, dass es weder eine Einladung noch eine Versammlung gegeben hatte (Email "Übermittlung Beschluss Kreisvorstand / Einladung zum 22.8. nach Daun" von Fabian Bauer vom 10 08 2018 der am Telefon auch das Wort "Umlaufverfahren" verwendete). Ich als damaliges Vorstandsmitglied

kannte nicht einmal das Protokoll (es liegt mir bis heute nicht vor).

Als LGS-Mitarbeiter fehlt Fabian Bauer auch die erforderliche Professionalität, sich neutral zu verhalten. So äußerte er sich bei einer Wahl wertend über die Entscheidungen einzelner Genossen bei der Wahl. Unerfahrene Parteigenossen könnten sich durch solche Kommentare beeinflussen lassen.

Auf Kritik reagiert Bauer nur abwehrend (Email "Aw: Rüge – Re: MGL-Zugang" vom 06.08.2018), gesteht jedoch umgekehrt keine Fehler ein und kündigt auch nicht an – etwa nach Kritik (Email "Email-Leaks; Auskunftsrecht; Beschluss, Zeitpunkt, Sperrung – Re: Rüge – Re: MGL-Zugang" vom 06.08.2018) wegen unbefugter Mailweiterleitung durch ihn persönlich –, sein Verhalten zu ändern. Berechtigte Kritik lässt er ins Leere laufen.

Auf weitere Ausführungen, etwa über einschüchterndes Verhalten gegenüber Parteimitgliedern, die neu im Landesverband sind und sich mit anderen vernetzen und austauschen wollen, wird an dieser Stelle verzichtet.

Fabian Bauer verhält sich nicht nur unverbindlich, sondern hat sich zu keinem Zeitpunkt für das – zum Teil sehr massive – Fehlverhalten entschuldigt.

Teilweise beruft sich Fabian Bauer darauf, nur mit Funktionsträgern kommunizieren zu müssen. Die LGS hat jedoch für alle Parteimitglieder bestimmte Dienstleistungen zu erbringen und ist ihnen diesbezüglich, insbesondere, wenn Mängel vorliegen, natürlich auch in angemessenem Rahmen (ein zeitlich begrenztes Telefonat) rechenschaftspflichtig und muss sich kooperativ verhalten.

Ebenso kann auch eine Berufung auf eine Teilzeittätigkeit nicht derart große Verzögerungen wie eine von mehr als einem Jahr rechtfertigen, da es sicherlich genug freiwillige Genossinnen und Genossen gäbe, die ehrenamtlich mitwirken könnten und deren Arbeit lediglich zu koordinieren wäre. Dazu ist die LGS mit dem "Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben" Fabian Bauer offensichtlich nicht in der Lage.

Mit Fabian Bauer als Mitarbeiter ist eine positive Entwicklung des Landesverbands kaum vorstellbar.

Insbesondere das Ausmaß an Primitivität im Verhalten anderen gegenüber (Anbrüllen und aggressives Anblaffen bei Veranstaltungen sowie extrem lautes Anbrüllen am Telefon), das meines Erachtens die Menschenwürde verletzt, und das Ausmaß an Unprofessionalität (Verzögerung wichtiger Aufgaben mit geringem Aufwand über mehr als ein Jahr trotz regelmäßiger Erinnerungen, obwohl eine einfache Email zur Beauftragung einer Mailingliste ausgereicht hätte; fehlende Neutralität) rechtfertigen eine fristlose Kündigung.

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag 1

Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission

Der Landesvorstand und die Landesschiedskommission werden neu gewählt.

Begründung:

Der Landesverband Rheinland-Pfalz gleicht einer Frankenstein-Organisation und trägt sektenartige Züge ("Die Schere im Kopf der Partei DIE LINKE", "Ausgrenzung durch Satzung[s]brüche hat System"¹ – Johannes Verbeek, ehemals Kreisvorsitzender und Stadtrat in Trier, promovierter Gymnasiallehrer). Es herrscht Misstrauen, und jeglicher Versuch der inhaltlichen Auseinandersetzung wird sabotiert, da der Landesverband zum Erhalt der Mandate der Bundestagsabgeordneten missbraucht wird. Unbequeme Anfragen werden überhaupt nicht oder nur mit Pro-Forma-Antworten beantwortet. "Anträge, die dem LAVO nicht passen, werden oft nicht einmal zur Abstimmung gebracht, sondern schon vorher blockiert oder abgelehnt."² (Marion Morassi, Vorsitzende Kreisverband Ahrweiler) Protokolle der Landesparteitage werden den Delegierten nicht einmal auf Anfrage übermittelt. "Der Landesverband ist für seine 'Strippenzieherei' bekannt und dadurch unbeliebt."³ (Marion Morassi) Mit aufgesetzten Reden und Anträgen wird versucht, bei offiziellen Veranstaltungen (Landesparteitage vorgelegt, die offenkundig dazu dienen sollen, die Missstände im Landesverband unter den Teppich zu kehren.⁴ Darüber hinaus sondert der Landesverband

³Ibid.

⁴Vgl. Einberufung zum Landesparteitag Bad Dürkheim 11/2019 vom 17.09.2019: lediglich 15 Min. für "Weitere Anträge und Resolutionen", dagegen 120 Min. für "Beratung und Beschlussfassung des Verkehrskonzeptes".

¹http://johannes-verbeek.de/42608.html (06.10.2019).

²Tim Zborschil, "Marion Morassi über den Zustand der RLP-Linken: 'Der LV ist für seine Strippenziehereien bekannt."', Artikel vom 26.10.2016, http://www.links-gelenkt.de/ 2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zustand-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/ (02.11.2018), aktuell abrufbar im Google Cache unter http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:EU1gqyZajs8J:www.links-gelenkt.de/ 2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zustand-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/ (06.10.2019).

mechanisch leblose Pressemitteilungen und beschönigende Mitgliederrundbriefe ab, vermutlich verfasst von bezahlten Kräften (aufgrund der mangelnden Transparenz und fehlenden Kooperations- und Auskunftsbereitschaft ist eine verlässliche Angabe nicht möglich).

Der Zustand des Landesverbands untergräbt jegliche Glaubwürdigkeit bei den Wählern. Mit dem vorhandenen Personal sind Landtagswahlen nicht zu gewinnen. "Das 'System Ulrich' wurde im April 2015 zutreffend in der 'Rheinpfalz' beschrieben. Hier hieß es: 'Für den Machterhalt werden demokratische Prinzipien ausgehebelt und die Parteiregularien missachtet – nicht generell, aber gleichwohl viel zu oft. Die Linkspartei in Rheinland-Pfalz kann und darf so nicht weitermachen. Sie täuscht ihre Wähler, wenn sie vorgibt, stets nach den Regeln der Demokratie zu verfahren."⁵ (Harald W. Jürgensonn, ehemals Pressesprecher DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz, kritischer Journalist)

Von besonderer Brisanz ist u. E. das Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 21.06.2013 (Az. 1 O 26/13)⁶ gegen Frank Eschrich, gegenwärtig Mitglied des Landesvorstands, Mitarbeiter von Alexander Ulrich (MdB), Lebenspartner von Brigitte Freihold (MdB) und zusammen mit ihr Vorsitzender des Stadtverbands (ehemals Kreisverbands) Pirmasens. Mehrere Aussagen von Frank Eschrich hat die Kammer des Gerichts "als unwahr [...] bewerte[t]" (S. 9). Da das Gericht "Wiederholungsgefahr gegeben" sah (S. 10), wurde Eschrich "verurteilt, es zu unterlassen," bestimmte "Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten" (S. 1). Unserer Interpretation zufolge geht es hauptsächlich um Mitgliederdaten "im Bereich Mitgliederverwaltung" (S. 2) im Landesverband Rheinland-Pfalz. Diese Auffassung wird unterstützt von der Darstellung des Klägers: "Die Mitglieder- und insbesondere Beitragsentwicklung im Landesverband Rheinland-Pfalz dürfte im Bundesvergleich ziemlich einmalig sein. / Während [...] ein Teil des Landesvorstandes [...], kämpft ein anderer Teil des Landesvorstandes um Alex[]ander Ulrich massiv gegen jegliche Beitragserhöhungen und schreckt auch vor entsprechenden Beschlussfassungen untersetzt mit Lügen, Beleidigungen und Verleumdungen im LPR [heute: LA] nicht zurück. Dies hat letztlich dazu geführt, dass ich in einem Zivilverfahren auf Unterlassung klagen musste und der Antragsteller Frank Eschrich, Bürgerbüromitarbeiter des Abgeordneten Alexander Ulrich, nach erfolgter Verurteilung Spenden für etwa 4.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten einzusammeln versucht. / [...] / [...] Der Hintergrund [...] ist ein ganz einfacher; **nur das** Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf

⁵Harald W. Jürgensonn, "Von der Stärke und der Schwäche - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz", Artikel vom 17.04.2016, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx_ttnews%5Bswords%5D=kreisverband&tx_ttnews%5Bcat%5D=43&tx_ttnews%5Btt_news%5D=55664&cHash=533aaf98be (06.10.2019).

⁶Das Urteil ist für Parteimitglieder online abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe-anlage-urt (06.10.2019).

Landesparteitagen [...]."⁷ (Leo Stefan Schmitt, ehemaliger Polizist und SPD-Landtagsabgeordneter im Saarland, später LINKE-Landtagsabgeordneter in Bremen und Mitarbeiter von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz; eigene Hervorhebung) Die Angelegenheit erhält besondere Brisanz dadurch, dass Frank Eschrich eigenen Angaben zufolge "Wahlkreismitarbeiter bei MdB Alexander Ulrich" und "Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens"⁸ und einem Zeitungsartikel vom 24. Februar 2016 zufolge Lebenspartner von Brigitte Freihold ist⁹.

Im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz stellt sich daher die Frage, ob es mit den Mandaten von zwei der drei Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE aus Rheinland-Pfalz, Alexander Ulrich und Brigitte Freihold, mit rechten Dingen zugegangen ist. Es bestehen erhebliche Zweifel.

Leider liegt eine aus unserer Sicht befriedigende Stellungnahme seitens des Landesverbandes – trotz Vorlage des Gerichtsurteils und wiederholter Nachfrage – bis heute nicht vor, insbesondere blieb die folgende Frage unbeantwortet:

5. Welche Maßnahmen hat der Landesverband getroffen, um sicherzustellen, dass die Delegiertenzahl der Kreisverbände beim Landesausschuss, beim Landesparteitag und bei Listenaufstellungen, insbesondere zu Wahlen zum Deutschen Bundestag, der tatsächlichen Mitgliederzahl entspricht?¹⁰

Die Antwort des Landesverbandes (vom 01.07.2019) lautete allen Ernstes:

Lieber Kreisvorstand des KV Vulkaneifel, Lieber [...],

auf Deine Anfrage vom 16.06.2019 bzgl. des Landesvorstandsmitgliedes Frank Eschrich, möchte ich im Namen von Katrin Werner und Jochen Bülow folgendes erklären:

Die von Euch / Dir gestellten Anfrage bezieht sich auf einen abgeschlossenen Zivilprozess aus dem Jahre 2013, welcher ebenfalls ausgiebig innerhalb der Partei diskutiert wurde. Für uns ist dieser Vorgang abgeschlossen.

Mit solidarischen Grüßen Katrin Werner und Jochen Bülow

⁷Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK" (18.07.2013), in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-bfrk.

⁸https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018/2018-11-10_lpt_trier/2018-09-25 kandidatur eschrich.pdf (13.06.2019).

⁹, Eschrich lebt mit seiner Partnerin Brigitte Freihold [...] im Vorort Windsberg." – https://www.rheinpfalz.de/artikel/zur-person-frank-eschrich-1/ (13.06.2019).

¹⁰https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe (20.10.2019).

Fabian Bauer Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz¹¹

Eine weitere Anfrage nach Unterlagen von Leo Stefan Schmitt zu den Vorgängen wurde überhaupt nicht beantwortet. Die zitierten Dokumente von Leo Stefan Schmitt wurden uns von Dritten zur Verfügung gestellt. Wir gehen davon aus, dass der Landesverband eine Aufklärung ganz bewusst zu behindern versucht.

Insgesamt werden Methoden verwendet, die viele Parteigenossinnen und -genossen als kriminell bis mafiös ansehen.

Die Hauptfigur scheint *Alexander Ulrich* (MdB) zu sein, mit dem später *Katrin Werner* (jetzt ebenfalls MdB) ein Zweckbündnis schloss.

Zu den Schlüsselfiguren des "Systems Ulrich" rechnen wir Alexander Ulrich (Dauer-MdB, Präsidium des Landesausschusses, ehemals Landesvorsitzender), Frank Eschrich (Dauer-Angestellter von Alexander Ulrich, Mitglied des Landesvorstands, Vorsitzender Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens, verurteilt vom Landgericht Zweibrücken wegen unwahrer Behauptungen und Wiederholungsgefahr), Jochen Bülow (Landesvorsitzender, Dauer-Angestellter von Alexander Ulrich, aktuell bezahlt von allen drei LINKE-MdBs in Rheinland-Pfalz, Vorsitzender Kreisverband Neuwied), Brigitte Freihold (MdB, Partnerin von Frank Eschrich, Vorsitzende Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens, Wilhelm Vollmann (Stasi-IM über fast zwei Jahrzehnte und ehemals Mitglied im Präsidium des Landesausschusses), *Katrin Werner* (MdB, Landesvorsitzende, Vorsitzende Stadtverband Trier), David Schwarzendahl (Angestellter von Alexander Ulrich, Mitglied des Landesvorstands, Vorsitzender Stadtverband [Kreisverband] Frankenthal), Fabian Bauer (LGS-Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben), Peter Weinand (Landesschatzmeister, Mitglied des Landesvorstands, ehem. Mitarbeiter im Wahlkreisbüro), Martin [Thomas] Horsch (Vorsitzender Landesschiedskommission), Friedrich (Fritz) Eichelhardt (Kreisverband Neuwied, Mitglied Verbandsgemeinderat Linz), Liborio Ciccarello (Vorstandsmitglied Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Ludwigshafen). 12 Insbesondere Wilhelm Vollmann gilt als "Altmeister intriganter Politik"¹³, der auf Parteitagen scheinbar solidarische Reden schwingt und zugleich

4

¹¹https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe-stg-lv (20.10.2019).

¹²,,[B]ezahlte[] Kräfte[] der Ulrich-Bülow-Werner-Bauer-Eschrisch u.w. Politbande" (parteiöffentliche Email von Roger Mallmenn, Vorsitzender Kreisverband Rhein-Hunsrück, vom 23.10.2018).

¹³Bernd Wittich, "Land der Wunder - wo die Verantwortung 'ausgegangen' ist. Was ist auf der Führungsetage der Partei DIE LINKE in Rheinland-Pfalz der vorherrschende Zug? Niemand war und ist für irgend etwas verantwortlich. Warum sehe ich das so?", Artikel vom 02.07.2010, http://www.scharf-links.de/90.0.html?
&tx ttnews[tt news]=11042&tx ttnews[cat]=43&cHash=2305ba6096 (06.10.2019).

nichtöffentlich mit hinterhältigen und übelsten Methoden gegen Parteigenossinnen und - genossen vorgeht.¹⁴

Vor allem Genossinnen und Genossen mit höherer formaler Bildung (mit Hochschulstudium: hauptsächlich Gymnasiallehrer oder Promovierte mit Doktortitel), welche sich nicht in das 'Ulrich-Werner-Kartell' integrieren lassen wollen und daher den Bundestagsabgeordneten zur Konkurrenz werden könnten, wurden weggemobbt. Die Gruppen um Ulrich und Werner hinterlassen eine Spur der Verwüstung im Landesverband. Im Ergebnis ist ein besonders niedriges intellektuelles Niveau auf Landesparteitagen zu erkennen ("wo sonst eine Worthülse die andere ablöst"¹5.) Es wird über mehrere Delegierte berichtet, die trotz Vorwarnung von dem geringen Niveau dermaßen schockiert waren, dass sie nicht mehr zu Landesparteitagen gingen. Es ist eine fortgesetzte Negativselektion zu erkennen, die zum Konzept des 'Systems Ulrich' zu gehören scheint.

Aufgrund der Berichte vieler Parteigenossen ist davon auszugehen, dass folgende Methoden im Landesverband dem Machterhalt einer bestimmten Gruppe dienen:

1. Die Manipulation von Mitgliederdaten (Führung von Karteileichen), um die Delegiertenzahl des eigenen Kreisverbands zu erhöhen und sich so die Mehrheiten zu sichern. Dies scheint der Schlüsselmechanismus zu sein: "Der Hintergrund für beide Anträge ist ein ganz einfacher; nur das Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen und die Wegnahme der Aufgaben von einem unabhängigen Mitarbeiter sichert vermeintliche Zugriffsmöglichkeiten auf einen Mitarbeiter 'der das Vertrauen des Landesparteirates [heute: des Landesaussschusses] genießt'."¹⁶ (Leo Stefan Schmitt) Im Verdacht stehen vor allem der

¹⁶Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK" (18.07.2013), in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-bfrk.

¹⁴Zum weiteren Umfeld des 'Systems Ulrich' zählen wir auch den Neuzugang *Hildegard Slabik-Münter* (seit 11/2018 Mitglied des Landesvorstands, ehemals Kreistagsabgeordnete im Landkreis Vulkaneifel) – diese ist bereits im Kreisverband Vulkaneifel durch vorrangiges Verfolgen von Partikularinteressen, insbesondere, ein bestimmtes Bild von sich in der Öffentlichkeit zu verbreiten, aufgefallen, und hat sich auch nie – weder während des Vorfalls noch danach – von der bewusst gebrauchten verbalen Gewalt ihres Ehegatten distanziert (Hans-Peter Slabik am 16.07.2018 bei einer innerparteilichen Wahl: "dummen Interventionen", "Halt Deinen Mund" (mehrmals) und "Halt Deinen dummen Mund"), und auch nicht von der mangelnden Verantwortungsbereitschaft (darauf angesprochen wußte Hans-Peter Slabik nicht einmal, dass er damals Mitglied des Kreisvorstands war).

¹⁵Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0), S. 60. Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens¹⁷ (Vorsitzende Frank Eschrich und Brigitte Freihold, beides Ulrich-Vertraute) und der Kreisverband Kaiserslautern-Land (Vorsitzender Alexander Ulrich): Auffällige Werte enthält der Kreisvergleich zum 31.12.2013 mit der zweithöchsten Mitgliederzahl in Pirmasens (153, Faktor 2,59) und der dritthöchsten Mitgliederzahl in Kaiserslautern-Land (143, Faktor 2,42) bei einem Durchschnittswert von 59 Mitgliedern (Faktor 1) pro Kreisverband: 18 "Und in der LINKEN RLP ist es verdammt dreckig. Da wurden seit über einem Jahrzehnt Mehrheiten manipuliert. [...] Durch die Aufnahme von Neumitgliedern, die von Anfang an beitragsfrei gestellt wurden und deren Mitgliedschaft nur dazu diente, Delegierte für Listenaufstellungen zu gewinnen. [...] / Dazu ein von Ulrich unwiderlegtes Zitat aus der 'Rheinpfalz' vom 26. April 2015: 'Demnach hat Alexander Ulrich in seinem Kreisverband Kaiserslautern-Land im Mai 2011 per Sammelüberweisung 504 Euro als Mitgliedsbeiträge für 26 Personen überwiesen. Der Nachweis fehlte, dass diese Genossen den Beitrag selbst gezahlt hatten. Sammelüberweisungen für 20 Mitglieder sind auch in Frankenthal nachgewiesen worden. Ebenfalls 2011 überwies Fritz Eichelhardt im Kreisverband Neuwied die Beiträge für 13 Mitglieder zu 1,50 Euro im Monat – dabei ist dies ein Minimal-Obolus und nur vorübergehend für Mitglieder ohne Einkommen. Frank Eschrich in Pirmasens tat das Gleiche für acht bis zehn Mitglieder. Merkwürdig: Eichelhardt und Eschrich sind angestellte Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Alexander Ulrich. "19 (Harald W. Jürgensonn) "Kaiserslautern-Land / wie der beigefügten Säumigenliste zum 31. Mai zu entnehmen ist, haben 26 Mitglieder gemeinsam am 19.5.2012 ihre Zahlungen an den Landesverband eingestellt: / Hintergrund dazu ist eine Sammelüberweisung vom Konto Alexander Ulrich in Höhe von 504.- Euro vom 2. Mai 2011. Die Mitglieder, für die der Beitrag bezahlt wurde, sind ebenfalls in einem Begleitschreiben aufgeführt. [...] Einzahlungsbelege gibt es von keinem dieser 26 Mitglieder. [...] Kusel / In Kusel sind rund 20 Personen Ende des Jahres 2011 in die Partei eingetreten, für die Patrick Hoffmann, wie er selbst beim Landesparteitag bestätigt hatte, die Mitgliedsbeiträge übernommen hat. Dem Vernehmen

¹⁷, Der Stadtverband DIE LINKE Pirmasens hat heute rund 180 Mitglieder, DIE LINKE Zweibrücken und DIE LINKE Südwestpfalz jeweils etwa 40 Mitglieder. / [...] / Der Stadtverband Pirmasens ist mit 180 Mitgliedern zum Jahreswechsel 2015 der größte Verband der LINKEN Rheinland-Pfalz. Pirmasens hat damit die vormals stärksten Kreisverbände Kaiserslautern-Land, Ludwigshafen und Mainz deutlich in den Schatten gestellt. Dies ist umso bemerkenswerter [sic!], wenn man sich die um ein Vielfaches höheren Einwohnerzahlen der beiden Großstädte vor Augen führt." – https://www.die-linke-ps.de/ueber-uns/stadtverband/ (19.10.2019).

¹⁸https://linke-forum.de/l/rlp-aw-an-bsm-001-anlage-krvgl (19.10.2019).

¹⁹Harald W. Jürgensonn, "Von der Stärke und der Schwäche - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz", Artikel vom 17.04.2016, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx_ttnews%5Bswords%5D=kreisverband&tx_ttnews%5Bcat%5D=43&tx_ttnews%5Btt_news%5D=55664&cHash=533aaf98be (06.10.2019).

nach sind diese Mitglieder großenteils geworben worden mit dem Hinweis, die Mitgliedschaft sei umsonst und man könne als Mitglied umsonst mit dem Abgeordneten Ulrich nach Berlin fahren."²⁰ (Leo Stefan Schmitt) Anfragen beim Landesverband, gemeinsam den Mitgliederbestand zu prüfen (z. B. Vorliegen wenigstens einer Originalunterschrift im Vorjahr bei Barzahlungen/Sammelüberweisungen auf Quittungen), bleiben unbeantwortet oder werden negativ beschieden.²¹ Weitere wesentliche Ausführungen (u. a. Zitate von Leo Stefan Schmitt) sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-s02.

- 2. Die Einflussnahme auf Delegierte bzw. Vorstandsmitglieder im Landesverband und in den Kreisverbänden durch **finanzielle Abhängigkeit**. Bekanntlich stehen den Bundestagsabgeordneten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "monatlich 22.201,- Euro zur Verfügung"²², was für fast 50 Minijobber mit je 450 € Einkommen reicht. "Die Trennung von Amt und Mandat wurde bereits auf dem Gründungsparteitag der LINKEN. Rheinland-Pfalz im Oktober 2007 in Ingelheim als "Knackpunkt" bezeichnet. [...] / Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, soll das Problem der gefährdeten Entscheidungsunabhängigkeit des Vorstands auch schon vor der Landtagswahl innerhalb der Mitgliedschaft großes Unbehagen verursacht haben[.] Man habe sich nur deshalb zu verschärften Satzungsvorschriften genötigt gesehen, weil es an der notwendigen freiwilligen Selbstbeschränkung der Abgeordneten und ihrer Beschäftigten gefehlt habe. "²³ (Helmut Schnug, kritischer Journalist)
- 3. Die Besetzung der Landesschiedskommission mit eigenen Gefolgsleuten, die nicht neutral/unabhängig entscheiden.
- 4. Das Vergraulen von unabhängigen Parteigenossen mit allen Methoden (Parteischiedsverfahren, kostenintensive Gerichtsverfahren, Angriff auf die Existenz in

²⁰Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen" [2012 oder später], in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-mglvw.

²¹,,Neuwied / in Neuwied wurde -welch ein Zufall- am 9. Mai 2011 vom Konto Friedrich Pius Eichelhardt Beitrag für 13 Mitglieder à 1,5 Euro überwiesen. Entsprechende Einnahmen sind nirgends aufgeführt. / Pirmasens / In Pirmasens wurde bei der Buchprüfung 2011 festgestellt, dass Frank Eschrich für 8 bis 10 Personen den Beitrag in Höhe von 1,5 Euro bezahlt, da sind hier bekannte Verwandte (Freihold) nicht einbezogen. Entsprechende Einnahmen von diesen Mitgliedern sind nirgendwo vermerkt. / Frankenthal / Das gleiche gilt für Frankenthal, wo von Konten von Rosalia und Liborio Ciccarello für mehr als 20 Mitglieder der Beitrag gezahlt wird, ohne dass Einnahmen zu erkennen sind." – Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen" [2012 oder später], in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-mglvw.

²²https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb diaeten/1334d-260806 (06.10.2019).

²³Helmut Schnug, "Die LINKE in RLP - Trennung von Amt und Mandat", Artikel vom 03.10.2012, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx_ttnews%5Btt_news%5D=28805&cHash=d17e49f2b6 (20.10.2019).

privater und/oder beruflicher Hinsicht, Entzug der Kasse, Verweigerung des Zugangs zur Mitgliederdatenbank, Verzögerungs- und Hinhaltetaktik). ("Das ist sein Verständnis von Stärke: Diffamierung von Kritikern, Häme, Existenzvernichtung. Je stärker der Ulrich, desto unsozialer DIE LINKE."²⁴ (Harald W. Jürgensonn)) Zahlreiche Genoss/inn/en sind wegen des "Systems Ulrich" aus der Partei ausgetreten. Die Hemmungslosigkeit des "Systems Ulrich" scheint grenzenlos zu sein. Darüber hinaus tun die unsäglichen Umgangsformen im Landesverband Rheinland-Pfalz ihr übriges: "Dies hängt nach meiner Auffassung im Wesentlichen mit der allein auf Delegiertenakquise fixierten Änderung unserer Mitgliederstruktur und unserer insbesondere in Rheinland-Pfalz unsäglichen Umgangsform zusammen, die immer mehr gutsituierte und politisch links interessierte aber unabhängige Mitglieder geradezu aus der Partei rausekelt!"²⁵ (Leo Stefan Schmitt)

- 5. Die **organisierte Übernahme ganzer Kreisverbände**, indem Parteimitglieder gruppenweise den Kreisverband wechseln (ohne mit dem Wohnort umzuziehen, sogenannte "Springer" bzw. "KV-Hopping"²⁶) und die eigenen Leute in den Vorstand wählen.
- 6. Ausgrenzen der innerparteilichen Opposition durch blockweises Abstimmen anstatt integrativer Zusammenarbeit (schon auf dem Ingelheimer Gründungsparteitag 2007: "Durchmarsch der Mehrheit auf der ganzen Linie! / Die 60:40-Mehrheit der Delegierten des Blockes Alexander Ulrich & Co wird konsequent für die Besetzung des Vorstandes und anderer Parteiämter genutzt. Ein knallhartes, organisiertes Überrollen der 40:60-Minderheit wird exerziert. Machtpolitik in Reinstform! [...] Die alte Arithmetik der WASG Rheinland-Pfalz findet als neue Ausgrenzungs-Arithmetik in der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz ihre Wiedergeburt [...] (2-3 Alibi-BeisitzerInnen)"27 Rainer Stablo, ehemals Vorstandsmitglied im Kreisverband Bernkastel-Wittlich und Kreistagsabgeordneter, Gymnasiallehrer).

²⁷Rainer Stablo, Die Linke. Und ich. Politische Interventionen innerhalb und außerhalb der Partei sowie Gedanken und Gedankensplitter, Norderstedt 2016 (ISBN 978-3-7412-8900-2), S. 324 f., https://books.google.de/books? id=euhCDQAAQBAJ&pg=PA324#v=onepage&q&f=true (06.10.2019). Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

²⁴Harald W. Jürgensonn, "Von der Stärke und der Schwäche - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz", Artikel vom 17.04.2016, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx_ttnews%5Bswords%5D=kreisverband&tx_ttnews%5Bcat%5D=43&tx_ttnews%5Btt_news%5D=55664&cHash=533aaf98be (06.10.2019).

²⁵Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK" (18.07.2013), in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-bfrk.

²⁶Ibid

- 7. **Verhinderung einer parteiinternen Kommunikation/Vernetzung**. Seit Gründung des Landesverbands werden z. B. landesweite Mailinglisten systematisch verhindert. Offenbar soll verhindert werden, dass Neumitglieder das System erkennen, und auch die Organisation einer innerparteilichen Opposition soll erschwert werden. Man erinnere sich an die gespielte Empörung und die Stimmungsmache von Katrin Werner gegen Mailinglisten beim letzten Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2018 in Trier, obwohl z. B. im Landesverband NRW seit langem kostenfreie Mailinglisten angeboten werden. ²⁸
- 8. Gewinnung des Vertrauens durch Fleißarbeit oder entgegenkommendes Verhalten unter Verschweigen der Vorgehensweise insgesamt und/oder gleichzeitigem Vorgehen gegen andere Parteigenossen (Bauer/Weinand). Obwohl Peter Weinand Landesschatzmeister ist, hat er weder die Kreisvorsitzende noch den Kreisschatzmeister des entsprechenden Kreisverbands vorab über den Entzug der Kasse informiert. Diese erfuhren erst im Nachhinein von der Bank davon. Ein Bemühen, den eigentlichen Streitgegenstand den Verdacht der Manipulation von Mitgliederdaten aufzuklären, ist nicht zu erkennen, obwohl die Unterlagen in der LGS vorliegen müssten und ohne großen Aufwand von den Kreisschatzmeistern der Kreisverbände überprüft werden könnten. Entsprechende Vorschläge werden nicht beantwortet. Wir sehen nur die Erklärungsmöglichkeit, dass der Landesschatzmeister Peter Weinand die Manipulation mitträgt und dafür auch die Arbeit kritischer Kreisverbände aktiv behindert.
- 9. **Behinderung jeglicher inhaltlicher Arbeit**. Insbesondere Katrin Werner (MdB) hat einer glaubwürdigen Darstellung zufolge, die sich mit unseren eigenen Erfahrungen deckt, "nichts anderes im Sinn, als die inhaltliche Arbeit zu torpedieren" und betreibt eine "systematische Behinderung von Leuten, die arbeiten wollen".²⁹ Damit der Fraktionskollege im Trierer Stadtrat überhaupt eine Antwort erhielt, ging er zur Strategie über, Katrin Werner in der Öffentlichkeit anzusprechen, wo sie den Schein wahren musste: "Wenn er etwas von ihr will, spricht er sie unter öffentlicher Beobachtung an."³⁰ Ansonsten wird von den Methoden berichtet, wie sie auch vom "System Ulrich" bekannt sind: "als ginge es nur um Versorgung", kostenlose Mitgliedschaften/Mehrheiten sichern, "Gelder in viele 400 Euro-Jobs aufteilt". "Man müsse immer zuerst schauen,

30Ibid., S. 251.

^{28,,}Kostenfreie Mailinglisten auf 'linke-news-nrw.de' / Der Landesverband hat eine Möglichkeit geschaffen, dass beliebig viele und sehr komfortabele Mailinglisten eingerichtet werden können. / Diesen Service stellen wir euch kostenfrei zur Verfügung." (8. Januar 2011) – http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/lcmskvowl/z_nrwweb/Mailinglisten.Erläuterung.pdf (06.10.2019). Wegen des Umlauts im Link ist dieser nur schwer direkt aufzurufen, daher hier auch der Link zur Kopie im Google Cache: http://webcache.googleusercontent.com/search? q=cache:EOgb_eFTx-4J:www.dielinke-nrw.de/fileadmin/lcmskvowl/z_nrwweb/ Mailinglisten.Erla%25CC%2588uterung.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=safari.

²⁹Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0), S. 167 und 203. Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

dass man die eigenen Leute gut versorge." "Ihre Blockadepolitik wird einfach unter den Teppich gekehrt."³¹ Die Politikerin, "im Verlauf der Geschichte zur Bundestagsabgeordneten avanciert, eröffnet recht bald ein Intrigenspiel gegen den Parteikollegen." Kein Wunder: "Denn wer politisch über seine Verhältnisse lebt, der muss mit harten Bandagen kämpfen, um an der Macht zu bleiben."³² "Gegenüber den von [Pseudonym entfernt] in ihrem Namen geschriebenen Artikeln fallen ihre eigenen Kommentare durch eine naive Wortwahl, eine einfache Denkweise und eine auffallende Unkenntnis der Sachlage auf."³³

Auf Seiten der Parteibasis scheinen auch Gleichgültigkeit und Resignation mitverantwortlich zu sein (Rainer Stablo in 2007):

- "Die Parteispitze wird seit WASG-Zeiten von einer Gruppe um Alexander Ulrich geprägt und beherrscht, die sich durch einen autoritären, selbstherrlichen, anmaßenden, undemokratischen, unselbstkritischen, ausgrenzenden, unsolidarischen, überheblichen Führungsstil auszeichnet (weitere Attribute ließen sich finden). / Dieser Zirkel sichert sich ab und wird abgesichert bei Parteitagen, innerparteilichen Wahlen und Beschlüssen durch sich selbst und verbündete FunktionsträgerInnen oder Mitglieder auf Landes-, Kreis- und Stadtebene."³⁴
- "Der Zirkel arbeitet mit allem was denkbar und möglich ist, auf allen Ebenen der Partei: mit Satzungs-, Tagesordnungs-, Einladungstricks, die (meist) formal in Ordnung sind und formal begründet werden, verspäteter Vorlage von Entscheidungs- und Sitzungsunterlagen, gezielter Stimmungsmache und gespielter Empörung, Reden die nicht dokumentiert werden, Verharmlosung von eigenen (Form-)Fehlern, zurückgehaltenen Informationen, Desinformation, Nichtbeantwortung von Fragen und Anfragen, im Zirkel abgesprochener Besetzung von Präsidien und Antragsberatungskommissionen etc., Nichtweitergabe oder fehlerbehafteter Weitergabe von Mitgliederdaten an Kreisverbände, Versuchen der Beeinflussung von / Mitgliedern durch (geheime) Einzelgespräche, Entsolidarisierungs-, Spaltungsversuchen, von außen initiierter und durch interne Verbündete betriebener Abwahl von Kreisvorständen der WASG, Nichtanerkennung von Übergangsvorständen der Linkspartei.PDS, dem Versand von Einladungen zur konstituierenden Sitzung über die Köpfe des Kreisvorstandes hinweg, alles geschehen im Kreis Bernkastel-Wittlich, der inflationären Anrufung von Schiedskommissionen, Drohungen mit juristischen Schritten, Ignoranz und der

id=euhCDQAAQBAJ&pg=PA348#v=onepage&q&f=true (06.10.2019).

³¹Ibid., S. 101, 110, 135, 139, 149.

³²Ibid., S. 2.

³³Ibid., S. 307.

³⁴Rainer Stablo, Die Linke. Und ich. Politische Interventionen innerhalb und außerhalb der Partei sowie Gedanken und Gedankensplitter, Norderstedt 2016 (ISBN 978-3-7412-8900-2), S. 348, https://books.google.de/books?

- Diffamierung einzelner Mitglieder. (Anmerkung: Die mutmaßliche Manipulation von Mitgliederdaten wird hier unterschätzt, die wir für den Schlüsselmechanismus halten.)
- "Warum aber funktioniert das Ganze? Warum funktioniert es bis heute, viel zu lange schon, obwohl es ja keinesfalls geräuschlos von statten geht? Die Auseinandersetzungen und Spannungen innerhalb des Landesverbandes Rheinland-Pfalz sind ja nicht zu übersehen. / Meines Erachtens funktioniert es nur, weil viel zu viele Mitglieder in Rheinland-Pfalz passiv sind, resigniert sind, das Spiel(?) nicht durchschauen, nicht durchschauen wollen, aber auch, ganz wichtig, weil viele die (relative) Mehrheit zum entscheidenden Zeitpunkt! es durchaus auch unterstützen!!! Weshalb auch immer. Vielleicht winkt da doch ganz profan der eine oder andere Parteiposten in der näheren oder ferneren Zukunft?"³⁶

Exemplarisch seien drei Mobbingfälle erwähnt:

- 1. Der Fall des ehemaligen Kreisvorsitzenden Klaus Raddatz im Kreisverband Kusel, der in seiner zweijährigen Amtszeit eigenen Angaben zufolge vier Parteiausschlussverfahren ausgesetzt war, die von damaligen Ulrich-Günstligen eingeleitet wurden.
- Der Fall des Gymnasiallehrers Dr. Johannes Verbeek: "Sowohl die 2. Bundesschiedskommission der Linken als auch zuvor die Landesschiedskommission RLP haben mit ihren Urteilen das Mobbing der Trierer Linken um Katrin Werner (MdB) gegen meine Person nicht nur gedeckt, sondern haben meine Veröffentlichung von Parteiinterna, nachdem ich alle parteiinternen Führungsebenen zuvor intern unter Ausschluss der Öffentlichkeit informiert hatte, als "Diffamierung" der Linken und als ,Denunziantentum' von Genossen/innen abgetan. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir nun aber die Frage, wie glaubwürdig die Linken Politik überhaupt betreiben können, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihre eigenen Forderungen an andere auf sich selbst zu beziehen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen?"37 "Folgende Elemente der Ausgrenzungsstrategie meiner Person im Kreisverband Trier-Saarburg [heute gespalten in die Kreisverbände Trier und Trier-Saarburg] seien noch einmal zur Erinnerung kurz aufgeführt, wogen in der Beurteilung der Gesamtsituation im Ausschlussverfahren allerdings nicht: Hinterhältige Manöver von Marc-Bernhard Gleißner und Abwahlantrag unmittelbar nach der Kommunalwahl Aug 2009, Boykott der Fraktionsarbeit (ab Herbst 2009), Abwesenheit in Ausschüssen und Ratssitzungen (bis April2010), Kommunikationsboykott gegen meine Person seit Januar 2009 seitens Katrin Werner, gespielte Kommunikationsbereitschaft von Katrin Werner nur im öffentlichen Raum(seit Parteiausschlussverfahren Sommer 2010), Beschädigung meiner Integrität durch sanktionierbare Beschimpfungen und Diebstähle in meinem Haus

³⁵Ibid., S. 349 f., https://books.google.de/books? id=euhCDQAAQBAJ&pg=PA349#v=onepage&g&f=true (06.10.2019).

³⁶Ibid., S. 350, https://books.google.de/books? id=euhCDQAAQBAJ&pg=PA350#v=onepage&q&f=true (06.10.2019).

³⁷http://johannes-verbeek.de/42608.html (06.10.2019).

(Frühjahr 2010), Versuch des Verbots der AG DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier.de (Frühjahr 2010), Parteiausschlussverfahren (seit August 2010), Erlass, im Stadtrat nicht mehr für die Partei DIE LINKE sprechen zu dürfen (November 2010)."³⁸ Siehe auch das Video "OK54 - nachgefragt (Heute zu Gast: Dr. Johannes Verbeek, Mitglied im Stadtrat Trier). Katrin Werner wird – u. E. treffend – in einem Buch wie folgt beschrieben: als "Person ohne Kompetenz und ausgestattet mit einem heimtückischen Naturell".³⁹ Im Übrigen legt der zeitliche Zusammenhang nahe, dass die zahlreichen Diebstähle und Sachbeschädigungen der Gruppe um Katrin Werner zuzuordnen sind: "Seit Anfang des Jahres 2010 sind einige Einbrüche, Diebstähle, Sachbeschädigungen und mutwillige Zerstörungen sowie ehrverletzende Beschimpfungen und üble Beleidigungen gegen mich gerichtet worden. Darüber habe ich mich ein halbes Jahr nicht geäußert. Taschen, Fahrräder, Autoreifen und mein Motorrad wurden entwendet und zerstört. Zwar habe ich in allen Fällen unmittelbar eine Anzeige erstattet, aber ebenso wurden die Ermittlungen gegen "unbekannt" von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Der rein finanzielle Schaden beziffert sich mittlerweile auf über 3500 Euro."⁴⁰

Das Zerschlagen einiger Kreisverbände: "Auch von ihnen werden die Dauerstreitereien 3. der vergangenen Jahre und der Grundkonflikt mit dem Landesverband mit Ulrich im Zentrum als Hauptargumente angeführt. Die zurückgetretenen Kreisvorstandsmitglieder werfen Ulrich in einer Stellungnahme von gestern vor, den Landesverband in den vergangenen Jahren ,zum eigenen Machterhalt instrumentalisiert und missbraucht' zu haben. Auf Nachfrage erinnert Elke Bauer – Linke-Stadträtin bis 2014 – an die Listenaufstellung in Ludwigshafen vor der Kommunalwahl vor einem Jahr. Dort habe Liborio Ciccarello als "Ulrich-Mann" rund "50 Landsleute als Verfügungsmasse rekrutiert', die zuvor im Kreisverband Frankenthal geparkt gewesen seien und dann in Ludwigshafen für eine Liste nach Ciccarellos Wünschen gesorgt hätten. "Wir hatten keine Chance', sagt [Elke] Bauer. Ihrer Meinung nach ist der Kreisverband damals 'zerstört' worden. / Der Rückzug geschehe jetzt, weil mit Jochen Bülow ein Mann an die Spitze der Landesliste gewählt worden ist, der als "Mitarbeiter von Herrn Ulrich in den letzten Jahren im Auftrag seines Chefs besonders eifrig im Zerschlagen von demokratischen Strukturen einiger Kreisverbände' gewesen sei."41

Beim Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2018 in Trier wurde beobachtet, wie unmittelbar nach der Wahl der Landesschiedskommission Alexander Ulrich

³⁸http://johannes-verbeek.de/media/9840ac7794363a8fffff80adfffffff0.pdf, S. 1 (06.10.2019).

³⁹Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0), S. 154. Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

⁴⁰http://johannes-verbeek.de/media/d32c36db15ab26a8ffff80e0fffffff1.pdf (19.10.2019).

⁴¹Artikel "Linke-Vorstand tritt zurück. Liborio Ciccarello will für Kreisverband kandidieren – Wahl noch vor Sommerpause", Rheinpfalz vom 10. Juni 2015, https://www.rheinpfalz.de/lokal/ludwigshafen/artikel/linke-vorstand-tritt-zurueck-1/ (06.10.2019).

an Martin Horsch herantrat und sich nach dem Wahlergebnis erkundigte. Horsch antwortete: "So wie gedacht."

Wir gehen daher davon aus, dass Horsch im Sinne Ulrichs agiert und eine Unabhängigkeit nicht existiert, wie auch Marion Morassi, Vorsitzende Kreisverband Ahrweiler, jedenfalls 2016 meint: "Die Landesschiedskommission ist zum großen Teil mit Personen besetzt, die sich dem LAVO verpflichte[t] fühlen, also alles andere als unabhängig agieren. Dadurch haben Kreisverbände, die berechtigte Kritik am Vorgehen des LAVO haben, z.B. bei der Berechnung der Delegierten, kaum eine andere Wahl, als vor Zivilgerichten ihr Recht zu suchen. Ich selbst finde das sehr bedauerlich und versuchen meine Differenzen möglichst parteiintern zu klären."⁴² Darüber hinaus wurde beobachtet, wie Martin Horsch, der den sogenannten "Antideutschen" – einer bekannten innerparteilichen Plage – zugerechnet wird, in einer linken Mailingliste zielgerichtet zu spalten, also die linke Bewegung zu schwächen versuchte.

Entsprechend lauteten die Kommentare von Parteigenossen:

- "Horsch ist ein antideutscher Troll der schlimmeren Sorte." (Helmut Schmidt, Vorsitzender Kreisverband Donnersbergkreis, Email vom 21.03.2019 in der *Informellen Mailingliste für linke Diskussion im Landkreis Vulkaneifel (auch für Nichtmitglieder)*)
- "Sobald es etwas zu spalten oder Salz in Wunden zu streuen gibt, ist der fernreisende Horsch von Guck ganz nah..." (Roger Mallmenn, Vorsitzender Kreisverband Rhein-Hunsrück, Email vom 07.09.2019 in der *Informellen Mailingliste für linke Diskussion im Landkreis Vulkaneifel (auch für Nichtmitglieder)*)

Schließlich ist die Qualität der Arbeit der Landesschiedskommission minderwertig. Zivilrechtliche Mindeststandards werden auf gröbliche Weise missachtet, und die satzungsgemäßen Rechte der Mitglieder sind nicht gewährleistet.

So wird beispielsweise pauschal behauptet, dass "die zugrundeliegenden Behauptungen bereits Gegenstand vergangener Schiedsverfahren"⁴³ gewesen seien, ohne dass die Schiedsverfahren selbst mit Aktenzeichen genannt werden. Es wird also auf Unterlagen verwiesen, die einer Partei im Verfahren unzugänglich sind, was zivilrechtlich unzulässig ist. Darüber hinaus wäre bei neuen Beweismitteln oder geänderter Beurteilungsgrundlage – die Voreingenommenheit jedenfalls früherer Landesschiedskommissionen war regelmäßig Thema – eine neue Beweiswürdigung vorzunehmen. Auch diese wird mit dem pauschalen

⁴²Tim Zborschil, "Marion Morassi über den Zustand der RLP-Linken: 'Der LV ist für seine Strippenziehereien bekannt."', Artikel vom 26.10.2016, http://www.links-gelenkt.de/2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zustand-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/ (02.11.2018), aktuell abrufbar im Google Cache unter http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:EU1gqyZajs8J:www.links-gelenkt.de/2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zustand-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/ (06.10.2019).

⁴³https://linke-forum.de/l/rlp-plv-0001-2019-002 (19.10.2019).

Verweis auf "vergangene[] Schiedsverfahren" vereitelt. Vor dem Hintergrund der erheblichen Verdachtsmomente (Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten) sind derlei Begründungen vollkommen unhaltbar.

Ebenso ist es unzureichend zu erklären: "Wir verweisen auf die Möglichkeit, politische Entscheidungen auf politischem Weg anzustreben. Die LSK ist kein politisches Gremium; ihre Aufgabe ist es, Streitigkeiten in Satzungsfragen zu klären. Über den zur Wiederherstellung der satzungsmäßigen Ordnung oder zum vorläufigen Schutz der Rechte von Mitgliedern, Organen und Gliederungen der Partei notwendigen Umfang hinausgehend ist sie nicht dazu in der Lage, konkrete Maßnahmen anzuordnen." (Ibid.) Gerade hinsichtlich der korrekten Delegiertenzahlen handelt es sich nicht um eine politische Frage, sondern um eine Frage der Sicherung der satzungsgemäßen demokratischen Rechte der Mitglieder. Die Rolle der innerparteilichen Landesschiedskommission entspricht der von außerparteilichen zivilen Gerichten. Bei diesen ist die Anordnung von Neuwahlen oder Neuauszählungen ein vollkommen zulässiges und übliches Urteil, vgl. etwa die Anordnung der Neuwahl in Schleswig-Holstein (Az.: LVerfG 3/09).⁴⁴ Entsprechend wäre eine Überprüfung der Delegiertenzahlen ein zulässiges – und hier sogar gebotenes – Urteil der Landesschiedskommission. In § 14 Abs. 1 der Schiedsordnung heißt es ausdrücklich: "Auf Antrag können die Schiedskommissionen im schriftlichen Verfahren vorläufige Maßnahmen zur Sicherung von Mitgliederrechten oder zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit von Organen der Partei treffen."45

Wenn die parteiinternen Gremien versagen und der aus unserer Sicht naheliegende Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten zwecks Mehrheitsbeschaffung nicht ausgeräumt wird, ist DIE LINKE in Rheinland-Pfalz unglaubwürdig und nicht wählbar.

In seinem derzeitigen Zustand ist der Landesverband weder den Mitgliedern noch den Wählern zumutbar

Ohne einen personellen Wechsel wird linke Politik, also eine Politik, die den Menschen und nicht den Konzernen dient, in Rheinland-Pfalz nicht umsetzbar sein.

Ein Landesverband, der mit diesem Personal antritt, betreibt Wählertäuschung.

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01.

⁴⁴https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-Gericht-ordnet-Neuwahl-im-Norden-an-arid,286212.html (19.10.2019).

⁴⁵https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/schiedsordnung/ (20.10.2019).

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag zur Satzung S2

Gemeinsame Feststellung der Delegiertenzahlen

In der Landessatzung werden in § 15 Abs. 1 als letzte Sätze ergänzt: "Die Zahl der Mitglieder wird in Zusammenarbeit mit den Kreisschatzmeistern oder hilfsweise Kreismitgliederbeauftragen ermittelt, denen sämtliche Unterlagen, auch die der anderen Kreisverbände, vorzulegen sind. Im Falle von Barzahlungen oder Sammelüberweisungen gelten Mitgliedsbeiträge nur als bezahlt, wenn für das Vorjahr oder das laufende Jahr mindestens eine Quittung mit Originalunterschrift vorliegt; nur in diesem Fall dürfen diese Mitglieder bei der Feststellung der Delegiertenzahlen berücksichtigt werden."

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich beim Parteivorstand für ggf. erforderliche Änderungen der Bundessatzung einzusetzen.

Begründung:

Siehe Begründung zum Antrag zur Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission (in Kürze abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01).

Es besteht der Verdacht auf Manipulation der Mitgliederdaten.

Der Landesverband, einschließlich Landesschatzmeister Peter Weinand, verweigert eine Kooperation und mauert.

Stattdessen versucht der Landesverband unter formalen Vorwänden, einen Kreisverband durch Entzug der Kasse an der Beschreitung des zivilrechtlichen Wegs zu behindern, der sich in der Vergangenheit (im Gegensatz zu den innerparteilichen Schiedgerichten) bewährt hat (mehrere Gerichtsurteile gegen den Landesverband).

Einer gemeinsamen Prüfung der Sache (Korrektheit der Mitgliederdaten) verweigert sich jedoch der Landesverband.

Anfragen mit konkreten Vorschlägen werden vom Landesvorstand nicht beantwortet, Einladungen nicht wahrgenommen, obwohl es vordringliche Aufgabe des Landesvorstandes wäre, innerparteilich ein Vertrauensverhältnis und in der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Der Kreisverband Vulkaneifel hat festgestellt, dass im Landesverband die vorgesehene Praxis der Quittung mit Originalunterschrift nicht eingehalten wird:

Hinzu kommt, dass der vorgesehene Kontrollmechanismus (Barzahler-Listen mit Originalunterschrift des zahlenden Mitglieds) im Landesverband Rheinland-Pfalz nicht systematisch oder überhaupt nicht umgesetzt wird. Als Kreisschatzmeister wurde ich in einem solchen Fall überhaupt nicht auf die Existenz dieser Barzahler-Listen hingewiesen:

das nächste Mal zahle einen bar eingenommenen Beitrag bitte einfach nur ein, ohne ihn danach als Überweisung weiterzuleiten.

Obwohl die Bringschuld für die Korrektheit dieser Delegiertenzahlen eindeutig auf Seiten des Landesverbands liegt, wird trotz Anfrage lediglich gemauert. Die vorliegende Pro-Forma-Antwort erweckt bei uns den Eindruck, dass der Landesverband offensichtlich nicht an einer Aufklärung und an einer wirksamen Verhinderung einer Manipulation interessiert ist:

Die von Euch / Dir gestellten Anfrage bezieht sich auf einen abgeschlossenen Zivilprozess aus dem Jahre 2013, welcher ebenfalls ausgiebig innerhalb der Partei diskutiert wurde. Für uns ist dieser Vorgang abgeschlossen.

Auch die Darstellung, wonach der Prozess "ausgiebig innerhalb der Partei diskutiert wurde", muss bezweifelt werden.

Die beiden Landesvorsitzenden sind entweder selbst Bundestagsabgeordnete oder finanziell von einem (oder mehreren) abhängig.

Während das Landgericht Wiederholungsgefahr sieht, sieht der Landesvorstand - jedenfalls vorgeblich - die Sache allen Ernstes als erledigt an.

Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen sind nicht implementiert.

Es ist offenkundig, dass eine demokratische Willensbildung im Landesvorband unter diesen Umständen nicht gewährleistet ist.

Wir haben den Eindruck, dass ein Kern im Landesvorstand primär Partikularinteressen und nicht die Interessen der Mitglieder des Landesvorbands verfolgt. Mehrere Kreisverbände hegen den Verdacht der Manipulation von Mitgliederdaten.¹

Zu dieser Thematik Leo Stefan Schmitt:

Fazit:

Durch die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen entweder durch Sammelüberweisungen oder von Konten, die mit den Mitgliedern nichts zu tun haben und denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen verstößt der Landesverband gegen das Parteiengesetz.

[...]

Diese Art der Beitragsgenerierung führt genauso wie die Nichteinhaltung oder Überprüfung der Beitragsrückstände zu einer groben und wie man leider annehmen muss gewollten Verzerrung der Delegiertenmandate auf Landesebene und bei der Berechnung der tatsächlichen Mitglieder des Landesverbandes auch auf Bundesebene.

Mitgliedsbeiträge müssen wie alle anderen Einnahmen der Partei ebenfalls eindeutig und klar zugeordnet werden können.

[...]

Zudem haben die für andere Mitglieder zahlenden GenossInnen bislang noch nicht ihre Verpflichtungen wie im Schreiben vom 14. Juni auf Grund der Vorgabe des Rechnungsprüfers verlangt, erfüllt:

Zitat:

Wenn Mitgliedsbeiträge im Kreisverband eingesammelt werden und diese als Sammelüberweisung (also in einer Summe oder in Einzelsummen von einem Konto) an den Landesverband überwiesen werden, muss folgendes beachtet werden:

- 1) Im jeweiligen Kreisverband ist die Führung einer Barkasse mit Kassenbuch unerlässlich, da die Einnahmen dort eingehen.
- 2) Im jeweiligen Kreisverband muss eine Sammelbeitragsliste ausgefüllt und von JEDEM Mitglied das einzahlt handschriftlich unterschrieben werden. Diese Liste ist der Abrechnung gegenüber dem

¹Eilantrag und Antrag zu Delegiertenfeststellungen vom 26. Juli 2019, S. 3, https://linkeforum.de/l/rlp-plv-0001-2019-001 (20.10.2019), Hervorhebungen im Original.

LV im Original beizulegen. Wichtig:

Diese Praxis betrifft nicht alle Kreisverbände; die KVen, welche es jedoch betrifft haben laut Wirtschaftsprüfer nun mit einer Frist bis 15. Juli die Gelegenheit, diesen Sachverhalt zu korrigieren, da ansonsten die Mitgliedsbeiträge als "nicht zuord[]bar" eingebucht werden müssen und somit die Mitglieder als "beitragssäumig" geführt werden würden.² (Leo Stefan Schmitt, Hervorhebungen und Fettdruck im Original)

Von besonderer Brisanz ist u. E. das Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 21.06.2013 (Az. 1 O 26/13)³ gegen Frank Eschrich, gegenwärtig Mitglied des Landesvorstands, Mitarbeiter von Alexander Ulrich (MdB), Lebenspartner von Brigitte Freihold (MdB) und zusammen mit ihr Vorsitzender des Stadtverbands (ehemals Kreisverbands) Pirmasens. Mehrere Aussagen von Frank Eschrich hat die Kammer des Gerichts "als unwahr [...] bewerte[t]" (S. 9). Da das Gericht "Wiederholungsgefahr gegeben" sah (S. 10), wurde Eschrich "verurteilt, es zu unterlassen," bestimmte "Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten" (S. 1). Unserer Interpretation zufolge geht es hauptsächlich um Mitgliederdaten "im Bereich Mitgliederverwaltung" (S. 2) im Landesverband Rheinland-Pfalz. Diese Auffassung wird unterstützt von der Darstellung des Klägers: "Die Mitglieder- und insbesondere Beitragsentwicklung im Landesverband Rheinland-Pfalz dürfte im Bundesvergleich ziemlich einmalig sein. / Während [...] ein Teil des Landesvorstandes [...], kämpft ein anderer Teil des Landesvorstandes um Alex[]ander Ulrich massiv gegen jegliche Beitragserhöhungen und schreckt auch vor entsprechenden Beschlussfassungen untersetzt mit Lügen, Beleidigungen und Verleumdungen im LPR [heute: LA] nicht zurück. Dies hat letztlich dazu geführt, dass ich in einem Zivilverfahren auf Unterlassung klagen musste und der Antragsteller Frank Eschrich, Bürgerbüromitarbeiter des Abgeordneten Alexander Ulrich, nach erfolgter Verurteilung Spenden für etwa 4.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten einzusammeln versucht. / [...] / [...] Der Hintergrund [...] ist ein ganz einfacher; **nur das** Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen [...]. "4 (Leo Stefan Schmitt, ehemaliger Polizist und SPD-Landtagsabgeordneter im Saarland, später LINKE-Landtagsabgeordneter in Bremen und Mitarbeiter von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz; eigene Hervorhebung) Die Angelegenheit erhält besondere Brisanz dadurch, dass Frank Eschrich eigenen Angaben zufolge "Wahlkreismitarbeiter bei MdB Alexander Ulrich" und "Vorsitzender DIE LINKE

²Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen" [2012 oder später], in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-mglvw.

³Das Urteil ist für Parteimitglieder online abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe-anlage-urt (06.10.2019).

⁴Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK" (18.07.2013), in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-bfrk.

Pirmasens"⁵ und einem Zeitungsartikel vom 24. Februar 2016 zufolge Lebenspartner von Brigitte Freihold ist⁶.

Im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz stellt sich daher die Frage, ob es mit den Mandaten von zwei der drei Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE aus Rheinland-Pfalz, Alexander Ulrich und Brigitte Freihold, mit rechten Dingen zugegangen ist. Es bestehen erhebliche Zweifel.

Leider liegt eine aus unserer Sicht befriedigende Stellungnahme seitens des Landesverbandes – trotz Vorlage des Gerichtsurteils und wiederholter Nachfrage – bis heute nicht vor, insbesondere blieb die folgende Frage unbeantwortet:

5. Welche Maßnahmen hat der Landesverband getroffen, um sicherzustellen, dass die Delegiertenzahl der Kreisverbände beim Landesausschuss, beim Landesparteitag und bei Listenaufstellungen, insbesondere zu Wahlen zum Deutschen Bundestag, der tatsächlichen Mitgliederzahl entspricht?⁷

Die Antwort des Landesverbandes (vom 01.07.2019) lautete allen Ernstes:

Lieber Kreisvorstand des KV Vulkaneifel, Lieber [...],

auf Deine Anfrage vom 16.06.2019 bzgl. des Landesvorstandsmitgliedes Frank Eschrich, möchte ich im Namen von Katrin Werner und Jochen Bülow folgendes erklären:

Die von Euch / Dir gestellten Anfrage bezieht sich auf einen abgeschlossenen Zivilprozess aus dem Jahre 2013, welcher ebenfalls ausgiebig innerhalb der Partei diskutiert wurde. Für uns ist dieser Vorgang abgeschlossen.

Mit solidarischen Grüßen Katrin Werner und Jochen Bülow Fabian Bauer Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz⁸

Eine weitere Anfrage nach Unterlagen von Leo Stefan Schmitt zu den Vorgängen wurde überhaupt nicht beantwortet. Die zitierten Dokumente von Leo Stefan Schmitt wurden uns von Dritten zur Verfügung gestellt. Wir gehen davon aus, dass der Landesverband eine Aufklärung ganz bewusst zu behindern versucht.

Die Manipulation von Mitgliederdaten (Führung von Karteileichen), um die Delegiertenzahl des eigenen Kreisverbands zu erhöhen und sich so die Mehrheiten zu

7https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe (20.10.2019).

8https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe-stg-lv (20.10.2019).

4

⁵https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018/2018-11-10_lpt_trier/2018-09-25 kandidatur eschrich.pdf (13.06.2019).

⁶, Eschrich lebt mit seiner Partnerin Brigitte Freihold [...] im Vorort Windsberg." – https://www.rheinpfalz.de/artikel/zur-person-frank-eschrich-1/ (13.06.2019).

sichern, scheint der Schlüsselmechanismus zu sein: "Der Hintergrund für beide Anträge ist ein ganz einfacher; nur das Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen und die Wegnahme der Aufgaben von einem unabhängigen Mitarbeiter sichert vermeintliche Zugriffsmöglichkeiten auf einen Mitarbeiter ,der das Vertrauen des Landesparteirates [heute: des Landesaussschusses] genießt'."9 (Leo Stefan Schmitt) Im Verdacht stehen vor allem der Stadtverband [Kreisverband] Pirmasens¹⁰ (Vorsitzende Frank Eschrich und Brigitte Freihold, beides Ulrich-Vertraute) und der Kreisverband Kaiserslautern-Land (Vorsitzender Alexander Ulrich): Auffällige Werte enthält der Kreisvergleich zum 31.12.2013 mit der zweithöchsten Mitgliederzahl in Pirmasens (153, Faktor 2,59) und der dritthöchsten Mitgliederzahl in Kaiserslautern-Land (143, Faktor 2,42) bei einem Durchschnittswert von 59 Mitgliedern (Faktor 1) pro Kreisverband: 11 "Und in der LINKEN RLP ist es verdammt dreckig. Da wurden seit über einem Jahrzehnt Mehrheiten manipuliert. [...] Durch die Aufnahme von Neumitgliedern, die von Anfang an beitragsfrei gestellt wurden und deren Mitgliedschaft nur dazu diente, Delegierte für Listenaufstellungen zu gewinnen. [...] / Dazu ein von Ulrich unwiderlegtes Zitat aus der 'Rheinpfalz' vom 26. April 2015: 'Demnach hat Alexander Ulrich in seinem Kreisverband Kaiserslautern-Land im Mai 2011 per Sammelüberweisung 504 Euro als Mitgliedsbeiträge für 26 Personen überwiesen. Der Nachweis fehlte, dass diese Genossen den Beitrag selbst gezahlt hatten. Sammelüberweisungen für 20 Mitglieder sind auch in Frankenthal nachgewiesen worden. Ebenfalls 2011 überwies Fritz Eichelhardt im Kreisverband Neuwied die Beiträge für 13 Mitglieder zu 1,50 Euro im Monat – dabei ist dies ein Minimal-Obolus und nur vorübergehend für Mitglieder ohne Einkommen. Frank Eschrich in Pirmasens tat das Gleiche für acht bis zehn Mitglieder. Merkwürdig: Eichelhardt und Eschrich sind angestellte Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Alexander Ulrich. "12 (Harald W.

⁹Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK" (18.07.2013), in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-bfrk.

¹⁰, Der Stadtverband DIE LINKE Pirmasens hat heute rund 180 Mitglieder, DIE LINKE Zweibrücken und DIE LINKE Südwestpfalz jeweils etwa 40 Mitglieder. / [...] / Der Stadtverband Pirmasens ist mit 180 Mitgliedern zum Jahreswechsel 2015 der größte Verband der LINKEN Rheinland-Pfalz. Pirmasens hat damit die vormals stärksten Kreisverbände Kaiserslautern-Land, Ludwigshafen und Mainz deutlich in den Schatten gestellt. Dies ist umso bemerkenswerter [sic!], wenn man sich die um ein Vielfaches höheren Einwohnerzahlen der beiden Großstädte vor Augen führt." – https://www.die-linke-ps.de/ueber-uns/stadtverband/ (19.10.2019).

¹¹https://linke-forum.de/l/rlp-aw-an-bsm-001-anlage-krvgl (19.10.2019).

¹²Harald W. Jürgensonn, "Von der Stärke und der Schwäche - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz", Artikel vom 17.04.2016, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx_ttnews%5Bswords%5D=kreisverband&tx_ttnews%5Bcat%5D=43&tx_ttnews%5Btt_news%5D=55664&cHash=533aaf98be (06.10.2019).

Jürgensonn) "Kaiserslautern-Land / wie der beigefügten Säumigenliste zum 31. Mai zu entnehmen ist, haben 26 Mitglieder gemeinsam am 19.5.2012 ihre Zahlungen an den Landesverband eingestellt: / Hintergrund dazu ist eine Sammelüberweisung vom Konto Alexander Ulrich in Höhe von 504.- Euro vom 2. Mai 2011. Die Mitglieder, für die der Beitrag bezahlt wurde, sind ebenfalls in einem Begleitschreiben aufgeführt. [...] Einzahlungsbelege gibt es von keinem dieser 26 Mitglieder. [...] Kusel / In Kusel sind rund 20 Personen Ende des Jahres 2011 in die Partei eingetreten, für die Patrick Hoffmann, wie er selbst beim Landesparteitag bestätigt hatte, die Mitgliedsbeiträge übernommen hat. Dem Vernehmen nach sind diese Mitglieder großenteils geworben worden mit dem Hinweis, die Mitgliedschaft sei umsonst und man könne als Mitglied umsonst mit dem Abgeordneten Ulrich nach Berlin fahren."¹³ (Leo Stefan Schmitt) Anfragen beim Landesverband, gemeinsam den Mitgliederbestand zu prüfen (z. B. Vorliegen wenigstens einer Originalunterschrift im Vorjahr bei Barzahlungen/Sammelüberweisungen auf Quittungen), bleiben unbeantwortet oder werden negativ beschieden.¹⁴

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-s02.

¹³Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen" [2012 oder später], in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-mglvw.

¹⁴,,Neuwied / in Neuwied wurde -welch ein Zufall- am 9. Mai 2011 vom Konto Friedrich Pius Eichelhardt Beitrag für 13 Mitglieder à 1,5 Euro überwiesen. Entsprechende Einnahmen sind nirgends aufgeführt. / Pirmasens / In Pirmasens wurde bei der Buchprüfung 2011 festgestellt, dass Frank Eschrich für 8 bis 10 Personen den Beitrag in Höhe von 1,5 Euro bezahlt, da sind hier bekannte Verwandte (Freihold) nicht einbezogen. Entsprechende Einnahmen von diesen Mitgliedern sind nirgendwo vermerkt. / Frankenthal / Das gleiche gilt für Frankenthal, wo von Konten von Rosalia und Liborio Ciccarello für mehr als 20 Mitglieder der Beitrag gezahlt wird, ohne dass Einnahmen zu erkennen sind." – Leo Stefan Schmitt, "Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen" [2012 oder später], in Kürze abrufbar unter https://linke-forum.de/l/rlp-lss-vermerk-mglvw.

Aktenzeichen: 1 O 26/13

Verkündet am 21.06.2013

Hofer, Justizhauptsekretärin als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Abschrift



Landgericht Zweibrücken

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit

Leo Stefan Schmitt,

- Kläger
Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte k+r Kropfrehberger, Hindenburgstraße 59, 66119 Saarbrücken

gegen

Frank Eschrich,

- Beklagter
Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Schermer Becker Petrelli, Gasstraße 11, 67655 Kaiserslautern

wegen Unterlassungsforderung

hat die 1. Zivilkammer des Landgerichts Zweibrücken durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Ehrmantraut als Einzelrichter auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 24.05.2013 für Recht erkannt:

- 1. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, die Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten,
 - a) der Kläger verschicke nachweislich falsche Statistiken,
 - b) der Kläger missbrauche seine Zugriffsmöglichkeiten und Aus-

wertungen für politische Zwecke, für die er kein Mandat und keinen Arbeitsauftrag habe,

- c) der Kläger habe keine Datenschutzerklärung und keine für die Tätigkeit im Bereich Mitgliederverwaltung vorgeschriebene Datenschutzschulung.
- 2. Dem Beklagten wird angedroht, dass für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die in Ziff. 1. ausgesprochenen Verpflichtungen ein Ordnungsgeld bis zu 500,-- € und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft bis zu 1 Tag je 100,-- € Ordnungsgeld festgesetzt werden kann.
- Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger vorgerichtliche Kosten in Höhe von 775,64 € zuzüglich Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 29.11.2012 zu zahlen.
- 4. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
- 5. Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
- 6. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Der Beklagte kann die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages abwenden, wenn nicht zuvor der Kläger Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Der Kläger macht gegen den Beklagten Unterlassungsansprüche geltend.

Der Kläger arbeitet auf der Grundlage einer Honorarvereinbarung für den Landesverband Rheinland-Pfalz der Partei "Die Linke". Seine Hauptfunktion besteht darin, die Partei bei dem Aufbau der Parteiorganisation beratend zu unterstützen.

In der Honorarvereinbarung zwischen der Partei "Die Linke" und dem Kläger heißt es u.a.:

"... Herr Schmitt unterstützt im Rahmen der zeitlich befristeten Zielvereinbarung ... Die Linke Rheinland-Pfalz beim Aufbau und der Verbesserung der organisatorischen Strukturen. ... Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, von den inhaltlichen Vorgaben der Auftraggeberin ohne deren Zustimmung abzuweichen. Bei der Einteilung seiner Arbeitszeit und bei der Wahl seiner Arbeitsmittel ist der Auftragnehmer frei und keiner Weisung durch Arbeitgeberin unterworfen. ...

Der Vertrag endet mit Ablauf des Monats, in dem die in Ziff. 1. angeführte Zielvereinbarung endet.

Herr Schmitt versichert, freiberuflich tätig zu sein und das Honorar im Rahmen seiner Einkommenssteuererklärung anzugeben. ..."

Der Beklagte ist Kreisvorsitzender im Kreisverband Pirmasens der Partei "Die Linke". Am 27.10.2012 stellte der Beklagte mit anderen einen Antrag zum Landesparteitag der Partei "Die Linke Rheinland-Pfalz mit u.a. folgendem Inhalt:

"... Die von Mitarbeiter Leo Schmitt verschickten ... monatlichen Mitgliederstatistiken wurden stichprobenartig in verschiedenen Kreisverbänden überprüft. Alle Stichproben haben ergeben, dass die von Leo Schmitt verschickten Statistiken nachweislich falsch sind. ...

Leo Schmitt missbraucht darüber hinaus seine Zugriffsmöglichkeiten und Auswertungen für politische Zwecke, für die er kein Mandat und keinen Arbeitsauftrag hat. ...

Eine Datenschutzerklärung des Leo Schmitt und die dafür vorgeschriebene Datenschutzschulung, beides zwingende Voraussetzung für die Tätigkeit im Bereich der Mitgliederverwaltung, liegen erkennbar nicht vor." - Seite 4 -

Bereits im April 2012 gab der Kläger eine von ihm unterzeichnete Verpflichtungserklärung gemäß § 5 und § 9 Anlage 1 und 4 Bundesdatenschutzgesetz ab.

Nachdem der Kläger außergerichtlich eine strafbewehrte Unterlassungserklärung von dem Beklagten einforderte, versandte der Beklagte am 25.02.2013 eine E-Mail an den Kläger mit folgendem Inhalt:

"Sehr geehrter Herr Schmitt, um weiteren Schaden für die Partei Die Linke abzuwenden, erkläre ich hiermit Folgendes:

Ich werde nicht mehr behaupten, Sie würden nachweislich falsche Statistiken verschicken. Ich werde nicht mehr behaupten, Sie würden Ihre Zugriffsmöglichkeiten und Auswertungen für politische Zwecke missbrauchen, für die Sie kein Mandat und keinen Auftrag haben. Ich werde nicht mehr behaupten, Sie hätten keine Datenschutzerklärung und keine für Ihre Tätigkeit vorgeschriebene Datenschutzschulung ..."

Der Kläger behauptet,

es handele sich nicht um eine Angelegenheit, die vorrangig durch ein Schiedsgericht der Partei "Die Linke" zu beurteilen wäre.

Der Kläger sei nicht im Sinne eines Arbeitnehmers oder einer arbeitnehmerähnlichen Person für die Partei "Die Linke" tätig, sondern als Selbständiger.

Bei den streitgegenständlichen Äußerungen des Beklagten handele es sich ausschließlich um unwahre Tatsachenbehauptungen, die seine Persönlichkeitsrechte beeinträchtigten. Auch nach der E-Mail vom 25.02.2013 seitens des Beklagten bestünde eine Wiederholungsgefahr fort.

Der Kläger beantragt,

- der Beklagten zu verurteilen, es zu unterlassen, die Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten.
 - a) der Kläger verschicke nachweislich falsche Statistiken,

- Seite 5 -

 b) der Kläger missbrauche seine Zugriffsmöglichkeiten und Auswertungen für politische Zwecke, für die er kein Mandat und keinen Arbeitsauftrag habe,

 c) der Kläger habe keine Datenschutzerklärung und keine für die Tätigkeit im Bereich Mitgliederverwaltung vorgeschriebene Datenschutzschulung;

 dem Beklagten anzudrohen, dass für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die in Ziff. 1. ausgesprochenen Verpflichtungen ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,-- € und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft bis zu 6 Monaten festgesetzt werden kann.

 den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger vorgerichtliche Kosten in Höhe von 1.085,04 € zuzüglich Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 29.11.2012 zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte behauptet,

es sei hier gemäß § 1 Abs. 4 der Schiedsordnung der Partei "Die Linke" vorrangig ein Schiedsverfahren durchzuführen.

Im Übrigen sei der Kläger Arbeitnehmer der Partei "Die Linke", so dass das Arbeitsgericht zuständig sei. Zumindest sei der Kläger wirtschaftlich von der Partei "Die Linke" abhängig und damit arbeitnehmerähnliche Person.

Im Übrigen sei die Wiederholungsgefahr nach der E-Mail vom 25.02.2013 nicht mehr gegeben.

Bei der Behauptung hinsichtlich der Statistiken handele es sich nicht um eine falsche Tatsachenbehauptung. Die Behauptung hinsichtlich des Missbrauchs der Zugriffsmöglichkeiten sei von der zulässigen Meinungsäußerung gedeckt. Tatsächlich habe der Kläger keine Datenschutzschulung und die Erklärung hinsichtlich der Datenschutzschulung sei auch nicht ehrrührig.

Zur Ergänzung des Tatbestandes im Übrigen wird verwiesen auf die gegenseitig gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen, wie sie zum Akteninhalt geworden sind.

Entscheidungsgründe

Die in verfahrensrechtlicher Hinsicht nicht zu beanstandende Klage hat auch in der Sache bis auf einen Teil der Nebenforderung Erfolg.

I. Die Klage ist zulässig.

Das Landgericht Zweibrücken ist örtlich (§§ 12, 13 ZPO), sachlich (§§ 23 Ziff. 1, 71 Abs. 1 GVG) und auch funktionell zuständig.

1. Eine vorrangige Zuständigkeit der Schiedsgerichte der Partei "Die Linke" kommt im vorliegenden Fall nicht in Betracht.

Nach der Schiedsordnung der Partei "Die Linke" § 1 Abs. 4 hat das Schiedsverfahren grundsätzlich Vorrang vor der Anrufung der ordentlichen Gerichte. Nach § 37 der Schiedsordnung ist das Schiedsgericht u.a. zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern berufen. Im Rahmen dieses Anwendungsbereiches ist die Klage vor einem ordentlichen Gericht unzulässig (vgl. § 1032 Abs. 1 ZPO).

Nach Auffassung der Kammer bedarf die Norm hier insoweit einer einschränkenden Auslegung, als aufgrund der streitgegenständlichen Äußerungen grundrechtlich geschützte Persönlichkeitsrechte des Klägers tangiert werden, die nicht vorrangig die Parteimitgliedschaft des Klägers, sondern mindestens in gleicher Weise die Privatsphäre des Klägers sowie dessen berufliche Integrität betreffen und beeinträchtigen. In solchen Fällen kann nach Auffassung der Kammer die Anrufung des ordentlichen Gerichts durch eine Schiedsordnung

nicht verwehrt werden.

 Entgegen der Auffassung des Beklagten ist auch der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten nicht eröffnet. Der Kläger ist weder Arbeitnehmer i.S.d. § 2 Abs. 1 Ziff. 3 ArbGG noch arbeitnehmerähnliche Person i.S.v. § 5 Abs. 1 Satz 2 ArbGG.

Grundsätzlich ist Arbeitnehmer derjenige, welcher aufgrund Vertrag mit einem anderen für diesen fremdbestimmte und weisungsgebundene Arbeitsleistungen gegen Entgelt erbringt. Der zwischen der Partei "Die Linke", Landesverband Rheinland-Pfalz und dem Kläger geltende Honorarvertrag, der allein die Grundlage der Tätigkeit des Klägers für die Partei regelt, erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Nach § 1 Abs. 3 Satz 2 des Honorarvertrages ist bestimmt, dass der Kläger bei der Einteilung seiner Arbeitszeit und bei der Wahl seiner Arbeitsmittel frei und keiner Weisung durch die Arbeitgeberin unterworfen ist. Diese Regelung spricht eindeutig gegen eine weisungsabhängige typische arbeitnehmerähnliche Tätigkeit des Klägers. Diese Bestimmung steht auch nicht in Widerspruch zu § 1 Abs. 3 Satz 1 des Honorarvertrages, wonach der Kläger nicht berechtigt sein sollte, von inhaltlichen Vorgaben der Auftraggeberin ohne deren Zustimmung abzuweichen. Eine solche Regelung ist auch bei freiberuflichen Vereinbarungen typisch. Es ist selbstverständlich, dass auch im Rahmen von freien Dienstverträgen der Auftraggeber hinsichtlich der Aufgabenstellung Vorgaben machen kann und dies regelmäßig auch tut, ohne dass dadurch eine Weisungsabhängigkeit im Sinne einer Arbeitnehmertätigkeit zustande kommt. Für die Selbständigkeit des Klägers in diesem Sinne spricht auch § 2 Abs. 2 des Honorarvertrages, wonach der Kläger versichern musste, freiberuflich tätig zu sein und das Honorar im Rahmen seiner Einkommenssteuererklärung anzugeben.

Das Gericht folgt auch nicht der Auffassung des Beklagten, wonach der Kläger als arbeitnehmerähnliche Person i.S.d. § 5 Abs. 1 Satz 2 3. Alt. ArbGG zu gelten habe. Danach sind
als Arbeitnehmer auch sonstige Personen anzusehen, die wegen ihrer wirtschaftlichen
Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind. Für eine solche
Annahme fehlten hier die notwendigen Anknüpfungstatsachen. Allein die Höhe des Honorars für den Kläger sprach nicht für eine wirtschaftliche Abhängigkeit des Klägers zur Partei. Würde man dahingehend argumentieren, wäre jeder Freiberufler, der zeitlich befristet
für einen einzigen Auftraggeber gegen Honorar arbeitet, als arbeitnehmerähnliche Person
zu qualifizieren. Dies würde dem Sinn und Zweck des Arbeitsgerichtsgesetzes zuwider

laufen. Maßgeblich ist hierbei immer ein gewisses Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Personen. Der hier streitgegenständlichen Honorarvereinbarung ist immanent, dass der Kläger nur zeitlich befristet bis zum Erreichen eines Zieles für die Partei "Die Linke" tätig sein kann. Schon dies spricht gegen eine Abhängigkeit i.S.d. § 5 ArbGG.

II. Die Klage ist in der Sache begründet.

Der Kläger hat Anspruch auf Unterlassung der zukünftigen Verbreitung der streitgegenständlichen Behauptungen des Beklagten gemäß den §§ 1004 Abs. 1 analog, 823 Abs. 1 BGB. Aus diesen Anspruchsgrundlagen leitet die höchstrichterliche Rechtsprechung ein Recht jedes Einzelnen ab, bei Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch unwahre Tatsachenbehauptung zukünftige Unterlassung zu fordem. Soweit feststeht, dass es sich um eine unwahre Tatsachenbehauptung handelt, kann die Unterlassung ohne Weiteres verlangt werden (vgl. Palandt/Sprau, § 823 Rdnr. 101 m.w.N.). Bewusst unwahre Tatsachen, deren Unwahrheit im Zeitpunkt der Äußerung zweifelsfrei feststeht, fallen nicht mehr unter den Schutz von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG. Entgegen der inzident geäußerten Auffassung des Beklagten gelten auch in dem politischen Meinungsaustausch in diesen Fällen keine Besonderheiten. Unwahre Tatsachenbehauptungen genießen im Regelfall auch im politischen Meinungskampf keinen Schutz, weil sie keinen nennenswerten Beitrag zu einer ausgewogenen Meinungsbildung leisten können (vgl. Landgericht Düsseldorf, Urt. 05.05.2010, Az. 12 O 111/10, zitiert nach Juris).

Die Aussage des Beklagten, der Kläger verschicke nachweislich falsche Statistiken, stellt nach Auffassung der Kammer in Abgrenzung zur bloßen Meinungsäußerung eine Tatsachenbehauptung dar. Die Äußerung bezieht sich auf einen konkreten, realen Vorgang, der als behauptetes, tatsächliches Geschehen dem Beweis zugänglich ist, ohne dass insoweit wertende Bestandteile erkennbar wären oder im Vordergrund stünden. Entweder der Kläger hat nachweislich falsche Statistiken verschickt oder nicht.

Die Aussage war in dieser Allgemeinheit auch unwahr. Vollständig hat der Beklagte erklärt, man habe Stichproben durchgeführt und alle Stichproben hätten ergeben, dass die von dem Kläger verschickten Statistiken nachweislich falsch sind. Da nur Stichproben gemacht wurden, ist die Kernaussage, dass alle Statistiken des Klägers falsch sind, somit nachweislich falsch. Anders wäre ggf. der Sachverhalt zu beurteilen gewesen, wenn der Beklagte seine

Aussage auf einzelne Stichproben beschränkt hätte. Da der Beklagte hier allerdings sämtliche Statistiken angegriffen hat, ohne dies aufgrund nur einzelner Stichproben letztendlich beurteilen zu können, bedurfte es einer weiteren Sachverhaltsaufklärung bezüglich des Wahrheitsgehaltes hinsichtlich der Aussage zu den der Stichproben nicht. Allerdings ist auch insoweit fetzuhalten, dass der Beklagte von einer Mehrzahl überprüfter und für falsch befundenen Stichproben spricht, während er im Verfahren lediglich eine Stichprobe mit möglichen falschen Inhalt substantiieren kann.

Entgegen der Auffassung des Beklagten ist auch die Aussage zum Missbrauch der Zugriffsmöglichkeiten des Klägers für politische Zwecke, für die dieser kein Mandat und keinen Arbeitsauftrag habe, überwiegend als Tatsachenbehauptung anzusehen. Bei der Abgrenzung zwischen einer Tatsachenbehauptung und einer Meinungsäußerung ist i.S.d. §§ 133, 157 BGB eine Auslegung aus Sicht eines objektiven Durchschnittsempfängers der Erkärung vorzunehmen. Der Durchschnittsadressat entnimmt der Äußerung in jedem Falle, dass der Kläger außerhalb eines Arbeitsauftrages und ohne eine entsprechende Mandatierung Kenntnisse missbräuchlich verwerte. Auch diese Äußerung bezieht sich somit auf einen konkreten, realen Vorgang, der hinsichtlich des tatsächlichen Geschehens einem Beweis zugänglich wäre. Entweder der Kläger handelt innerhalb des Arbeitsauftrages oder nicht. Für seine Aussage ist der Beklagte auch jede substantiierte Darlegung und jeden Beweisantritt schuldig geblieben, so dass die Kammer die Aussage als unwahr im Sinne einer Aussage "ins Blaue hinein" zu bewerten hatte.

Gleiches gilt letztendlich auch betreffend der Aussage bezüglich der Datenschutzerklärung und der Datenschutzschulung.

Unstreitig hat der Kläger zwischenzeitlich eine entsprechende Datenschutzerklärung abgegeben. Die Einlassung des Klägers, eine gesonderte Datenschutzschulung sei zur Ausübung seiner Tätigkeit nicht vorgeschrieben, blieb seitens es Beklagten unwiderlegt.

Die Kläger ist durch all die streitgegenständlichen Behauptungen auch in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt. Das Persönlichkeitsrecht umfasst das Recht des Einzelnen auf Achtung
seiner Individualsphäre im privaten Rechtsverkehr. Durch die Äußerungen des Beklagten ist
der Kläger insbesondere auch in seiner beruflichen Integrität betroffen. Seine Geeignetheit für
beratende Tätigkeit auch betreffend potentieller zukünftiger Auftraggeber könnte bei Aufrecht-

erhaltung der Behauptungen in Frage gestellt werden. Davon abgesehen wird auch die Ehre des Klägers durch die Äußerungen tangiert.

Die Einlassung des Beklagten, er habe hier nicht alleine gehandelt, war unerheblich. Nach dem Rechtsgedanken des § 830 Abs. 1 BGB ist jeder, der eine unerlaubte Handlung begeht, für sich selbst verantwortlich. Jeder Einzelne kann von dem Betroffenen gesondert in Anspruch genommen werden.

Schließlich ist auch die für einen Unterlassungsanspruch notwendige Wiederholungsgefahr gegeben. Erforderlich ist insoweit eine ernstliche, sich auf Tatsachen begründete Besorgnis weiterer Eingriffe zur Zeit der letzten mündlichen Verhandlung. Hierfür besteht allerdings eine tatsächliche Vermutung, soweit nicht das Verhalten des Beklagten eine sichere Gewähr gegen weitere Eingriffe bietet oder die tatsächliche Entwicklung einen neuen Eingriff unwahrscheinlich macht (vgl. BGH NJW 1966, 648). Insoweit ist ein strenger Maßstab anzulegen. Zu fordern ist, dass sich der Verletzer uneingeschränkt, bedingungslos, ernstlich und in vollem Umfang des Anspruches zur Unterlassung weiterer Verletzungen verpflichtet, wobei regelmäßig zusätzlich die Übernahme einer angemessenen Vertragsstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung erforderlich ist (vgl. Palandt/Sprau, BGB, 72. Aufl., Einf. vor § 823 Rdnr. 20 m.w.N.). Das Verhalten des Beklagten räumte in diesem Sinne die Wiederholungsgefahr gerade nicht aus. Er hat in einer E-Mail vom 25.02.2013 ausdrücklich ohne einer strafbewehrten Unterlassungserklärung erklärt, dass er die Behauptungen, um weiteren Schaden für die Partei "Die Linke" abzuwenden, nicht mehr aufstellen werde. Auch in der letzten mündlichen Verhandlung war der Beklagte nicht bereit, eine entsprechende strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Das Gesamtverhalten des Beklagten war nicht geeignet, ausnahmsweise diese Abstandnahme ohne strafbewehrte Unterlassungserklärung als ausreichend zu erachten. Der Beklagte hat in dem Verfahren schriftsätzlich im Ergebnis vehement die von ihm aufgestellten Tatsachenbehauptungen verteidigt und zu rechtfertigen versucht.

- III. Auf Antrag des Klägers war gemäß § 890 Abs. 1 ZPO durch das erkennende Prozessgericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft festzusetzen. Die Höhe des Ordungsgeldes von 500,-- € je Einzelfall erschien dem Gericht bei Abwägung aller Umstände dabei als angemessen.
- IV. Der Kläger hat des Weiteren dem Grunde nach Anspruch auf Ersatz der außergericht ange-

- Seite 11 -

fallenen, nicht anrechenbaren Rechtsanwaltskosten unter dem Gesichtspunkt des Verzugs-

schadens gemäß den §§ 280, 286 BGB.

Der Höhe nach war dieser Anspruch allerdings insoweit zu begrenzen, als der von dem Klä-

gervertreter außergerichtlich zugrundegelegte Streitwert in Höhe von 25.000,-- € dem Gericht

zu hoch erschien. Auszugehen war nach Auffassung des Gerichts von einem Streitwert von

10.000,-- €, so dass sich bei Ansatz einer 1,3-Gebühr zuzüglich einer Kommunikationspau-

schale und der gesetzlichen Umsatzsteuer der ausgeurteilte Betrag ergeben hat.

V. Die Kostenentscheidung folgt aus § 92 Abs. 1 ZPO, die Entscheidung über die vorläufige

Vollstreckbarkeit aus den §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Ehrmantraut

Vorsitzender Richter am Landgericht

Beschluss

Der Streitwert des Verfahrens wird auf 10.000,00 € festgesetzt, wobei die Festsetzung auf § 3

ZPO beruht.

Im Rahmen des insoweit auszuübenden Ermessens erschien ein Betrag von 10.000,-- € ange-

messen, der Höhe nach aber auch ausreichend, um dem vorliegenden Einzelfall gerecht zu wer-

den.

Ehrmantraut

Vorsitzender Richter am Landgericht

Vermerk zur Mitgliederverwaltung und Beitragszahlungen

Am 27. Oktober hat der Landesparteirat in Kaiserslautern in vollkommener Unzuständigkeit folgenden Antrag (auszugsweise) beschlossen:

Antrag zum Landesparteirat der LINKEN Rheinland-Pfalz am 27. Oktober 2012 Antragsteller: Ingrid Wiegel, Brigitte Freihold, Frank Eschrich, Patrick Hoffmann, Dr. Wilhelm Vollmann, Hans-Werner Jung, Jochen Bülow u.a.

- 3. Für die Durchführung des satzungsgemäßen Mahnverfahrens bei zahlungssäumigen Mitgliedern wird eine gemeinsame Kommission aus Landesvorstand und Landesparteirat gebildet. Die Kommission berät gemeinsam die Einleitung von Mahnverfahren und legt dem Landesvorstand eine dahingehende Beschlussvorlage mit empfehlenden Charakter vor. Nach Beschluss im Landesvorstand wird das Mahnverfahren eingeleitet und durch die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle wortgenau ausgeführt.
- 4. Die Feststellung des Austritts von Mitgliedern wegen Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge wird einmal pro Kalenderhalbjahr durchgeführt. Dazu werden zahlungssäumige Mitglieder, die länger als 6 Monate keinen Mitgliedsbeitrag entrichtet haben, vom Landesvorstand unter Beachtung von Punkt 3 dieses Antrages schriftlich angemahnt und erhalten ein Zahlungsziel von 4Wochen. Gleichzeitig werden die Kreisvorstände über zahlungssäumige Mitglieder ihrer Gliederung schriftlich informiert und erhalten innerhalb der 4-Wochen-Frist Gelegenheit, sich persönlich mit den betreffenden Mitglieder ins Benehmen zu setzen und sie zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge anzuhalten. Erfolgt trotz des satzungsgemäßen Gesprächsangebots nach § 3 (3) der Landessatzung keine Zahlung der säumigen Mitgliedsbeiträge, gleichen die Kreisvorstände und der/die Landesschatzmeister/in die zu Grunde liegende Datenlage gemeinsam ab und stellen gemeinsam den Austritt der betreffenden Mitglieder fest. Die festgestellten Parteiaustritte sind bei nächster Gelegenheit dem Landesparteirat zur Überprüfung vorzulegen. Ergeben sich begründete Zweifel an der Korrektheit der vorgelegten Zahlenwerke, kann der Landesparteirat per Beschluss eine Korrektur der Datenlage verlangen.

Dieser Beschluss steht in krassem Gegensatz zur eindeutigen Regelung in der Satzung und der Finanzordnung:

§ 3 Abs. 3 der Bundessatzung

Bezahlt ein Mitglied sechs Monate keinen Beitrag und ist nicht von dieser Pflicht befreit, so gilt das als Austritt aus der Partei. Der Austritt muss vom zuständigen Kreis- oder Landesvorstand festgestellt werden. Zuvor ist dem Mitglied ein Gespräch anzubieten und die Begleichung der Beitragsrückstände mindestens einmal schriftlich anzumahnen, sowie die Konsequenz aus der Pflichtverletzung mitzuteilen. Der Vollzug des Austritts muss dem Mitglied schriftlich mitgeteilt werden, wenn innerhalb von vier Wochen – nach dem Zugang

der Feststellung durch den zuständigen Kreis- oder Landesvorstand – durch das Mitglied kein Widerspruch erfolgt ist. Legt das Mitglied gegen die Feststellung des zuständigen Kreis- oder Landesvorstandes Widerspruch bei der Schiedskommission ein, bleiben seine Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur endgültigen Entscheidung unberührt.

§ 2 Abs. 4 und 5 der Finanzordnung:

- 4. Der Mitgliedsbeitrag und der EL-Beitrag werden in Verantwortung der Landesvorstände bzw. vom Parteivorstand vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto des Mitglieds eingezogen.
- 5. In regelmäßigen Abständen insbesondere vor Wahlen ist von den zuständigen Vorständen die Erfüllung der Beitragspflicht zu kontrollieren.

Feststellungen bei der Prüfung der Jahresrechnung 2011

Bei der Prüfung des Rechnungsjahres 2011 durch den Wirtschaftsprüfer wurde von diesem bemängelt, dass in zahlreichen Fällen Mitgliedsbeiträge für Mitglieder bezahlt worden seien, ohne dass diesen Zahlungen entsprechende Einnahmen entgegen stünden. Als Beispiel wurden die KV Kusel, Pirmasens, Neuwied und Kaiserslautern-Land angeführt. In den Sitzungen des Landesvorstandes im Mai und Juni und des Landesfinanzrates 14. Juli wurde das Problem der Zahlung von Beiträgen für andere Personen angesprochen und diskutiert.

Mit Datum vom 14. Juni ging folgendes Schreiben (Auszug) an alle Kreisvorsitzende und SchatzmeisterInnen:

Umgang mit Mitgliedsbeiträgen im Kreisverband 14.06.2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem nun die Prüfung unseres Landesverbandes bis auf wenige Kleinigkeiten abgeschlossen ist, eine deutlich positive Entwicklung attestiert und zur Evaluation bereits eine Sitzung des Landesfinanzrates einberufen wurde, möchten wir uns zunächst auch bei euch für die Arbeit in den Kreisen und die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Jahresabschlusses bedanken.

Jedoch fiel während der Prüfung ein **Sachverhalt in den Kreisen** auf, welcher für das gesamte Jahr 2011 und fortlaufend korrigiert werden muss. Dieser betrifft die Einnahme von Mitgliedsbeiträgen in den Kreisverbänden.

Sachverhalt:

Wenn Mitgliedsbeiträge im Kreisverband eingesammelt werden und diese als Sammelüberweisung (also in einer Summe oder in Einzelsummen von einem Konto) an den Landesverband überwiesen werden, muss folgendes beachtet werden:

- 1) Im jeweiligen Kreisverband ist die Führung einer Barkasse mit Kassenbuch unerlässlich, da die Einnahmen dort eingehen.
- 2) Im jeweiligen Kreisverband muss eine Sammelbeitragsliste ausgefüllt und von JEDEM Mitglied das einzahlt handschriftlich unterschrieben werden. Diese Liste ist der Abrechnung gegenüber dem LV im Original beizulegen. Wichtig:

Diese Praxis betrifft nicht alle Kreisverbände; die KVen, welche es jedoch betrifft haben laut Wirtschaftsprüfer nun mit einer Frist bis 15. Juli die Gelegenheit, diesen Sachverhalt zu korrigieren, da ansonsten die Mitgliedsbeiträge als "nicht zuordenbar" eingebucht werden müssen und somit die Mitglieder als "beitragssäumig" geführt werden würden.

Die Antworten zur Bewältigung des Problemes ließen nicht lange auf sich warten:

>, <u>wivo</u>

Von: Alexander Ulrich <alexander.ulrich **Datum:** 14. Juni 2012 19:34:13 MESZ **An:** "vorstaende-bounces@mail.die-linke-rlp.de" <vorstaende-bounces@mail.die-linkerlp.de> **Kopie:** Elke < theisinger-hinkel >, "WolfgangFerner (>, Frank Eschrich < frank.eschrich@die-linke-ps.de >, Jochen Bülow , HW Jung <hw

Betreff: Eure Anweisung

Liebe G.u.G

<jochen-buelow</pre>

Wie man aus dem Aufnahmeschein unschwer erkennen kann, ist es natürlich erlaubt, dass ein Dritter die Beiträge eines Parteimitglieds entrichten kann. Eure heutige Anweisung verbietet praktisch die bundesweite Praxis.

Des weiteten geht es auch überhaupt nicht, dass eine mit der LGS durchgeführte Praxis jetzt nachträglich verändert werden soll.

Wenn ihr ab dem Jahr 2012 etwas verändern wollt, dann ist das o.k., aber nur, wenn dies auch satzungskonform ist. Nachträglich aber nicht!

Ich bitte dringend die beiden Landesvorsitzenden, die heute versendete Anweisung zu korrigieren.

Ich gebe zu, dass ich nicht mehr glauben will, was da jetzt wieder gemacht wird. Während dessen es kein Problem war, 10 Jahren lang keinerlei Beiträge zu bezahlen, wird jetzt nachträglich Jagd auf Mitglieder gemacht, fuer die Beiträge gezahlt wurden.

Nochmals . Sogar der Aufnahmeantrag der Bundespartei beantwortet, diese Frage eindeutig. Bisher dachte ich, dass ich nie einen Anwalt gegen meine eigene Partei einsetzen muss. In dieser Frage werde ich es tun. Eure jetzige Anweisung ist der klare Auftrag, alle sozial schwachen aus der Partei zu entfernen. Das hat mit einer linken Partei nichts mehr zu tun. Ich bin fassungslos, dass die Debatte im LPR eure mitgliederfeindliche Praxis nicht verändert. Im Gegenteil: Es wird immer schlimmer!

Lieber Wolfgang. Unter diesen Voraussetzungen werde ich den Termin am Samstag absagen! Lg Alexander

Von meinem iPhone gesendet

und am 15. Juni

Wie bereits angekündigt, bin ich bereit an einer satzungskonformen Regelung ab 2012 mitzuwirken.

Rückwirkend machen wir nichts, da kein Handlungsbedarf besteht und die Vorgehensweise mit der LGS besprochen war!

LG Alexander Ulrich

Jetzt folgen drei Listen

- a) beitragssäumige Mitglieder zum 31. Mai 2012, die normalerweise wegen fehlender Beitragszahlungen angemahnt werden müssten
- b) beitragssäumige Mitglieder zum 31. Oktober 2012 zur Erkennung des Trends, der sich leider nicht abschwächt, wobei hierbei allerdings wegen Quartalszahlungen etc. eine ziemlich hohe Fehlerquelle liegt
- c) Gegenüberstellung Mai und Oktober an absoluten Zahlen

Wie aus der Gegenüberstellung zu c) unschwer erkennbar ist, gibt es die meisten Probleme in Birkenfeld, Kusel, Kaiserslautern-Land und Neuwied.

Kaiserslautern-Land

wie der beigefügten Säumigenliste zum 31. Mai zu entnehmen ist, haben 26 Mitglieder gemeinsam am 19.5.2012 ihre Zahlungen an den Landesverband eingestellt: Hintergrund dazu ist eine Sammelüberweisung vom Konto Alexander Ulrich in Höhe von 504.- Euro vom 2. Mai 2011. Die Mitglieder, für die der Beitrag bezahlt wurde, sind ebenfalls in einem Begleitschreiben aufgeführt. Das Ganze hat allerdings einen kleinen Fehler, der mittlerweile in der Buchhaltung berichtigt wurde. Der Beitrag wurde bis zum 19. Mai 2012 mit monatlich 1,5 Euro gebucht, galt allerdings nur bis zum 31.12.2011. Einzahlungsbelege gibt es von keinem dieser 26 Mitglieder.

Neuwied

in Neuwied wurde -welch ein Zufall- am 9. Mai 2011 vom Konto Friedrich Pius Eichelhardt Beitrag für 13 Mitglieder à 1,5 Euro überwiesen. Entsprechende Einnahmen sind nirgends aufgeführt. Hier wird besonders deutlich, wie gewissenhaft die Mitgliederbetreuung funktioniert:

```
Klaus, Eintritt 11.7.07, bezahlt bis 04.10

Lutz, Eintritt 3.2.07, in 2010 kein Beitrag

Melanie, Eintritt 1.3.09, Beitrag 4 bis 9.09, in 10 kein Beitrag

Marie, Eintritt 30.7.10, in 10 kein Beitrag

Melanie, Eintritt 20.7.10, in 10 kein Beitrag

Melanie, Eintritt 20.7.10, in 10 kein Beitrag

Respectively.
```

Kusel

In Kusel sind rund 20 Personen Ende des Jahres 2011 in die Partei eingetreten, für die Patrick Hoffmann, wie er selbst beim Landesparteitag bestätigt hatte, die Mitgliedsbeiträge übernommen hat. Dem Vernehmen nach sind diese Mitglieder großenteils geworben worden mit dem Hinweis, die Mitgliedschaft sei umsonst und man könne als Mitglied umsonst mit dem Abgeordneten Ulrich nach Berlin fahren. Ab Ende des Monats Februar wurden mit zu Protest gehenden Überweisungen von Patrick Hoffmann die Beitragszahlungen eingestellt.

24 Mitglieder wurden mit Datum 16. Oktober wegen Beitragssäumigkeit mit "gelber Post" angeschrieben. Nicht ein einziges Mitglied hat sich zurück gemeldet.

Mit einem Trick der besonderen Art wurde an der Delegiertenbeschickung zum Parteitag am 24./25. November gearbeitet:

Im Oktober wurden vier weibliche Mitglieder von Kusel nach Pirmasens umgemeldet, Ramona Hand, Lore Kann, Sarah Pannung und Helga Sannung. Damit sank der zum Stichtag 31.12.2011 vorhandene Frauenanteil von knapp über 30% auf unter 25% und die Mitgliederversammlung unter der Sitzungsleitung von Frank Eschrich und der tätigen Hilfe von Hans-Werner Jung als Mandatsprüfungs- und Zählkommission setzte kurzerhand satzungswidrig die Frauenquote außer Kraft und Kusel zog mit seiner vollen Delegiertenzahl zum Parteitag.

Pirmasens

In Pirmasens wurde bei der Buchprüfung 2011 festgestellt, dass Frank Eschrich für 8 bis 10 Personen den Beitrag in Höhe von 1,5 Euro bezahlt, da sind hier bekannte Verwandte (Freihold) nicht einbezogen. Entsprechende Einnahmen von diesen Mitgliedern sind nirgendwo vermerkt.

Frankenthal

Das gleiche gilt für Frankenthal, wo von Konten von Rosalia und Liborio Ciccarello für mehr als 20 Mitglieder der Beitrag gezahlt wird, ohne dass Einnahmen zu erkennen sind.

Fazit:

Durch die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen entweder durch Sammelüberweisungen oder von Konten, die mit den Mitgliedern nichts zu tun haben und denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen verstößt der Landesverband gegen das Parteiengesetz.

Einzelne Einnahmearten

(1) Mitgliedsbeiträge sind nur solche regelmäßigen Geldleistungen, die ein Mitglied auf Grund satzungsrechtlicher Vorschriften entrichtet. Mandatsträgerbeiträge sind re-gelmäßige Geldleistungen, die ein Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes (Mandatsträ-ger) über seinen Mitgliedsbeitrag hinaus leistet. Spenden sind darüber hinausgehende Zahlungen. Dazu gehören auch Sonderumlagen und Sammlungen sowie geldwerte Zu-wendungen aller Art, sofern sie nicht üblicherweise unentgeltlich von Mitgliedern außer-halb eines Geschäftsbetriebes zur Verfügung gestellt werden.

Diese Art der Beitragsgenerierung führt genauso wie die Nichteinhaltung oder Überprüfung der Beitragsrückstände zu einer groben und wie man leider annehmen muss gewollten Verzerrung der Delegiertenmandate auf Landesebene und bei der Berechnung der tatsächlichen Mitglieder des Landesverbandes auch auf Bundesebene.

Mitgliedsbeiträge müssen wie alle anderen Einnahmen der Partei ebenfalls eindeutig und klar zugeordnet werden können.

Die Zahl der Beitragssäumigen zum Ende des Monat Juni 2012 beträgt rund 170. Davon entfallen etwa die Hälfte oder sogar mehr auf die Kreisverbände KL-Land, Kusel, Neuwied und Pirmasens.

Zudem haben die für andere Mitglieder zahlenden GenossInnen bislang noch nicht ihre Verpflichtungen wie im Schreiben vom 14. Juni auf Grund der Vorgabe des Rechnungsprüfers verlangt, erfüllt:

Zitat:

Wenn Mitgliedsbeiträge im Kreisverband eingesammelt werden und diese als Sammelüberweisung (also in einer Summe oder in Einzelsummen von einem Konto) an den Landesverband überwiesen werden, muss folgendes beachtet werden:

- 1) Im jeweiligen Kreisverband ist die Führung einer Barkasse mit Kassenbuch unerlässlich, da die Einnahmen dort eingehen.
- 2) Im jeweiligen Kreisverband muss eine Sammelbeitragsliste ausgefüllt und von JEDEM Mitglied das einzahlt handschriftlich unterschrieben werden. Diese Liste ist der Abrechnung gegenüber dem LV im Original beizulegen. Wichtig:

Diese Praxis betrifft nicht alle Kreisverbände; die KVen, welche es jedoch betrifft haben laut Wirtschaftsprüfer nun mit einer Frist bis 15. Juli die Gelegenheit, diesen Sachverhalt zu korrigieren, da ansonsten die Mitgliedsbeiträge als "nicht zuordenbar" eingebucht werden müssen und somit die Mitglieder als "beitragssäumig" geführt werden würden.

Lösung:

Der Landesvorstand verschiebt per Beschluss die Feststellung der Delegiertenzahlen für die Wahlkonferenz auf den 28. Februar 2013. Das kann kein Problem sein, da die Delegierten in den Kreisen gewählt werden können und die endgültige Anzahl später festgestellt wird.

In der Zwischenzeit werden alle bis zum 30. Juni 2012 beitragssäumigen Mitglieder entsprechend der Satzung angeschrieben und bei Nicht-Rückmeldung aus der Partei ausgeschlossen.

Die Mitglieder, die für "Dritte" den Beitrag bezahlen, haben bis zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit, die für den 15. Juli 2012 verlangten Erklärungen nachzureichen.

PS: und jetzt ratet mal, waru	um sich der Landespar	teirat dieser Dinge and	nehmen soll??

Vermerk zur Mitglieder- und Beitragsentwicklung in Rheinland Pfalz für die BFRK

Die Mitglieder- und insbesondere Beitragsentwicklung im Landesverband Rheinland-Pfalz dürfte im Bundesvergleich ziemlich einmalig sein.

Während der Schatzmeister und ein Teil des Landesvorstandes um die beiden Landesvorsitzenden Wolfgang Ferner und Alexandra Erikson ständig auf eine Erhöhung der Beiträge drängen, kämpft ein anderer Teil des Landesvorstandes um Alexsander Ulrich massiv gegen jegliche Beitragserhöhungen und schreckt auch vor entsprechenden Beschlussfassungen untersetzt mit Lügen, Beleidigungen und Verleumdungen im LPR nicht zurück. Dies hat letztlich dazu geführt, dass ich in einem Zivilverfahren auf Unterlassung klagen musste und der Antragsteller Frank Eschrich, Bürgerbüromitarbeiter des Abgeordneten Alexander Ulrich, nach erfolgter Verurteilung Spenden für etwa 4.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten einzusammeln versucht.

In **Anlage 1** findet Ihr die Ausgangslage wie ich sie Anfang 2012 vorgefunden und in einem Bericht an den Landesparteirat verschriftet habe. Das sich daran anschließende Geschrei und die damit zusammen hängenden Beleidigungen und Verleumdungen in verschiedenen eMails und Forenbeiträgen insbesondere in einem parteinahen linken Forum kann man sich kaum vorstellen.

In Anlage 2 ist das Ergebnis dieser Auseinandersetzung in Form zweier Anträge zu finden, deren Antragsteller, drei Mitarbeiter des Abgeordneten Alexander Ulrich, eine Lebensgefährtin eines Mitarbeiters, und das gesamte Präsidium des Landesparteirates, darstellen. Der Hintergrund für beide Anträge ist ein ganz einfacher; nur das Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen und die Wegnahme der Aufgaben von einem unabhängigen Mitarbeiter sichert vermeintliche Zugriffsmöglichkeiten auf einen Mitarbeiter "der das Vertrauen des Landesparteirates genießt".

In **Anlage 3** findet Ihr einen Vermerk von mir an den neuen Landesschatzmeister Sebastian Knopf, in dem ich ihm kurz die Hintergründe für die beiden Anträge in Anlage 2 erläutert habe.

In **Anlage 4** habe ich Euch einen Text hinterlegt, der die Bemühungen der Kreisvorsitzenden und von mir bei unseren Terminen in den Kreisverbänden im letzten Jahr belegen soll. In einigen Kreisverbänden stieß dies auf volle Zustimmung, in anderen Kreisverbänden wurden wir entweder gar nicht erst eingeladen oder mit blankem Hohn ob der Forderung nach Beitragserhöhungen überschüttet.

Anlage 5 enthält die Finanzübersicht 2009 bis 2012, wobei zu beachten ist, dass die Ausgaben 2011 durch den Landtagswahlkampf bedingt waren und dafür gefassten Beschlüsse

aus 2010 stammen und erst 2011 kassenwirksam wurden. Das Thema war bereits Gegenstand der Prüfung der BFRK.

Anlage 6 enthält einen später mehrheitlich vom Landesvorstand beschlossenen Antrag zur quartalsmäßigen Bereinigung von nicht zahlenden Mitgliedern entsprechend der Satzung und eine für sich redende eMail der Genossin Brigitte Freihold, Lebensgefährtin von Frank Eschrich, Co-Vorsitzende im Kreisverband Pirmasens und Mitglied des Präsidiums des LPR, mit entsprechenden Anmerkungen von mir.

In **Anlage 7** zeigt sich das größte Dilemma, in dem nicht nur der Landesverband Rheinland-Pfalz sein dürfte, sondern auch weitere westliche Landesverbände. Danach wird deutlich,

- dass die Partei in den Jahren 2009 bis 2012 berechnet nach tatsächlich zahlenden Mitgliedern fast immer den ungefähr gleichen Mitgliederstand hatte
- massenhaft nicht zahlende Mitglieder aufgelaufen waren, die nach und nach abgebaut, das heißt bereinigt, wurden
- der durchschnittliche Beitrag gesunken ist
- die Anzahl der Mindestbeitrag zahlenden Mitglieder sich in nur 4 Jahren mehr als verdreifacht hat
- die Anzahl der unter 10.- Euro zahlenden Mitglieder sich in diesen vier Jahren mehr als verdoppelt hat, und
- die Anzahl der höhere Beiträge entrichtenden Mitglieder dramatisch nach unten ging.

Dies hängt nach meiner Auffassung im Wesentlichen mit der allein auf Delegiertenakquise fixierten Änderung unserer Mitgliederstruktur und unserer insbesondere in Rheinland-Pfalz unsäglichen Umgangsform zusammen, die immer mehr gutsituierte und politisch links interessierte aber unabhängige Mitglieder geradezu aus der Partei rausekelt!

In **Anlage 7** findet Ihr die Mitgliederentwicklung nach einzelnen Kreisverbänden in den Monaten Januar 2013 bis Ende März 2013 und die durchschnittlich gezahlten Mitgliedsbeiträge 2012 in den einzelnen Kreisverbänden. Dabei liegt der Landesdurchschnitt bei 5,24 Euro, der Mindestbeitrag in Pirmasens bei 1,55 Euro und der höchste Beitrag in Speyer-Germersheim bei 10,31 Euro.

In **Anlage 8** habe ich den Prozentanteil der Mitglieder in den einzelnen Kreisverbänden ausgerechnet, die streng nach unserer Beitragstabelle über ein monatliches Netto-Einkommen von unter 600.- Euro verfügen. Es ist erschreckend, wie viele wirklich arme Menschen angeblich in unserem Landesverband organisiert sind. Ist aber nicht weiter verwunderlich, wenn Werbung gemacht wird mit dem freundlichen Satz, "die Mitgliedschaft kostet 1,5 Euro, also weniger als eine Tasse Kaffee"!

Mainz, den 18.7.2013, Leo Stefan Schmitt

Mitglieder- und Beitragsentwicklung im Jahre 2012

Stand am 1.1.2012 waren 1.732 Mitglieder, davon 498 weiblich.

Stand am 30.5.2012 waren 1.742 Mitglieder, davon 513 weiblich.

Ausgetreten sind 76, eingetreten 84, unverändert blieben 1.650.

Verstorben sind in diesem Zeitraum 2 Mitglieder, verzogen 4 und zugezogen 8.

Diese Zahlen täuschen allerdings über den tatsächlichen Mitgliederstand hinweg.

Wenn man die **beitragssäumigen Mitglieder** ansieht, kommt man auf erschreckende Zahlen:

Beitragssäumig zum **30. Mai 2012** sind insgesamt **530** Mitglieder. Das ist nicht unbedingt tragisch, weil ein Teil davon, Beiträge entweder nachzahlt oder diese zum 5. Juni noch nicht eingegangen sind oder sie bar zahlen und die Beiträge verspätet an den Landesverband weitergeleitet werden oder, oder.

Es zeigt allerdings, dass die Mitgliederbetreuung nicht so funktioniert, wie sie eigentlich funktionieren müsste, denn dann dürfte es im optimalsten Fall gar keine Ausstände geben.

Dramatisch werden die Zahlen allerdings mit Hinblick auf beitragssäumige Mitglieder zum Stichtag **31. Oktober 2011**, also dem Zeitpunkt, nach dem nach unserer Satzung zwingend ein Mahnschreiben an die Mitglieder gehen muss. Zu diesem Zeitpunkt sind **265** Mitglieder beitragssäumig, davon sind **56** Mitglieder beitragsbefreit bis zum Stichtag und von diesen waren wiederum **47** beitragsbefreit bis zum Ende 2010 oder schon vorher. Dies zeigt überdeutlich, dass die Mitgliederbetreuung in einem erschreckend unprofessionellen Zustand ist, was im Wesentlichen an den Kreisverbänden liegt.

Seit November 2011 sind in den einzelnen Kreisverbänden beitragssäumig:

Altenkirchen	5	Bad Dürkheim	20
Bad Kreuznach	3	Bernkastel	10
Birkenfeld	2	Bitburg	2
Cochem	3	Donnersberg	2
Frankenthal	5	KL-Land	5
KL-Stadt	8	Koblenz	5
Kusel	16	Landau	15
Ludwigshafen	20	Mainz	18
MZ – Bingen	5	MYK	5
Neuwied	6	Pirmasens	7
Rhein-Hunsrück	21	Rhein-Lahn	2
Speyer	2	Südwestpfalz	8
Trier	36	Vulkaneifel	6
Alzey-Worms	18	Westerwald	5
Zweibrücken	5		

Es stellt einen ziemlich unprofessionellen Zustand der Mitgliederbetreuung dar, dass rund 15 Prozent unserer Mitglieder seit mehr als einem halben Jahr keinen Beitrag gezahlt haben und dies in den Kreisverbänden offensichtlich niemandem entweder auffällt oder niemanden berührt

Im einzelnen sind seit länger als 1,5 Jahren Mitglieder von Beitragszahlungen befreit

in Trier	9	Vulkaneifel	4
Landau	3	Mainz	5
KL-Stadt	4	Mainz-Bingen	1
Ludwigsh.	11	Bad Dürkheim	12
Südwestpfalz	5	Bernkastel	1
Birkenfeld	1		

Da muss sich dringend was im Schatzmeisterwesen ändern! Dass ein Kreisverband ein Mitglied von Beitragszahlungen frei stellt und dann ganz offensichtlich "vergisst"?

Der § 2, Abs. 5 der Finanzordnung regelt deutlich: "In regelmäßigen Abständen – insbesondere vor Wahlen – ist von den zuständigen Vorständen die Erfüllung der Beitragspflicht zu kontrollieren." Das schließt alle Vorstände ein, die Ortsverbände, Kreisverbände aber auch den Landesvorstand.

Beim Beitrag kommen wir dann zur zweiten großen Baustelle im Landesverband. Eine Partei, die stolz darauf ist, dass sie ohne Spenden aus der Wirtschaft auskommen will und stolz darauf ist, dass sie viele Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen organisieren will, kann und darf sich folgendes Beitragsaufkommen und folgende Beitragsverteilung einfach nicht leisten:

Analyse der gezahlten Beiträge für den Landesverband Rheinland-Pfalz im Zeitraum zwischen 31.12.2011 und 01.01.2013

Beitrags -gruppe	Summe der Beiträge nur Mitglieder ohne Ehem.	Anteil der Gruppe an allen Beiträgen nur Mitg- glieder ohne Ehemalige (in %)	Anzahl Mitglieder in der Gruppe, nur Mitglieder ohne Ehem.	Anteil der Gruppe an allen Mitgliedern ohne Ehem. (in %)
a) kein Beitrag	0,00 €	0,00	472	27,35
b) unter 1.5:	309,00 €	0,79	31	1,80
c) Mindest-	4.011,00 €	10,26	493	28,56
d) über 1.5 bis 3	3.084,22 €	7,89	234	13,56

Beitrags -gruppe	Summe der Beiträge nur Mitglieder ohne Ehem.	Anteil der Gruppe an allen Beiträgen nur Mitg- glieder ohne Ehemalige (in %)	Anzahl Mitglieder in der Gruppe, nur Mitglieder ohne Ehem.	Anteil der Gruppe an allen Mitgliedern ohne Ehem. (in %)
e) über 3 bis 5	4.386,84 €	11,22	166	9,62
f) über 5 bis 9.5	3.086,66 €	7,90	84	4,87
g) über 9.5 bis	5.870,26 €	15,02	106	6,14
h) über 12.5 bis	4.010,25 €	10,26	51	2,95
i) über 19 bis 30.5	7.471,17 €	19,11	63	3,65
j) über 30.5 bis	2.135,00 €	5,46	11	0,64
k) über 45.5 bis	1.650,00 €	4,22	7	0,41
l) über 59.5 bis	773,46 €	1,98	3	0,17
m) über 69 bis	0,00 €	0,00	0	0,00
n) über 74.5 bis	375,00 €	0,96	1	0,06
o) über 80.5 bis	425,00 €	1,09	1	0,06
p) über 91.5	1.500,00 €	3,84	3	0,17
Summe	39.087,86 €		1726	

Die Analyse ergibt zunächst, dass 472 Mitglieder, oder 27,35 % unserer Mitglieder, bislang im Jahre 2012 noch keinen Beitrag geleistet haben, 31 Mitglieder weniger als 1,50 Euro Monatsbeitrag und 493 Mitglieder oder 28,56 % den Mindestbeitrag von 1,50 Euro bezahlt haben. Weitere 400 Mitglieder zahlen einen Beitrag von unter 5,00 Euro und weitere 190 Mitglieder bis zu 12,50 Euro zahlen.

Es ist schlichtweg zu bezweifeln, dass wir in unserem Landesverband rund 1.000 Mitglieder haben, die über keinerlei Einkommen verfügen und es ist zu bezweifeln, dass wir rund 1.400 Mitglieder haben, die unter Berücksichtigung der Beitragstabelle weniger als 900 Euro verdienen.

Der Durchschnittsbeitrag in Rheinland-Pfalz liegt mit 5,56 Euro weit unter dem Durchschnittsbeitrag zum Beispiel der ostdeutschen Bundesländer, der bei rund 14,- Euro liegt und auch unter dem Durchschnittsbeitrag anderer westlicher Bundesländer.

Unser Beitrag ist unter anderem ein solidarischer Beitrag. Solidarisch ist in diesem Moment der Beitrag, wenn Mitglieder mit Einkommen ihrem Einkommen entsprechende Beiträge zahlen, denn nur so kann die Partei langfristig auch die Mitglieder behalten und betreuen, die ein geringes oder gar kein Einkommen haben. Und auch nur so und wenn die Mandatsträger ihre Mandatsträgerbeiträge ehrlich abführen, kann die Partei auf Dauer überleben, denn Spenden aus der Wirtschaft wollen wir nicht nur nicht, wir bekommen sie auch nicht!

Eine Orientierung der Mitglieder auf einen beitragsehrlichen, solidarischen und damit satzungsgemäßen Beitrag ist eine der größten Herausforderungen im Landesverband in Vorbereitung der anstehenden Wahlen, Bundestag in 2013, Gemeinderäte in 2014 und dann Landtag 2016.

Ein Blick auf die Beitragstabelle und die Regelungen in der Finanzordnung können dabei hilfreich sein:

Beitragstabelle

Sie ist der Orientierungsrahmen für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Tabelle ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Je unterhaltsberechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß. Der für die jeweilige Einkommensspanne angegebene Betrag des Mitgliedsbeitrages gilt jeweils als Mindestanforderung für die Entrichtung des Beitrages.

Monatlic	hes Nettoeinko	mmen in Eur	0	Monatlicher Mindestbeitrag in Euro
unter	400			1,50
über	400	bis	500	3,00
über	500	bis	600	5,00
über	600	bis	700	7,00
über	700	bis	800	9,00
über	800	bis	900	12,00
über	900	bis	1000	15,00
über	1000	bis	1100	20,00
über	1100	bis	1300	25,00
über	1300	bis	1500	35,00
über	1500	bis	1700	45,00
über	1700	bis	1900	55,00
über	1900	bis	2100	65,00
über	2100	bis	2300	75,00
über	2300	bis	2500	85,00
Darüber 4	% des Einkomr	nens		

Im Landesverband gibt es in den einzelnen Kreisverbänden die unterschiedlichsten Anteile von Mitgliedern, die gar keine Beiträge entrichten, unter dem Mindestbeitrag oder den Mindestbeitrag zahlen:

Kreisvebände	ohne Beitrag	unter1,5 Euro	Mindestbeitrag	Anteil
Ahrweiler	5	0	3	36,4
Altenkirchen/ Westerwald	9	1	14	54,5
Bad Dürkheim	24	2	8	59,7
Bad Kreuznach	9	2	11	48,9
Bernkastel-Wittlich	11	0	11	53,7
Birkenfeld	6	3	25	79
Bitburg Prüm	7	2	5	51,8
Cochem-Zell	5	0	5	69,2
Donnersberg	6	2	1	46,3
Frankenthal	6	0	64	63,6
Kaiserslautern Land	40	1	37	54,4
Kaiserslautern Stadt	11	1	12	47,1
Koblenz	9	0	5	45,2
Kusel	24	1	69	79,2
Landau	21	2	7	69,7
Ludwigshafen	27	0	20	42,3
Mainz Stadt	40	1	17	53,2
Mainz Bingen	6	0	10	51,6
Mayen-Koblenz	8	0	9	55,1
Neuwied	35	2	21	54,2
Pirmasens	22	3	78	82,4
Rhein-Hunsrück	26	2	8	71,5
Rhein-Lahn	8	0	8	44,4
Speyer-Germersheim	3	1	2	11,9
Südwestpfalz	13	1	4	51,4
Trier	40	3	13	60,2
Vulkaneifel	8	0	10	54,5
Alzey-Worms	23	0	10	66,1
Westerwald	7	0	3	37,1
Zweibrücken	7	0	3	48,6

Im Jahr 2011 wurden in den Kreisen folgende Durchschnittsbeiträge gezahlt:

Ahrweiler	3,22 Euro	Bitburg-Prüm	9,11 Euro
Altenkirchen	4,92 Euro	Cochem-Zell	3,78 Euro
Bad Dürkheim	7,23 Euro	Donnersbergkreis	5,55 Euro
Bad Kreuznach	6,50 Euro	Frankenthal	2,29 Euro
Bernkastel	3,31 Euro	KL-Land	3,95 Euro*
Birkenfeld	1,96 Euro	KL-Stadt	6,60 Euro

Koblenz	5,55 Euro	Neuswied	3,60 Euro
Kusel	1,58 Euro	Pirmasens	1,37 Euro
Landau	3,46 Euro	Rhein-Hunsrück	2,14 Euro
Ludwigshafen	7,11 Euro*	Rhein-Lahn	4,76 Euro
Mainz-Stadt	4,52 Euro	Speyer-Germ.	11,49 Euro
Mainz-Bingen	4,33 Euro	Südwestpfalz	2,56 Euro
MYK	3,42 Euro	Trier	4,54 Euro*
Vulkaneifel	6,48 Euro	Alzey-Worms	4,26 Euro
Westerwald	6,04 Euro	Zweibrücken	3,21 Euro

Diese Zahlen zu kommentieren ist eigentlich müßig!

Mainz, den 5.6.2012 Leo Stefan Schmitt Leo Stefan Schmitt 26.10.2012

An die Mitglieder des Landesparteirates

den Kreisvorsitzenden und den Mitgliedern des Landesvorstandes zur Kenntnis

per eMail

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr habt morgen über zwei Anträge zu beraten, die keine eigene gesonderte Überschrift enthalten, aber im Gesamtpaket bezeichnet sind als "Antrag LPR Mitgliederverwaltung" und "Antrag LPR Mitgliederstreichungen".

In beiden Anträgen wird über meine Tätigkeit in der Landesgeschäftsstelle wahrheitswidrig und rufschädigend berichtet:

Zum Sachverhalt:

1.

Die Antragsteller schreiben:

"Die von Mitarbeiter Leo Schmitt verschickten und von den beiden Landesvorsitzenden nach eigener Aussage authorisierten monatlichen Mitgliederstatistiken wurden stichprobenartig in verschiedenen Kreisverbänden überprüft. Alle Stichproben haben ergeben, dass die von Leo Schmitt verschickten Statistiken nachweislich falsch sind". (Schreibfehler zu autorisiert habe ich der richtigen Zitierung wegen gelassen)

Bekannt ist in der LGS eine Nachfrage zur Statistik. Das ist die in dem zweiten Antrag folgendermaßen beschriebene:

"Stattdessen hat Leo Schmitt Statistiken für die Monate Juni, Juli und August 2012 verschickt, die erneut falsch sind. Überprüft wurde als Stichprobe der Mitgliederbestand des Stadtverbandes Pirmasens im August 2012. Die Statistik von Schmitt weist zum 31.08.12 127 Mitglieder in Pirmasens aus, während es in Wirklichkeit 132 Mitglieder waren. Die Anzahl von 132 Mitgliedern wurde nach Rücksprache von Fabian Bauer ausdrücklich bestätigt."

Die fast gleichen Antragsteller behaupten im einen Antrag sie hätten stichprobenartig in verschiedenen Kreisverbänden überprüft und im nächsten, dass es eine Stichprobe gibt?? Wenn man schon kollektiv die Unwahrheit schreibt, sollte man wenigstens ein gutes Gedächtnis haben und nicht mal Hü und mal Hott schreiben.

Zu den Statistiken ist folgendes anzumerken. Wie bereits mehrfach dargelegt und allgemein bekannt, werden die monatlichen Statistiken auf der Grundlage der ermittelten Mitgliederzahlen im bundeseinheitlichen Mitgliederbetreuungsprogramm der Partei, dem so genannten MGL4Web entnommen. Dabei kann es bekanntlich zu marginalen Schwankungen kommen, die allerdings bei der nächsten Erhebung spätestens wieder ausgeglichen sind.

Die Diskrepanz in Pirmasens kam zustande, da Mitglieder im KV Pirmasens noch nicht gemeldet waren und daher zu diesem Zeitpunkt noch nicht im MGL4Web ein gepflegt sein konnten. Das hat Fabian Bauer dem Genossen Eschrisch auch verständlich erklärt. Es bleiben nun zwei Schlussfolgerungen:

Entweder der Genosse Eschrich hat es nicht verstanden oder die Behauptung der Antragsteller, ich arbeite mich falschen Zahlen, ist eine bösartige Unterstellung!

Ich stelle dazu fest: alle von mir erhobenen Zahlen stammen Tag genau aus dem bundeseinheitlichen MGL4Web und sind daher richtig. Sollten Kreisverbände mit Meldungen, was durchaus verständlicherweise vorkommen kann, in Verzug sein, wird sich die Statistik im Folgemonat ebenfalls Tag genau ändern.

Den Vorwurf mit falschen Zahlen zu arbeiten weise ich da die Antragsteller über den tatsächlichen Sachverhalt informiert sein müssen, als böswillige Unterstellung entschieden zurück.

2.

Die Antragsteller schreiben:

"Leo Schmitt missbraucht darüber hinaus seine Zugriffsmöglichkeiten und Auswertungen für politische Zwecke…"

Hierzu stelle ich fest:

Ich habe weder Daten missbraucht noch werde ich Daten missbrauchen. Diese Behauptung stellt eine weitere üble Unterstellung dar, die geeignet ist, meine berufliche Integrität und Reputation zu beschädigen.

3.

Die Antragsteller schreiben:

"Eine Datenschutzerklärung des Leo Schmitt und die dafür vorgeschriebene Datenschutzschulung, beides zwingende Voraussetzung für die Tätigkeit im Bereich Mitgliederverwaltung, liegen erkennbar nicht vor."

Dazu stelle ich fest:

Es gibt keine vorgeschriebene Datenschutzschulung als Voraussetzung für die Tätigkeit im Bereich Mitgliederverwaltung. Nebenbei bemerkt arbeite ich seit mehr als dreißig Jahren als Abgeordneter und Geschäftsführer mit datenschutzrechtlichen Regelungen und habe es nicht nötig, mir von den Antragstellern eine Schulung oktroyieren zu lassen, die vom Parteivorstand als Einstiegsschulung für Kassiererin und Kassierer und vom Thema "unbeleckte" Anfänger in diesem Bereich vorgesehen ist.

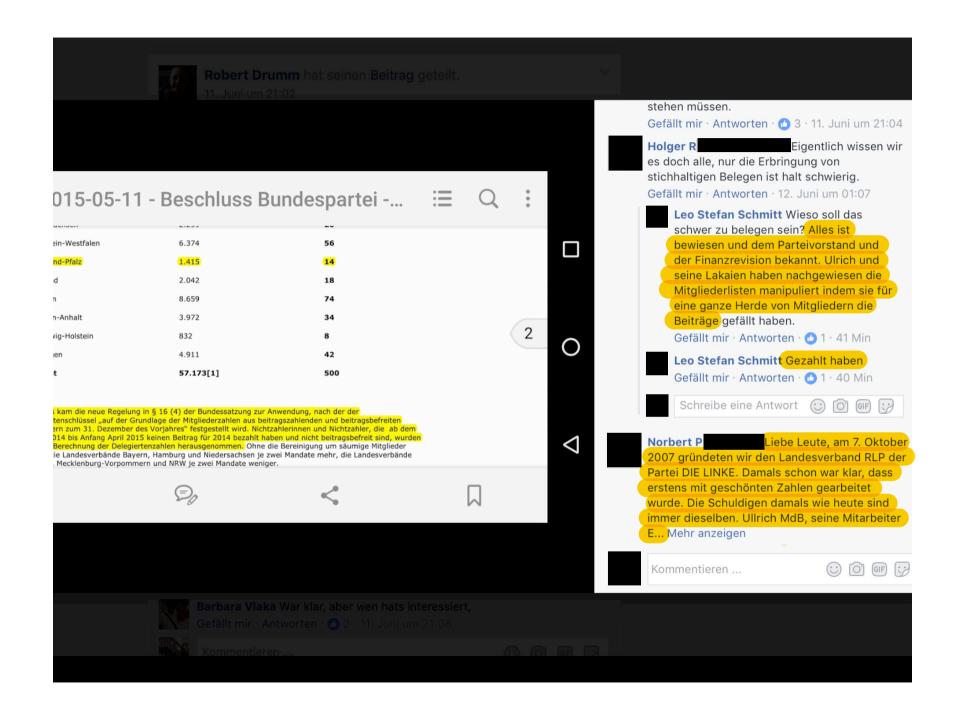
Selbstverständlich habe ich, wie es das Datenschutzgesetz vorsieht, eine Datenschutzerklärung abgegeben!

Beides wäre von den Antragstellern mit einem einzigen Telefonanruf zu erfragen und zu klären gewesen. Stattdessen werden diese unwahren Behauptungen in die Welt gesetzt. Warum nur?

Da ich es nun endgültig Leid bin, mich in meiner beruflichen Integrität und Reputation von den Antragstellern weiterhin beschädigen zu lassen, habe ich heute einen Anwalt mit der Wahrnehmung meiner Interessen beauftragt.

Mit freundlichen Grüßen

Leo







Ulrich erklärt Rücktritt

Im Anschluss an den ersten Tag der Aufstellungsversammlung für die Landesliste hat Alexander Ulrich gestern seinen Rücktritt als Landesvorsitzender erklärt.

Zur Begründung erklärte Ulrich, dass er bereits vor einigen Wochen vor einer drohenden Politikunfähigkeit des Landesverbandes gewarnt habe. Damals hatte die stellvertretende Landesvorsitzende die Fraktion im Stadtrat Trier gekündigt. Nun sei durch das Auseinanderbrechen der zweiten Stadtratsfraktion, diesmal im Kreisverband der Landesvorsitzenden in Ludwigshafen, erneut ein "Schritt in Richtung politischer Unberechenbarkeit getan worden". Dies habe sich durch die Listenaufstellung bestätigt: "Ganze Regionen sind nicht berücksichtigt worden, ich sehe politisch und organisatorisch keine Grundlage für einen erfolgreichen Antritt zur Landtagswahl".

Stand: 27.6.2010

Kontakt: Alexander Ulrich, mobil: 0173 3025 678

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle/Presse Rochusstr. 10-12 55116 Mainz Tel: 06131 / 237945 Fax: 06131 / 237946





Stadtrat und Oberbürgermeister sollten sich juristische Niederlage ersparen

14. August 2015 Alexander Ulrich, MdB u. Landesvorsitzender

Zum geplanten Antrag der CDU, Stefan Glander aus dem Stadtrat auszuschließen, erklärt Alexander Ulrich:

"In einer Demokratie entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Stadtrates, nicht der Stadtrat selbst. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat nicht über dieses morsche Stöckchen springt, dass ihnen die CDU hinhält.

Wenn doch, ist eine juristische Niederlage absehbar. Der Oberbürgermeister und der Stadtrat sollten sich diese kostspielige demokratische Nachhilfe eines Gerichts ersparen.

Stefan Glander hat sich mehr als unglücklich ausgedrückt. Er hat sich dafür öffentlich entschuldigt und politische Konsequenzen gezogen.

Jeder, der Stefan Glander kennt, wird aber bestätigen, dass er nicht in die Ecke gehört, in die er von CDU, FDP und Teile der SPD hingestellt wird.

Im Gegensatz zu diesen Parteien streitet Glander seit jeher für eine friedliche und gewaltfrei Politik.

Insbesondere die CDU hätte allen Grund , vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor man derart auf einen gewählten Mandatsträger eindrischt.

Es ist jetzt an der Zeit, dass sich der Stadtrat und seine Mandatsträger wieder den

https://www.dielinke-rhlp.de/nc/die-linke/presse/pressemitteilungen-...nd-oberbuergermeister-sollten-sich-juristische-niederlage-ersparen/

Seite 1 von 2

wirklichen Problemen der Stadt zuwenden und diese Sommerposse beenden. Offensichtlich fehlt es aber der CDU an Themen, mit der sie sich beschäftigen will oder kann. Als stärkste Opposition bleibt sie so ein Totalausfall.

Es ist auch auffällig, dass die Parteien, die jetzt so massiv gegen Glander vorgehen, offensichtlich auf dem rechten Auge blind sind.

Oder warum hört man nichts zu einer Partei im Stadtrat, die ganz offen mit faschistischen und ausländerfeindlichen Inhalten wirbt?"

Stand: 14.08.2015 Kontakt: 0173 3025678 IG Metall Kaiserslautern http://www.igmetall-kaiserslautern.de/aktuelles/meldung/hiobsbotschaft-fuer-beschaeftigte-und-region-gkn-will-werk-in-kaiserslautern-mit-rund-320-mitarbeiter/25.10.2019, 19:10 Uhr

WERKSCHLIESSUNG GKN KAISERSLAUTERN

Hiobsbotschaft für Beschäftigte und Region- GKN will Werk in Kaiserslautern mit rund 320 Mitarbeiter schließen!

Die Geschäftsführung des GKN Gelenkwellenwerks Kaiserlautern hat heute den Betriebsrat darüber informiert, dass das Werk in Kaiserslautern mit rund 320 Mitarbeiter zum Ende des ersten Quartals 2020 komplett geschlossen werden soll.



PRESSEMITTEILUNG

30.08.2019

GKN befindet sich auf dem Werksgelände von OPEL und gehört dem britischen Finanzdienstleister Melrose. Melrose hatte GKN im Frühjahr 2018 übernommen, was in Branchenkreisen einer "feindlichen Übernahme" gleichkam. Das Geschäftsmodell dieser Heuschrecke

war und ist kein langfristiges Engagement in der Automobilzulieferindustrie, sondern die schnelle gewinnbringende Weiterveräusserung lukrativer Geschäftsfelder. Offensichtlich passt das Werk in Kaiserslautern nicht in diese Strategie.

Dazu der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Kaiserlautern, Alexander Ulrich: "Die Entscheidung ist eine existentielle Katastrophe für die 320 Mitarbeiter*innen und ihre Familien. Und nicht zuletzt für den Wirtschaftsstandort Kaiserslautern. Ohne jegliche soziale Verantwortung und ohne vorherigen Hinweis wird entschieden, das Werk komplett zu schließen. Die Heuschrecke Melrose hat die schlimmsten Befürchtungen bei der feindlichen Übernahme bestätigt. Für die IG Metall ist die Art und Weise und die Konsequenz dieser Entscheidung nicht zu akzeptieren. Weder Betriebsrat, noch die IG Metall hatten die Chance, über Alternativen zu verhandeln.

Wir werden mit allen vorhanden Mitteln versuchen, diese Entscheidung zu korrigieren. Produkte die im Werk Kaiserlautern jetzt gefertigt werden, sollten hier solange weitergefertigt werden, wie der Produktzyklus läuft. Wir fordern auch die Landesregierung auf mitzuhelfen, diese Katastrophe abzumildern und den Kontakt mit Melrose zu suchen, um gemeinsam mit Betriebsrat und IG Metall über Alternativen verhandeln zu können. Der Wegfall von 320 Mitarbeiter*innen sind in unserer strukturschwachen Region eine Katastrophe."

Betriebsratsvorsitzender Markus Becker:

"Wir wussten, dass es um die Zukunft des Werkes nicht gut steht. Deshalb haben wir bereits vor Monaten auf die schwierige Situation auch öffentlich hingewiesen. Wir haben Gespräche mit dem Management von GKN geführt. Immer wieder wurden unsere Bedenken zurückgewiesen und man hat verneint, dass es in Kaiserslautern zu einer scheibchenweise Abwicklung des Werkes kommen soll. Und jetzt das!

Am Montag beginnen 8 junge Menschen hier ihre Ausbildung. Und noch vor dem ersten Arbeitstag kommt die Information, dass das Werk in wenigen Monaten

http://www.igmetall-kaiserslautern.de/aktuelles/meldung/hiobsbotsch...d-region-gkn-will-werk-in-kaiserslautern-mit-rund-320-mitarbeiter/

Seite 1 von 2

schließen wird. Für die Beschäftigten ist diese Informationen ein tiefer, existentieller Schlag. Sehr viele arbeiten hier seit Jahrzehnten und die Alternativen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht rosig. Die Mitarbeiter*innen und der Betriebsrat sind tief geschockt und fassungslos. Die Arbeitskolleginnen- und Kollegen und ihre Familien werden durch dieses asoziale Verhalten von Finanzjongleuren in ihrer Existenz bedroht. Diese Information muss jetzt erstmal verarbeitet werden. Wir werden zeitnah mit der IG Metall den Kontakt zur Landesregierung suchen, um die nächsten Schritte zu planen."

Kontakt : Alexander Ulrich, 0173 3025678

Markus Becker, 0163 3509012

zurück

© 2019 IG Metall Kaiserslautern - Richard-Wagner-Str. 1, 67655 Kaiserslautern



DIE LINKE. Vulkaneifel • Postfach 12 03 • 54543 Daun

Harald Wolf Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin Ken Kubota Kreisschatzmeister

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Postfach 12 03 54543 Daun

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 info@die-linke-vulkaneifel.de www.die-linke-vulkaneifel.de

20. Juni 2019

Probleme im Landesverband Rheinland-Pfalz / Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten – Dein Schreiben vom 17. Juni 2019

Lieber Harald.

vielen Dank für Dein Schreiben an die Kreisvorsitzende Marlene Hilsenrath, das ich zu Dokumentationszwecken noch einmal beifüge. Wegen der technischen und datenschutzrechtlichen Aspekte hat Marlene mich gebeten, Dir zu antworten.

Da es sich bei der Gesamtproblematik nicht nur um den Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten handelt, sondern um Probleme im Landesverband Rheinland-Pfalz allgemein, setze ich die Bundesgeschäftsstelle in Kopie mit der Bitte, seitens des Parteivorstands eine/n Beauftrage/n für die Verbesserung der Situation im Landesverband Rheinland-Pfalz einzusetzen.

Ich komme zunächst auf die vor Dir vorab erwähnten Punkte (Datenschutz, Ansprechpartner, Kampagne) zu sprechen, bevor ich den auf Sachverhalt (Mitgliederdaten 29 Mitglieder und der Landesverband Rheinland-Pfalz allgemein) selbst eingehe.

Zur Frage des **Datenschutzes** in Bezug auf die Emails: Sämtliche Emailadressen sind öffentlich zugänglichen Internetseiten entnommen. Die Veröffentlichung auf einer öffentlichen politischen Internetseite ist m. E. als Einwilligung in die Verwendung für politische Zwecke gem. Artikel 6 (1) lit. a der <u>EU-DSGVO</u> zu werten. Sofern Deinerseits eine andere Einschätzung vorliegt, bitte ich um Hinweis auf die konkrete rechtliche Grundlage, damit ich die Sache dem Landesbeauftragten für den Datenschutz in Rheinland-Pfalz, Herrn Prof. Dr. Dieter Kugelmann, zur Prüfung vorlegen kann.

Zur Frage des **Ansprechpartners** und der **Kampagne**: Leider haben Parteigenossen in der Vergangenheit eine andere Erfahrung gemacht und keine Antwort erhalten, wenn sie sich lediglich an den zuständigen Ansprechpartner wandten. So erhielt Christian E. Hirkes

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Volksbank RheinAhrEifel eG • IBAN: DE97 5776 1591 0392 5720 00 • BIC: GENO DE D1 BNA

eigenen Angaben zufolge keine Antwort auf sein Schreiben vom 07.02.2017¹, und zwar weder von der Landesgeschäftsstelle, noch von der Bundesgeschäftsstelle (obwohl Fax-Sendeberichte vorliegen). Dasselbe gilt für Dr. Johannes Verbeek: "Keiner der insgesamt sechs Adressaten der Bundesspitze in Berlin ließ den Eingang des Schreibens bestätigen, geschweige denn, dass eine Antwort erfolgte." [Luchten, 2012, S. 290]² Rainer Stablo erhielt zwar eine Antwort auf seinen Brief [Stablo, 2016, S. 347 ff.]³, die jedoch angesichts der massiven Probleme im Landesverband nicht befriedigte.

Daher bitten wir um Verständnis, dass die Frage einer Kampagne, auch innerhalb der Partei, den Urhebern bzw. den Leidtragenden vorbehalten bleiben sollte.

Hintergrund ist die Tatsache, dass – um es in einfache Worte zu fassen – mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz "etwas nicht stimmt". Dies sollte auch in der Bundesgeschäftsstelle bekannt sein.

In der Sache selbst ist zu unterscheiden zwischen der konkreten Anfrage selbst (Daten 29 Mitglieder) und dem grundsätzlichen Problem.

Zu den **Daten von 29 Mitgliedern**: Deine Darstellung erscheint zunächst plausibel, auch wenn die Tabelle lediglich 31 (statt 33) Datensätze enthält. Weshalb bei ehemaligen Mitgliedern der Wahlkreis nachträglich eingetragen werden muss, wirkt erst einmal erklärungsbedürftig. **Für die Klärung maßgeblich scheint mir das für die Delegiertenfeststellung entscheidende Merkmal zu sein, also vermutlich der Zeitpunkt der Umstellung ("Löschung") von "M" (Mitglied) auf "E" (ehemaliges Mitglied) der ca. 30 ehemaligen Mitglieder, welcher der historischen Dankbank zu entnehmen sein dürfte.** Screenshots o. Ä. wären hilfreich.

Unabhängig von der Frage einer etwaigen Manipulation sollte Fabian Bauer wegen seines Fehlverhaltens gegenüber Mitgliedern arbeitsrechtlich abgemahnt werden.⁴

Das grundsätzliche Problem: Innerhalb des Landesverbands Rheinland-Pfalz besteht – unseres Erachtens begründet – Misstrauen hinsichtlich der angeblichen Zahl der Mitglieder einiger Kreisverbände, insbesondere im Kreisverband Pirmasens. Das Urteil des Landgerichts gegen Frank Eschrich⁵ – zusammen mit seiner Partnerin und Bundestagsabgeordneten Brigitte Freihold Vorsitzender des Stadtverbands (ehemals Kreisverbands) Pirmasens – sollte Dir bekannt sein.

Laut dem beigefügtem Bericht vom 05.06.2012 wurden in Pirmasens 78 Mitglieder (Anteil: 82,4 %, der Maximalwert in der Tabelle) als Mindestbeitragszahler geführt. Einer weiteren Aufstellung zufolge (beigefügt) wäre in Pirmasens von Ende 2008 zu Ende 2013 ein Mitgliederzuwachs um 61 von 92 auf 153 Mitglieder, also ein ungewöhnlicher Zuwachs von 66 % zu verzeichnen.

¹ https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-29m-anlage-anfrage-aus-2017, 20.06.2019.

² Die amerikanische Zitierweise ist dereferenziert auf: https://linke-forum.de/l/rlp-lit, 20.06.2019.

³ Ibid.

⁴ https://linke-forum.de/l/rlp-abm-fb, 20.06.2019.

⁵ https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe-anlage-urt, 20.06.2019.

Insbesondere bitte ich um Auskunft zur Beschlusslage bei Barzahlungen von Mitgliedsbeiträgen. Formulare sollten derart gestaltet sein, dass jeder Monatsbeitrag einzeln quittiert werden muss (d. h. mindestens 12 Unterschriften pro Jahr bei reinen Barzahlern, eine DIN-A4-Seite pro Mitglied und Jahr mit 12 Zeilen). Dieser Aufwand ist angemessen und könnte effektiv einem Missbrauch entgegenwirken. Auch aus datenschutzrechtlichen Gründen sollten nicht die Namen von Parteimitgliedern für andere Parteimitglieder sichtbar auf Formularen eingetragen werden.

Eine solche Massnahme zur Verhinderung des Missbrauchs der Möglichkeit der Barzahlung wird derzeit nicht umgesetzt. Im Falle einer Barzahlung wurde ich als Kreisschatzmeister vom Landesverband nicht auf eine entsprechende Regelung hingewiesen, und ein entsprechendes Formular "Beitragsliste - BARkassierung" (beigefügt), das in den Metadaten "Fabian Bauer" als Autor führt und den 16.07.2013 als Erstellungsdatum nennt, wurde mir lediglich von dritter Seite zur Verfügung gestellt. Denkbar wäre zusätzlich eine Regelung auf Bundesebene, für bestimmte Landesverbände die Barzahlung bis auf weiteres gänzlich auszusetzen.

Darüber hinaus muss ein Verfahren entwickelt werden, wonach die Kreisschatzmeister (oder andere dem Datenschutz verpflichtete Beauftragte, etwa Mitgliederbeauftragte) zum Zeitpunkt der Feststellung der Delegiertenzahlen zu Versammlungen auf Landesebene die Legitimität der Zahl der Mitglieder und damit der Delegierten anderer Kreisverbände effektiv überprüfen können.

Schließlich ist eine erhebliche Beeinträchtigung der innerparteilichen Willensbildung festzustellen. Die von den Mitgliedern in einem Mitgliedervotum verlangte Trennung von Amt und Mandat ist nicht umgesetzt. Der Landesvorstand besteht zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Bundestagsabgeordneten und Personen, die von diesen finanziell abhängig sind oder waren (oder Lebenspartner sind). Ebenso scheint ein nicht unwesentlicher Teil der Delegierten bei Landesparteitagen nicht unabhängig zu sein. Anfragen zu einem Zugang zum elektronischen Forum, wie es in der Landessatzung verankert ist, bleiben unbeantwortet. Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist dies von besonderer Bedeutung.

Solidarische Grüße

Ken Kubota

<u>Anlagen</u>

- Schreiben des Bundesschatzmeisters der Partei DIE LINKE vom 17. Juni 2019
- · Formular "Beitragsliste BARkassierung"
- Bericht "Mitglieder- und Beitragsentwicklung im Jahre 2012" vom 5.6.2012 von Leo Stefan Schmitt
- · Tabelle Kreisvergleich 2009/2014

⁶ "Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, soll das Problem der gefährdeten Entscheidungsunabhängigkeit des Vorstands auch schon vor der Landtagswahl innerhalb der Mitgliedschaft großes Unbehagen verursacht haben" (Helmut Schnug, "Die LINKE in RLP - Trennung von Amt und Mandat", Artikel vom 03.10.2012, http://www.scharf-links.de/90.0.html?
http://www.scharf-links.de/90.0.html?
https://www.scharf-links.de/90.0.html?
https://www.scharf-links.de/90.0.html?
https://www.scharf-links.de/90.0.html
<a href="https://www

Von: melanie.wery-sims@die-linke-rlp.de @Betreff: AW: Freistellung/Nachzahlung Mitglied

Datum: 28. Januar 2019 um 16:23



finanzen@die-linke-vulkaneifel.de

Hallo Ken, (Peter z.K.)

das nächste Mal zahle einen bar eingenommenen Beitrag bitte einfach nur ein, ohne ihn danach als Überweisung weiterzuleiten. Fabian errechnet die Beitragsanteile ja mit allen Beiträgen, auch denen, die aufs Kreiskonto gezahlt werden. Dadurch, dass die Weiterleitung, sprich die Überweisung der aufs LV-Konto, nicht auf 8000 gebucht wurde, taucht der Betrag nun beim Mitglied doppelt auf. Ich werde nun schauen, wie wir das handhaben, evtl. so wie eine Retoure.

Ich werde die Buchung ändern, sobald ich die Info habe.

sG Melanie

Melanie Wery-Sims - DIE LINKE.Rheinland-Pfalz

Mitarbeiterin Bereich Finanzen Landesgeschäftsstelle, Gärtnergasse 24, 55116 Mainz

Tel.: 0152-31873515 www.die-linke-rlp.de

Spenden und Beitragszahlungen bitte an Mainzer Volksbank - IBAN: DE07 5519 0000 0870 9880 11 - BIC: MVBMDE55XXX

Von: DIE LINKE RLP Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de>

Gesendet: Freitag, 25. Januar 2019 21:14

An: 'Kreisschatzmeister DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel' < finanzen@die-linke-

vulkaneifel.de>

Cc: melanie.wery-sims@die-linke-rlp.de

Betreff: AW: Freistellung/Nachzahlung Mitlgied

Lieber Ken.

(Melanie zur Kenntnis und Korrektur)

so wie Du den Vorgang beschreibst und ich den Vorgang verstanden habe wäre eine Weiterüberweisung an den

Landesverband nicht von Nöten gewesen. Wenn Ihr auf Eurem Kreiskonto einen Beitragseingang habt und diesen

als Beitrag ins MGL einbucht dann erfolgt die Verrechnung des Anteiles des Beitrages für den Landesverband

über die Jahresabrechnung der Beiträge.

Liebe Grüße

Peter Weinand

Landesschatzmeister DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Mitgliederbetreuung DIE LINKE. Rheinland-Pfalz



Peter Weinand DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Landesschatzmeister/Mitgliederbetr... 06131-237945 Geschäftlich 0177-7433368 Mobiltelefon peter.weinand@die-linke-rlp.de Gärtnergasse 24 55116 Mainz www.die-linke-rlp.de

Von: Kreisschatzmeister DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel < finanzen@die-linke-

vulkaneifel.de>

Gesendet: Donnerstag, 24. Januar 2019 13:25

An: Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de

Cc: Melanie Wery-Sims < melanie.wery-sims@die-linke-rlp.de >

Betreff: Re: Freistellung/Nachzahlung Mitlgied

Lieber Peter,

den Betrag habe ich persönlich in bar entgegengenommen, von meinem privaten Konto auf das Konto des Kreisverbands überwiesen und dann von dort auf das Konto des Landesverbands weiter überwiesen.

Die Abbuchung vom Konto des Kreisverbands muss wohl gegengerechnet werden, da Gutschrift und Abbuchung beim Kreisverband sich ausgleichen.

Solidarische Grüße

Ken

Ken Kubota Kreisschatzmeister

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter • Google+

Am 23.01.2019 um 23:05 schrieb DIE LINKE RLP Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de:

Lieber Ken.

gestern beim nachschauen ob das Geld eingegangen ist fiel mir auf das dieses zweimal eingebucht ist.

Einmal in bar und einmal per Überweisung. Ich habe bei Melanie nachgefragt wie dies kommt; sie konnte mir dies aber nicht beantworten. Hast Du dies als Bar eingebucht?

Melanie hat dies erstmal geändert sodass der Beitrag des Genossen nun bis bezahlt ist.

Peter Weinand
Landesschatzmeister DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
Mitgliederbetreuung DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

<image001.jpg>

<Peter Weinand.vcf>

Von: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de

Betreff: Urteil eines Landgerichts gegen Frank Eschrich – Bitte um Stellungnahme wegen des Verdachts auf Manipulation von

Mitgliederdaten (DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz)

Datum: 16. Juni 2019 um 15:41

An: Frank Eschrich frank.eschrich@die-linke-rlp.de, Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

landesvorstand@die-linke-rlp.de

Kopie: Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesausschuss@die-linke-rlp.de,

Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lsk@die-linke-rlp.de,

Pressereferent DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz presse@die-linke-rlp.de,

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lgs@die-linke-rlp.de,

Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder) archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de,

Claudia Gohde - Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE claudia gohde @die-linke.de,

Büro der Vorsitzenden DIE LINKE buero.parteivorsitz@die-linke.de, Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de, Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE bundesschatzmeister@die-linke.de, Christoph Kröpl – Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE christoph.kroepl@die-linke.de,

Petra Beschorner - Leiterin des Bereiches Parteifinanzen DIE LINKE petra.beschorner@die-linke.de,

Bereich Parteifinanzen DIE LINKE parteifinanzen@die-linke.de, Michael Entrich – Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE michael.entrich@die-linke.de, DIE LINKE. Kreisverband Ahrweiler – Vorstand Marion Morassi marion-morassi@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Altenkirchen vorstand@die-linke-ak.de, DIE LINKE. Kreisverband Alzey-Worms

vorstand@linke-azwo.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt – Vorstand Fritz Weilacher fritz.weilacher@gmx.de , DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt – Vorstand Michael Freunscht

michael.freunscht@die-linke-bad-duerkheim.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Kreuznach kontakt@die-linke-kh.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bernkastel-Wittlich vorstand@dielinke-bekawi.de,

DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld - Vorstand Rainer Böß rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bitburg-Prüm vorstand@die-linke-bitburg-pruem.de,

DIE LINKE. Kreisverband Donnersberg - Vorstand Helmut Schmidt merian.johe@gmx.de,

DIE LINKE. Kreisverband Frankenthal - Vorstand David Schwarzendahl d.schwarzendahl@yahoo.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Land alexander.ulrich@wk.bundestag.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Lena Edel Lena 190696@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Michael Kaefer linke@michael-kaefer.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Sandro Kowollik kowolliks@googlemail.com,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Nathan Mahla nathanm@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Kontakt Stefan Glander glanderst@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Koblenz – Sprecherrat sprecherrat@die-linke-koblenz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kusel - Vorstand Oliver Naudsch olivernaudsch@freenet.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kusel - Vorstand Stefan Krob skrob@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Vorstand Markus Westermann mwest100@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Kontakt Tobias Schreiner tobias.schreiner@posteo.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis info@die-linke-ludwigshafen.de,

 $\label{linke} \textbf{DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis - Kontakt Liborio Ciccarello @gmx.de,} \\$

DIE LINKE. Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen info@dielinke-mz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Mayen-Koblenz – Vorstand Aziz Aldemir linke.myk@hotmail.de,

DIE LINKE. Kreisverband Neuwied - Vorstand Jochen Bülow jochen-buelow@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Pirmasens info@die-linke-ps.de,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Hunsrück - Vorstand Roger Mallmenn rogermallmenn@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Lahn vorstand@linke-rhein-lahn.de, DIE LINKE. Kreisverband Speyer-Germersheim die-linke-sp-ger@gmx.de, DIE LINKE. Kreisverband Südwestpfalz – Kontakt Kristian Fink kristian.fink@die-linke-ps.de,

DIE LINKE. Stadtverband Trier mail@die-linke-trier.de, DIE LINKE. Kreisverband Trier-Saarburg

kreisvorstand@die-linke-trier-saarburg.de, DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de,

DIE LINKE. Kreisverband Westerwald vorstand@die-linke-westerwald.de,

DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken – Kontakt Bernd Ringle kontakt@dielinke-zw.de,

DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Onlineredaktion Marcio Demel marcio.demel@dielinke-zw.de,

DIE LINKE. Landesverband Baden-Württemberg info@die-linke-bw.de, DIE LINKE. Landesverband Bayern

info@die-linke-bayern.de, DIE LINKE. Landesverband Berlin info@dielinke.berlin, DIE LINKE. Landesverband Brandenburg info@dielinke-brandenburg.de, DIE LINKE. Landesverband Bremen info@dielinke-bremen.de,

DIE LINKE. Landesverband Hamburg geschaeftsstelle@die-linke-hamburg.de, DIE LINKE. Landesverband Hessen

kontakt@die-linke-hessen.de, DIE LINKE. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern info@die-linke-mv.de,

DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen landesbuero@dielinke-nds.de, DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen lgs@dielinke-nrw.de, DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lgs@die-linke-rlp.de, DIE LINKE. Landesverband Saarland info@dielinke-saar.de, DIE LINKE. Landesverband Sachsen kontakt@dielinke-sachsen.de,

DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt lgst@dielinke-lsa.de, DIE LINKE. Landesverband Schleswig-Holstein

 $info@linke-sh.de, \ \textbf{DIE LINKE}. \ \textbf{Landesverband Th\"uringen} \ lgeschaeftsstelle@die-linke-thueringen.de,$

Jan van Aken – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE jan.vanaken@die-linke.de,

Ali Al-Dailami – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE ali.aldailami@die-linke.de,

Friederike Benda – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE friedrike.benda@die-linke.de,

Judith Benda – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE judith.benda@die-linke.de, Arne Brix – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE arne.brix@die-linke.de,

Christine Buchholz - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE christine.buchholz@die-linke.de,

Tobias Bank - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE tobias.bank@die-linke.de,

Ulrike Eifler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE ulrike.eifler@die-linke.de,

Franziska Fehst - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE franziska.fehst@die-linke.de,

Katalin Gennburg - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE katalin.gennburg@die-linke.de,

Thies Gleiss - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE thies.gleiss@die-linke.de,

Harri Grünberg - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harri.gruenberg@die-linke.de,

Bettina Gutperl - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE bettina.gutperl@die-linke.de,

Stefan Hartmann – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE stefan.hartmann@die-linke.de,

DIE LINKE.

```
Claudia Haydt - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE claudia.haydt@die-linke.de,
Andrej Hunko - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE andrej.hunko@die-linke.de,
Sigrid Hupach - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE sigrid.hupach@die-linke.de,
Katja Kipping – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE katja.kipping@die-linke.de,
Ralf Krämer – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE ralf.kraemer@die-linke.de,
Kerstin Köditz - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE kerstin.koeditz@die-linke.de,
Sofia Leonidakis - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE sofia.leonidakis@die-linke.de,
Xaver Merk - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE xaver.merk@die-linke.de,
Zaklin Nastic - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE zaklin.nastic@die-linke.de,
Thomas Nord - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE thomas.nord@die-linke.de,
Simone Oldenburg - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE simone.oldenburg@die-linke.de,
Tobias Pflüger - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE tobias.pflueger@die-linke.de,
Lucy Redler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE lucy.redler@die-linke.de,
Martina Renner - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE martina.renner@die-linke.de,
Franziska Riekewald - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE franziska.riekewald@die-linke.de,
Bernd Riexinger - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE bernd.riexinger@die-linke.de,
Christian Schaft - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE christian.schaft@die-linke.de,
Johanna Scheringer-Wright - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE johanna.scheringer-wright@die-linke.de,
Jörg Schindler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE joerg.schindler@die-linke.de,
Martin Schirdewan - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE martin.schirdewan@die-linke.de,
Christiane Schneider - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE christiane.schneider@die-linke.de,
Dr. Ilja Seifert - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE ilja.seifert@die-linke.de,
Marika Tändler-Walenta - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE marika.taendler@die-linke.de,
Frank Tempel - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE frank.tempel@die-linke.de,
Daniela Trochowski - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE daniela.trochowski@die-linke.de,
Axel Troost - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE axel.troost@die-linke.de,
Jochem Visser - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE jochem.visser@die-linke.de,
Janine Wissler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE janine.wissler@die-linke.de,
Harald Wolf - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harald.wolf@die-linke.de,
Raul Zelik - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE raul.zelik@die-linke.de, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
fraktion@linksfraktion.de, Doris Achelwilm - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag doris.achelwilm@bundestag.de,
Gökay Akbulut - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag goekay.akbulut@bundestag.de,
Simone Barrientos - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag simone.barrientos@bundestag.de.
Dr. Dietmar Bartsch - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag dietmar.bartsch@bundestag.de,
Lorenz Gösta Beutin - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag lorenz.beutin@bundestag.de,
Matthias W. Birkwald - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag matthias-w.birkwald@bundestag.de,
Heidrun Bluhm - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag heidrun.bluhm@bundestag.de,
Michel Brandt - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag michel.brandt@bundestag.de,
Christine Buchholz - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag christine.buchholz@bundestag.de,
Birke Bull-Bischoff - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag birke.bull-bischoff@bundestag.de,
Jörg Cezanne - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag joerg.cezanne@bundestag.de,
Sevim Dagdelen - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sevim.dagdelen@bundestag.de,
Fabio De Masi - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag fabio.demasi@bundestag.de,
Dr. Diether Dehm - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag diether.dehm@bundestag.de,
Anke Domscheit-Berg - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag anke.domscheit-berg@bundestag.de,
Klaus Ernst - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag klaus.ernst@bundestag.de,
Susanne Ferschl - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag susanne.ferschl@bundestag.de,
Brigitte Freihold - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag brigitte.freihold@bundestag.de,
Sylvia Gabelmann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sylvia.gabelmann@bundestag.de,
Nicole Gohlke - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag nicole.gohlke@bundestag.de,
Dr. Gregor Gysi - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gregor.gysi@bundestag.de,
Dr. André Hahn - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag andre.hahn@bundestag.de,
Heike Hänsel - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag heike.haensel@bundestag.de,
Matthias Höhn - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag matthias.hoehn@bundestag.de,
Andrej Hunko - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag andrej.hunko@bundestag.de,
Ulla Jelpke - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ulla.jelpke@bundestag.de,
Kerstin Kassner - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag kerstin.kassner@bundestag.de,
Dr. Achim Kessler - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag achim.kessler@bundestag.de,
Katja Kipping - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag katja.kipping@bundestag.de,
Jan Korte - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag jan.korte@bundestag.de, Jutta Krellmann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
jutta.krellmann@bundestag.de, Caren Lay - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag caren.lay@bundestag.de,
Sabine Leidig - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sabine.leidig@bundestag.de,
Ralph Lenkert - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ralph.lenkert@bundestag.de,
Michael Leutert - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag michael.leutert@bundestag.de,
Stefan Liebich - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag stefan.liebich@bundestag.de,
Dr. Gesine Lötzsch - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gesine.loetzsch@bundestag.de,
\textbf{Thomas Lutze} - \textbf{Fraktion DIE LINKE}. \ \textbf{im Bundestag} \ \ \textbf{thomas.lutze@bundestag.de},
Pascal Meiser - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag pascal.meiser@bundestag.de,
Amira Mohamed Ali - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag amira.mohamedali@bundestag.de,
Cornelia Möhring - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag cornelia.moehring@bundestag.de,
Niema Movassat - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag niema.movassat@bundestag.de,
Norbert Müller - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag norbert.mueller@bundestag.de,
Zaklin Nastic - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zaklin.nastic@bundestag.de,
Dr. Alexander S. Neu - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag alexander.neu@bundestag.de,
Thomas Nord - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag thomas.nord@bundestag.de,
Petra Pau - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag petra.pau@bundestag.de,
```

Sören Pellmann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag soeren.pellmann@bundestag.de, Victor Perli - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag victor.perli@bundestag.de, Tobias Pflüger - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag tobias.pflueger@bundestag.de, Ingrid Remmers - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ingrid.remmers@bundestag.de, Martina Renner - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag martina.renner@bundestag.de, Bernd Riexinger - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag bernd.riexinger@bundestag.de, Eva-Maria Schreiber - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag eva-maria.schreiber@bundestag.de, Dr. Petra Sitte - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag petra.sitte@bundestag.de, Helin Evrim Sommer - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag helin-evrim.sommer@bundestag.de, Kersten Steinke - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag kersten.steinke@bundestag.de, Friedrich Straetmanns - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag friedrich.straetmanns@bundestag.de, Dr. Kirsten Tackmann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag kirsten.tackmann@bundestag.de, Jessica Tatti - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag jessica.tatti@bundestag.de, Alexander Ulrich - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag alexander.ulrich@bundestag.de, Kathrin Vogler - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag kathrin.vogler@bundestag.de, Dr. Sahra Wagenknecht - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sahra.wagenknecht@bundestag.de, Andreas Wagner - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag andreas.wagner@bundestag.de, Harald Weinberg - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag harald.weinberg@bundestag.de, Katrin Werner - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag katrin.werner@bundestag.de, Hubertus Zdebel - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hubertus.zdebel@bundestag.de, Sabine Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sabine.zimmermann@bundestag.de, Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag pia.zimmermann@bundestag.de

Genosse Frank Eschrich,

Genossinnen und Genossen im Landesvorstand,

mir liegt das beigefügte Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 21.06.2013 (Az. 1 O 26/13) gegen das gegenwärtige Mitglied des Landesvorstands Frank Eschrich vor, in dem dieser verurteilt wurde.

Eine Aussage von Frank Eschrich hat die Kammer des Gerichts "als unwahr [...] bewerte[t]" (S. 9).

Da das Gericht "Wiederholungsgefahr gegeben" sah (S. 10), wurde Eschrich "verurteilt, es zu unterlassen," bestimmte "Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten" (S. 1).

Meiner Interpretation zufolge geht es hauptsächlich um Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz.

Frank Eschrich ist gegenwärtig (13.06.2019) Mitglied des <u>Landesvorstands von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz</u> und – der Internetpräsenz von <u>DIE LINKE. Stadtverband Pirmasens</u> zufolge – zusammen mit Brigitte Freihold Vorsitzender des Stadtverbands (ehemals Kreisverbands) Pirmasens.

Die Angelegenheit erhält besondere Brisanz dadurch, dass Frank Eschrich eigenen Angaben zufolge "Wahlkreismitarbeiter bei MdB Alexander Ulrich" und "Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens" (https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018/2018-11-10_lpt_trier/2018-09-25_kandidatur_eschrich.pdf, 13.06.2019) und einem Zeitungsartikel vom 24. Februar 2016 zufolge Lebenspartner von Brigitte Freihold ist ("Eschrich lebt mit seiner Partnerin Brigitte Freihold [...] im Vorort Windsberg.", https://www.rheinpfalz.de/artikel/zur-person-frank-eschrich-1/, 13.06.2019).

Im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz stellt sich mir daher die Frage, ob es mit den Mandaten von zwei der drei Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE aus Rheinland-Pfalz, Alexander Ulrich und Brigitte Freihold, mit rechten Dingen zugegangen ist.

Ich bin Delegierter zum Landesparteitag von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz und habe sowohl beim Landesparteitag in Montabaur (Februar 2018) als auch beim Landesparteitag in Trier (November 2018), auf dem Katrin Werner und Jochen Bülow als Landesvorsitzende durch Wiederwahl bestätigt und Frank Eschrich als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt wurden, teilgenommen.

Ich bitte um Stellungnahme von Frank Eschrich sowie vom Landesvorstand – insbesondere den beiden Landesvorsitzenden Katrin Werner und Jochen Bülow – zu folgenden Fragen:

- 1. Ist dem Landesverband das Gerichtsurteil bekannt, und wenn ja, seit wann? Im Urteil heißt es: "Bewusst unwahre Tatsachen[behauptungen], deren Unwahrheit im Zeitpunkt der Äußerung zweifelsfrei feststeht, fallen nicht mehr unter den Schutz von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG." (S. 8)
- 2. Welche Konsequenzen hat der Landesverband aus dem Gerichtsurteil gezogen?
- 3. Weshalb wurde ich als Delegierter nicht vom Landesvorstand insbesondere von den beiden Landesvorsitzenden Katrin Werner und Jochen Bülow vor der Wahl über das Gerichtsurteil informiert? Erst nach der Wahl des Landesvorstands im November 2018 habe ich aus anderer Quelle, also nicht vom Landesverband, davon erfahren.
- 4. Welche Erkenntnisse und Unterlagen (etwa Berichte und Statistiken des Klägers Leo Stefan Schmitt zu Mitgliederdaten) liegen über etwaige Manipulationen von Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz vor?
- 5. Welche Maßnahmen hat der Landesverband getroffen, um sicherzustellen, dass die Delegiertenzahl der Kreisverbände beim Landesausschuss, beim Landesparteitag und bei Listenaufstellungen, insbesondere zu Wahlen zum Deutschen Bundestag, der tatsächlichen Mitgliederzahl entspricht?

Ich bitte um Stellungnahme per Email innerhalb von 14 Tagen, d. h. bis Sonntag, den 30. Juni 2019.

Ergebnisse unserer Recherchen werden parteiintern in unserer Archiv-Mailingliste veröffentlicht und sind nach Anmeldung online abrufbar.

Eine Anmeldung ist über den folgenden Link möglich: https://linke-forum.de/mailinglisten/rlp

Solidarische Grüße

Ken Kubota

Ken Kubota Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter



Urteil Landge...rzt.pdf Von: Fabian Bauer, DIE LINKE Rheinland-Pfalz fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Betreff: Antwort zu "Urteil eines Landgerichts gegen Frank Eschrich..."

Datum: 1. Juli 2019 um 09:27

An: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de

Lieber Kreisvorstand des KV Vulkaneifel, Lieber Ken,

auf Deine Anfrage vom 16.06.2019 bzgl. des Landesvorstandsmitgliedes Frank Eschrich, möchte ich im Namen von Katrin Werner und Jochen Bülow folgendes erklären:

Die von Euch / Dir gestellten Anfrage bezieht sich auf einen abgeschlossenen Zivilprozess aus dem Jahre 2013, welcher ebenfalls ausgiebig innerhalb der Partei diskutiert wurde.

Für uns ist dieser Vorgang abgeschlossen.

Mit solidarischen Grüßen

Katrin Werner und Jochen Bülow

Fabian Bauer

Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle Gärtnergasse 24 55116 Mainz

Mail: fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49 Mobil: 0176 / 321 79 755 Internet: www.die-linke-rlp.de

IBAN des Landesverbandes bei der Mainzer Volksbank DE07 5519 0000 0870 9880 11



Fabian Bauer
DIE LINKE Landesverband Rhe...
Mitarbeiter mit geschäftsführ...
06131-237945 Geschäftlich
0176-32179755 Mobiltelefon
fabian.bauer@die-linke-rlp.de
Landesgeschäftsstelle
Gärtnergasse 24
55116 Mainz
www.die-linke-rlp.de

Von: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de



DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Datum: 23. September 2019 um 17:38

An: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de

Kopie: (Hildegard Slabik-Münter hildegard.slabik-muenter@die-linke-rlp.de, Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de,

Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesvorstand@die-linke-rlp.de,

Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesausschuss@die-linke-rlp.de,

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lgs@die-linke-rlp.de, Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lsk@die-linke-rlp.de,

Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder) archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich euch zur Vorstandssitzung des Kreisverbandes Vulkaneifel einladen.

Wir haben das Mitglied des Landesvorstands Hildegard Slabik-Münter eingeladen, um Möglichkeiten zu erörtern, den aus unserer Sicht begründeten Verdacht der Manipulation von Mitgliederdaten, insbesondere im Kreisverband Pirmasens, aus dem Weg zu räumen. Bekanntlich lässt sich auf diese Weise die Zahl der Delegierten bei Landesparteitagen und Listenaufstellungen zu Wahlen zum Deutschen Bundestag manipulieren.

Insbesondere möchten wir mit dem Mitglied des Landesvorstands Hildegard Slabik-Münter, die sich zuvor mit dem Landesschatzmeister Peter Weinand absprechen sollte, ausführlich über Möglichkeiten der Sicherstellung der demokratischen Rechte aller Kreisverbände, insbesondere durch Überprüfung der Korrektheit der Mitgliederdaten (Originalunterschriften bei Barzahlung, keine Sammelüberweisungen) unter Beteiligung der Kreisschatzmeister oder der Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände, unterhalten.

Leider liegt eine aus unserer Sicht befriedigende Stellungnahme seitens des Landesverbandes bis heute nicht vor, insbesondere blieb die folgende Frage unbeantwortet:

5. Welche Maßnahmen hat der Landesverband getroffen, um sicherzustellen, dass die Delegiertenzahl der Kreisverbände beim Landesausschuss, beim Landesparteitag und bei Listenaufstellungen, insbesondere zu Wahlen zum Deutschen Bundestag, der tatsächlichen Mitgliederzahl entspricht?

Dieser parteiinterne Vorgang ist hier dokumentiert: https://linke-forum.de/l/rlp-anfrage-lg-fe, https://linke-forum.de

Die Vorstandssitzung findet am kommenden

Freitag, dem 27. September 2019, ab 17:30 Uhr

im

DRK-Raum in Gerolstein (Passage/Seiteneingang), Hauptstr. 7a, 54568 Gerolstein statt.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Der Entwurf einer Tagesordnung ist beigefügt.

Solidarische Grüße

Marlene Hilsenrath

Marlene Hilsenrath

Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07

Facebook • Twitter

Link zum Linke Forum: linke-forum.de



Tagesordnung mit Ha...and.rtf

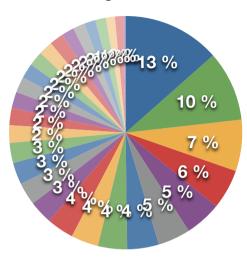
Verteiler (für das Archiv im Hauptteil der Email)

DIE LINKE.

Kreisverbände nach Mitgliederzahl sortiert (absteigend)

Nr.	KV	Mitglieder- zahl f. Festsetzung	Relation zur durchschnittl. Mitglieder- zahl	Prozentualer Anteil
1 MZ		227	391 %	13 %
2 PS		164	282 %	10 %
3 KL-La	ınd	120	207 %	7 %
4 LU		93	160 %	6 %
5 TR		85	146 %	5 %
6 AZ-W	orms	76	131 %	5 %
7 FT		74	127 %	4 %
8 SP-Ge	erm	68	117 %	4 %
9 KO		64	110 %	4 %
10 TR-Sa	ar	63	108 %	4 %
11 NR		55	95 %	3 %
12 KL-St		53	91 %	3 %
13 Land	/ SÜW	51	88 %	3 %
14 Kreuz	!	47	81 %	3 %
15 WW		41	71 %	2 %
16 MYK		40		2 %
17 RHK		38		2 %
18 Dürk		37		2 %
19 AW		35	60 %	2 %
20 AK		34		2 %
21 Birk		33		2 %
22 Kusel		33		2 %
23 Bernk		29		2 %
24 Vulka		28		2 %
25 Zweib		26		2 %
26 Donne	er	25		1 %
27 RLK		21	36 %	1 %
28 Bit		19	33 %	1 %
29 Coche	em	6	10 %	0 %
Gesar	nt	1685		100 %
Durch	schnitt	58,10		

Diagramm 1





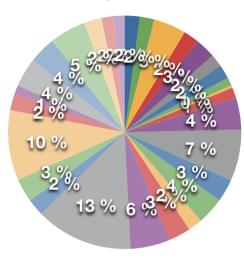
Evtl. zusammen abstimmende KVs	Vermutete Orientierung	Anteil
PS + KL-Land	Ulrich	17 %
PS + KL-Land + LU	Ulrich	22 %
PS + KL-Land + LU + TR	Ulrich + Werner	27 %

86

Kreisverbände wie in Vorlage sortiert

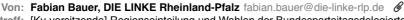
Nr.	KV	Mitglieder- zahl f. Festsetzung	Relation zur durchschnittl. Mitglieder- zahl	Prozentualer Anteil
1 AW		35	60 %	2 %
2 AK		34	59 %	2 %
3 AZ-Wo	orms	76	131 %	5 %
4 Dürk		37	64 %	2 %
5 Kreuz		47	81 %	3 %
6 Bernka	astel	29	50 %	2 %
7 Birk		33	57 %	2 %
8 Bit		19	33 %	1 %
9 Coche	m	6	10 %	0 %
10 Donne	r	25	43 %	1 %
11 FT		74	127 %	4 %
12 KL-Laı	nd	120	207 %	7 %
13 KL-Sta	adt	53		3 %
14 KO		64		4 %
15 Kusel		33	57 %	2 %
16 Land /	SÜW	51	88 %	3 %
17 LU		93	160 %	6 %
18 MZ		227		13 %
19 MYK		40	69 %	2 %
20 NR		55	95 %	3 %
21 PS		164	282 %	10 %
22 RHK		38	65 %	2 %
23 RLK		21	36 %	1 %
24 SP-Ge	rm	68	117 %	4 %
25 TR-Sa	ar	63	108 %	4 %
26 TR		85	146 %	5 %
27 WW		41	71 %	2 %
28 Vulkan		28	48 %	2 %
29 Zweibı	rücken	26	45 %	2 %
Gesam Durchs	nt schnitt	1685 58,10		100 %

Diagramm 2





87



Betreff: [Kv-vorsitzende] Regionseinteilung und Wahlen der Bundesparteitagsdelegierten

Datum: 21. Oktober 2019 um 12:19

An: kv-vorsitzende@mail.die-linke-rlp.de



Liebe Kreisvorsitzende,

anbei sende ich euch im Namen des Landesvorstandes den Beschluss zur Regionseinteilung und die dafür grundlegenden Dokumente der Bundespartei zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten.

Der Beschluss des Landesvorstandes trägt die Beschlussnummer 19/10/05-005.

Im Gegensatz zu vergangenen Jahr hat sich der Landesvorstand auf den Zuschnitt von 8 Regionen mit jeweils 2 Delegierten zu Bundesparteitagen verständigt.

Wie gehabt bitten wir die Regionen um eine Absprache der Termine und Mitteilung an die Landesgeschäftsstelle zur Einladung der jeweiligen Versammlungen. Weiterhin bitten wir um Terminabsprache mit der LGS und euren LaVo-Mitgliedern um eine reibungslose Dokumentation und Durchführung zu gewährleisten.

Bei Fragen oder Problemen bei Terminabsprachen stehen wir euch unter lgs@dielinke-rlp.de wie immer gerne unterstützend zur Seite.

MsG Fabian Bauer

Fabian Bauer Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle Gärtnergasse 24 55116 Mainz

Mail: fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49 Mobil: 0176 / 321 79 755 Internet: www.die-linke-rlp.de

IBAN des Landesverbandes bei der Mainzer Volksbank DE07 5519 0000 0870 9880 11

Fabian Bauer DIE LINKE Landesverband Rhe... Mitarbeiter mit geschäftsführ... 06131-237945 Geschäftlich 0176-32179755 Mobiltelefon fabian.bauer@die-linke-rlp.de Landesgeschäftsstelle Gärtnergasse 24 55116 Mainz www.die-linke-rlp.de



2019-10-05_bes chluss...rte.pdf

Kv-vorsitzende mailing list Kv-vorsitzende@mail.die-linke-rlp.de http://mail.die-linke-rlp.de/mailman/listinfo/kv-vorsitzende

Regionseinteilung zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten DIE LINKE Landesverband Rheinland-Pfalz

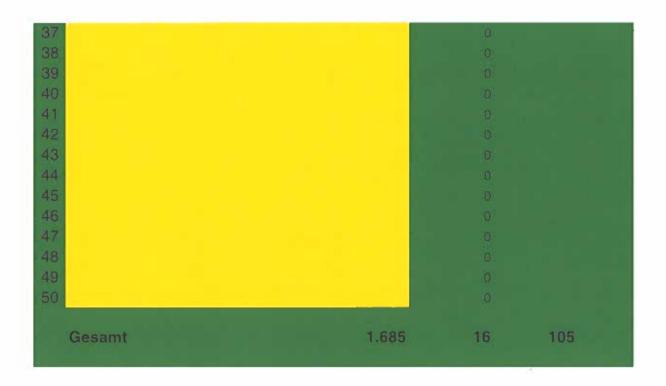
	Mitgliederzahl	Reg 1	Reg 2	Reg 3 Koblenz -	Reg 4	Reg 5	Reg 6	Reg 7	Reg 8
κv	f. Festsetzung	Neuwied	Trier	Kreuznach	Mainz	AzWo-Lu	Pirmasens	KL	Sp-LD
AW	35	35				<u> </u>			
AK	34	34				1		 	
AZ-Worms	76					76			
Dürk	37					0		0	37
Kreuz	47			47					
Bernkastel	29		29						
Birk	33		0	33					
Bit	19		19			1			
Cochem	6		6		<u> </u>				
Donner	25			ŧi.		0		25	
FT	74					74	i		0
KL-Land	120							120	
KL-Stadt	53				İ			53	
KO	64			64					
Kusel	33					0		33	
Land/ SÜW	51				1		0	0	51
LŲ	93				Î	93			0
MZ	227				227				1,000
MYK	40	40				1			
NR	55	55	·			1			
PS	164					1	164		
RHK	38			38		1			
RLK	21			21		1			
SP-Germ	68								68
TR-Saar	63		63			1			· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
TR	85		85			1			
ww	41	41					<u> </u>		
Vulkan	28		28						
Zweibrücken	26						26		
Gesamt	1685	205	230	203	227	243	190	231	156

Durchschnitt

210

Beschluss des Landesvorstandes vom 6.10.2019

_				
r				
l	Paarweise Mandatsvergabe im Divisorenverfahren nach Adams	Mandate:	16	Hier bitte immer eine <u>gerade</u> Zahl einsetzen
Ł				Ein Mandat
	Landes- bzw. Kreisverband oder Delegiertenwahlkreis	Mitglieder	Mandate	verintt Mitglieder
7	Reg 1	205	2	103
2	Reg 2	230	2	115
3	Reg 3	203	2	102
4	Reg 4	227		114
5	Reg 5	243	2	122
6	Reg 6	190	2	95
7	Reg 7	231	2	116
8	Reg 8	156	2	78
9				
10				
11			0.	
12				
13				
14			0	
15			0.	
16				
17				
19				
20			0	
21			0	
22			0	
23				
24				
25				
26				
27				
28				
29			0	
30			0	
31			0	
32				
33				
34				
35				
36				



30.7.2019 DIE LINKE

DIE LINKE.

Delegiertenschlüssel des 7. Parteitages und Vertreterinnen- und Vertreterschlüssel für den Bundesausschuss

29: Juni 2019 Beschluss 2019/082

Beschluss des Parteivorstandes vom 29. Juni 2019

 Der Parteivorstand beschließt den folgenden Delegiertenschlüssel über 580 Delegierte zum 7. Parteitag:

Landesverbände

Baden-Württemberg: 28

Bayern: 28Berlin: 64

Brandenburg: 46

Bremen: 6Hamburg: 14Hessen: 26

Mecklenburg-Vorpommern: 30

Niedersachsen: 24

Nordrhein-Westfalen: 64

Rheinland-Pfalz: 16

Saarland: 16Sachsen: 64

Sachsen-Anhalt: 28Schleswig-Holstein: 10

Thüringen: 36Summe: 500

Zusammenschlüsse

Antikapitalistische Linke: 3

AG Betrieb und Gewerkschaft: 4

BAG Bildungspolitik: 1

AG Cuba Sí beim PV der Partei DIE LINKE: 2

Emanzipatorische Linke: 2

Forum Demokratischer Sozialismus: 5

BAG Frieden und Internationale Politik: 1

BAG Gesundheit und Soziales: 1

BAG Grundeinkommen: 3

BAG Hartz IV: 3

BAG Kommunalpolitik: 2

93

30.7.2019 : DIE LINKE

- Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE: 4
- AG LISA: 2
- BAG Migration, Integration und Antirassismus: 1
- Ökologische Plattform: 2
- BAG Die Linke.queer: 3
- BAG Rote ReporterInnen: 2
- BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik: 2
- BAG Senioren der Partei DIE LINKE: 3
- Sozialistische Linke: 3
- Ständige Kulturpolitische Konferenz: 1
- Summe: 50

Jugendverband

- Summe: 30
- Die Landesverbände legen entsprechend der Bundessatzung §16 (5) bis zum 30. September
 Delegiertenwahlkreise fest.

Die Wahl der Delegierten beginnt frühestens am 1. Oktober 2019 statt und soll spätestens vier Wochen vor der ersten Tagung des 7. Parteitages beendet sein.

- Der Parteivorstand beschließt den folgenden Vertreterinnen- und Vertreterschlüssel für die 60 Vertreterinnen und Vertreter aus den Landesverbänden im Bundesausschuss ab dem Jahr 2020:
- Baden-Württemberg 4
- Bayern: 4
- Berlin: 6
- Brandenburg: 4
- Bremen: 2
- Hamburg: 2
- Hessen: 4
- Mecklenburg-Vorpommern: 4
- Niedersachsen: 4
- Nordrhein-Westfalen: 6
- Rheinland-Pfalz: 2
- Saarland: 2
- Sachsen: 6
- Sachsen-Anhalt: 4
- Schleswig-Holstein: 2
- Thüringen: 4
- Summe: 60

Zurück zur Übersicht

Delegiertenschlüssel 7. Parteitag

Landesverbände	Mitglieder		Beitragszahlende und	
	per 31.12.2018		beiragsbefreite Mitglieder	
			per 31.12.2018	
Baden-Württemberg	3.532	-		28
Bayern	3.417	28	3.136	28
Berlin	7.861	62	7.495	64
Brandenburg	5.802	46	5.486	46
Bremen	624	6	608	6
Hamburg	1.639	14	1.434	14
Hessen	3.255	26	3.026	26
Mecklenburg-Vorpommern	3.581	28	3.511	30
Niedersachsen	3.112	26	2.847	24
Nordrhein-Westfalen	8.183	64	7.634	64
Rheinland-Pfalz	1.769	14	1.685	16
Saarland	2.124	18	1.839	16
Sachsen	7.988	64	7.609	64
Sachsen-Anhalt	3.596	30	3.305	28
Schleswig-Holstein	1.298	12	1.119	10
Thüringen	4.224	34	4.094	36
Gesamt	62.005	*	58.028	

^{*} Dazu kommen noch 11 beim Parteivorstand geführte Mitglieder. Die Gesamtzahlper 31.12.2018 beträgt also 62.016.

Die Pleitegeier lauern schon

Auf ihren außerordentlichen Parteitag welcher gestern, am 07. 12. 2013 in Trier abgehalten wurde, bestätigte die Linke RLP an ihrer Spitze die Führung aus dem "Altvorstand". Die Ansetzung des Parteitag war notwendig geworden da Anfang November neun von 15 Vorstandsmitglieder zurückgetreten waren. Wir berichteten darüber hier. Es waren 134 von 203 Delegierte anwesend; davon 38 weiblich.

Im Beisein des Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn sicherten sich die "Alten Seilschaften" auch gestern ihre Tickets in der "Ersten Klasse", wo die Vorsitzende Katrin Werner mit 81,3 Prozent / 73 ja, 27 nein, 19 Enthaltungen und Alexander Ulrich mit 70,7 Prozent / 92 ja, 32 nein, 6 Enthaltungen in ihren Führungspositionen bestätigt wurden. Gegenkandidaten traten nicht an.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzende wurden Brigitte Freihold: 82 ja, 35 nein, 8 Enthaltungen und Wolfgang Förster: 98 ja, 19 nein, 8 Enthaltungen gewählt. Als Schriftführerin fungieren nun Stefanie Beck: 103 ja, 11 nein, 7 Enthaltungen und als Schatzmeister wurde Sebastian Knopf mit 109 ja, 10 nein, 4 Enthaltungen wiedergewählt. Als BeisitzerInnen dürfen noch

Sabine Gerassimotos: 103/10/9

Susanne Kohrs: 102/8/10

Andrea Schmeiser: 96/12/13

Doris Yilmaz: 101/9/11

Liborio Ciccarello: 74/6/0

Markus Westermann: 64/1/0

Martin Klein: 61/5/0

Kemal Gülcehre: 64/1/0

auf den Beifahrer-Sitzen mitfahren.

Linkspartei mit neuer Führung

Mit den beiden Bundestagsabgeordneten Katrin Werner aus Trier und Alexander Ulrich aus Kaiserslautern bleiben zwei der verbliebenen Vorsitzenden auch künftig an der Spitze der Linken im Land. Damit sollen nach Hoffnung vieler Parteimitglieder die internen Grabenkämpfe und Personaldebatten zu Ende sein, die zu dem Massenrücktritt geführt hatten.

Gegenkandidaten gab es auf dem Sonderparteitag in Trier zwar nicht, aber auch keine umfassende Unterstützung für die beiden neuen Vorsitzenden. Ulrich wurde mit 70,7 Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt.

Quelle: >>> weiterlesen

Hier der politische Rechenschaftsbericht der zurückgetretenen Vorsitzenden Alexandra Erikson Wolfgang Ferner

http://www.demokratisch-links.de/rlp-bestatigt-ulrich-und-werner

Seite 8 von 17

06.12.2013

Politischer Rechenschaftsbericht über den Zeitraum vom 24. November 2012 bis zum 7. Dezember 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

Beim Landesparteitag am 24./25. November 2012 in Landstuhl haben wir für den Landesvorstand kandidiert, obwohl wir große Bedenken bezüglich des "Vierer-Sprecher_innenrates" hatten.

Zur Erinnerung: Auf Betreiben des Bundestagsabgeordneten Alexander Ulrich und seiner als Kreisvorsitzende der Partei aktiven Mitarbeiter wurde erfolgreich ein Mitgliedervotum zur Trennung von Amt und Mandat durchgeführt, was letztendlich in die Satzung im § 18 aufgenommen wurde. Hintergrund der die Partei rund 5000.- Euro kostenden Aktion war der Umstand, die Abgeordnete Kathrin Senger-Schäfer und deren Mitarbeiter aus dem Landesvorstand heraus zu halten oder zukünftig zu verdrängen.

Als dies als nicht mehr notwendig erschien wurde das selbst eingeleitete Mitgliedervotum auf den Kopf gestellt und Alexander Ulrich und Katrin Werner kandidierten ebenfalls am 24./25. November 2012 als Landesvorsitzende.

Wir haben die notwendige Satzungsänderung und die Neuwahl des Landesvorstandes zu den damaligen Bedingungen mitgetragen, weil der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger diese Lösung eines Vierer-Sprecher-Rates erfunden hatte und wir ein vernünftiges Ergebnis bei der Bundestagswahl nicht gefährden wollten.

Wer allerdings geglaubt hatte, dass die Versprechen einer kollegialen Zusammenarbeit auch nur ansatzweise in der Folgezeit von Ulrich und Teilen des Landesvorstandes oder gar des Landesparteiausschusses eingehalten werden, wurde nachdrücklich enttäuscht.

Alle, die zum damaligen Zeitpunkt gewusst oder vermutet hatten, dass die Aktion "Rolle Rückwärts mit dem Mitgliedervotum" ausschließlich mit der anstehenden Listenaufstellung zu tun hatte, wurden beim Landesparteitag am 13. April 2013 in ihrer Auffassung bestätigt. Neben den bisherigen Abgeordneten Ulrich und Werner wurden ausschließlich bekennende Ulrich-Anhänger gewählt, darunter zwei abhängig beschäftige Mitarbeiter der beiden Abgeordneten und die Lebensgefährtin eines Mitarbeiters.

Den ganzen Vorgang mit der "Satzungsdehnung" hätte sich das Lager Ulrich allerdings ersparen können mit einem Blick in die Delegiertenliste. Dieses hatte nämlich durch Manipulationen bei den Mitgliederzahlen durch Alexander Ulrich und seine Anhänger sowieso eine Mehrheit der Delegierten bei den Landesparteitagen hinter sich.

Die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstandes war zwischen einigen Mitgliedern erfreulich positiv und auf den weiteren Aufbau unserer noch jungen Partei ausgerichtet. Ein anderer Teil des Landesvorstandes hat allerdings insbesondere durch zwischenmenschliches Verhalten bis hin zu Beleidigungen, Verleumdungen und üblen Nachreden gegen andere Vorstandsmitglieder und auch gegenüber den Mitarbeitern der Partei ganz offen jegliche zukunftsgerichtete Arbeit torpediert.

Bei der Behinderung der Arbeit des Landesvorstandes tat sich neben diesen Vorstandsmitgliedern insbesondere das Präsidium des Landesparteirates hervor. Der Landesparteirat ist bekanntlich das wichtigste Gremium zwischen den Parteitagen. Das Präsidium des Parteirates hat in den letzten Jahren konsequent verhindert, dass der Parteirat seinen satzungsgemäßen Aufgaben nachkommen konnte, was ganz sicher zur Strategie eines Teils des Landesvorstandes und einiger Kreisverbände gehörte. Einige Beispiele:

Nach der Satzung beschließt der Landesparteirat "den jährlichen Finanzplan auf Vorschlag des Landesvorstandes".

Obwohl dem Präsidium des Landesparteirates der Finanzplan für das Jahr 2013 im Oktober 2012 nach einem Beschluss des Landesfinanzrates zugeleitet wurde, hat das Präsidium oder zumindest das Mitglied

97

Vollmann sich geweigert, den Finanzplan auf die Tagesordnung der Sitzung aufzunehmen. Stattdessen wurden später wüste Beschimpfungen gegen den Landesvorstand und den Landesschatzmeister wegen angeblich fehlender Information des LPR verbreitet.

Nach der Satzung beschließt der Landesparteirat über Anträge, die an ihn gestellt oder überwiesen werden. Bis heute ist noch nicht ein einziger von den letzten Landesparteitagen überwiesener Antrag vom Landesparteirat behandelt worden.

Stattdessen hat sich der LPR in stundenlanger Diskussion mit angeblichem Fehlverhalten eines Mitarbeiters beschäftigt und dazu einen Beschluss gefasst.

Wie unseriös der Landesparteirat arbeitet und mit welcher Rücksichtslosigkeit gegen nicht willfährige Mitarbeiter vorgegangen wird, zeigt die Tatsache, dass der betroffene Mitarbeiter rechtlich gegen diesen Beschluss vorgehen musste und ihm vom Gericht in allen Punkten Recht gegeben wurde.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge, die im Übrigen auch Bestandteil der Zielvereinbarung waren wurden vom Präsidium des LPR systematisch torpediert. Trotz geduldigen Wiederholens der Tatsachen unsererseits – Zahlung der Mitgliedsbeiträge laut Beitragstabelle wurde der Mythos vom Präsidium des LPR sowie der Mitarbeiter Ulrichs in einem polemischen Dauerfeuer über die Partei ausgegossen, der Landesvorstand versuche Hartz-4 Empfänger zu diskriminieren.

Von der satzungsgemäß vorgeschriebenen Förderung und Unterstützung der Kreis- und Stadtverbände jedenfalls ist der LPR und meilenweit entfernt.

Wir haben als ehemaliger Landesvorstand eine Zielvereinbarung mit dem Bundesvorstand getroffen, die im Wesentlichen aus zwei Teilen bestand: Erstens finanziert der Bund in Rheinland-Pfalz Mitarbeiterstellen für den weiteren Parteiaufbau und zweitens verpflichtet sich der Landesverband anteilsmäßig 50 neue Mitglieder aufzunehmen und schrittweise den Mitgliedsbeitrag auf über 7.- Euro zu erhöhen.

Der Bund hat seine Zusagen eingehalten! Der Landesverband hat seine Zusagen zum Teil eingehalten und mehr Mitglieder geworben als vorgenommen, was allerdings durch notwendige Mitgliederbereinigungen wieder konterkariert wurde. Diese Mitgliederbereinigungen waren in vielen Fällen auf frühere Mitgliedermanipulationen zurückzuführen.

Der zweite Teil der Zielvereinbarung, die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, wurde von Teilen des Landesvorstandes, der Kreisverbände und des Präsidiums des Landesparteirates konsequent und zielgerichtet behindert, was letztlich zu dem bekannten Umstand führte, dass der Bund die Zielvereinbarung nicht verlängert hat und den Landesgeschäftsführer der Partei seit Oktober des Jahres aus dem Landesverband herausgenommen und beim Bundesverband eingestellt hat.

Das berühmte Fass zum Überlaufen in dieser Angelegenheit hat wohl ein Schreiben von Brigitte Freihold gebracht. Brigitte Freihold, Kreisvorsitzende in Pirmasens, Mitglied des Präsidiums des Landesparteirates, Kandidatin zur Bundestagswahl auf Platz drei der Landesliste und Spitzenkandidatin zur Wahl des Regionalverbandes Pfalz hat in erstaunlicher Offenheit in einer bundesweit beachteten eMail erklärt, dass eine Erhöhung der Durchschnittsbeiträge nicht stattfinden werde.

Damit hat sie nicht nur bundesweit dargelegt, was man in weiten Kreisen der Landespartei von satzungsgemäßen und beitragsehrlichen Beiträgen hält, sie hat damit auch die Bundesfinanz-Revisionskommission auf den Plan gerufen.

Diese hat sich am 20. Juli dieses Jahres erstens lobend über die seit der letzten Prüfung erfolgten Verbesserungen im Kassenwesen geäußert, sie hat sich verwundert über die hohe Anzahl von Personen geäußert, für die "Dritte" die Beiträge bezahlen, (und damit Delegierte produzieren) und eine Änderung des Verfahrens verlangt und sich vernichtend zu Formender Mitgliederwerbung geäußert: "Mitgliederwerbemaßnahmen wie in Pirmasens sind zu unterlassen"!

An dieser Stelle wollen wir uns bei den zum Ende des Monats ausscheidenden Mitarbeitern bedanken, die trotz persönlicher Anfeindungen von bestimmten Personen ihre Arbeit hervorragend gemacht haben und leider durch die oben beschriebenen Fakten zukünftig nicht mehr zu Verfügung stehen können.

Bedanken wollen wir uns auch bei den Vorstandsmitgliedern, die versucht haben im Interesse einer pluralistischen und lebendigen Partei der Privatisierung der Partei durch die MdBs und der dadurch produzierte Kaderpartei entgegenzuwirken.

Wir haben seit dem November 2012 in einem Vorstand gearbeitet, bei dem die Mehrheit des Vorstandes durch ständige zwischenmenschliche Unverschämtheiten bis hin zur Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede von anderen Vorstandsmitgliedern, Präsidiumsmitgliedern des Landesparteirates und Kreisvorsitzenden belastet wurde.

In der Landesvorstandssitzung Ende Oktober wurde im Beisein des Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger deutlich, dass sich dieser Zustand nicht ändern wird. Trotz Erreichens der partikulären Ziele, Wiedereinzug in den Bundestag für 2 Mitglieder und der damit verbunden Sicherung von Arbeitsplätzen für deren MitarbeiterInnen haben unsere beiden Bundestagsabgeordneten rigoros abgelehnt, sich mit der Finanzierung von insgesamt drei Mitarbeitern und zwei Regionalbüros zu beteiligen. Rheinland-Pfalz ist in der gesamten Bundespartei damit der einzige Landesverband, in dem die MdBs eine solche Unterstützung der Präsenz der Partei im Land verweigern und ausschließlich ihre eigenen Ziele verfolgen.

Wir hatten zu Beginn unserer Arbeit gedacht, wir könnten eine Partei mit aufbauen, die sich an ihren selbst gesteckten Werten und Zielen orientiert.

Wir sind nicht mehr weiter bereit, eine Landespartei mit aufzubauen, der rigoros und mit allen erdenklichen Mitteln von Wenigen Eigeninteressen oktroyiert werden und die Mitglieder als Manipulationsmasse für Eigeninteressen gelten.

Wir werden der Partei auch zukünftig an anderen Stellen zu Verfügung stehen.

Dem zukünftigen Vorstand wünschen wir viel Erfolg.

Alexandra Erikson Wolfgang Ferner

Fotoquelle: Wikipedia – Photographer <u>Yann</u> (<u>talk</u>)

This file is licensed under the <u>Creative Commons</u> Attribution-Share Alike <u>3.0 Unported</u>, <u>2.5 Generic</u>, <u>2.0 Generic</u> and <u>1.0 Generic</u> license.

Erstellt am Sonntag 8. Dezember 2013 um 14:32 und abgelegt unter <u>P. DIE LINKE</u>, <u>Rheinland-Pfalz</u>, <u>Überregional</u>. Kommentare zu diesen Eintrag im <u>RSS 2.0</u> Feed. Sie können einen <u>Kommentar schreiben</u>, oder <u>Trackback</u> auf ihrer Seite einrichten.

19 Kommentare zu "In RLP, Links nichts Neues"

1. Stefan Standfest sagt:

Sonntag 8. Dezember 2013 um 17:03

Viele Heuchler am Werk ...

2. *emschergenosse* sagt:
Sonntag 8. Dezember 2013 um 17:17

Das ist aber mal eine "fromme" Lüge: Dem zukünftigen Vorstand wünschen wir viel Erfolg...

99

Wie tief muss man "gesunken" sein, um Leuten, die einem permanent in die Kniekehlen getreten haben, noch Gutes zu wünschen. Um der Raison willen? Mit Verlaub – da ist drauf geschissen!

Ich kann es mir eigentlich nur so vorstellen, dass man, nachdem Ulrich und Co. gescheitert sind – und der Tag kommt – beabsichtigt und versuchen wird, wieder einen Platz am Trog zu ergattern.

3. Pälzer sagt:

Montag 9. Dezember 2013 um 09:06

Den Gerüchten nach soll Anweisung aus dem Karl Liebknecht Haus gekommen sein, den Rechenschaftsbericht von Ferner/Erikson nicht auf dem Landesparteitag zur Verteilung zu bringen.

Ob LV RLP tatsächlich der einzige LV ist, indem sich MdB's weigern, wie F/E ausführen, lassen wir mal dahin gestellt.

Mit A.U. an der Spitze wird der LV RLP nie zur Ruhe kommen.

4. Roger sagt:

Montag 9. Dezember 2013 um 09:27

Am 07.12.13 20:22 schrieb "Wolfgang Ferner" unter:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

ein Blick auf unseren Landesverband: ich bin nicht einmal frustriert! Es ist alles ziemlich albern und völlig sinnlos.

1. Verfahren und Prozesse

Ulli Lenz klagt gegen Trennung von Amt und Mandat und schafft damit die Argumentation für Ulrich und Werner als Vorsitzende zu kandidieren.

Sharma verweigert die Auszahlung vereinbarter Gelder und macht die Mitglieder des Landesvorstandes, die nicht über die Ressourcen des Bundestages verfügen, handlungsunfähig. Nicht einmal mehr Fahrtkosten werden ausgezahlt. Mitglieder des LaVo werden teilweise so ausgegrenzt. Die MdB haben ca. 10 Mitarbeiter, genau weiß dies niemand, der Landesverband hat keine mehr!

Auf dem LPT verweigert Fabian Bauer – mit Zustimmung von BGF Matthias Höhn – die Verteilung des Rechenschaftsberichts der ehemaligen Vorsitzenden Erikson und Ferner.

na ja: wenn diese Protagonisten unbedingt wollen, dass der Landesverband von Alexander Ulrich geführt wird: dann haben sie jedenfalls eine ordentliche Arbeit geleistet. Alle Achtung. Ich muss zugeben, dass ich aus diesen Richtungen eine Unterstützung für Alexander Ulrich nicht vermutet hatte!

2. Satzung und Regeln

Die gelten einfach nicht mehr! Nach der Satzung hat einmal jährlich ein Parteitag stattzufinden. Eine Absage sieht die Satzung nicht vor.

Ebenfalls ist der Ausfall eines ordentlichen Parteitages nicht vorgesehen.

Einberufen wurde ein Sonderparteitag: Nach der Satzung darf auf einem Sonderpartei nur über die Dinge beschlossen werden, die Anlass für den Sonderparteitag sind. Anlass war der Rücktritt von 9 LaVo

100

Mitgliedern die dann notwendige Neuwahl des Landesvorstandes. Das hinderte die Gruppe um Alexander Ulrich nicht, Satzungsänderungen zu beschließen, zwei Mitglieder für den Bundesausschuss zu wählen. (Bezeichnenderweise

interessierte sich niemand für Arbeitsgremien, wie die

Landesfinanzrevisionskommission oder Landesschiedskommission).

Der Hit war aber, dass der Landesparteitag beschlossen hat, die Satzung teilweise auszusetzen! Über die Trennung von Amt und Mandat – § 18a der Satzung – wage ich schon gar nicht mehr zu reden!

Regeln gelten nicht ehr für die Linke in Rheinland-Pfalz: es geht nur um die finanziellen Vorteile einer Beutegemeinschaft um Alexander Ulrich und Katrin Werner.

Satzung, Gesetz – alles egal, Hauptsache Vorteil! Es geht nur noch um den persönlichen Vorteil von einigen wenigen.

Will ich mich dafür noch hergeben – dies unterstützen? Auch gute Kreisarbeit, gute Arbeit in den Kommunalvertretungen würde Ulrich und seine Truppen unterstützen. Muss ich dafür Zeit opfern: eher nicht!

Soweit einmal für heute Abend. Der Rechenschaftsbericht kann gerne weiter geleitet werden.

Wolfgang Ferner Von meinem iPad gesendet

5. Sandmännchen sagt:

Montag 9. Dezember 2013 um 11:35

Werner ist eine einzige katastrophe

6. Schöneberger sagt:

Montag 9. Dezember 2013 um 11:41

- > Am 07.12.13 20:22 schrieb "Wolfgang Ferner" unter :
- >
- >> Liebe Genossinnen und Genossen,
- >> liebe Freunde,
- >>
- >> ein Blick auf unseren Landesverband: ich bin nicht einmal frustriert! Es
- >> ist alles ziemlich albern und völlig sinnlos.
- >>
- >> 1. Verfahren und Prozesse
- >>
- >> Ulli Lenz klagt gegen Trennung von Amt und Mandat und schafft damit die
- >> Argumentation für Ulrich und Werner als Vorsitzende zu kandidieren.
- >>
- >> Sharma verweigert die Auszahlung vereinbarter Gelder und macht die
- >> Mitglieder des Landesvorstandes, die nicht über die Ressourcen des
- >> Bundestages verfügen, handlungsunfähig. Nicht einmal mehr Fahrtkosten
- >> werden ausgezahlt. Mitglieder des LaVo werden teilweise so ausgegrenzt.
- >> Die MdB haben ca. 10 Mitarbeiter, genau weiß dies niemand, der
- >> Landesverband hat keine mehr!
- >
- >> Auf dem LPT verweigert Fabian Bauer mit Zustimmung von BGF Matthias
- >> Höhn die Verteilung des Rechenschaftsberichts der ehemaligen
- >> Vorsitzenden Erikson und Ferner.

Aktenzeichen: 3 S 135/15 86 C 140/15 AG Mainz



Landgericht Mainz

Beschluss



In dem Rechtsstreit

1. Christian Hirkes,

- Kläger und Berufungskläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Jeromin & Kerkmann, Renn-

weg 72, 56626 Andernach

2. Gert Winkelmeier,

- Kläger, im Berufungsverfahren nicht beteiligt -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Jeromin & Kerkmann, Renn-

weg 72, 56626 Andernach

3. Roger Mallmenn,

- Kläger, im Berufungsverfahren nicht beteiligt -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Jeromin & Kerkmann, Renn-

weg 72, 56626 Andernach

gegen

Die Linke Landesverband Rheinland-Pfalz, vertreten durch d. Vorsitzenden, Rochusstraße 10 - 12, 55116 Mainz

- Beklagter und Berufungsbeklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Schermer Becker Petrelli, Gasstra-

ße 11, 67655 Kaiserslautern

wegen Feststellung

Hier: Kostenentscheidung nach übereinstimmender Erledigungserklärung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts Mainz durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Blaschke, die Richterin am Landgericht Gast und die Richterin Hauf am 31.03.2016 beschlossen:

- Seite 2 -

3 \$ 135/15

1. Die Gerichtskosten erster Instanz tragen die Kläger zu 2. und 3. sowie der Beklagte zu je 1/3.

Der Beklagte trägt die dem Kläger zu 1. In erster Instanz entstandenen außergerichtlichen Kosten. Im Übrigen tragen die Kläger zu 2. Und 3. sowie der Beklagte ihre in erster Instanz entstandenen außergerichtlichen Kosten selbst.

2. Die Kosten des Berufungsverfahrens werden dem Beklagten auferlegt.

Gründe:

Nach der übereinstimmenden Erledigungserklärung war gem. § 91 a ZPO nur noch über die Kosten, die dem Kläger zu 1. und dem Beklagten in beiden Instanzen entstanden sind, zu entscheiden. Hinsichtlich der Kläger zu 2. und 3. ist die Klageabweisung und die entsprechende Kostenentscheidung zu deren Lasten rechtkräftig.

Die Kosten waren dem Beklagten aufzuerlegen, weil er ohne das erledigende Ereignis voraussichtlich unterlegen wäre.

Die Feststellungsklage des Klägers zu 1. war zulässig und auch begründet; damit wäre auch die Berufung erfolgreich gewesen.

Es gab im Landesverband Rheinland-Pfalz der Partei Die Linke keine Schiedskommission, die den Anforderungen des Parteiengesetzes (§ 14 Abs. 1 PartG) und der Satzung des Landesverbandes entsprach. Nach § 35 Abs. 1 der Satzung war vom Landesparteitag eine "wenigstens sechköpfige Landesschiedskommission und mindestens fünf stellvertretende Mitglieder" zu wählen, insgesamt also 11 Personen. Gewählt wurden aber nur fünf Personen. Damit war die Schiedkommission nicht ordungsgemäß besetzt, ohne dass es dafür auf die von dem Beklagten hierfür vorgetragenen Gründe - fehlende Geschlechterparität nach § 10 Abs. 4 der Satzung - ankommt. Keine andere Beurteilung ist veranlasst, dass die Landesschiedskommission "im Schiedsverfahren in einer Besetzung von fünf anwesenden und nicht befangenen Mitgliedern (Spruchkörper)" entscheidet (§ 35 Abs. 4 S. 3). Dass im Fall einer begründeten Befangenheit eines Mitglieds der Schiedskommission überhaupt kein Spruchkörper besteht, wenn nur fünf Mitglieder gewählt sind, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Der Kläger zu 1. verweist hier zutreffend auf die Entschei-

- Seite 3 -

dungen der Landesschiedskommission vom 14.05. 2015 (Anlagen BU 2 und BU 3), in denen nur vier Mitglieder entschieden haben, weil ein Mitglied befangen war. Das war offenkundig satzungswidrig, das Landesschiedsgericht war nicht ordnungsgemäß besetzt.

Passiv legitimiert war weder die Bundespartei noch deren Schiedskommission. In der Sache ging es nicht um die Anfechtung einer Entscheidung einer Parteischiedskommission, sondern um die Feststellung, dass eine solche nach der eigenen Satzung des Landesverbandes nicht besteht. Der Kläger war auch als Parteimitglied hiervon in seinen eigenen Rechten betroffen, zumal die Entscheidung der nicht ordnungsgemäß besetzten Landesschiedskommission vom 14.05. 2015 zu seinem Nachteil war. Von daher wäre auch der in der Berufung konkretisierte Antrag zu 2), nämlich die Bestellung einer Landesschiedkommission unverzüglich in die Wege zu leiten, die den - damaligen - Satzungsvorgaben entspricht, begründet gewesen, zumal dies § 14 Abs. 1 PartG den Parteien auferlegt.

Der Streitwert wird auf 4.000,00 € und ab Erledigung auf 2.500,00 € (Kostenstreitwert) festgesetzt

Blaschke

Vorsitzender Richter am Landgericht

Gast

Richterin am Landgericht Hauf

Richterin

Beglaubigt:

(Jörg), Justizsekretärin

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Aktenzeichen: 3 S 136/15 83 C 226/15 AG Mainz Beglaubigte Abschrift





Landgericht Mainz

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit	
Christian Hirkes,	9
	- Verfügungskläger und Berufungskläger -
Prozessbevollmächtigte:	Rechtsanwälte Jeromin & Kerkmann, Renn- weg 72, 56626 Andernach

gegen

Die Linke, vertreten durch d. Vorsitzenden, Landesverband Rheinland-Pfalz, Rochusstraße 10 - 12, 55116 Mainz

- Verfügungsbeklagter und Berufungsbeklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Hejhal & Walther, Grossbeerenstrasse 89, 10963 Berlin

wegen einstweiliger Verfügung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts Mainz durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Blaschke, die Richterin Hauf und die Richterin am Landgericht Gast im schriftlichen Verfahren nach dem Sach- und Streitstand am 08.03.2016 für Recht erkannt:

- Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Amtsgerichts Mainz vom 07.07.2015 abgeändert.
- 2. Es wird festgestellt, dass der Rechtsstreit in der Hauptsache erledigt ist.
- 3. Die Kosten des Rechtsstreits hat die Beklagte zu tragen.
- Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Berufung hat in der Sache Erfolg.

Auf die tatsächlichen Feststellungen im angefochtenen Urteil wird Bezug genommen (§ 540 Abs. 1 Satz 1 ZPO); von der Darstellung etwaiger Ergänzungen oder Änderungen wird abgesehen (§§ 540 Abs. 2, 313 a ZPO).

Der Rechtsstreit ist in der Hauptsache erledigt.

Der Antrag des Verfügungsklägers auf Erlass einer einstweiligen Verfügung war zulässig und begründet.

Eine Prüfung der Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts findet in der Berufungsinstanz nicht statt (§ 513 Abs.2 ZPO).

Dem Verfügungskläger stand gegen den Verfügungsbeklagten ein Anspruch gemäß § 1004 Abs. 1 BGB auf Richtigstellung der in der Mitgliederinformation des Landesverbandes der Verfügungsbeklagten vom 15.04.2015 veröffentlichten Erklärung der Kreisverbände zu, in der über gerichtliche Auseinandersetzung des Verfügungklägers sowie der Mitglieder Winkelmeier und Mallmann der Verfügungsbeklagten mit dem Landesverband der Verfügungsbeklagten berichtet wurde. Durch die Erklärung wird der Verfügungskläger in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt. Unter der fettgedruckten Zwischenüberschrift Erklärung der Kreisverbände heißt es unter anderem wie folgt: "Politik für die Menschen statt juristischer Scharmützel. Die Linke tritt dafür ein, das Leben der großen Mehrheit der Menschen zu verbessern. Mit zahlreichen politischen Initiativen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, in Parlamenten außerparlamentarischen Gruppierungen und im Alltag setzen sich unsere Mitglieder und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für dieses Ziel ein. Neben der politischen Wirkung nach außen wollen wir uns untereinander in solidarischer Form verständigen und zusammen arbeiten. Gegen die aus diesem Anspruch folgenden Regeln haben die Parteimitglieder Gerd Winkelmeier, Christian Hirkes und Roger Mallmann grob verstoßen. "Bei einem unbefangenen Leser erweckt diese Formulierung den Eindruck, als existiere eine gemeinsame Erklärung sämtlicher Kreisverbände mit diesem Inhalt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Zwar ist es zutreffend, dass der Verfügungskläger für die Behauptung, dass die Kreisverbände diese Erklärung nicht unterzeichnet haben, beweisbelastet ist. Da es sich jedoch um den Beweis einer negativen Tatsache handelt, trifft die Verfügungsbeklagte eine sekundäre Darlegungslast. Dieser ist

die Verfügungsbeklagte erstinstanzlich nicht nachgekommen. Sie hat nicht dargelegt, wann und bei welcher Gelegenheit die einzelnen Kreisverbände diese Erklärung abgegeben bzw. unterzeichnet haben sollen. Selbst wenn die gegenständliche Erklärung der Stimmung der überwiegenden Zahl der Mitglieder in den einzelnen Kreisverbänden entsprechen sollte - wie die Verfügungsbeklagte dies in der Berufungsinstanz vorträgt - 'handelt es sich bei der Behauptung, dass es sich um eine Erklärung der Kreisverbände handele, nicht um eine wertneutrale Falschbehauptung. Gerade in der politischen Auseinandersetzung ist es ein erheblicher Unterschied, ob innerhalb einer Partei oder einer Untergruppierung einer Partei eine bestimmte Stimmung herrscht oder ob eine Unterorganisation der Partei einen förmlichen Beschluss bzw. eine gemeinsame Erklärung fasst bzw. herausgibt. Stimmungen oder Meinungen innerhalb einer Partei, selbst wenn sie mehrheitlich vertreten werden, schlagen sich nicht unbedingt in Abstimmungsergebnissen oder Erklärungen, die für eine breitere- auch innerparteiliche- Öffentlichkeit bestimmt sind, nieder. Von dieser Falschbehauptung sind entgegen der Ansicht der Verfügungsbeklagten nicht lediglich die Kreisverbände der Verfügungsbeklagten betroffen, sondern auch der Kläger. Die Rundmail vom 15.04.2015 erweckt den Eindruck, dass sich alle Kreisverbände der Verfügungsbeklagten offiziell negativ über den Verfügungskläger geäußert hätten. Dies trifft jedoch nicht zu, wie die Verfügungsbeklagte in der Berufungsinstanz mittlerweile selbst einräumt.

Es bestand auch ein Verfügungsgrund für eine Leistungsverfügung gemäß § 940 ZPO analog. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ging am 13.05.2015 beim Amtsgericht Mainz ein. Am 30.05.2015 sollte der Rheinland-pfälzische Landesparteitag der Verfügungsbeklagten stattfinden. Dem Verfügungskläger wäre es angesichts der geringen Zeitspanne nicht möglich gewesen, seinen Anspruch auf Gegendarstellung im Wege einer Hauptsacheklage geltend zu machen. Der Verfügungskläger war dringend im Vorfeld des Landesparteitages darauf angewiesen, sein Recht auf Gegendarstellung durchsetzen zu können, weil der Berufungskläger und seine Anliegen ansonsten diskreditiert gewesen wären, ohne dass der Verfügungskläger sich gegenüber dem betroffenen Adressatenkreis persönlich zu den Vorwürfen hätte äußern können. Eine zeitnahe Richtigstellung war auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil auf dem Landesparteitag vom 30.05.2015 die Aufstellung der Landesliste der Partei zur nächsten Landtagswahl beschlossen werden sollte. Die vom Verfügungskläger zunächst parteiintern und später durch Anrufung der ordentlichen Gerichte beanstandeten Unregelmäßigkeiten standen gerade im Zusammenhang mit der Aufstellung der Landesliste. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzung hätte der Verfügungskläger erhebliche Nachteile erlitten, wenn er sein Recht auf Gegendarstellung nicht im Vorfeld des Landesparteitages hätte verwirklichen können.

Mittlerweile ist Erledigung durch Zeitablauf eingetreten. Die einstweilige Verfügung wurde am

26.05.2015 erlassen und den Prozessbevollmächtigten des Verfügungsklägers am 29.05.2015 zugestellt. Damit bestand nicht mehr die Möglichkeit einer Veröffentlichung der Gegendarstellung im Vorfeld des Parteitags, so dass sich das Anliegen des Verfügungsklägers durch Zeitablauf erledigt hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Abs. 1 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus §§ 708 Nr. 10, 711, 713 ZPO.

Die Revision wird nicht zugelassen, da ein gesetzlicher Grund hierfür nicht vorliegt.

Der Wert der Beschwer wird auf 1.500,00 € festgesetzt. Bei dem Verfügungskläger handelt es sich nicht um einen bekannten Politiker und die streitgegenständliche Erklärung wurde lediglich innerhalb des Landesverbandes der Verfügungsbeklagten verbreitet; sie hatte demnach keine über die Grenzen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Verfügungsbeklagten hinausgehende Breitenwirkung.

Blaschke Vorsitzender Richter am Landgericht Hauf
Richterin

Gast Richterin am Landgericht

Verkündet am 30.03.2016

Jörg, Justizsekretärin als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt:

(Jörg), Justizsekretärin

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle





LINKE: Bundesschiedskommission stellt Chaos und Willkür in Rheinland-Pfalz fest

Hamburg 06. März 2009

03.03.09



Debatte, Rheinland-Pfalz, Linksparteidebatte, TopNews

Delegiertenwahlen in Ludwigshafen müssen wiederholt werden. Auch Wahlbeeinflussung durch Landessprecher Alexander Ulrich MdB bemängelt.

Von Jakob Reis

Es ist schon mehr als traurig, was sich da eine reaktionäre Clique von Gewerkschaftlern aus der 2. Reihe und einige gescheiterte Ex-SPDler alles erlaubt, wenn es um die Verteilung von einflussreichen und vor allem einträglichen Pöstchen aus dem Steuersäckel geht! - Nicht nur, dass die traditionellen Werte linker Parteien wie Zusammenhalt, Solidarität und der Einsatz für das Ziel eine "sozial gerechte Gesellschaft zu schaffen" völlig außer Acht gelassen werden, sondern auch dass ungestraft Regeln des demokratischen Rechtsstaates vielerorts ignoriert werden.

So zeigt der Beschluss der Bundesschiedskommission innerhalb der Landespartei demokratische Defizite auf, die wohl bislang einmalig in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft sind. Verhältnisse, die obzwar in der Vergangenheit als Ausnahmen in Erscheinung traten, nunmehr scheinbar zur Regel im Alltag der Machtkämpfe innerhalb der Partei DIE LINKE in RLP gemacht worden sind. Es geht hier um die Vorgänge um die Delegiertenwahlen am 04.08.2008 bei der letztendlich ein Polizeieinsatz angefordert werden musste, um die Gemüter zu beruhigen. Zwei Genossen hatten einen Eilantrag gestellt und vor der Landesschiedskommission die Wahlen angefochten. Hier Auszüge aus dem Beschluss des Berufungsverfahrens vor der Bundesschiedskommission dieser Genossen gegen den Kreisverband Ludwigshafen:

"...Beschluss

In dem Berufungsverfahren

hat die Bundesschiedskommission aufgrund der mündlichen Verhandlung am 24.01.2009 in Berlin wie folgt entschieden:

- 1. Der Berufung wird stattgegeben. Die Delegiertenwahlen zum Landesparteitag Rheinland-Pfalz auf der Kreismitgliederversammlung Ludwigshafen am 04.08.2008 werden für unwirksam erklärt.
- 2. Die Wahlen sind bis 28.02.2009 zu wiederholen.
- 3. Zuvor ist die Mitgliederliste von Ludwigshafen auf den aktuellen Stand zu bringen. Dazu ist Hilfe durch den Parteivorstand in Anspruch zu nehmen.

Die Entscheidung erging mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Begründung:A.

Die Antragsteller haben mit Schreiben vom 14.08.2008, Eingang am 17.08.2008, die Delegiertenwahlen zum Landesparteitag Rheinland-Pfalz auf der Kreismitgliederversammlung Ludwigshafen am 04.08.2008 angefochten.

Als Anfechtungsgründe werden im Wesentlichen folgende Punkte vorgetragen:

- Insgesamt 8 anwesenden Mitgliedern, die aus einem anderen Kreisverband in den Kreisverband Ludwigshafen gewechselt seien, sei von der Mitgliederversammlung zu Unrecht das aktive und passive Wahlrecht verweigert worden, obwohl die Mandatsprüfungskommission deren Wahlberechtigung anerkannt habe. Dagegen hätten andere Kreiswechsler mitwählen dürfen, ohne dass die Mitgliederversammlung darüber entschieden habe.
- Ein weiteres Mitglied sei nicht ordnungsgemäß geladen worden.
- Stimmzettel seien ohne jede Prüfung jedem, der eine Stimmkarte vorweisen konnte, ausgehändigt worden. Zu Stimmkarten hätten alle Anwesenden ohne Kontrolle und ohne Prüfung Zugang gehabt. Eine Stimmkarte sei außerdem entwendet worden.
- Eine unbekannte Zahl abgegebener Wahlzettel sei ungültig gewesen, da nicht alle Kandidat/innen verzeichnet gewesen seien.
- Es habe keine autorisierte Protokollführung gegeben.
- Der Grundsatz der geheimen Wahl sei nicht eingehalten worden, da auf Wahlzetteln handschriftliche Eintragungen erfolgten, die sich bestimmten Personen zuordnen ließen
- Die Abstimmungsverhältnisse von mehreren Abstimmungen, u.a. über zwei Anträge zur Vertagung der Versammlung, seien nicht eindeutig gewesen.
- Ein Schreiben des Landesvorstands vom 12.08.2008 enthalte satzungswidrige Hinweise.
- Insgesamt seien die Verhältnisse bei der Versammlung chaotisch, räumlich beengt, unüberschaubar und von tätlicher Gewalt geprägt gewesen.

Die Landesschiedskommission (LSK) Rheinland-Pfalz lehnte aufgrund der mündlichen Verhandlung am 20.09.2008 den Antrag insbesondere mit der Begründung ab, dass die geringste Differenz zwischen einem gewählten und einem nicht gewählten Delegierten 9 Stimmen betragen habe, d.h. die umstrittene Nichtteilnahme der 8 Kreiswechsler keinen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt haben könne, und die übrigen Anfechtungsgründe entweder nicht konkret genug vorgetragen worden seien oder eine Anfechtung nicht begründen könnten.

Noch vor Ausfertigung und Zustellung des Beschlusses der LSK beantragten die Antragsteller mit Schreiben vom 26.09.2008, das bei der Bundesschiedskommission (BSK) am 30.09.2008 einging, im Wege einer vorläufigen Maßnahme, die Delegiertenwahlen vom 04.08.2008 für ungültig zu erklären und eine Wiederholung der Wahl noch vor dem Landesparteitag am 25./26.10.2008 anzuordnen. Dieses Schreiben war nur von der Genossin Ingrid W unterzeichnet. In der Antragsschrift mit zahlreichen Anlagen (darunter das offizielle Protokoll der Mitgliederversammlung und eine eigene Darstellung der Antragstellerin zu 1.) werden die o.g. Anfechtungsgründe im wesentlichem wiederholt und ergänzt. Zum Kreis der Wahlteilnehmer führen die Antragsteller ergänzend aus, dass zwei namentlich genannte Neumitglieder hätten mitwählen dürfen, obwohl seit ihrem Eintritt noch nicht 6 Wochen vergangen gewesen seien und die Mitgliederversammlung keinen Beschluss über die vorzeitige Ausübung des Wahlrechts gefasst hätte. Außerdem habe eine unzulässige Wahlbeeinflussung dadurch stattgefunden, dass Zettel mit bestimmten Namen von "zu wählenden" Delegierten (Kassiber) verteilt wurden. Die BSK lehnte den Antrag auf Erlass einer vorläufigen Maßnahme am 13.10.2008 mit der Begründung ab, dass die Wahlen nicht so offensichtlich unwirksam seien, dass eine vorläufige Maßnahme erforderlich sei.

Gegen den am 05.10.2008 ausgefertigten Beschluss der LSK vom 20.09.2008 legten die Antragsteller nicht noch einmal ausdrücklich Berufung ein. Die für den 13.12.2008 vor der BSK zunächst angesetzte mündliche Verhandlung wurde daraufhin am 08.12.2008 kurzfristig abgesetzt. In einer Mail vom 09.12.2008 machte die Genossin Ingrid W deutlich, dass sie davon ausgegangen sei, dass das Eilverfahren nach Ablehnung des Antrags automatisch als Hauptsacheverfahren fortgeführt würde und dass sie die Wahlanfechtung auf jeden Fall in der Hauptsache von der BSK prüfen lassen wolle.

Zur mündlichen Verhandlung am 24.01.2009 erschien der Antrags- und Berufungsgegner trotz fristgemäßer Ladung nicht. Die e-mail des Antragsgegners vom 23.01.2009 enthielt keine ausreichende Entschuldigung, jedoch das Einverständnis mit einer Verhandlung und Entscheidung in seiner Abwesenheit. Die Antragstellerin reichte Exemplare der auf der Versammlung verteilten Kassiber zur Akte.

В. Der zulässigen Berufung war stattzugeben.

Die Berufung der Genossin Ingrid W war form- und fristgerecht.

Zwar fehlt es an einer ausdrücklich als solche bezeichnete Berufungsschrift nach Zustellung der Entscheidung der Landesschiedskommission an die Antragsteller. Vielmehr liegt gegen die Entscheidung der LSK vom 20.09.2008 lediglich die Antragsschrift auf Erlass einer vorläufigen Maßnahme vom 26.09.2008 vor. Diesen Antrag wertet die Bundesschiedskommission jedoch gleichzeitig als Berufung in der Hauptsache. Denn der Antrag wurde erst nach Verkündung der Entscheidung durch die LSK am 20.09.2008 eingereicht, richtet sich inhaltlich gegen die Entscheidung der LSK in der Hauptsache und enthält eine auch für die Berufung ausreichende Begründung. Die Mail der Antragstellerin vom 09.12.2008 belegt ihr Interesse an der Betreibung des Hauptsacheverfahrens eindeutig. Durch die Antragsschrift vom 26.09.2008 ist gleichzeitig die Monatsfrist des § 15 Abs. (2) Schiedsordnung gewahrt. Allerdings ist die Antragsschrift nur von der Genossin Ingrid W unterzeichnet, nicht jedoch vom Genossen Hans-Joachim E**ntree**. Da eine schriftliche Vollmacht des Genossen Berufungsführerin, nicht vorgelegt wurde, ist somit nur die Genossin Ingrid W was für das Ergebnis keine Rolle spielt.

Die Entscheidung der Landesschiedskommission Rheinland-Pfalz vom 20.09.2008 war aufzuheben, da die Anfechtung der Delegiertenwahlen zum Landesparteitag Rheinland-Pfalz auf der Kreismitgliederversammlung Ludwigshafen am 04.08.2008 begründet ist.

Die Anfechtungsberechtigung der Antragstellerin ergibt sich aus § 15 Abs. (3) b) und c) WahlO, da sie sowohl wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin als auch - ausweislich des Protokolls - unterlegene Wahlbewerberin war.

Die Anfechtung ist auch begründet, da die Wahl der Delegierten des Kreisverbands Ludwigshafen am 04.08.2008 verschiedene Mängel aufweist, die Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt haben können - vgl. § 15 Abs. (5) WahlO.

Zum einen sind Fehler bei der Feststellung der stimmberechtigten Versammlungsteilnehmer gemacht worden. Die Entscheidung der Versammlung, den acht anwesenden Mitgliedern, die am 04.08.2008 schriftlich ihre Bereitschaft zum Wechsel des Kreisverbands erklärt hatten, kein Stimmrecht zu gewähren, ist nicht wirksam zustande gekommen.

Bei ihrer Entscheidung war die Versammlung an geltendes Satzungsrecht gebunden. Nach § 2 Abs. (5) Satz 3 Landessatzung Rheinland-Pfalz hat jedes Mitglied das Recht, sich in einem anderen Kreisverband als dem seines Wohnsitzes anzumelden. Eine Frist für die Wirksamkeit der Ummeldung ist nicht vorgesehen. Allerdings ist im Fall von "Spontanübertritten" für die Ausübung von Mitgliedschaftsrechten im neuen Kreisverband zumindest der Nachweis der Mitgliedschaft in der Partei zu verlangen. Außerdem darf der sofortige Wechsel nicht missbräuchlich sein.

Grundsätzlich hatte die Versammlung deshalb zwei Entscheidungsmöglichkeiten. Sie hätte den "Spontanwechslern" das Stimmrecht zuerkennen können, da es nach der Satzung grundsätzlich zulässig ist, jederzeit den Kreisverband zu wechseln. Aus tatsächlichen Gründen hätte sie den "Spontanwechslern" das Stimmrecht aber auch versagen können, wenn sie den vorgebrachten Nachweis für wirksame Mitgliedschaft als nicht ausreichend erachtet hätte bzw. von einem Missbrauch des Wechselrechts ausgegangen wäre.

Die Bundesschiedskommission geht nach der mündlichen Verhandlung von folgendem Sachverhalt aus, wobei sie sich wegen des unentschuldigten Fehlens des Antragsgegners im wesentlichen auf die Angaben der Antragstellerin stützt: Sämtliche acht Kreiswechsler erklärten bei der Versammlung am 04.08.2008 mit eigenhändiger Unterschrift, dass sie seit 19.6.2008 (bzw. im Fall der Genossin Diana K seit 15.5.2008) Mitglied der Partei seien. Hinsichtlich der fünf Kreiswechsler aus dem Kreisverband Bad Kreuznach legte die Antragstellerin in der Versammlung am 04.08.2008 einen entsprechenden Beschluss des KV Bad Kreuznach vom 19.06.2008 über die Aufnahme dieser Mitglieder in elektronischer Form vor.

Auch wenn man in diesen Umständen keinen formal ausreichenden Nachweis über die Mitgliedschaft sehen will, da das Vorliegen eines Einspruchs gegen den Erwerb der Mitgliedschaft im jeweils abgebenden Kreisverband nicht ausgeschlossen werden konnte und im elektronisch erzeugten Protokoll des KV Bad Kreuznach die Unterschriften fehlten, hätte die Versammlung das Protokoll zur Gewährung des aktiven und passiven Wahlrecht an die Kreiswechsler als Mittel der Glaubhaftmachung genügen lassen können. Das hätte nahe gelegen, weil ersichtlich keiner der Anwesenden die Richtigkeit des elektronisch erzeugten Protokolls angezweifelt hat. Zu diesem Ergebnis ist auch die Mandatsprüfungskommission

mehrheitlich gekommen. Deren Entscheidung war zumindest bei der zweiten Abstimmung, an der alle Mitglieder der Kommission teilnahmen, wirksam.

An eine Entscheidung der Mandatsprüfungskommission ist eine Mitgliederversammlung allerdings grundsätzlich nicht gebunden, d.h. sie könnte anwesenden Personen bei weiter bestehenden Zweifeln an ihrer Mitgliedschaft die Teilnahme an einer Wahl versagen. Die entsprechende Entscheidung der Kreismitgliederversammlung Ludwigshafen ist jedoch nicht wirksam zustande gekommen.

Zunächst ist aus dem nur stichwortartig verfassten Protokoll nicht ersichtlich, dass die Versammlung bei ihrer Entscheidung überhaupt die Mitgliedschaft der betreffenden Personen bzw. die dafür vorliegenden Nachweise in Zweifel gezogen hat. Im Protokoll heißt es dazu auf der 2. Seite "Abstimmung dass Kreiswechsler nicht wählen dürfen", nach der ersten Entscheidung der Mandatsprüfungskommission auf der 3. Seite "Personen aus anderen Kreisverbänden können nicht abstimmen" und nach der endgültigen Entscheidung der Mandatsprüfungskommission - ebenfalls auf der 3. Seite - "Erneute Abstimmung im Plenum den vorher gefassten Antrag der Nichtstimmberechtigung umzusetzen [Absatz] Übertritte und Spontaneintritte dürfen nicht mitwählen". Offensichtlich war die Versammlung - aus politischen Motiven und entgegen den Bestimmungen der Landessatzung - grundsätzlich nicht bereit, irgendwelche Kreiswechsler bei der Wahl zuzulassen.

Der Beschluss der Versammlung, die Entscheidung der Mandatsprüfungskommission nicht zu akzeptieren, ist aber auch deshalb unwirksam, weil die Versammlung bei ihrer Meinungsbildung unzulässig in diese Richtung beeinflusst wurde und nicht unter sachlicher Abwägung aller Umstände entscheiden konnte.

Bereits während der ersten Beratung der Mandatsprüfungskommission verließ ein Teil der Kommission - darunter auch der als Gast anwesende Genosse und Mitglied des Bundestages, Alexander Ulrich - die Sitzung der Kommission und diskutierte seine - in der Kommission später unterlegene - Ansicht offen mit der Versammlung, d.h. die Ansicht, dass Kreiswechsler und Neueintritte nicht mitwählen dürften. Nach dieser einseitigen Beeinflussung durch einen bundesweit bekannten und politisch einflussreichen Genossen, der noch dazu Mitglied der Mandatsprüfungskommission war, konnte über den Antrag "Übertritte und Spontaneintritte dürfen nicht mitwählen" nicht mehr sachlich und unter eingehender Würdigung beider Positionen - der mehrheitlichen Entscheidung der Mandatsprüfungskommission und der abweichenden Meinung - abgestimmt werden. Aus dem Protokoll ist nicht ersichtlich, dass der Bericht der Mandatsprüfungskommission von der Versammlung überhaupt noch sachlich gewürdigt und vor der Abstimmung beiden Seiten ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, ihre Positionen darzustellen.

Hinsichtlich der Feststellung der stimmberechtigten Versammlungsteilnehmer ist nach dem zugrunde gelegten Vorbringen der Antragstellerin weiter zu bemängeln, dass die Neumitglieder Xxxxx und Xxxxx S auf der Mitgliederliste nicht als solche gekennzeichnet waren und mit stimmen durften, ohne dass die Versammlung zuvor über ihre vorzeitige Aufnahme bzw. Stimmberechtigung befunden hätte. Der Beschluss über die Nichtstimmberechtigung von Neumitgliedern und Spontanwechslern ist damit nicht einheitlich gehandhabt worden. Aus dem Protokoll lässt sich nicht herauslesen, dass die Mitgliederversammlung diesen beiden Neumitgliedern das Stimmrecht ausdrücklich zuerkannt hätte.

Nach den Feststellungen der Bundesschiedskommission in der mündlichen Verhandlung ist es darüber hinaus nicht ausgeschlossen, dass ein weiteres wahlberechtigtes Mitglied - Xxxxx Xxxxxxxx - zu Unrecht nicht eingeladen wurde. Die Antragstellerin hat insoweit glaubhaft bekundet, dass Xxxxx Xxxxxxxx in einer früheren Versammlung des Kreisverbandes Ludwigshafen als Mitglied aufgenommen worden sei und bereits an zumindest einer Mitgliederversammlung als Mitglied teilgenommen habe. Der Name des Mitgliedes sei in die Mitaliederliste nicht eingepflegt worden, obwohl die Mitaliedschaft dem Landesverband gemeldet worden sei. Da die Mitgliedschaft durch den Eintritt bzw. den Aufnahmebeschluss des Kreisverbandes entsteht, kommt es auf die Mitgliederliste des Landesverbandes nicht an.

Nimmt man diese drei Vorwürfe (8 Anwesende durften nicht mitwählen, 1 Mitglied wurde nicht eingeladen, 2 Neumitglieder wählten ohne Abstimmung mit) zusammen, ergibt sich eine potenzielle Differenz von 11 Stimmen, so dass sowohl das Ergebnis der Wahl der weiblichen Delegierten als auch des gemischten Wahlgangs hätte anders ausfallen können. Hinzu kommt,

dass die von der Wahl ausgeschlossenen Mitglieder auch als Delegierte hätten kandidieren können. So wurde aus ihrem Kreis die Genossin T Ö zur Wahl vorgeschlagen. Die Möglichkeit einer Kandidatur aufgrund eines Vorschlags ist als das Wahlergebnis potenziell beeinflussender Umstand ausreichend. Denn nachdem die Versammlung den 8 Kreiswechslern die Wahlteilnahme versagt hatte, konnte von einer vorgeschlagenen Kandidatin nicht verlangt werden, dass sie ihre Bereitschaft zur Kandidatur auch noch ausdrücklich zu Protokoll erklärte.

Die Wahlen sind aber auch noch aus einem anderen Grunde unwirksam. Angesichts der unstreitig chaotischen Verhältnisse im Versammlungsraum sieht die Bundesschiedskommission den Grundsatz der geheimen Wahl als verletzt an. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch der Grundsatz der freien Wahl nicht gewahrt wurde.

Für die Einhaltung des Grundsatzes der geheimen Wahl reicht es nicht aus, dass die Wahl auf Stimmzetteln durchgeführt wird. Zumindest muss sichergestellt sein, dass alle Versammlungsteilnehmer die Möglichkeit zu einer unbeobachteten Stimmabgabe haben. Unstreitig ist, dass der Versammlungsraum anfangs mit über 80 Anwesenden, die sich in die Liste eingetragen hatten, völlig überfüllt war. Zwar hat dies die Antragstellerin, die als damaliges Mitglied des Kreisvorstandes den Raum ausgewählt hatte, selbst mit zu verantworten. Gleichwohl ist der Zustand, dass viele Wahlberechtigte stehen mussten und den Stimmzettel nicht ungesehen ausfüllen konnten, mit dem Grundsatz der geheimen Wahl nicht vereinbar - unabhängig davon dass bei der Wahlhandlung selbst aufgrund der vorangegangenen Auseinandersetzung um die Teilnahme der Kreiswechsler und Neumitglieder nur mehr knapp 50 Personen anwesend waren. Jedenfalls hätte der Zustand durch eine Vertagung der Versammlung - wie sie wiederholt beantragt wurde (im Protokoll ist der zweimalige Antrag, die Versammlung zu schließen, erwähnt) - leicht behoben werden können. Wenn die Versammlungsleitung dennoch die Versammlung fortsetzte, hätte sie zumindest für eine geheime Stimmabgabe Sorge tragen müssen. Dies wäre bereits durch das Aufstellen einer einfachsten Tisch-Wahlkabine aus Pappkarton möglich gewesen, in der die Stimmberechtigten der Reihe nach den Wahlzettel hätten ausfüllen können. Die Bundesschiedskommission verkennt nicht, dass eine solche "vorbildliche" Gestaltung der Stimmabgabe bislang in den wenigsten Wahlversammlungen üblich ist. Sie nimmt jedoch den vorliegenden Fall zum Anlass, die Einhaltung des Grundsatzes der geheimen Wahl auf allen Ebenen der Partei anzumahnen und die dafür erforderlichen Vorkehrungen den verantwortlichen Versammlungsleiter/innen ins Gedächtnis zu rufen.

Gleichzeitig wäre der Grundsatz der freien Wahl verletzt, wenn die von der Antragstellerin vorgelegten Kassiber noch - wie von ihr behauptet - während der Wahlhandlung herumgereicht worden wären. Wahlwerbung - auch durch das Herumreichen von Zetteln mit den Namen der "Wunschkandidat/innen" im Wahllokal - ist sicher grundsätzlich erlaubt und auch bis kurz vor der eigentlichen Wahlhandlung zulässig. Wenn aber die Wahlhandlung selbst in so beengten Verhältnissen und so unabgeschirmt wie dargestellt stattfindet, ist der Versuch der Einflussnahme durch Namenszettel ein Angriff auf die Freiheit der Wahl selbst. Die verbleibende Unsicherheit geht hier zu Lasten des Antragsgegners.

Die Vorwürfe der Antragstellerin hinsichtlich der unkontrollierten Ausgabe und der Manipulation von Stimmzetteln lassen sich mangels Vorlage der Stimmzettel durch den Antragsgegner nicht endgültig aufklären. Ihre Belegbarkeit kann jedoch angesichts der o.g. durchgreifenden Anfechtungsgründe und der nachfolgenden Erwägungen dahinstehen.

Denn bei ihrer Entscheidung hat die Bundesschiedskommission insgesamt berücksichtigt, dass sich die genauen Umstände der Wahlversammlung am 04.08.2008 mangels eines ausführlichen Protokolls und wegen des anerkannt chaotischen Verlaufs der Versammlung weder für die Beteiligten noch für die Bundesschiedskommission zweifelsfrei rekonstruieren lassen. Anders als die Landesschiedskommission ist die Bundesschiedskommission jedoch mehrheitlich der Auffassung, dass letztlich ungeklärte Umstände einer chaotischen Wahlversammlung zu Lasten des für die Durchführung der Wahl Verantwortlichen und damit des Antragsgegners gehen und zur Begründetheit der Anfechtung führen müssen. Denn § 15 Abs. (5) WahlO lässt ja die Möglichkeit der Beeinflussung des Wahlergebnisses für eine Anfechtung ausreichen. Die Antragstellerin hat die entsprechenden Mängel und deren mögliche Wahlbeeinflussung ausreichend konkret vorgetragen und begründet. Gerade wegen des aus dem Protokoll selbst abzulesenden chaotischen Verlaufs der angefochtenen Wahlversammlung ist eine isolierte Betrachtung der einzelnen behaupteten Wahlmängel, wie sie die Landesschiedskommission vornimmt, nicht gerechtfertigt. Für den Versammlungsteil

vor Beginn der eigentlichen Wahlhandlung verzeichnet das Protokoll immerhin an 7 Stellen "Tumulte" und an 4 Stellen "keine Abstimmung aufgrund der Tumulte möglich". Angesichts solcher Umstände müssen die einzelnen Vorwürfe der Antragstellerin im Gesamtzusammenhang des Verlaufs dieser Versammlung gewertet werden. Danach verbleibende Zweifel oder Unklarheiten führen gerade nicht dazu, dass die Delegiertenwahlen als ordnungsgemäß anzusehen wäre

Aufgrund der erfolgreichen Anfechtung war antragsgemäß die Neuwahl der Delegierten anzuordnen, deren Durchführung vom Antragsgegner unverzüglich vorzubereiten ist. Die Bundesschiedskommission ist bei der Festsetzung der Frist für die Durchführung der Neuwahlen davon ausgegangen, dass der nächste Landesparteitag in Rheinland-Pfalz bereits am 4. April 2009 stattfinden würde und an diesem Landesparteitag ordnungsgemäß gewählte Delegierte aus dem Kreisverband Ludwigshafen teilnehmen sollten.

Für die Neuwahl der Delegierten gilt der für die laufende Amtsperiode des Landesparteitages Rheinland-Pfalz festgesetzte Delegiertenschlüssel weiter, so dass vom Kreisverband Ludwigshafen insgesamt 11 Delegierte für den Landesparteitag neu zu wählen sind.

Die Anordnung, dass der Kreisverband bei der Aktualisierung der Mitgliederlisten die Hilfe des Parteivorstandes in Anspruch zu nehmen hat, ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass im Rahmen dieses Verfahrens der Verdacht geäußert wurde, dass die Mitgliederlisten von der Landespartei nicht korrekt geführt würden. Die Bundesschiedskommission vermag diesen Verdacht weder zu bestätigen noch kann sie ihn ausräumen. Da aber die korrekte Einladung aller Mitglieder eine Grundvoraussetzung für eine wirksame Wahlversammlung ist und eine Überprüfung der Mitgliederliste die Akzeptanz durchgeführter Wahlen erhöht, soll das Verfahren zum Anlass genommen werden, die Mitgliederliste mit Hilfe des Parteivorstandes zu überprüfen und ggfs. in Ordnung zu bringen.

Das Schiedsverfahren ist mit dieser Entscheidung abgeschlossen.

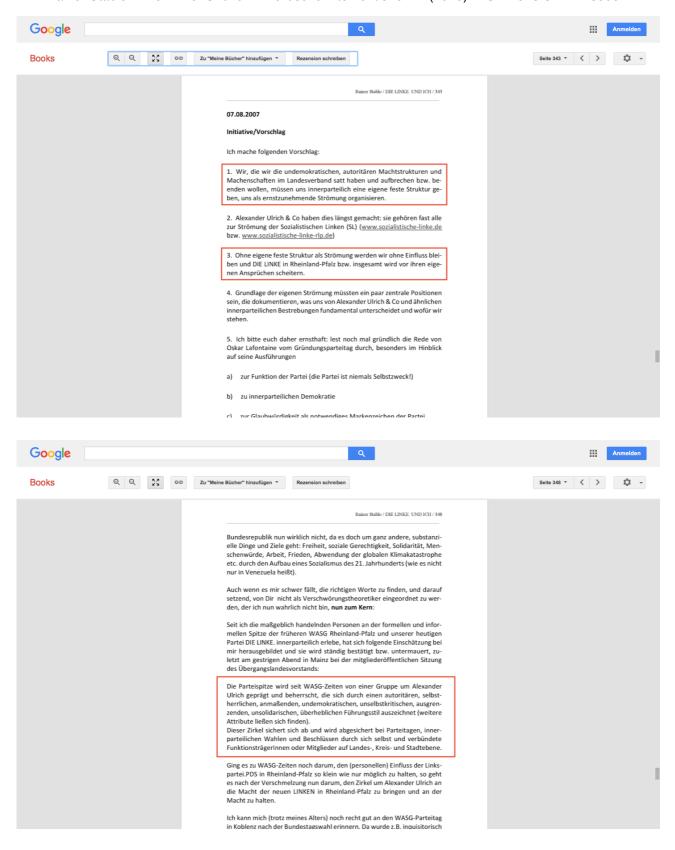
gez. Hendrik Thome Vorsitzender

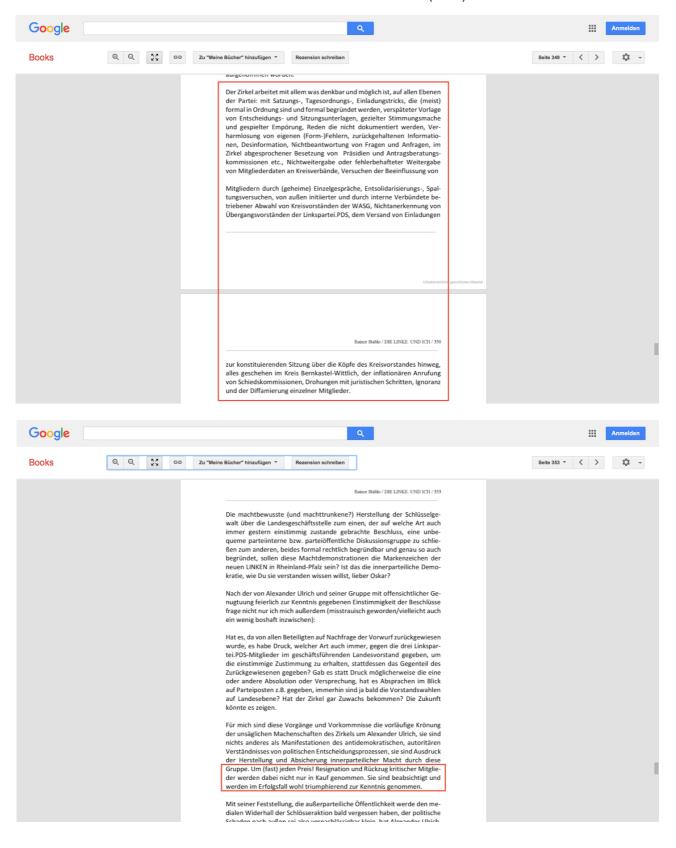
f.d.R.: Maritta B

Berlin, 11.2.2009"

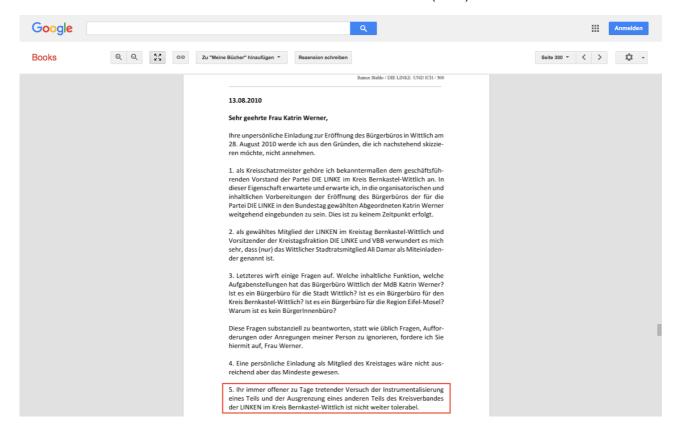
Demnach ist laut Recherchen einiger Mitglieder der über die Wahlliste der Linkspartei.pds in den Bundestag gehiefte MdB mit der "Stammtischpolitikermentalität", Alexander Ulrich in der Tat kein ordnungsgemäß gewähltes Vorstandsmitglied, geschweige denn ein Landesvorsitzender. Und demnach gehen die üblen Machenschaften und Trixereien im Vorfeld des anstehenden Landesparteitages zur Behebung der Schäden und Konsolidierung der pseudolinken Horde an den Fleischtöpfen der Nation weiter. Fragt sich nur, wie lange die Funktionäre in der Berliner Parteizentrale ihre Vogel-Strauß Taktik aus Gründen der Machterhaltung noch beibehalten, wenn sich erst mal die Massenmedien bundesweit mit diesen beschämenden Ereignissen beschäftigen. Schließlich sind die Europawahlen, die Wahlen zum Bundestag, die Kommunalwahlen schon zum Greifen nahe. Abgesehen davon dürfte bei den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen 2011 mit dieser Art "Politik" natürlich ebenfalls kein Blumentopf zu gewinnen sein. Geht es so weiter mit den LINKEN, so ist es nur eine Frage der Zeit bis diese Truppe wieder von der Bildfläche bzw. aus der parteipolitischen Landschaft in der BRD verschwinden, wie durchaus auch professionelle und namhafte Analysten des Geschehens vermuten.

Quelle: http://www.die-linke-hamburg.de/partei/zusammenschluesse/ag-medien-rote-reporter/medien/linkebundes schied skommission-stell t-chaos-und-will kuer-in-rheinland-p falz-fest. html





Rainer Stablo - Die Linke. Und ich - Politische Interventionen ... (2016) - ISBN 978-3-7412-8900-2



Begründung zum Parteiausschluss gegen Jochen Bülow

Jochen Bülow ist bereits mehrmals wegen parteischädigen Verhalten auffällig geworden. Die Bundesschiedskommission rügte bereits sein Vorgehen bei der sogenannten "Spalterliste", als Jochen Bülow und Barbara Eckes vorsätzlich eine zweite Liste zu den Kommunalwahlen eingereicht hatten, obwohl sie bereits wussten, dass eine Erste, ordentliche Liste beim zuständigen Kreiswahlleiter eingereicht wurde. Der zuständige Kreiswahlleiter kippte daraufhin beide Listen. Jochen Bülow (und Barbara Eckes) haben es somit zu verantworten, dass die Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Puderbach keine VertreterInnen unserer Partei wählen konnten. Zudem kam die Negativpresse dieser Zeit, die der Partei geschadet hat.

Die Parteizugehörigkeit von Jochen Bülow ist geprägt von destruktiven und selbstsüchtigen Verhalten. Zu keiner Zeit diente sein Vorgehen der Partei, stets waren seine Handlungen darauf gerichtet, einen größtmöglichen Eigennutz zu erreichen. Im Stadtverband Koblenz findet seit der Wahl Jochen Bülows de facto keine politische Arbeit mehr statt. Es ist ohnehin anzunehmen, dass Jochen Bülow, obwohl er bis zur Kreisvorstandswahl kein Mitglied im Stadtverband Koblenz war, sich in Koblenz mit fraglichen Mehrheiten (mehrere Kreisübertreter am Wahlabend, die letztendlich die Entscheidung zu seiner Wahl gaben) als Kreisvorsitzender krönen lies, um auf der Landesliste für den Landtag eine bestmögliche Ausgangsposition zu haben. Während seiner kurzen Amtszeit als Kreisvorsitzender ist die Schatzmeisterin wegen übler Mobbingmethoden von ihrem Amt zurückgetreten und mittlerweile sogar aus der Partei ausgetreten. Die besagte Kreisschatzmeisterin Sabine Kanana beklagte sich bei mir persönlich darüber, dass sie von Jochen Bülow gemobbt und in ihrer Funktion als Schatzmeisterin behindert wurde. Ein von ihr geplantes Treffen der Frauen im Stadtverband wurde von Jochen Bülow bewusst behindert und verhindert. Interessierte und potentielle Neumitglieder wurden von Jochen Bülow in einer Art und Weise verprellt, dass sie ihre Mitgliedschaft nicht begannen bzw. wieder zurückzogen (wenn nötig kann ich hier Zeugen benennen). Die Mobbingmethode des Genossen Bülow ist nichts Neues. Eine ehemalige Genossin, die auch in der Landesgeschäftsstelle arbeitete, wurde von Jochen Bülow gemeinsam mit Wilhelm Vollmann nach ihren eigenen Aussagen gemobbt. Seit dem arbeitet die Genossin nicht mehr in der Geschäftsstelle und war zwischenzeitlich wegen den Vorfällen aus der Partei ausgetreten (ein entsprechendes Schriftstück dazu liegt mir vor. Auf der mündlichen Verhandlung werde ich dieses Schriftstück der Landesschiedskommission zur Einsicht vorlegen).

Jochen Bülow hat der Partei Schaden zugefügt, als er in einer Mail vermutlich an alle MitgliederInnen des Landes sowie an VertreterInnen der Presse am 27.06.2010 um 11.09 Uhr eine Email versendet hat, in der er den Rücktritt von Alexander Ullrich bekannt gibt.

Die Mail im Wortlaut:

Ulrich erklärt Rücktritt

Im Anschluss an den ersten Tag der Aufstellungsversammlung für die Landesliste hat Alexander Ulrich gestern seinen Rücktritt als Landesvorsitzender erklärt.

Zur Begründung erklärte Ulrich, dass er bereits vor einigen Wochen vor einer drohenden Politikunfähigkeit des Landesverbandes gewarnt habe. Damals hatte die stellvertretende Landesvorsitzende die Fraktion im Stadtrat Trier gekündigt. Nun sei durch das Auseinanderbrechen der zweiten Stadtratsfraktion, diesmal im Kreisverband der Landesvorsitzenden in Ludwigshafen, erneut ein "Schritt in Richtung politischer Unberechenbarkeit getan worden". Dies habe sich durch die Listenaufstellung bestätigt: "Ganze Regionen sind nicht berücksichtigt worden, ich sehe politisch und organisatorisch keine Grundlage für einen erfolgreichen Antritt zur Landtagswahl".

Stand: 27.6.2010

In dieser Mail, die inhaltlich schon parteischädigend ist und in dieser Form nicht hätte verschickt werden dürfen, suggeriert er den Empfängern eine offizielle Funktion, die er nicht innehatte. So unterschreibt er mit: "Jochen Bülow, DIE LINKE.Rheinland-Pfalz" obwohl er keine Landesvorstandsposten besetzt und zu keinem Zeitpunkt dazu berechtigt war. Seine Absendeadresse lautet: Jochen Bülow, DIE LINKE/Presse. Das suggeriert beim Leser dieser Mail, dass Jochen Bülow offiziell handelte, was nicht der Wahrheit entspricht. Da er nicht in einer offiziellen Funktion diese Mail an einen unbekannt großen Verteiler schickte, hat er Datenschutzrechtsverletzung begangen.

Dieses eigenmächtige Handeln von Jochen Bülow war massiv parteischädigend. Es besteht außerdem weiter die Gefahr, dass er mit den Emailadressen der Mitglieder weiter Unfrieden in der Landespartei schüren will und weitere Mails ähnlicher Güte verschicken wird.

Auf der Landesvertreterversammlung am 26. und 27.06. in Kaiserslautern blieb er vorsätzlich am zweiten Tage der Versammlung fern. Auch damit hat er gegen einen basisdemokratischen Grundsatz verstoßen, denn er hätte die Pflicht gehabt, den Mitgliedern des Stadtverbandes Koblenz eine ordentliche Vertretung zu sein. Gerade in seinen Funktion als Kreisvorsitzender hat er eine Vorbildfunktion, die er nicht nur ignoriert, sondern vorsätzlich missbraucht hat.

Dass Jochen Bülow lediglich aus Eigennutz und nie im Interesse der Partei handelt, wird durch sein fernbleiben am zweiten Tag der VertreterInnenversammlung überdeutlich. Als Mitglied des Wahlkampfteams hätte er besonders bei der Listenaufstellung anwesend sein müssen. Es gehörte zu seiner Pflicht als Mitarbeiter des Wahlkampfteams diesen ersten Schritt in Richtung des Landtagswahlkampf positiv zu begleiten und die legitim gewählten Listenkandidaten mit seinem vollen Einsatz zu unterstützen. Das Gegenteil war der Fall, was bereits in der versendeten Mail vom 27.06. zum Ausdruck kam. Weil er mit den gewählten Kandidaten unzufrieden war, stellte er seine persönlichen Befindlichkeiten über das Wohl der Partei. Seine Kündigung nach der Listenaufstellung als Mitarbeiter im Wahlkampfteam war deswegen nicht nur nötig, sondern zwingend erforderlich. Ein Wahlkampfteammitarbeiter der den Wahlkampf destruktiv begleiten wird, nichts anderes ist von Jochen Bülow zu erwarten, darf nicht von der Partei finanziert und für sein asoziales Verhalten belohnt werden.

Deswegen ist Jochen Bülow aus der Partei auszuschließen. Eine detaillierte Begründung und Ergänzungen erfolgen auf der mündlichen Verhandlung.

Antragssteller:

Roger Mallmenn

Wir legen mit heutigem Datum unsere Ämter als Mitglieder des Vorstandes der Partei DIE LINKE, Landesverband Rheinland-Pfalz, nieder.

Das Konzept des Vierer-Sprecher innenrats ist gescheitert.

Wir haben uns im Vorfeld keine Illusionen gemacht und wussten, dass die Arbeit unter diesen Vorzeichen sehr schwierig wird. Dennoch haben wir uns im Interesse des notwendigen Parteiaufbaus in der Hoffnung auf eine konsensorientierte Zusammenarbeit aller Vorstandsmitglieder auf dieses Experiment eingelassen.

Nach einem Jahr der Arbeit im Vorstand müssen wir leider feststellen, dass es unter den momentanen Gegebenheiten keine Möglichkeit gibt, die Landespartei konstruktiv voranzubringen.

Die in der Satzung festgeschriebene Trennung von Amt und Mandat war bei der Verfasstheit unserer Landespartei eine vernünftige Lösung. Leider wurde sie von Anfang an instrumentalisiert und schließlich von ihren damaligen Verfechtern hintertrieben und der Mitgliederentscheid ignoriert. Sie diente ihren ehemaligen Initiatoren nur als machtpolitisches Instrument.

Es ist uns nicht gelungen, in diesem Klima die politische und strukturelle Entwicklung der Landespartei durch Unterstützung und Förderung der Arbeit in den Kreisen voranzutreiben.

Der weitere Parteiaufbau darf nicht vom Wohlwollen der beiden Bundestagsabgeordneten abhängen, ihre hauptamtlichen Mitarbeiter teilweise auch dem Landesverband zur Verfügung zu stellen. So verkommt Vorstandsarbeit zur Sicherung der Einflusssphäre von MdBs. Dies entspricht jedoch nicht unserer Vorstellung, wie Parteiarbeit und Parteientwicklung zukünftig gestaltet werden sollen.

Dieser Politikstil befördert ausschließlich den Aufbau eines Funktionärskaders und konterkariert den Anspruch einer modernen Mitgliederpartei.

Eine konstruktive Vorstandsarbeit ist unter diesen Umständen nicht möglich. Ebenso ist für uns das Niveau innerparteilicher Diskussionen in diesem Vorstand nicht mehr akzeptabel.

Aus diesem Grund sehen wir uns zu diesem Schritt gezwungen und tun ihn zu diesem Zeitpunkt, um die anstehenden Kommunalwahlen nicht zu gefährden.

Unsere politische Arbeit konzentrieren wir jetzt auf unsere Kreisverbände, um die Kommunalwahlen erfolgreich zu gestalten und die Partei von der Basis her aufzubauen.

Alexandra Erikson, Landesvorsitzende
Wolfgang Ferner, Landesvorsitzender
Günter Hötzl, stellv. Landesvorsitzender
Tanja Krauth, stellv. Landesvorsitzende
Marion Morassi, Schriftführerin
Anne Erb, Beisitzerin
Stefan Glander, Beisitzer
Martin Krötz, Beisitzer
Ilona Schäfer, Beisitzerin



Roger Mallmenn Kreisvorsitzender

DIE LINKE.Rhein-Hunsrück

Telefon Mobil

Email:

Web:

www.die-linke-rhein-hunsrueck.de

Volksbank Rheinböllen Konto-Nr.: 110 89 02 BLZ: 560 622 27

Stellungnahme zum Rücktritt

DIE LINKE.Rhein-Hunsrück,

DIE LINKE.RLP

Birkheim den 05.11.2013

Liebe Genossinnen und Genossen.

Der Rücktritt der Landesvorstandsmitglieder war konsequent. Eine politische Arbeit im Landesvorstand war nicht möglich. Jeder Ansatz wurde von Ulrich, Werner und deren Mitarbeitern vorsätzlich verhindert. Das Präsidium des Landesparteirates, namentlich Wilhelm Vollmann, Brigitte Freihold und Jochen Bülow instrumentalisierten das Gremium zu ihren Zwecken, um den Landesvorstand unter Druck zu setzen und die inhaltliche Arbeit lahmzulegen.

Beispiele für destruktives Machtstreben der Gruppe Ulrich/Werner gibt es zur Genüge: Inhaltliche Veranstaltungen einzelner Landesvorstandsmitglieder wurden durch Konkurrenzveranstaltungen der MdB Ulrich und Werner verhindert. Der Landesparteirat dient Wilhelm Vollmann als Pranger, um seinen altersstarrsinnigen Hass über alle ihm nicht Hörigen zu kotzen. Mitarbeiter der Landespartei wurden gemobbt und unter Druck gesetzt.

Während dennoch durch die jetzt zurückgetreten Landesvorstandsmitglieder und den Mitarbeitern der Landespartei versucht wurde, politische Aufbauarbeit zu leisten und funktionierende Strukturen zu schaffen, beteiligten sich Ulrich und Werner nicht an der Vorstandsarbeit. Schlimmer noch: Sie hintertrieben jedwede positive Bestrebungen.

Seit der Landesvorstandswahl im vergangenen Jahr war nie der Wille zur Einigung und des politischen Kompromisses des Parteifriedens und der Partei zuliebe auf Seiten von Ulrich und Werner zu denken. Von Beginn an ging es beiden um den persönlichen Machterhalt und die absolute Kontrolle über die Partei, um den Einzug in den Bundestag und damit das eigene und das Einkommen der Mitarbeiter für weitere vier Jahre zu sichern.

Alexandra Erikson und Wolfgang Ferner kandidierten als Landesvorsitzende mit der klaren Botschaft nicht für die Landesliste der Bundestagswahl zu kandidieren und beide hielten ihr Versprechen. Während bei Beiden und bei den anderen zurückgetretenen Landesvorstandsmitgliedern, die sich allesamt ehrenamtlich einbrachten, der Wille zur politischen Arbeit, dem Interesse am Aufbau und positivem Fortkommen der Landespartei erkennbar war, ging es der Gruppe Ulrich/Werner um die absolute Kontrolle auf Kosten der Partei.

Dennoch dachte ich, dass nach der Bundestagswahl und dem erreichten Ziel von Ulrich und Werner bei Beiden der Partei zuliebe und wegen der Bedeutung der anstehenden Kommunalwahl wegen, sowas wie Vernunft und der Wille zum politischen Kompromiss einkehrt.

Die erste Landesvorstandssitzung nach der BTW belehrte mich eines besseren. Bereits wenige Tage nach dem Wahlsonntag attackierte Ulrichmitarbeiter Bülow den Landesvorstand und forderte "Konsequenzen" (für was auch immer). Der jüngste Antrag zur zweiten LaVo-Sitzung aus dem Umfeld Ulrich/Werner mit dem Inhalt, den Landesvorstand nach den Kommunalwahlen abzuwählen, war endgültiger Beweis, dass ein weiter so unmöglich ist. Die Gruppe Ulrich/Werner hätten ohne Rücksicht auf die Partei eine politische Arbeit und inhaltliche Ausrichtung des Landesvorstands mithilfe des Präsidiums des Landesparteirats verhindert.

Diese für alle an sachlicher Politik Interessierten, demotivierende Strategie, die im Landesparteirat dazu führte, dass nur noch wenige Kreise überhaupt Delegierte schicken, in dem Gremium keine politische Arbeit stattfindet und die Beschlussfähigkeit seit vielen Sitzungen eigentlich nicht vorhanden war, drohte auch im Landesvorstand.

Solange die Bundestagsabgeordneten im Landesvorstand und im Landesparteirat persönlich oder durch ihre Mitarbeiter und deren Lebensgefährten in Ämtern vertreten sind, wird es keine Veränderung der Landespartei geben. Solange die jetzigen MdB's mit ihren finanziellen Mitteln Mitarbeiter bezahlen, die den Landesverband aus machtsinnigen Gründen lähmen, wird die Landespartei politisch stillstehen. Solange die Ausgrenzungspolitik für alle Mitglieder, die sich nicht den Kaderregeln der Gruppe Ulrich/Werner unterwerfen, fortgesetzt wird, solange wird die Partei in Rheinland-Pfalz politisch bedeutungslos bleiben und nur zum Einkommenssicherungsverein zweier politischer Egomanen und ihrer Mitarbeiter dienen.

Der Rücktritt der Landesvorstandsmitglieder ist bedauerlich aber verständlich. Er war konsequent und notwendig.

Mit solidarischen Grüßen

Roger Mallmenn

Generated by Foxit PDF Creator © Foxit Software http://www.foxitsoftware.com For evaluation only.



Linke schrammen am Ausschluss vorbei

Kommission uneins: Ehepaar Eckes und Bülow bleiben Parteimitglieder

Die Landesschiedskommission hat den Antrag auf Parteiausschluss von drei Mitgliedern der Linken abgeschmettert. Jetzt kam die Bundesschiedskommission zusammen.

KREIS NEUWIED/BERLIN. Der Kreisverband der Partei "Die Linke" macht weiter von sich reden. Wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht, sind die Mitglieder Jochen Bülow sowie Barbara und Wester Eckes nur knapp an einem Ausschluss aus ihrer Partei vorbeigeschrammt. Die Bundesschiedskommission in Berlin gab ein gespaltenes Bild ab, ein knappes Ergebnis war die Folge. Wie es weiter heißt, hätten bei zwei Enthaltungen vier Kommissionsmitglieder gegen einen Ausschluss gestimmt, drei dafür. Zuvor hat bereits die Landesschiedskommission gegen einen Ausschluss votiert.

Den Stein ins Rollen brachte der Ausschlussantrag des Ortsverbandes Puderbach-Dierdorf. Hintergrund sind Ereignisse vor den Kommunalwahlen 2009. Der Ortsverband hatte dem Ehepaar Eckes und Bülow vorgeworfen, für die Verbandsgemeinderatswahl eine zweite Liste für die Linke eingereicht -"und damit die Partei gespalten, ihre Nichtkandidatur billigend in Kauf genommen und sie im öffentlichen Ansehen stark geschädigt zu haben".

Weiter heißt es: "Die Mitglieder des Ortsverbandes Puderbach-Dierdorf und die 123 Unterstützer der Liste unserer Partei zur Verbandsgemeinderatswahl können nur kopfschüttelnd hinnehmen, dass die Einreichung einer Spalterliste wohl auch in Zukunft nicht mit Parteiausschluss geahndet werden kann." Das sei umso befremdlicher, da Vergleichbares in anderen Landesverbänden wie Nordrhein-Westfalen bereits auf Landesebene zum Ausschluss geführt habe. Ferner wird der Vorwurf erhoben, die vor wenigen Wochen unter dubiosen Umständen -der bis dahin amtierende Vorsitzende Gert Winkelmeier hatte die Versammlung verlassen -erfolgte Wahl des neuen Vorstands des Ortsverbandes sei forciert worden, um anschließend den Ausschlussvertrag zurückziehen zu können.

Mit Blick auf den Kreisvorstand der Linken, dem Barbara Eckes und Jochen Bülow angehören, wird zudem von "Cliquenwirtschaft" und "restriktiver Informationspolitik" gesprochen. Verärgerung gibt es offenbar darüber, dass Mitglieder des Ortsvorstandes und des Ortsvereins Puderbach-Dierdorf nicht wissen durften, wer alles Mitglied in ihrem Ortsverband ist. So soll Barbara Eckes Einspruch gegen die Aufnahme neuer Mitglieder aus Puderbach mit dem Argument erhoben haben, sie kenne diese Personen nicht persönlich. Gert Winkelmeier hat laut Mitteilung darauf erwidert: "Wie mit dieser Geisteshaltung Menschen für den demokratischen Sozialismus gewonnen werden sollen, ist mir schleierhaft."

http://rhein-zeitung.de/archiv/10/03/16/AN/00000072.html vom 16.03.2010 © Rhein-Zeitung \cdot 56055 Koblenz







Martina A 29. Januar um 22:16

es war ja auch nicht wirklich lustig. Nur im Angesicht dessen, dass zu der damaligen Zeit kaum aktive für die Menschen wahrnehmbare Politik in RLP statt gefunden hat fand ich es eben lustig. Die Partei in RLP war viel zu lange mit sich selbst beschäftigt. Im jetzigen Landesvorstand beispielsweise sind kaum aktiv interessierte MitgliederInnen vertreten. Das meiste macht hier Wilhelm für die alle.. Das ist schon traurig. Ich stehe immer noch mit einigen MitgliederInnen aus dem LAVO in vertraulicher Verbindung. Hier finden fast nur Machtkämpfe statt und aus Angst vor Konkurrenz bremsen sie sich gegenseitig inhaltlich aus, wenn überhaupt mal was an Inahlt kommt. Roger, das sind die Verhältnisse in RLP!! Traurig und manchmal muss aus diesem Grunde manchmal drüber lachen!



Roger Mallmenn 29. Januar um 22:37

verstehe Dich da natürlich vollkommen, weil ich es ebenso sehe. Hab ja auch Kontakt zu LaVo Mitgliedern.

Wollen wir schauen, dass es irgendwann besser wird. Noch habe ich genug Motivation was zu tun, mal sehen wie lange? Werd ja von Wilhelm geschnitten und auf eine Stufe mit Sondermann gestellt.



Martina A 29. Januar um 22:47

...wenn du das Wohlwollen von Wilhelm nicht genießt und dich nicht gleichzeitig zu seiner Marionette machst, wird es schwer werden und lange dauern! Er terrorisiert alle, welche nicht willenlos nach seiner Pfeiffe tanzen. In Wirklichkeit ist ER der Landesvorsitzende, denn er nimmt sich einfach die Macht und die anderen schauen ihm hilflos dabei zu!



Roger Mallmenn 29. Januar um 22:52

schön, dass Du das genauso erkannt hast wie wir im Kreis. Nein, ich genieße Wilhelms wohlwollen bestimmt nicht, habs mir aber als Aufgabe gemacht dagegen vorzugehen. Das schöne ist, dass ich nicht wirklich was zu verlieren habe...schauen wir mal, wie es ausgeht.



Martina A 29, Januar um 22:55

gut deine entscheidung. verbrenne dich aber bitte dabei nicht! er hält alle zügel fest in der Hand. und alle anderen welche eigentlich die Partei verantwortungsvoll vertreten und steuern müssten kuschen vor ihm. JedeR hat Angst um sein eigenes Vorankommen und so kuschen die. Ich habe ich mehrmals mit ihm angelegt in meiner Funktion als Angestellte. Der Landesvorstand gab mir keinen Rückhalt, obwohl er mein Arbeitgeber war. Er zusammen mit Jochen haben mich zum Aufgeben gezwungen! Vergiss das nie!

Antwort:							
Anhängen:	P	•1	~			Antworte	en

Von: Martin Krötz

Betreff: Re: Stellungnahme des Kreisvorstandes DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel zu den Vorkommnissen mit den

Parteimitgliedern Wilhelm Vollmann und Martin G

Datum: 8. November 2017 um 21:22

An: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkan.de



Hallo

ich habe das Schreiben an den verblieben Vorstand der COC -Linken weitergeleitet. Da ich 2016 von allen Ämtern und aus der Partei ausgetreten bin - wegen Vollmann UND den anderen narzistischen und völlig politikunfähigen in der LINKEN in der LINKEN retut es mich, Einschätzungen zu Vollmann zu lesen, wie ich sie jahrelang bereits hatte.

Danke dafür. Dass Leute wie er jahrelang die Partei DIE LINKE dominieren konnten und so jegliche landespolitische Arbeit verhindert haben hat mich, wie hunderte andere aus der Partei getrieben, quasi im "Durchlauferhitzersystem".

Der Linken insgesamt bleibe ich verpflichtet, der Gewerkschaft, dem Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus" und der VVN/BdA. Und ja: Die AfD ist vor allem ein Haufen beschissener Faschisten. Liebe Grüße

Martin Krötz

Am 05.11.2017 um 15:43 schrieb DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel:

Stellungnahme des Kreisvorstandes

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

zu den Vorkommnissen mit den Parteimitgliedern Wilhelm Vollmann und Martin G

Daun. den 05.11.2017

Aufgrund der bisherigen Vorkommnisse mit den Parteigenossen Wilhelm Vollmann und Martin Gustamusieht der Vorstand des Kreisverbandes Vulkaneifel sich veranlasst, seine Auffassung der Dinge darzulegen, insbesondere, um weiteren Schaden von der Partei abzuwenden

Nach dem gescheiterten Versuch, den Kreisverband Vulkaneifel zu übernehmen, und der darauf folgenden Ankündigung von Martin General, zum Kreisverband Trier-Saarburg zu wechseln, sehen wir die Gefahr, dass Wilhelm Vollmann und ihm nahestehende Personen auch dort einen Übernahmeversuch unternehmen werden.

Der Kreisvorstand sieht das fortgesetzte manipulative Handeln der beiden Parteigenossen nicht allein in einer bestimmten politischen Auffassung begründet, sondern in dem Versuch, eigene Partikularinteressen durchzusetzen, hier insbesondere die Selbstdarstellung aufgrund eines übermäßigen Geltungsbedürfnisses, und für diesen Zweck die Erlangung von repräsentativen Parteiämtern. So kündigte das recht neue Parteimitglied Gesen bereits früh an, die Position des Kreisvorsitzenden im Kreisverband Vulkaneifel übernehmen zu wollen.

Das dabei vor sich hergetragene (linke) Selbstbild spielt dem gegenüber eine untergeordnete Rolle, insbesondere aufgrund des offensichtlichen Widerspruchs zu dem praktizierten unfairen und unsolidarischen Verhalten.

Exemplarisch seien hier einige Vorfälle genannt:

- 1. Martin G maßte sich an (darin ermuntert und unterstützt allein von Wilhelm Vollmann), als Mitgliederbeauftragter des Kreisverbands Vulkaneifel aufzutreten, und verbreitete über den Mitgliederverteiler diesen dabei missbräuchlich verwendend Unterstellungen, Anschuldigungen und diffamierende Darstellungen gegen Vorstandsmitglieder und andere aktive Mitglieder der Partei. Die Erfüllung einer solchen Aufgabe (als Mitgliederbeauftragter) halten wir grundsätzlich für sinnvoll und richtig. Allerdings sollte sie von einer fähigen Person wahrgenommen werden, die integrierend wirkt und nicht mit Spaltung arbeitet und zudem versucht, in dieser Funktion die innerparteiliche Kommunikation und damit die Meinungsbildung zu kontrollieren.
- 2. Wilhelm Vollmann und Martin Gescheinsabsau) ist ihnen Kirchturmpolitik. Sie wissen alles besser und ein kleiner Kreisverband ist für ihren politischen Durchblick einfach zu kleinkariert. Deshalb hat sich Wilhelm Vollmann seit 2005 in keiner einzigen lokalen Initiative engagiert. Mit seinem vorgegebenen Satzungswissen nervt er lokal und, wie wir immer mehr hören, auch überregional.
- 3. Nachdem Martin Germann bei den Kreisvorstandswahlen nicht das erhoffte Amt erhielt, entfernte und entsorgte er nicht die von ihm selbst aufgehängten Plakate, wie üblich nach der Bundestagswahl. **Nur er kannte deren Standort. Eigentum des Kreisverbands** wie Schirm, Werbematerialien etc. **gibt er trotz Aufforderung nicht zurück**. Ein solch **unsolidarisches Verhalten** von Genossen ist inakzeptabel.

Zu den Methoden der beiden oben genannten Parteimitglieder gehören unter anderem:

- Die Verbreitung falscher und irreführender Informationen (einschließlich der falschen Wiedergabe von Abstimmungsergebnissen),
- das systematische Weglassen von zur Beurteilung von Sachverhalten wesentlichen Informationen,
- der Versuch, Parteigenoss/inn/en gegeneinander auszuspielen mit der bewussten Inkaufnahme der Verschwendung der Arbeit und Energie engagierter und interessierter Mitglieder,
- der Versuch die innerparteiliche Kommunikation und damit die Willenshildung zu kontrollieren

Von: Martin Krötz

Betreff: Aw: Re: Einladung zum Treffen am kommenden Samstag – Fwd: Vertraulich: Treffen (nächste Woche) in Boppard bzgl.



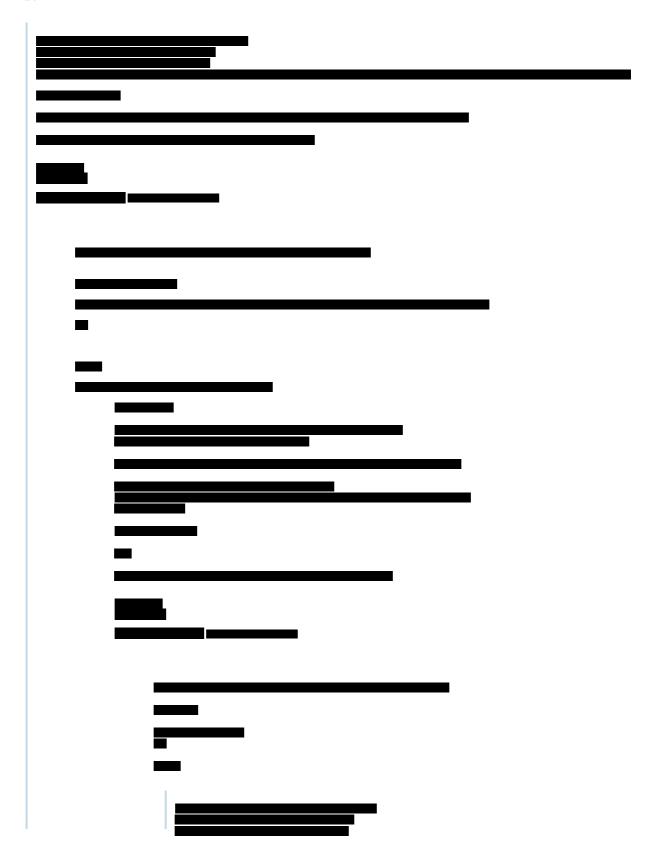
Landesverband

Datum: 4. Juni 2019 um 15:47

An:

das habe ich früher oft gesagt. Irgendwann war das Maß voll, wenn Du nur bekämpfst wirst, nicht mal die Daten Deiner Mitglieder beko jegliche Politikentwicklung im Landesverband bekämpft und die Partei auf Jahre ins Abseits gestellt. Sobald sich hier etwas entwickelt hätte, wäre ihre Machtposition in Frage gestellt gewesen. LG

Martin



KANZLEI FESER

RUF: 0221 800 38 50 0221 800 38 70 FAX: 0221 800 38 60 buero@kanzleifeser.de www.feser.koeln

Rechtsanwalt Frank Feser, Dellbrücker Mauspfad 319, 51069 Köln

Per Einwurf-Einschreiben Herrn UMM M	
vorab per Email: vorstand@die-linke-vulkan.d	<u>de</u>
	Köln, den 27.11.2017 Zeichen
Dr. Vollmann ./. M	
Sehr geehrter Herr M	
in vorbezeichneter Angelegenheit wird hiermit angezeigt, dass die rech des Herrn Dr. Wilhelm Vollmann, hier aus vertreten werden. Auf die beigefügte Vollmacht wird Bezug ge	anwaltlich von
Unserer Mandatierung liegt der folgende, Ihnen im Übrigen bekannte S zugrunde:	Sachverhalt

Mit einer Schmähschrift vom 05.11.2017, die Sie per Email an einen größeren Personenkreis, mindestens aber in Gestalt der Mitglieder des Kreisverbandes Vulkaneifel der Partei "Die Linke" versandt haben, behaupten Sie wahrheitswidrig, unser Mandant habe eigenmächtig die Domain "die-linke-vulkaneifel.de", an der ein rechtlicher und der Sache nach berechtigter Anspruch seitens des Kreisverbandes bestehe, reserviert und vorenthalten und damit einhergehend den Bundestagswahlkampf behindert.

Abgesehen von dem Umstand, dass die Domain in keiner Weise geschützt war und unser Mandant in rechtlich einwandfreier Art und Weise diese Dommain reservieren durfte und bereits vor 10 Jahren erworben hat, so dass ein irgendwie gearteter Anspruch des Kreisverbandes Vulkaneifel der Partei "Die Linke" daran überhaupt nicht besteht, war Ihnen bereits lange vor Ihrer Email vom 05.11.2017 bekannt, dass unser Mandant die Domain auf den Landesverband Rheinland-Pfalz der Partei "Die Linke" übertragen werde.

Sie haben also bewusst wahrheitswidrig unwahre Tatsache behauptet und verbreitet.

Damit dürfte der Straftatbestand der Verleumdung erfüllt sein; in zivilrechtlicher Hinsicht verletzt diese Falschbehauptung das Persönlichkeitsrecht und die Ehre unseres Mandanten und ist analog § 1004 BGB sofort zu unterlassen.

Zur Ausräumung der durch die Erstbegehung indizierten Wiederholungsgefahr ist es nicht ausreichend, diese Handlungen einzustellen. Vielmehr wird die Wiederholungsgefahr

SPARKASSE KÖLNBONN, KTO. 89946, BLZ 370 501 98, IBAN:DE97 3705 0198 0000 0899 46, BIC-/SWIFT-Code: COLSDE33XXX UST-#: 218/5060/1255

regelmäßig nur durch die Abgabe einer gesicherten Unterlassungserklärung, die Sie auch selbst formulieren können, ausgeräumt. Zur Abgabe einer solchen Erklärung wird Ihnen hiermit eine Frist bis zum

06.12.2017, 12.00 Uhr -eingehend-

gesetzt. Vorabfax wird als ausreichend erachtet, wenn eine unterschriftlich vollzogene Originalerklärung binnen drei Werktagen nachfolgt.

Nach §§ 823 Abs. 1, 249 BGB sind Sie überdies verpflichtet, die nachstehend bezifferten Kosten unserer Inanspruchnahme zu tragen.

Gegenstandswert: 6.000,00 €

1,6 Geschäftsgebühr gem. Nr. 2300, 1008 VV RVG	566.40 €
PT-Pauschale gem. Nr. 7002 VV RVG	20,00€
Zwischensumme	586,40 €
19 % USt.	111,42 €
Summe	697.82 €

Dem Eingang der vorgenannten Gebühren auf dem in der Fußzeile dieses Schreibens angegeben Konto wird ebenfalls bis zum

06.12.2017

entgegengesehen.

Um es abschließend noch einmal zu betonen: Eine kostenintensive gerichtliche Auseinandersetzung, die unser Mandant weder wünscht noch scheut, wird sich nur durch vollständige und pünktliche Erfüllung obiger Forderungen vermeiden lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Feser Rechtsanwallt

pro abs. Jörg Frischauf Rechtsanwallt

Unterlassungs- und Verpflichtungsvertrag

Hiei	mit verpflichtet si	ich Herr U	M		gegenüber	Lloren
	Wilhelm Vollmanr			,	igegenuber	пепп

- es bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung fälligen Vertragsstrafe von 5.001,00 € zu unterlassen, zu behaupten, Herr Dr. Wilhelm Vollmann habe eigenmächtig die Domain "die-linke-vulkaneifel.de", an der ein rechtlicher und in der Sache nach berechtigter Anspruch bestehe, reserviert und vorenthalten und damit einhergehend den Bundestagswahlkampf behindert.
- 2. Auskunft über Art und Umfang der Verletzungshandlung nach Ziffer 1. zu erteilen.
- 3. Sämtlichen Schaden, der Herrn Dr. Wilhelm Vollmann aus der Verletzungshandlung nach Ziffer 1. entstanden ist oder noch entstehen wird, zu ersetzen.
- 4. Die Kosten der Rechtsanwaltskanzlei Feser für die Abmahnung vom 23.11.2017 nach einem Gegenstandswert von 6.000,00 € zu tagen.
- 5. Herr M verzichtet auf den Zugang der Annahmeerklärung des Herrn Dr. Wilhelm Vollmann.

, den

-UM M

Dreis-Brück, den

-Dr. Wilhelm Vollmann-

Von: araddatz

Betreff: Vorgänge im KV Kusel

Datum: 17. Oktober 2019 um 11:56

An:

Lieber

hier vorab ein kurzer Überblick über die unglaublich, undemokratischen Vorgänge im Kreisverband Kusel.

Die undemokratisch Verfahrensweise wurde erstmals bei der Wahl der Kusler Kreisdelegierten zum Linken Landesparteitag 2008 in Quirnbach (Helle Wirtschaft) Ende Oktober ersichtlich. Erschienen waren zu dieser Wahlversammlung Mitglieder, die bislang nicht in Erscheinung traten, deren Mitgliedschaft ungeprüft, jedoch zu Beginn noch wohlwollend vorausgesetzt, dann jedoch offensichtlich nicht nur ihrem Gewissen gegenüber verpflichtet waren, sondern insbesondere dem Machterhalt von Ulrich. Ulrich hatte diesen Personen, welche in der Mehrheit IG Metaller waren, Vorteile in Aussicht gestellt. Dem wurde auf Nachfragen während der Sitzung auch nicht widersprochen. Diese Personen stellten die Mehrheit und zeigten ein gewisses aggressives Dominanzgebaren gegenüber den anderen. Über die Art und Weise waren viele aktive Genossen erschrocken und konstatiert. Auf die undemokratischen Vorgehensweisen angesprochen, attackierte der damals noch Ulrich - begünstigte Robert Drumm das kritische Mitglied Manfred S körperlich.

Am Samstag den 25.10.2008 auf dem Landesparteitag in Mainz entstand dann offener Streit. Parteiinterne Kritiker warfen dem Landesvorsitzenden Alexander Ulrich einen undemokratischen Führungsstil vor und boykottierten gleich zu Beginn Abstimmungen zur Besetzung der Wahlkommission. Die Kritiker von Ulrich warfen ihm vor unliebsame Mitglieder mit Parteiausschlussverfahren zu überziehen, sie mit Hilfe einer "Machtclique" zum Austritt zu bewegen oder in die Resignation zu treiben. So war der mittlerweile aus der Landespartei ausgeschlossene Wolfram Sondermann aus Ludwigshafen zwei Wochen vor dem Parteitag in den Hungerstreik getreten (aus Rheinpfalz)

Am 16.01.2009 musste aus Dringlichkeitsgründen kurzfristig eine Kreisvorstandsitzung im Kreisverband Kusel anberaumt werden. 7 von 10 Vorstandsmitgliedern waren gekommen. Grund hierfür war das Einfordern einer Stellungnahme von Rechtsanwalt Factorie seines Zeichens Rechtsanwalt und Vorsitzender der damaligen Landesschiedskommission zur Neuterminierung der Mitgliederversammlung 10.02.2009. Eine Neuterminierung wurde notwendig, da Simon, damals freigestelltes Betriebsratsmitglied bei Bosch Homburg und zusammen mit Ulrich Landtagswahlkandidat der WASG 2006 am 23.01.2009, wegen eines Formfehlers bei der Einladung die anstehende Durchführung der Mitgliederversammlung anfocht.

Diese Kreisvorstandsitzung wurde darüber hinaus auch nötig, da Robert Drumm sich weigerte, als Wahlverantwortlicher, die Einsicht in die Wahlmitgliederlisten zur Kreistagswahl am 7. Juni 2009 durch den Kreisvorstand satzungsgemäß prüfen zu lassen. Es wurde beschlossen wegen fehlender Prüfbarkeit die Kreislistenwahl bis zur Prüfbarkeit auszusetzen. Robert Drumm wurde als hierfür gewählter Verantwortlicher aufgefordert die Prüfung zu ermöglichen. Die schon angekündigte Mitgliederversammlung wurde vom hierfür im Vorstand gewählten

Verantwortlichen auf der Internetseite des Kreisverbandes folgerichtig abgesagt. Anschließend unternahm jedoch der im Landesvorstand hierfür zuständige Wilhelm Vollmann, trotz des bestehenden Vorstandsbeschlusses, gestützt durch satzungswidrige, so genannte einstweilige Verfügungen des , wiederholt Eingriffe auf die Web-Seite des Rechtsanwaltes F Kreisverbandes und entfernte mehrmals die Absage der Kreismitgliederversammlung. Bei einer Prüfung durch den Kreisvorstand wäre Ulrichs Vorhaben der Wahlmanipulation ja auch vereitelt worden. Das Einschalten der Schiedskommission führte in letzter Instanz dazu, dass die Bundesschiedskommission per Beschluss verlangte, die Prüfbarkeit der Listen vorab zu ermöglichen, hielt aber am Termin für die Listenwahl wegen des Eilbeduerfnisses fest. Bei der Kreislistenwahl am 31.01.2009 in Kusel Kochsche Hauswirtschaft waren die Mitgliederlisten noch immer nicht durch den Vorstand geprüft worden. Robert Drumm verhinderte dies massiv und handelte somit gegen den Beschluss der Bundesschiedskommission, was diesen jedoch nicht beeindruckte. Bei der Linken-Listenwahl für den Kreistag Kusel erschienen dann ca. 15 angebliche Mitglieder, die nicht bekannt waren und gemäß Ulrich und seiner damaligen Mitarbeiterin T , im Kreis Kusel wohnen aber in anderen Kreisverbänden, für den Vorstand nicht prüfbar, organisiert seien. So konnte keiner dieser Personen einen Mitgliedsausweis vorlegen. Sie standen auf einer angeblichen Parteilisteliste, die von Frau T vorgelegt wurde. Zusammen mit Ulrich, T war auch Herr (LSK Vorsitzender) anwesend, der als Rechtsanwalt und Vorsitzender der Landesschiedskommission offensichtlich der Versammlung den satzungsrechtlichen Anschein geben sollte. Ulrich kannte ersichtlich die ansonsten Unbekannten gut, leitete die Sitzung und begrüßte diese mit dem Hinweis dort sitzen die Chaoten, womit die Kritiker der gegebenen Verfahrensweisen gemeint waren. So wurde eine Ulrich - genehme Mehrheit in der Wahlprüfungskommission, entsprechend der ungeprüften und vermeintlich undemokratischen Mitgliederliste, aufgestellt und Robert Drumm, Norbert Trapp sowie als Nachrücker letztlich auch Patrick Hoffmann mit einer von Ulrich beschafften Mehrheit in den Kreistag gewählt. Am 10.02.2009 wurde eine Mitgliederversammlung angesetzt, bei der unter anderem die Abwahl einzelner Vorstandsmitglieder und deren Nachwahl beschlossen wurden. Ungeachtet dieser Wahl lud Drumm zu einer Mitgliederversammlung in Jettenbach am 21.03.2009 ein und installierte dort in bekannter Ulrich-Manier einen "Paralellvorstand". Aus Nichtanerkennung dieser Veranstaltung und Protest blieben dieser Veranstaltung eine große Anzahl demokratisch gesinnter Genossinnen und Genossen fern. Wer wirklich da war ist nicht zu eruieren gewesen. Der Protest hierzu verhallte kreisintern ohne Wirkung, so dass wiederum die Schiedskommission bemüht werden musste. Die Bundesschiedskommission entschied am 10.10. 09 in Koblenz, dass die Rechtmäßigkeit des einen oder anderen Vorstandes noch zu klären sei und verwies das Verfahren an die Landesschiedskommission zurück. Dieses Vorgehen ist höchst bemerkenswert. Somit blieb die Rechtmäßigkeit des in

Altenglan nachgewählten Kreisvorstandes oder des in Jettenbach neu gewählten Vorstandes, sowie aller nachfolgenden Vorstände schwebend ungeregelt (Anfechtung wurde bei jeder Neuwahl vorgenommen). Vier Jahre später wurde dieses Verfahren durch die Landesschiedskommission für

obsolet erklärt, da weitere Widersprüche wegen Untätigkeit der Landesschiedskommission nicht mehr eingereicht wurden. Ähnliche undemokratische Vorgänge wiederholten sich bei mehreren Verbandsgemeindelistenwahlen. So z.B. in Altenglan 2009 unter der Versammlungsleitung von Ulrich. Kein Nachrücken von bereits gewählten Kandidaten, wie üblich, sondern Neuwahl der Verbandsgemeinderatsliste ohne offensichtliche Not. Wieder nur im Interesse von Ulrich und seiner Cique.

Zu den Ulrich-üblichen Verfahren Kritiker mundtot zu machen und einzuschüchtern gehört auch diese zu kriminalisieren. So gab es 2009 eine Anzeige von Robert Drumm mit eidesstattlicher Erklärung gegen Klaus Raddatz wegen angeblicher Mailfälschung mit einer Strafandrohung in Höhe von 250000.-€ oder ersatzweise 6 Monate Haft. Dies stellte sich vor Gericht als Meineid gegen Klaus Raddatz heraus. Vor Gericht behauptete Drumm diese Anzeige gegen Raddatz mit Ulrich abgesprochen gehabt zu haben. Die Strafverfolgung gegen Robert Drumm wegen fahrlässiger Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung und wegen Vortäuschung einer Straftat wurde It. Rheinpfalz wegen fehlenden öffentlichen Interesses niedergelegt. Damit es niedergelegt werden konnte, musste Robert Drumm ein Bußgeld von 1800€ zahlen. Ein öffentliches Interesse wäre gegeben gewesen, wenn zu diesem Zeitpunkt seine Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2011, die er damals zusammen mit Tanja K aus Birkenfeld stellte, bekannt gewesen wäre. Im Artikel der Rheinpfalz vom 06.06.2009 (Raddatz ausgeschlossen) gibt Drumm zu, aus Schusseligkeit (!!!) eine falsche eidesstattliche Versicherung vor Gericht abgegeben zu haben. Im gleichen Artikel ließ Ulrich, obwohl der Beschluss Klaus Raddatz noch nicht zugegangen war, somit nicht satzungsrechtlich wirksam, veröffentlichen, dass Raddatz aus der Partei ausgeschlossen sei. Dieser Beschluss wurde nie wirksam, da ein Beschluss der Bundesschiedskommission folgte, dass es keinen Grund gab Raddatz auszuschließen und er weiterhin Mitglied der Partei blieb. Eine Richtigstellung wurde nicht vorgenommen.

Drei Ausschlussanträge gegen Klaus Raddatz von Pattrick Hoffmann, Robert Drumm und von Alexander Simon. Zwei dieser Anträge wurden von der Bundesschiedskommission und einer von der Landesschiedskommission zugunsten von Klaus Raddatz entschieden. So ist Klaus Raddatz bis zum heutigen Tag Mitglied der Linken. Obwohl mehrfach verkündet wurde er nie ausgeschlossen.

Die Liste der unglaublich undemokratischen Handlungsweisen im Kreisverband Kusel durch Alexander Ulrich und seiner wechselnden Handlangern könnte noch erheblich weitergeführt werden. Das Ausmaß von Korruption, Unehrlichkeit, Manipulation und Gewalt bis hin zu rechtlich grenzwertigem Verhalten ist im Kreisverband Kusel landesweit wahrlich rekordverdächtig.

Sowohl Robert Drumm als auch Patrick Hoffmann haben wider besseres Wissen das undemokratische Spiel des Alexander Ulrich mitgetragen. Sie handelten unsolidarisch, gewalttätig, undemokratisch, moralisch verwerflich, und konträr zu den erklärten Werten der Partei die Linke. So waren und sind sie insbesondere Täter und Mittäter! Robert Drumm und Patrick Hoffmann wurden aber auch, wie viele andere, zu Opfern von Alexander Ulrich, als diese seinen egomanischen Zielen zur Machtsicherung nicht mehr entsprachen. Nebenbei wird hier die persönliche und politische Schwäche

von Alexander Ulrich sichtbar, der auf solche Methoden mangels Kompetenzen angewiesen zu sein scheint. Dies geschah meist auf unterschiedliche Art mit der Unterstützung der Landesschiedskommission, wie schon erwähnt z.B. mittels einschüchternder, einstweiliger Verfügungen. Täter wie Drumm, Hoffmann und viele andere, entstiegen dem gleichen autoritären und undemokratischen Schoß des Alexander Ulrich aus Reichenbach-Steegen. Jetzt so zu tun als hätten sie eine weiße Weste, war damals und bleibt auch heute eine anmaßende Respektlosigkeit und Verhöhnung der entstandenen Opfer! Eine Aufarbeitung und Verantwortungsübernahme hat, obwohl mehrfach auch von Raddatz gefordert, bis heute nicht stattgefunden.

Das chaotisch-undemokratische und autoritäre System innerhalb der Rheinland-Pfälzischen Linken ist ein alle Ebenen durchdringendes grundsätzliches und strukturelles Problem.

Bei der letzten Landtagswahl haben wir vom Wahlvolk die Rechnung präsentiert bekommen:

Denn keiner glaubt Personen die ausgrenzen, dass sie für Integration stehen.

Keiner glaubt denen, die lügen und manipulieren, dass sie für Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit stehen.

Keiner glaubt denen, die diffamieren, dass sie für die Menschenwürde eintreten.

Keiner glaubt denen, die nur autoritäre Machtmechanismen kennen, dass sie für Emanzipation und Basisdemokratie stehen.

Keiner glaubt denen, die kriminalisieren und falsche eidesstattliche Erklärungen abgeben, dass sie für das bürgerliche Recht eintreten.

Somit werden alle guten Ziele diskreditiert und die, die das wissen werden eine solche Partei, trotz Sympathien nicht wählen.

Ein Neuanfang kann nur mit unbelasteten Kandidaten, welche bereit zur Aufarbeitung sind, geschehen.

Einige wussten, was für ein schmutziges Spiel im Kreisverband vor sich geht und spielten dennoch mit, leisteten keinen Widerstand. Andere wollten offensichtlich nichts wissen, sich nicht auseinandersetzen, damit sie keinen Widerstand leisten müssen. Beide Haltungen sind eines Linken unwürdig! Es ist und bleibt wahr, es kann keine demokratische Politik mit undemokratischen Mitteln geben. Die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit einer Partei sowie die Parteiräson endet da, wo eine im Grundsatz demokratische und emanzipatorische Partei undemokratische und autoritäre Machtmechanismen kultiviert.

Bei sonst unterschiedlichen Sichtweisen, sehe ich mich bei antidemokratischen und autoritären Entwicklungen innerhalb bestehender Strukturen solidarisch mit Demokraten jeglicher Coleur.

Gesendet mit der Telekom Mail

Kreisverbandes Kusel vom 23.01.09 vor der LSK wegen Formfehler an. 16.01.2009 Eilverfahren: Landesschiedskommission verlangte eine sehr kurzfristige Stellungnahme vom Kreisvorstand. →Anheimstellung von 24Std durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission Film. 16.01.2009 Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeaufragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsag		
LSK 6/09 Eilverfahren: Landesschiedskommission verlangte eine sehr kurzfristige Stellungnahme vom Kreisvorstand. → Anheimstellung von 24Std durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission Florid. 16.01.2009 Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)-Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	14.01.2009	Kreisverbandes Kusel vom 23.01.09 vor der LSK wegen
LSK 6/09 kurzfristige Stellungnahme vom Kreisvorstand. →Anheimstellung von 24Std durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission fellung von 24Std durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)-Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	16 01 2000	
Non 24Std durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
16.01.2009 Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. —Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	LSK 6/09	
Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungglüg LSK 13/09 LSK 13/09 Eilverfahren Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi. Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		Fig
Kreisvorstandes. Eine telefonische Abfrage der Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt, —Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	16.01.2009	Kurzfristige Einladung zur außerordentlichen Sitzung des
Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
begründeter Dringlichkeitsnotwendigkeit durchgeführt. 17.01.2009 Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		Vorstandsmitglieder wurde von mir wegen mehrfach
Außerordentliche Sitzung Kreisvorstandssitzung. 7 von 10 Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Vorstandsmitglieder anwesend. TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	17.01.2009	
TOP: Kommunalwahl: Neuterminierung der Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Kreismitgliederversammlung auf den 10.2.09 wegen des Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 LSK 13/09 LSK 13/09 LSK 13/09 LSK 15/09 LSK 15		
Formfehlers. Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Aussetzung der Terminierung der Kreislistenwahl, bis dem gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi. Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. —Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
gesamten geschäftsführenden Vorstand die Prüfung, der von Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Drumm vorenthaltenen Mitgliederlisten (insbesondere von denen uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
uns unbekannten, wahlberechtigten Mitgliedern, welche in anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
anderen Kreisen organisiert aber im Kreis Kusel wohnen) ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig ESK 13/09 erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
ermöglicht wird. Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 LSK 13/09 LSK 13/09 LSK 15/09 LSK 1		
Wegen vermuteter, langwieriger Erkrankung des Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Kommunalwahlbeauftragten Drumm (nach eigener Aussage)- Wahl einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. —Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
einer Ersatzperson für diese Aufgabe. Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Drei Vorstandsgenossen, welche im Vorfeld der Versammlung die Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten, strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		Notwendigkeit erklärten und mit ihrem Erscheinen bestätigten,
erklärten sich als Besucher. 23.01.2009 Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		strichen nach Bewusstwerden, dass ihre Positionen keine
Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes LSK 7/09 LSK 13/09 LSK 13/09 LSK 15/09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		Mehrheit erreichen würde ihre Anwesenheit aus der Liste oder
Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		erklärten sich als Besucher.
Kreisvorstandssitzung vom 17.1.09 Eilverfahren Drumm gegen mein aufgabenbezogenes Vorstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	23.01.2009	Eilverfahren Drumm gegen die einzelnen Beschlüsse der
LSK 7/09 LSK 13/09 LSK 15/09 LSK 15		
LSK 7/09 LSK 13/09 LSK 15/09 Uverstandshandeln. Es ergehen jeweils einstweilige Beschlüsse, welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
LSK 13/09 Welche die Beschlüsse der Vorstandssitzung für vorläufig ungültig erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.	LSK 7/09	
erklären. Z.B. wurden mir als presserechtlich Verantwortlichen für die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
die Web-Seite von Wi.Vollmann die Webseitenzugänge gesperrt. →Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
→Es wurden dann beschlussrelevante Fakten (Aufstellung der Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Listen) vor den diesbezüglichen LSK- Hauptverhandlungen geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
geschaffen. Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
Dies veranlasste die Rheinpfalzzeitung von einem Faschingsgag zu sprechen.		
zu sprechen.		
I SK 25/09 1 Ausschlussantrag von Bohort Drumm gegen mich		zu sprechen.
	L CK 25/00	1 Augustius antrog van Bahart Drumm garan mich
LSK 25/09 1. Ausschlussantrag von Kobert Drumm gegen mich	LSK 25/09	1. Ausschlussantrag von Robert Drumm gegen mich

31.01.2009	Kreislistenwahl zu den Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz. Die von
31.01.2003	der BSK bestätigte Vorgehensweise bzgl. Prüfung der
BSK 12/09	Mitgliederlisten durch den gesamten geschäftsführenden
LSK 6/09	Vorstand, wurde trotz unseres Protestes, auch bei dieser
	Veranstaltung selbst, nicht ermöglicht. Die Versammlung wurde
	von Ulrich in Anwesenheit von T
	geleitet. Bisher im Kreisverband nicht bekannte Personen, deren
	Mitgliedschaft nicht prüfbar waren, wurden von Ulrich mit dem
	Hinweis empfangen: Dort sitzen die Chaoten. Dennoch hat die
	Wahlprüfungskommission, trotz für jeden Anwesenden sichtbarer
	Verhinderung der Prüfmöglichkeit der Mitgliederlisten die Wahl als
	rechtmäßig erklärt. So wurden mehrheitlich Personen in die
	Wahlprüfungskommission gewählt, welche die undemokratische
	Verhinderung der Überprüfung nicht beanstandeten. Somit wurde
	eine Satzung ein rechtmäßige Kreislistenwahl zur Kreistagswahl
	durchgeführt.
10.02.2009	Kreismitgliederversammlung. TOP: Abwahlanträgen gegen
	Mitglieder des Vorstandes wegen Untätigkeit werden mehrheitlich
	stattgegeben.
	→Eine einstweilige Verfügung gegen die Gültigkeit der
	Kreismitgliederversammlung wird auf Antrag von Drumm von der
	LSK erteilt.
07.03.2009	Verhandlung vor der LSK über den ersten Ausschlussantrag
40.00.000	von Drumm gegen Raddatz; Antrag wird von der LSK abgelehnt
10.03.2009	Rheinpfalz Presseartikel: Raddatz gerügt → ist nachweislich eine
	von Drumm lancierte öffentliche Lüge und Verleumdung gegen
21.03.2009	mich gewesen. Kreismitgliederversammlung in Jettenbach →Gültigkeit bislang
LSK 36/09	ungeklärt, da von dem am 10.2.09 abgewählten Teilvorstand
L3K 30/09	eingeladen.
	TOP: Abwahl von mir und eines Teils des Vorstandes. Keine
	Möglichkeit zur Stellungnahme etc
23.03.2009	Antrag auf einstweilige Verfügung von Alexander Ulrich gegen
20.00.2000	mich wurde von der LSK abgelehnt.
08.04.2009	2. Ausschlussantrag von Hoffmann /Simon gegen mich
17.04.2009	Unterlassungsklage Drumm gegen Raddatz wegen Mailfälschung
17.04.2009	mit Ordnungsgeldandrohung von 250000 € oder ersatzweise 6
	Monaten Haft.
30.05.2009	2. Ausschlussverfahren gegen Klaus Raddatz vor der LSK wird
30.03.2003	angeblich stattgegeben →ohne schriftliche Einladung an mich,
	Verfahren ohne die Möglichkeit mich zu verteidigen.
05.06.2009	Artikel in der Rheinpfalz: Nun bemüht die Linke auch noch die
30.00.200	Justiz.
	Raddatz wird vor dem Amtsgericht in Kusel von Drumm mittels
	eidesstattlicher Erklärung Mailfälschung vorgeworfen.
	Raddatz wird freigesprochen.
	Drumm erklärt gegenüber der Richterin sein Vorgehen mit dem
	Landesvorstand Ulrich so abgesprochen zu haben.

00 00 0000	Autilial in des Distriction Designation of the surface of the surf
06.06.2009	Artikel in der Rheinpfalz: Raddatz ausgeschlossen Ich erfuhr
	hierüber von meinem angeblichen Ausschluss (It. Aussage Ulrich in diesem Zeitungsbericht).
	Drumm gibt in diesem Artikel zu, aus Schusseligkeit (!!!) eine
	falsche eidesstattliche Versicherung vor Gericht abgegeben zu
	haben.
	Dieses Verhalten wurde von mir strafrechtlich angezeigt. Die
	Ermittlungen gegen Drumm wegen der Vortäuschung einer Straftat
	wurden dann durch Drumms Zahlung von 1800 € an die
	Staatskasse beigelegt. Die Frage wäre in diesem Zusammenhang
	gewesen, ob das fehlende öffentliche Interesse auch bei Kenntnis
	der Spitzenkandidatenschaft bei der anstehenden Landtagswahl
	der Fall gewesen wäre.
07.06.2009	Kommunalwahl Rheinland-Pfalz
29.06.2009	Mitteillung der LSK an Klaus Raddatz: nicht ausgeschlossen
10.09.2009	Schriftliche Mitteilung der LSK über den Ausschluss an mich →
	über 3 Monaten nach angeblicher Beschlussfassung – schriftliche
	Mitteilung über meinen Ausschluss
10.10.2009	Die Berufungsverfahren die direkt mit der vollzogenen
	Kommunalwahl zusammenhingen, wurden von der BSK als
	obsolet und erledigt und die diesbezüglichen Beschlüsse der LSK
	wurden als nicht existent erklärt. Die Frage nach dem
	rechtmäßigen Vorstand wurde an die Landesschiedskommission
	zurückverwiesen. Die Vorgänge nach dem 17.1. sollten in diesem
	Zusammenhang gewürdigt werden.
	Die Wiederaufnahme des zurückverwiesenen Verfahrens,
10.00.0015	mehrfach angemahnt hat nie stattgefunden.
19.06.2010	Meinem Berufungsantrag vor der BSK bzgl. meines
	Parteiausschlusses wird stattgegeben.

Von: Roger Mallmenn

Betreff: LSK Verfahren Vollmann/L

Datum: 30. Juni 2019 um 18:44



Lieber

wenn Du Dir den Anhang antun willst: Auch "Beschäftigung" durch die LSK/den Landesverband, dient der Zermürbung.

sg

An:

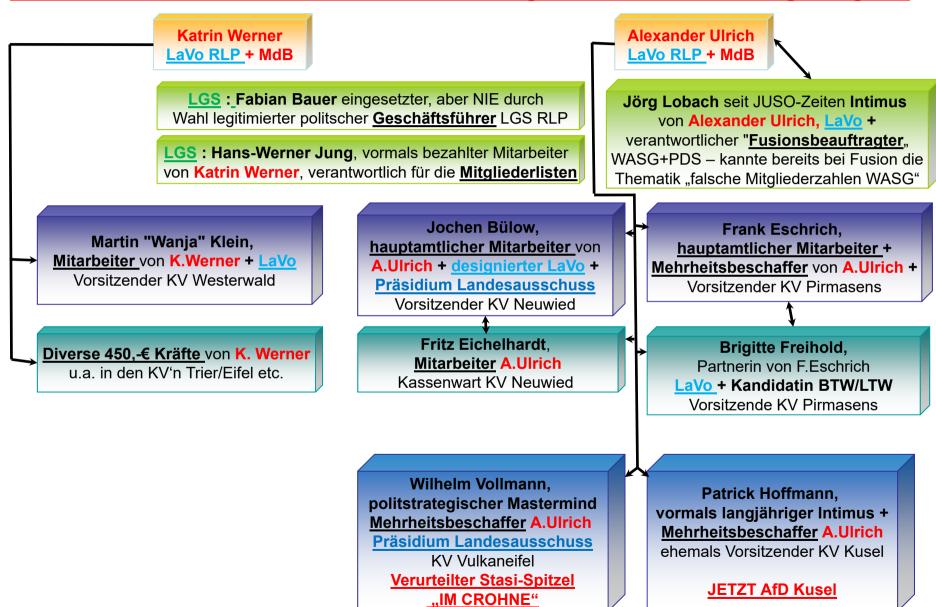
Roger

Diese E-Mail wurde von Avast Antivirus-Software auf Viren geprüft. https://www.avast.com/antivirus



Schreiben_LSK_ L...ann.rar

LINKE RLP: "Privatisierung" & Beschäftigungen



09.10.2008

Die Linke RLP vor der Zerreißprobe?

Ex-Kreisvorsitzender der Linkspartei tritt in den Hungerstreik

Berliner Parteizentrale: Zustände in RLP "beschämend"

Mainz - Der ehemalige Kreisvorsitzende der Ludwigshafener Linkspartei, Wolfram Sondermann, tritt ab Freitag, den 10.10.2008, in einen nicht befristeten Hungerstreik. Das hat Sondermann Ende September in einem vierseitigen Brief an die Parteichefs Lothar Bisky und Oskar Lafontaine angekündigt. In dem Schreiben, das dem ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ exklusiv vorliegt, beklagt der studierte Biologe und Theologe die tiefe Zerrissenheit und Spaltung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes und erhebt auch schwere Vorwürfe gegen die Parteichefs: "Mit diesem Schreiben, lieber Lothar Bisky, lieber Oskar Lafontaine, nehme ich Euch persönlich für die desaströsen Verhältnisse in meiner Landespartei in die Verantwortung. Ihr habt in Rheinland-Pfalz unverdrossen diejenigen gestützt, die aus der Landespartei eine weitgehend apolitische Zockerbude um Mandate gemacht haben."

Wolfram Sondermann protestiert mit seinem Hungerstreik auch gegen seinen durch die Landesschiedskommission am 20. September verhängten Parteiausschluss. Begründet wurde dieser u.a. mit Sondermanns kritischen Äußerungen in einer Sendung von REPORT MAINZ Anfang September dieses Jahres. Der ehemalige Bundestagskandidat der Linkspartei hatte die tiefe Spaltung der rheinland-pfälzischen Linken eingeräumt (Text zur Sendung u.a.: www.reportmainz.de). In einem parteiinternen Papier über den Ausschluss Sondermanns heißt es, das Begehren, einen unbequemen Kritiker und innerparteilichen Gegner mittels Parteiausschluss auszuschalten, sei zu offensichtlich. Nach Recherchen von REPORT MAINZ sind mehrere weitere parteiinterne Kritiker von Ausschlüssen bedroht.

Dass bei dem Ausschluss von Sondermann der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Alexander Ulrich ebenfalls eine wesentliche Rolle gespielt haben könnte, geht aus einer Eidesstattlichen Versicherung vom 26. September 2008 hervor, die REPORT MAINZ vorliegt. Darin erklärt Bettina Lau, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes, dass der Landesvorsitzende Alexander Ulrich von ihr in diesem Sommer telefonisch eingefordert hat: "... wir müssen Wolfram Sondermann solange niedermachen, bis er die Partei verlässt."

Dass der Landesverband möglicherweise vor einer Zerreißprobe steht, bestätigt eine weitere parteiinterne Mail aus dem rheinland-pfälzischen Führungszirkel an die Parteizentrale in Berlin. Darin heißt es, dass der Landesvorstand befürchtet, "dass beim [am Wochenende bevorstehenden] Landesparteitag in RLP einzelne Mitglieder handgreiflich werden könnten." Die Berliner Parteizentrale ihrerseits hatte intern bereits im Sommer schriftlich die Zustände in RLP als "beschämend" bezeichnet.

Mit Verweis auf schwebende Schiedsverfahren hat die Linke RLP zum wiederholten

Male gegenüber REPORT MAINZ jede Stellungnahme verweigert.

Der Landesparteitag findet am 25./26.10. in Mainz statt.

Stand: 9.10.2008, 16.01 Uhr

Frankfurter Allgemeine

27.07.2011 - Aktualisiert: 24.10.2008, 07:08 Uhr https://www.faz.net/-gpf-100ks

Landesverband Rheinland-Pfalz

Im Hungerstreik für die Partei

Ein Mitarbeiter des Bundestagsbüro von Gert Winkelmeier will mit einem Hungerstreik Aufmerksamkeit für seinen Protest gewinnen. Er kritisiert undemokratische Praktiken im Landesverband Rheinland-Pfalz der Linkspartei. Auf dem Parteitag am Wochenende wird es einiges zu besprechen geben.

Von MECHTHILD KÜPPER



© ZB

Die Fahnen stehen auf Konflikt im Landesverband der Linkspartei in Rheinland-Pfalz

Seit 11. Oktober ist Wolfram Sondermann im Hungerstreik. Er ist Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Gert Winkelmeier und will Aufmerksamkeit für seinen Protest gegen undemokratische Praktiken im Landesverband Rheinland-Pfalz der Linkspartei gewinnen. Der hat ihn aus der Partei ausgeschlossen. "Keine Partei ist es wert, die eigene körperliche Gesundheit aufs Spiel zu setzen", mahnte Winkelmeier seinen Mitarbeiter Sondermann am Donnerstag - in einer Presseerklärung. Winkelmeier nutzte dabei die Gelegenheit, seine Partei öffentlich zu mahnen, sich vom Hungerstreik die Augen öffnen zu lassen und die Linkspartei "in Rheinland-Pfalz wieder auf ihren demokratisch-sozialistischen Gründungskonsens" zurückzuführen.

Winkelmeier ist ist zwar noch Mitglied der Linkspartei, doch schloss ihn im Februar 2006 die Linke-Fraktion im <u>Bundestag</u> aus. Im November wird die Bundestagsfraktion über Winkelmeiers Antrag auf Wiederaufnahme entscheiden. Mehr will der Fraktionssprecher nicht dazu sagen. Seine Chancen auf Wiederaufnahme schätzt Winkelmeier auf "fünfzig zu fünfzig". Ebenso beurteilt er seine Chance, für die Bundestagswahl 2009 wieder einen

Listenplatz in Rheinland-Pfalz zu bekommen. 2005 war er dort Spitzenkandidat. Kaum aber saß er im Bundestag, machte er seiner Fraktion Schande: Als "Puff-Politiker" prangerte ihn die "Bild"-Zeitung an. Bis zum Bundesgerichtshof habe er durchgesetzt, sagte er am Donnerstag, dass die "Bild"-Zeitung ihn nicht so nennen darf.

"Schwebendes Verfahren" wird nicht kommentiert

Ob der Sieg gegen das Blatt seine Chancen auf gnädige Aufnahme in die Fraktion und auf mehr Einfluss in seinem Landesverband fördert, ist jedoch unwahrscheinlich. Er sei, argumentiert Winkelmeier, seit seinem 15. Lebensjahr ein Linker. Trotz seines Ausschlusses habe er im Bundestag in der letzten Reihe der Fraktion gesessen, habe auch in Wahlkämpfen die Positionen der Partei vertreten, sei zum Parteitag nach Cottbus gefahren und sei überhaupt loyal. Winkelmeier war bis 1990 Mitglied der DPK, 1998 trat er in die <u>PDS</u> ein. Das Bordell, das in dem Haus betrieben wurde, das ihm und einem Freund gehört, sei längst ausgezogen, weil die Kamerateams die Kunden abgeschreckt hätten.



© picture-alliance/ dpa/dpaweb Der rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten der Linkspartei: Gert Winkelmeier

Die Frontlinien im rheinland-pfälzischen innerparteilichen Linke-Streit verliefen keineswegs zwischen ehemaligen WASG- und ehemaligen PDS-Mitgliedern, sagte Winkelmeier. Vielmehr sei es der Führungsstil des Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Alexander Ulrich, der statt Basisdemokratie eine hierarchisch strukturierte "Gewerkschaftsdemokratie" praktiziere und sehr intransparente Verhältnisse befördere. Winkelmeier und Sondermann werfen Ulrich Manipulationen innerparteilicher Wahlen vor. Sondermanns Ausschluss, so sagt die Parteisprecherin, liege zur Zeit bei der Bundesschiedskommission, aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus würden "schwebende Verfahren" nicht kommentiert.

Ursachen in der Frühzeit der Linkspartei

Am Wochenende ist nun Parteitag in Mainz. Der Streit wird sich wohl nicht von der Tagesordnung halten lassen. Es ist einiges zu besprechen: Im Mai trat die stellvertretende

https://www.faz.net/aktuell/politik/landesverband-rheinland-pfalz-im-hungerstreik-fuer-die-partei-1711468.html?service=printPreview

143

Vorsitzende Tanja Krauth unter Verweis auf fruchtlose Auseinandersetzungen in der Partei zurück, in der Geschäftsstelle sollen Schlösser ausgetauscht worden sein, und es sind etliche Parteiausschlussverfahren anhängig, wie Ulrich bestätigt. Für den Landesvorsitzenden Ulrich sind die Querelen Kinderkrankheiten der Partei, die 2007 aus PDS und <u>WASG</u> gegründet wurde.

Winkelmeier sieht die Ursachen für die Bitterkeit und Heftigkeit der Auseinandersetzung in der Frühzeit der Linkspartei: Vor der Landtagswahl 2006 habe die WASG alle Absprachen mit der PDS missachtet - und habe ein sehr schlechtes Wahlergebnis (2,6 Prozent) erzielt. In den Auseinandersetzungen vor dem gescheiterten gemeinsamen Wahlantritt habe er sich die WASG-Funktionäre "Ernst, Maurer und Ulrich zu erbitterten Feinden gemacht". Diese sitzen inzwischen an den entscheidenden Stellen der Bundespartei, der Bundestagsfraktion und des Landesvorstands. Maurer ist der "Westbeauftragte" der Linkspartei.

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2019 Alle Rechte vorbehalten.

die 'neue' linke online Zeitung

emanzipatorisch · gegeninformativ · undogmatisch

Ich boxe mich durch

ımunalwahl 2009

- ▶ TopNews
- ▶ Audiotracks
- ▶ Politik
- ▶ Soziales
- ▶Umwelt & Tierrechte
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Internationales
- **▶** Kultur
- ▶ Antifaschismus
- ▶ Bewegungen

▶ Debatte

- scharf-links Baden-
- Württemberg
- scharf-links Bayern
- scharf-links Berlin & Brandenbura
- scharf-links Hamburg & Schleswig Holstein
- scharf-links Hessen
- scharf-links Bremen & Niedersachsen
- scharf-links NRW
- scharf-links Rheinland-Pfalz
- scharf-links Saarland
- scharf-links Sachsen-Anhalt & Mecklenburg-
- Vorpommern scharf-links Sachsen & Thüringen
- scharf-links Netzwerk
- **▶**Leserbriefe
- ▶ Kontakt
- **▶**Suche
- ▶Siteman
- ▶ Impressum ▶ Datenschutz
- ▶ Archiv

zum Spendenaufruf



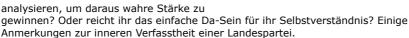
Von der Stärke und der Schwäche - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

17.04.16

Linksparteidebatte, Rheinland-Pfalz, Debatte, TopNews

Von Harald W. Jürgensonn

"Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land." Ein Mantra, das regelmäßig und lautstark das Ende einer ohnehin schon phonstark gebrüllten Rede des Landesvorsitzenden Alexander Ulrich signalisiert. Nur: Wie stark ist DIE LINKE in Rheinland-Pfalz tatsächlich? Stark genug, sich selbst zu tragen? Stark genug, eigene Schwächen zu erkennen und sie sachlich zu



Aktuell liegen zwei Gerichtsurteile vor. Beide beschäftigen sich mit Verhaltensweisen in der Landespartei, die das Landgericht Mainz letztinstanzlich als nicht akzeptabel beurteilt. Einmal war die Landesschiedskommission falsch besetzt. Das bedeutet, dass sie trotz eines Status, der nicht der Satzung entsprach, urteilte und deren sämtliche Entscheidungen aus dieser Zeit mithin hinfällig sein müssen. Das andere Urteil stellte sinngemäß fest, dass die Landesvorsitzenden Alexander Ulrich und Katrin Werner - was sie im Verlauf der letzten Berufungsinstanz auch zugaben – falsches Zeugnis ablegten über eine Kreisverbändeerklärung. Die Kosten dieser beiden Entscheidungen in Höhe von mehreren tausend trägt der Beklagte, also der ohnehin finanziell angeschlagene Landesverband DIE LINKE. Rheinland-Pfalz, vertreten durch seine Vorsitzenden.

Nun mag man fragen, warum Parteimitglieder überhaupt die öffentliche Gerichtsbarkeit mit parteiinternen Angelegenheiten beschäftigen. Die Antwort liegt auf der Hand: Weil sie innerhalb der Partei als Kritiker mundtot gemacht werden sollten, weil Kritik nicht erwünscht war, weil sie es satt hatten, innerparteilich nur noch Diffamierung, Denunzierung, Mobbing und Intrigen zu erfahren. Es galt die Macht der Mehrheit, die nicht immer identisch ist mit der Kraft politischer Argumentation.

Diese Zustände innerhalb der Partei kosten Kraft – beide Seiten. Es ist politisch schwächendes innerparteiliches Kräftemessen, das hier betrieben wird. Wobei klar zu benennen ist, wer Täter und wer Opfer ist. Täter ist derjenige, der bar jeder Selbstkritik seine Macht ausspielt, Macht, die nicht auf politischer Positionierung beruht, sondern auf funktionaler Position. Opfer sind diejenigen, die diese Macht in Frage stellen. Und letztlich - als Kollateralschäden - sind diejenigen Opfer, die mit den Machtspielchen, sofern man die innerparteilichen menschenverachtenden Dreckigkeiten Spielchen nennen mag, gar nichts zu tun haben: die Bürgerinnen und Bürger, die Gesamtpartei, nicht zuletzt die Demokratie, die, geschwächt durch Wahlverdrossenheit angewiderter Bürgerinnen und Bürger, auf der Strecke bleibt. Je stärker das Ausspielen der Macht, desto schwächer die Partei.

Ausspielen der Macht wird spätestens dann verwerflich, wenn es menschlich dreckig wird. Und in der LINKEN RLP ist es verdammt dreckig. Da wurden seit über einem Jahrzehnt Mehrheiten manipuliert. Zum Beispiel durch den Delegierte generierenden Wechsel von Mitgliedern von einem zum anderen Kreisverband (KV-Hopping). Durch die Aufnahme von Neumitgliedern, die von Anfang an beitragsfrei gestellt wurden und deren Mitgliedschaft nur dazu diente, Delegierte für Listenaufstellungen zu gewinnen. Im bundesweiten Vergleich liegt der Landesverband RLP an drittletzter Stelle, was Mitgliedsbeiträge angeht, und auf der gleichen Position, was Mandatsträgerabgaben angeht (was das Spendenaufkommen anbelangt, übrigens auch). Bundesweiter Spitzenreiter ist der Landesverband nur beim Vergleich der Mindestbeitrag-Zahler, was ihn bei der Höhe des Durchschnittsbeitrags der Mitglieder allerdings wieder auf den vorletzten Rang drückt.

Dazu ein von Ulrich unwiderlegtes Zitat aus der "Rheinpfalz" vom 26. April 2015: "Demnach hat Alexander Ulrich in seinem Kreisverband Kaiserslautern-Land im Mai 2011 per Sammelüberweisung 504 Euro als Mitgliedsbeiträge für 26 Personen überwiesen. Der Nachweis fehlte, dass diese Genossen den Beitrag selbst gezahlt hatten. Sammelüberweisungen für 20 Mitglieder sind auch in Frankenthal nachgewiesen worden. Ebenfalls 2011 überwies Fritz Eichelhardt im Kreisverband Neuwied die Beiträge für 13

"So gut, wie jeder schreiben und lesen lernt, muss jeder schreiben und lesen dürfen." Karl Marx

▶ Linksparteidebatte

- ▶ Piratendebatte
- ▶ Krisendebatte
- ▶ Sozialismusdebatte
- ▶Sozialstaatsdebatte
- ▶ Ökologiedebatte





EUR 10,45

Kaufen

http://www.scharf-links.de/90.0.html?&tx_ttnews%5Bswords%5D...%5Bcat%5D=43&tx_ttnews%5Btt_news%5D=55664&cHash=533aaf98be

Seite 1 von 3

Mitglieder zu 1,50 Euro im Monat – dabei ist dies ein Minimal-Obolus und nur vorübergehend für Mitglieder ohne Einkommen. Frank Eschrich in Pirmasens tat das Gleiche für acht bis zehn Mitglieder. Merkwürdig: Eichelhardt und Eschrich sind angestellte Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Alexander Ulrich."

Menschlich dreckig und damit politisch verantwortungslos ist die Personalpolitik der Landespartei. Im Nachhinein noch besser erkennbar als während des laufenden Geschäfts der vergangenen elf Jahre: DIE LINKE RLP erfüllt nur noch den Zweck eines Wahlvereins zur Sicherung des Abgeordnetenmandats ihres Landesvorsitzenden Alexander Ulrich. Verbrachte der Mitbegründer der WASG in Rheinland-Pfalz schon 2015 viele Tage und Nächte damit, seine Konkurrenten und die, die er schon fast pathologisch dafür hielt, zu diffamieren, aus der Partei zu drängen oder zumindest mundtot zu machen, beschäftigt er mittlerweile mehrere Mitarbeiter und rheinland-pfälzischeLINKE-Amts- sowie Mandatsträger damit, ihm den Weg in die vierte Legislaturperiode zu ebnen. Manche bekommen Entgelt, manche nähren sich von der Hoffnung auf Belohnung in Form von Listenplätzen.

Das "System Ulrich" wurde im April 2015 zutreffend in der "Rheinpfalz" beschrieben. Hier hieß es: "Für den Machterhalt werden demokratische Prinzipien ausgehebelt und die Parteiregularien missachtet – nicht generell, aber gleichwohl viel zu oft. Die Linkspartei in Rheinland-Pfalz kann und darf so nicht weitermachen. Sie täuscht ihre Wähler, wenn sie vorgibt, stets nach den Regeln der Demokratie zu verfahren. Und ihr Vorsitzender Alexander Ulrich ist der falsche Mann an der Spitze. Einer, der polarisiert, der nur Freund oder Feind kennt, der missliebige Leute vergrault, ist ungeeignet, eine gespaltene Partei zusammenzuführen." Eine Gegendarstellung Ulrichs blieb aus – die Fakten waren unwiderlegbar und sind sowohl Partei- als auch Fraktionsspitze in Berlin bekannt.

Bekannt ist auch, dass der politisch-inhaltliche Einfluss des Abgeordneten und Landesvorsitzenden Ulrich auf Partei oder Fraktion überschaubar ist. Als einer von mehreren Parlamentarischen Geschäftsführern der Linksfraktion ist er für Organisatorisches zuständig – eine Aufgabe, die dem 2. Bevollmächtigten der IG Metall Kaiserslautern liegt: Nicht umsonst lautet der englische Ausdruck für diesen Job "Whip" oder "Whipper", was nichts anderes bedeutet als Einpeitscher, der dafür sorgen soll, dass die Fraktion im Sinne der Führung abstimmt. Politische Visionen oder auch nur politische Bildung sind hier nicht unbedingt gefragt. Menschliche Führungsqualitäten noch weniger.

Zur inneren Verfasstheit der LINKEN in RLP gehören aber auch die vielen Genossinnen und Genossen, die sich redlich und täglich abmühen, in ihrem Bereich die Politik der LINKEN voranzubringen. Sie arbeiten ehrenamtlich, laufen jedoch nicht selten gegen eine Wand: "Bringt erst mal euren eigenen Laden in Ordnung, bevor ihr hier Politik macht", ist ein oft gehörtes "Argument". Eine Folge dessen, was Alexander Ulrich aus der ursprünglichen Idee, nämlich einer "Wahlalternative" gemacht hat.

2,8 Prozent, also noch einmal 0,2 Prozent weniger als 2011, erreichte DIE LINKE RLP bei der Landtagswahl 2016. Natürlich gab es Gründe, die nicht in ihrer Verantwortung lagen. Da war der Trend hin zur Nazi-Partei AfD, da war das Duell Dreyer/Klöckner, das die kleinen Parteien Stimmen kostete. Aber da war auch das Landtagswahlprogramm der Landes-LINKEN, dem nichts, aber auch gar nichts Konkretes zu landespolitischen Themen zu entnehmen war, aus dem man eine Opposition hätte formen können. Hinzu kam wie immer die Haltung, man müsse mal wieder in die Öffentlichkeit, da ja Wahlen stehen. Die Wähler merken's – und sind verstimmt. Warum sollten sie eine Partei wählen, die sich jahrelang nur mit sich selbst beschäftigt? Die sich nirgendwo zu nichts positioniert? Die keine Duftmarken hinterlässt, deren Kandidaten niemand kennt.

"Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land." Wir werden diesen Satz noch oft hören. Er ist hohl geworden, da der Inhalt fehlt. Ein Luftballon, der durch den politischen Raum trudelt, bis er schrumpelig mit einem letzten "Prrrrt" in einer Ecke liegt. Heiße Luft hat noch nie lange getragen.

Der Tag nach der Landtagswahl war eine gute Gelegenheit zu sagen: "Wir übernehmen Verantwortung." Zunächst mal die für die eigene Partei – indem der Landesvorstand zugibt: "Wir haben's versucht, aber nicht geschafft." Der Weg wäre frei gewesen für einen Neuanfang, ohne Gesichtsverlust. Dafür mit einem Beweis der Stärke. Stattdessen wird weiter gewurschtelt: "Jetzt erst recht." Unpolitischer und schwächer geht es kaum.

Aber Politik wird auch weiterhin nicht gefragt sein. Im September stehen die Wahlen der Listenkandidatinnen und –kandidaten zur Bundestagswahl 2017 an. Als für Platz 1 gesetzt gilt bereits jetzt wieder Alexander Ulrich. Waren es 2009 noch drei Abgeordnete der LINKEN Rheinland-Pfalz in Berlin, gab es 2013 nur noch zwei. Es ist wahrscheinlich, dass es 2017 nur noch ein Mandat gibt. Das Erschreckende und Verstörende: Diese Situation ist in Berlin bekannt, sowohl in der Fraktion als auch im Parteivorstand. Und niemand unternimmt auch nur ansatzweise etwas, den innerparteillich abgekoppelten Waggon "DIE LINKE RLP" wieder anzuhängen. Man lässt ihn rollen, so lange es geht. Bis er auf freier Strecke stehenbleibt. Schon jetzt sind viele Mitglieder in einen anderen Waggon umgestiegen – oder haben den Zug ganz verlassen.

"Die Karawane zieht weiter", sagt Alexander Ulrich gern, wenn er mal wieder mit blauem Auge davongekommen ist. Zum Beispiel ein Parteiausschlussverfahren vor einer satzungswidrig besetzten Schiedskommission überstanden hat. "Auch daraus werden wir gestärkt hervorgehen", ist ebenfalls ein von ihm gern benutzter Satz. Das ist sein Verständnis von Stärke: Diffamierung von Kritikern, Häme, Existenzvernichtung. Je

stärker der Ulrich, desto unsozialer DIE LINKE.

Die beiden Urteile des Landgerichts Mainz sind zurzeit das einzige Handfeste, das DIE LINKE RLP aktuell vorweisen kann. Und schon werden wieder die Messer gewetzt – in Telefonaten, bei Treffen in kleinen Zirkeln. Um Stärke zu demonstrieren, die doch nichts weiter ist als politische Schwäche. Statt rauszugehen in Vereine, Verbände, Organisationen, Ausschüsse, Initiativen, statt mit den Menschen zu reden, sie für DIE LINKE zu begeistern und sie zu überzeugen, werden schon jetzt wieder interne Planspiele gemacht für die Listenaufstellung. Werden Mehrheiten organisiert, Minderheiten terrorisiert. Statt zu beweisen, dass er wirklich unverzichtbar ist für die Bundespolitik, liegt der Abgeordnete und Landesvorsitzende Ulrich wider in der Furche und hebt ab und zu den Finger, um festzustellen, woher der Wind wehrt. Aus Richtung Saarland oder doch noch mal aus Richtung Gysi? Ist Sahra Wagenknecht seinem Fortkommen förderlich – oder doch eher Dietmar Bartsch? Kann man Bodo Ramelow um Unterstützung bitten – oder sollte man ihn doch noch mal als "Quartalsirren" beschimpfen? Das sind so die Fragen...

Nur dass diese Fragen die Menschen nicht interessieren. Die interessiert auch nicht, ob irgendwo ein Alexander Ulrich an der Spitze steht oder nicht. Die interessiert, was für sie rauskommt. Nämlich ein Leben, mit dem sie leben können. Konkretes - das muss drin sein. Das muss vorgelebt werden. Damit sie, die Schwachen, sehen, was Stärke ist. Damit sie spüren, dass sie stark sind – gemeinsam mit der LINKEN. Erst dann wird das Land sozial.

Harald W. Jürgensonn

17. April 2016

<< Zur�ck

Diese Webseite verwendet keine Cookies. <u>Hier erfahrt ihr alles zum Datenschutz</u> **≭**

DIE RHEINPFALZ

Suchen... Q

Mittwoch, 10. Juni 2015

LUDWIGSHAFEN

(C) teilen

Linke-Vorstand tritt zurück

Liborio Ciccarello will für Kreisverband kandidieren – Wahl noch vor Sommerpause



Nächste Etappe der Dauerquerelen im Kreisverband Ludwigshafen der Linkspartei: Nur wenige Tage nachdem Vorsitzender Günther Kopp zurückgetreten ist, haben nun auch die anderen Vorstandsmitglieder ihre Ämter abgegeben. Stadtrat Liborio Ciccarello hat derweil seine Kandidatur für den Chefposten im Kreisverband angekündigt.

Nachdem die Linke am letzten Mai-Samstag ihre Landesliste für die Landtagswahl im März aufgestellt hatte, gab zunächst Günther Kopp auf. Der bisherige Ludwigshafener Kreisvorsitzende begründete seinen Schritt damit, dass die Kandidatenliste einseitig mit "willfährigen Gefolgsleuten" des Landesvorsitzenden Alexander Ulrich besetzt worden sei (wir berichteten am 3. Juni auf der Seite "Südwest"). Nun folgen seine Vorstandskollegen Manfred Bardon (Schatzmeister), Regina Miranda Moraga (Schriftführerin), Juan Miranda Moraga und Elke Bauer (beide Beisitzer), die die Brocken ebenfalls mit sofortiger Wirkung hingeworfen haben.

Auch von ihnen werden die Dauerstreitereien der vergangenen Jahre und der Grundkonflikt mit dem Landesverband mit Ulrich im Zentrum als Hauptargumente angeführt. Die zurückgetretenen Kreisvorstandsmitglieder werfen Ulrich in einer Stellungnahme von gestern vor, den Landesverband in den vergangenen Jahren "zum eigenen Machterhalt instrumentalisiert und missbraucht" zu haben. Auf Nachfrage erinnert Elke Bauer – Linke-Stadträtin bis 2014 – an die Listenaufstellung in Ludwigshafen vor der Kommunalwahl vor einem Jahr. Dort habe Liborio Ciccarello als "Ulrich-Mann" rund "50 Landsleute als Verfügungsmasse rekrutiert", die zuvor im Kreisverband Frankenthal geparkt gewesen seien und dann in Ludwigshafen für eine Liste nach Ciccarellos Wünschen gesorgt hätten. "Wir hatten keine Chance", sagt Bauer. Ihrer Meinung nach ist der Kreisverband damals "zerstört" worden.

Der Rückzug geschehe jetzt, weil mit Jochen Bülow ein Mann an die Spitze der Landesliste gewählt worden ist, der als "Mitarbeiter von Herrn Ulrich in den letzten Jahren im Auftrag seines Chefs besonders eifrig im Zerschlagen von demokratischen Strukturen einiger Kreisverbände" gewesen sei.

Bauer sagt, sie werde wohl den Landesverband wechseln. Ihre Kollegen würden zum Teil über einen Parteiaustritt nachdenken. Im Vorjahr seien wegen der Ereignisse rund um die Kommunalwahl zwei Ludwigshafener Vorstandsmitglieder schon aus der Linkspartei ausgeschieden. Der Vorstand habe auch nicht mehr aktiv gearbeitet, "weil wir damit ja Ciccarello unterstützt hätten", sagt Bauer.

Liborio Ciccarello, der mit Bauer bis 2014 gemeinsam im Stadtrat saß und schon ab 2010 mit ihr zerstritten war, hat mit der Formulierung "Gegenspieler" kein Problem. Auch den Vorstandsrücktritt sieht er gelassen: "Wir haben das erwartet, weil sie mich ja damals verhindern wollten." Zuletzt habe der Kreisvorstand ohnehin nur auf dem Papier existiert. Die Stadtratsfraktion werde mit

https://www.rheinpfalz.de/lokal/ludwigshafen/artikel/linke-vorstand-tritt-zurueck-1/

Seite 1 von 3

dem Landesvorstand nun Neuwahlen vorbereiten: "Ich werde dann meinen Hut in den Ring werfen", kündigt der 44-Jährige an. Der Kreisparteitag solle noch vor der Sommerpause sein. Ciccarello betont: "Ich begrüße den Rücktritt sogar, denn jetzt können wir einen Neuanfang machen. Ludwigshafen hat ein linkes Potenzial."

Landespartei-Sprecher Fabian Bauer räumt ein, dass es "eher selten ist, dass ein ganzer Kreisvorstand zurücktritt". Er spricht sich dafür aus, "in die Zukunft zu blicken und vor Ort tragfähige Strukturen zu schaffen". (ax/Archivfoto: Kunz)

(Werbung entfernt)

DIE RHEINPFALZ

Suchen... Q

Dienstag, 28. April 2015

PFALZ-TICKER

Linke Rheinland-Pfalz: Ex-MdB Senger-Schäfer verlässt Landespartei – Wechsel nach Thüringen

7

















i

Ludwigshafen. Die rheinland-pfälzische Linkspartei verliert einen ihrer prominenten Köpfe: Die frühere Bundestagsabgeordnete und zeitweilige Parteichefin Kathrin Senger-Schäfer (53) aus Ludwigshafen verlässt den Landesverband. Als Grund nennt sie "undemokratische Zustände". Dies teilte Senger-Schäfer der Zeitung DIE RHEINPFALZ mit. Senger-Schäfer reagiert mit ihrem Austritt auf eine RHEINPFALZ-Veröffentlichung über die Lage der zerstrittenen Landespartei. Die geschilderten Zustände hätten sie ihrer Einschätzung bestätigt, dass die Linke in Rheinland-Pfalz "undemokratisch im Innern und unpolitisch im Äußeren ist", heißt es in der Pressemitteilung. Als überzeugte Demokratin könne sie nicht einer Landespartei angehören, in der Mitglieder manipuliert und Machtkämpfe um Ämter und Mandate auf Kosten politischer Glaubwürdigkeit ausgetragen würden. "Eine Landespartei, in der Mitglieder beleidigt, diffamiert, bedroht und mittels unhaltbarer Gerüchte ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, hat nichts mit dem zu tun, wofür die Linke steht", schreibt die Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Ihr Parteibuch wird Senger-Schäfer behalten. Auf Nachfrage erklärte sie, dass sie künftig dem Landesverband Thüringen angehören werde, aber in der Pfalz wohnhaft bleibe. Senger-Schäfer war von 2009 bis 2013 Abgeordnete im Bundestag. Dort fungierte sie als Fraktionssprecherin für die Themen Pflege und Medien. Ihre Arbeit sei anerkannt worden, nur nicht von den Linken in Rheinland-Pfalz unter dem jetzigen Vorsitzenden Alexander Ulrich, bedauert Senger-Schäfer. Dem Landesverband rate sie zu einem Neuanfang, um verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen. (wif)

ANZEIGE -

Der Opel Winter-Check

Lassen Sie sich vom Frost nicht die Laune verderben: Mit dem Winter-Check ist Ihr Opel für die kalte Jahreszeit bestens gerüstet. Bei Ihrem Opel Partner mit Garantie-Zertifikat, für nur 19,90 € UPE.

mehr

espresso

Der Gastroguide für die metropolregion Rhein-neckar



https://www.rheinpfalz.de/lokal/artikel/linke-rheinland-pfalz-ex-mdb-senger-schaefer-verlaesst-landespartei-wechsel-nach-thueringen/

Seite 1 von 2

Links und morsch

In der Linkspartei Rheinland-Pfalz brodelt es. Mitglieder werfen sich gegenseitig Lug und Betrug vor. Und Parteichef Alexander Ulrich agiert mal mit harter Hand, mal mit Hinterlist. Über die dunkle Seite einer frustrierten Partei berichten Karin Dauscher. Wolfgang Pfeiffer, Winfried Folz und Andreas Ganter

ALEXANDER ULRICH

Er gründete 2004 aus Verdruss über die Agenda 2010 der SPD die Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG), die 2007 mit der PDS zur Linken fusionierte. Mit einer kurzen Unterbrechung steht er seit der Grün-dung an der Parteispit-ze. Vor der Landtagswahl 2011 hatte er für kurze Zeit das Hand-tuch geschmissen, weil er seinen Spitzenkandidaten nicht durchsetzen konnte (archivfoto: view)

stelligen Bereich zur Verfügung." Ulrich ist geübt darin, die Lage bei den Linken in schönen Farben zu malen. Wortgewandt agiert er in der Öf-fentlichkeit. Mitglieder kennen die andere Seite des Parteichefs. Hinter den Kulissen offenbare sich Ulrich als beleidigend und aufbrausend. Dokumentiert ist seine Beschimpfung des mittlerweile zum Ministerpräsidenten von Thüringen avancierten Ge-nossen Bodo Ramelow als "Quartalsirrer". Unflätigkeiten dieser Art allein erklären jedoch nicht das in Teilen tiefe Misstrauen gegen den obersten Linken-Politiker in Rheinland-Pfalz. Verantwortlich dafür ist vielmehr der Vorwurf, Ulrich greife mit Geld und Drohungen in die Entscheidungen der Partei ein. Der ehemalige Kreisvorsitzende

zu erkennen", heißt es in einem der Redaktion vorliegenden Schreiben des damaligen Bundesschatzmeisters Raju Sharma vom April 2013. Für Ulrich ist das Schnee von gestern. Auf Anfrage unserer Zeitung sagte er: "Aktuell gibt es keine größeren Probleme. Auch für die Landtagswahl steht ein größeres Budget im sechs-

von Kusel, Patrick Hoffmann, ist je-denfalls tief enttäuscht. Er sieht sich von der Partei "belogen und finanziell geschädigt" – im Auftrag Ulrichs. Lin-ken-Mitglied Ernst Wort äußert sich in einer internen Facebook-Gruppe ähnlich: "Die Linke in Rheinland-Pfalz ist ein reiner Wahlkampfverein für Alexander Ulrich." Ein anderes Mitglied, André Led, meint resigniert: Die Entscheidungen träfen ohnehin nur "Ulrich und seine Truppe".

Die Landesschiedskommission, die eigentlich solche Konflikte klären sollte, schiebt Unangenehmes auf die lange Bank. Genossen, denen der Ge-duldsfaden reißt, ziehen deshalb vor Gericht. Aktuell befasst sich das Amtsgericht Mainz mit einer Klage von Koblenzer Linken. Es geht dabei um die Rechtmäßigkeit der Schiedskommission. Die Kritiker behaupten. sie erfülle weder die Anforderungen des Parteiengesetzes noch die der Parteisatzung.

Deutlich erkennbar beim Landes-

verband der Linken ist mindestens ei-nes: Der Gewerkschaftsfunktionär scheint sich darauf zu verstehen, andere für seine Sache einzuspannen. Wer Ulrich in die Quere komme, gegen den lasse er seine Getreuen auf-marschieren, erzählen Linke, die wie Kerstin Maur längst ihren Idealismus

dealismus nennt Kerstin Maur als Grund für ihren Eintritt bei den Linken. Davon sei heute nichts mehr übrig, bedauert die Frau aus Neuwied. "Hier geht's

nur um Pöstchenschacherei, Machterhalt und das Hochwuppen von Abnickern." Wenn sie den Landesverband Rheinland-Pfalz der Linken vor Augen habe, könne sie sämtliche Vorurteile aller Linken-Gegner im ge-samten Bundesgebiet nachvollziehen. Es gehe undemokratisch zu, und oft werde die Parteisatzung nicht eingehalten, klagt die Kommunalpolitikerin. Und die Frau aus Neuwied ist nicht die einzige bei den Linken im

Land, die so denkt,

Woher kommt der tiefe Verdruss über die Verhältnisse im Landesverband? Wer in der Linkspartei nach den Ursachen der Konflikte fragt, stößt schnell auf das Wort vom "Sys-tem Ulrich", das der 44-jährige Parteichef installiert haben soll. Gemeint ist ein raffiniert geknüpftes Flechtwerk von Beziehungen, mit dem der langjährige IG-Metall-Bevollmäch-tigte nach Meinung seiner Gegner vor allem eines erreichen will: den Erhalt seines Bundestagsmandats - koste es. was es wolle

Beispiel Kusel: Im Herbst vorigen Jahres hatte sich im dortigen Kreis-verband eine Anti-Ulrich-Stimmung aufgebaut, der dortige Vorsitzende – lange ein Ulrich-Getreuer – hatte sich mit dem Parteichef überworfen. Kurz vor der Kreismitgliederversammlung mit Neuwahlen geschah dann Merkwürdiges. Nach und nach wechselten Mitglieder aus benachbarten Kreis-verbänden nach Kusel. Sie kamen von

"Hier geht's nur um Pöstchenschacherei". ereifert sich eine enttäuschte Genossin.

Kaiserslautern oder Pirmasens. Den Kuselern war klar: letzt flutet das Ulrich-Lager unseren Kreisverband. Das Ziel der Aktion war, die Mehrheitsverhältnisse durch Unterwanderung zu kippen. Mindestens neun solcher Wechsel nach Kusel binnen kurzei Zeit lassen sich anhand von Unterla-gen, die der RHEINPFALZ vorliegen, nachweisen. Andere Quellen spre-chen sogar von bis zu 20 Übertritten. Bei gerade mal zwei Dutzend Teilneh-mern an einer Mitgliederversammlung können neun neue Mitglieder am Ende den Ausschlag geben. Einer der Wechsler, Martin Horsch, gab auf Vorhaltungen wegen seines Kreisver-band-Hoppings auf Facebook zu: "Ich kämpfe da, wo ich kann und wo ich gebraucht werde." Alexander Ulrich sieht sich keinesfalls als Drahtzieher dieser Aktion: Die Satzung räume Mitgliedern solche Wechsel ein. "Zu keinem Zeitpunkt ist in Kusel eine Wahl beeinflusst worden", sagte er der RHEINPFALZ

Vor Ort sieht man das anders und erinnert sich an ganz andere Metho-den, um unliebsame oder aufsässige Kreisverbände zu zähmen: Mitglieder, die auf Linie des Parteivorstands

Versprechen, keine Beiträge zahl-

zu müssen. Und wenn doch, fallen diese so niedrig aus, dass sie dem Geldbeutel nicht wehtun.

Leo Schmitt hat auf mehrere sol-cher Fälle aufmerksam gemacht. Schmitt ist gelernter Polizist und saß vor seinem Wechsel zur Linkspartei für die SPD im saarländischen Landtag. Schmitt sollte nach der verlore-nen Landtagswahl 2011 im Auftrag der Bundespartei die rheinland-pfäl-zischen Linken im Auge behalten. Was er entdeckte, geht aus seinem Bericht an den Bundesverband hervor, der der Redaktion vorliegt.

Demnach hat Alexander Ulrich in seinem Kreisverband Kaiserslautern-Land im Mai 2011 per Sammelüber-weisung 504 Euro als Mitgliedsbeiträge für 26 Personen überwiesen. Der Nachweis fehlte, dass diese Ge-nossen den Beitrag selbst gezahlt hatten. Sammelüberweisungen für 20 Mitglieder sind auch in Frankenthal nachgewiesen worden. Ebenfalls 2011 überwies Fritz Eichelhardt im Kreisverband Neuwied die Beiträge für 13 Mitglieder zu je 1,50 Euro im Monat -

dabei ist dies ein Minimal-Obolus und nur vorübergehend für Mitglie-der ohne Einkommen. Frank Eschrich in Pirmasens tat das Gleiche für acht bis zehn Mitglieder. Merkwürdig: Eichelhardt und Eschrich sind angestellte Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Alexander Ulrich.

In Kusel hatte der damalige Kreis-vorsitzende Patrick Hoffmann Mitgliedsbeiträge für mehrere Personen überwiesen, wie er gegenüber der RHEINPFALZ einräumt. Hoffmann kennt auch die wundersame Mitgliedervermehrung vor der Aufstellung der Landesliste 2013. Damals soll Ulrich zwischen 30 und 40 Mitglieder seines Sportvereins in Reichenbach-Steegen (Kreis Kaiserslautern) bei den Linken aufgenommen und für sie die Beiträge gezahlt haben. Sein Ziel war, so den Delegiertenschlüssel zu seinen Gunsten zu verändern. Die be-treffenden Kollegen habe das nicht gestört, im Gegenteil: Da Ulrich den Sportverein regelmäßig sponsere, habe man ihn gerne auf diese Art unter-stützt, erzählt Hoffmann. Kaum hatte

Ulrich Platz eins der Landesliste und damit den Einzug in den Bundestag in der Tasche, habe er die Mitgliedschaft der Angeworbenen auslaufen lassen, erinnert sich Hoffmann.

Leo Schmitt, der diese Art des "Statistik-Dopings" schon zuvor im Lin-ken-Landesverband Bremen festge-

Wie das System Ulrich funktioniert? Zum Beispiel durch Statistik-Doping, sagen seine Kritiker

stellt hatte, kommt zu dem Schluss, dass dieses Vorgehen gegen das Par-teiengesetz verstößt. "Diese Art der Beitragsgenerierung führt (...) zu einer groben und - wie man leider an-nehmen muss - gewollten Verzerrung der Delegiertenmandate auf Landesebene", heißt es in seinem Untersuchungsbericht an die Linken-Zentrale in Berlin. Auf Nachfrage der

RHEINPFALZ erklärte Ulrich, er habe 2012 zusammen mit der Co-Vorsit-zenden Katrin Werner die Mitgliederverwaltung reorganisiert. In seinem Kreisverband Kaiserslautern-Land nutzten alle Mitglieder bargeldlose Verfahren. Gleichwohl gelingt es der Ulrich-

Partei nicht, finanziell auf einen grü-nen Zweig zu kommen. Die Linke in Rheinland-Pfalz kann weder einen 50.000-Euro-Kredit der Bundespartei abzahlen, noch aus eigener Kraft ih-ren hauptamtlichen Geschäftsführer entlohnen. Dessen Gehalt wird bei anderen Linken-Landesverbänden eingesammelt. Diese sind schon seit Jahren verärgert über die niedrigen Mitgliedsbeiträge der Genossen in Rheinland-Pfalz. Die kassieren pro Mitglied im Schnitt monatlich 5,40 Euro, nur im Saarland ist dieser Wert geringer. "Ungeachtet aller Beteue-rungen seitens eures Landesvorstands und trotz massiver finanzieller Unterstützung durch den Parteivorstand sind bisher keine nennenswerten Ergebnisse eurer Anstrengungen



Alexandra Erikson hat die Linke verlassen

Parteiaustritt Ursache liegt im Grundsatzkonflikt zwischen bürgerlichem Parlamentarismus und Sozialismus

Rhein-Hunsrück. Alexandra Erikson, Mitglied der zweiköpfigen Kreistagsfraktion der Linken, hat ihren Parteiaustritt erklärt. Sie bleibt aber der Kreistagsfraktion der Linken auch als parteilose Mandatsträgerin erhalten.

"An meiner Arbeit im Rhein-Hunsrück-Kreis wird sich nichts ändern. Ich werde im Kreistag zusammen mit Roger Mallmenn auch weiterhin im Sinne der Partei der Linken und an deren Zielen orientiert aktiv sein", erklärt die 46-jährige Heilpraktikerin aus Külz, die ihre Praxis in Simmern hat.

Grund für ihren Austritt ist ihre grundsätzliche politische Ausrichtung. Erikson bekennt sich konsequent zum Sozialismus. Für sie war es seit ihrem Beitritt zu den Linken immer eine zentrale Frage, wie die Partei mit dem bürgerlichen Parlamentarismus umgeht, der aus ihrer Sicht mit dem Sozialismus nur schwer vereinbar ist: "Wir kritisieren den bürgerlichen Parlamentarismus als Partei, machen aber selbst davor nicht Halt", sagt sie.

Konkret: Die Diäten und alle anderen Zuwendungen und Vergünstigungen von Abgeordneten müssten, dem sozialistischen Gedanken folgend, in großen Teilen und auf gerechte Weise auch wieder der Partei zugeführt werden. Doch wie Alexandra Erikson ausführt, sei dies nicht der Fall. Sie kritsiert, dass Bundestagsabgeordnete durch den Staat finanzierte Mitarbeiter beschäftigen, mit deren Hilfe die eigene Wiederwahl sichergestellt werde.

Partei zum Wahlverein degradiert

Durch die Doppelrolle der Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz sind diese in der Lage, die hauptamtliche Struktur der Partei zu bestimmen, darüber hinaus haben ihre Mitarbeiter in großen Teilen Parteiämter inne und bestimmen damit maßgeblich den Delegiertenkörper, der für die Listenaufstellungen zu den Parlamentswahlen zuständig ist. Dies führe dazu, dass die Partei zu einem Wahlverein degradiert wird.



Alexandra Erikson ist aus der Partei Die Linke ausgetreten. Foto: Dupuis

"Mir ist es egal, wer in Berlin ein Bundestagsmandat ausführt. Ich bin dafür, dass die Mandatsträger ein Facharbeitergehalt erhalten und die restlichen Mittel in gerechter Form an die Partei abführen. Doch was da passiert, ist Kapitalismus. Die Auswirkungen für unsere Partei sind fatal", sagt Alexandra Erikson. Es gehe ihr

auch nicht darum, Personalien zu kritisieren, sondern darum, dass das der Partei von Mandatsträgern zugewiesene Geld an die Landesverbände gehen müsse, um die Partei in ihrer Gänze zu stärken. Die in der Bundesrepublik verankerte Dominanz der Fraktion über die Partei, die all dies erst möglich mache, müsse die Linke kritisieren und in den eigenen Reihen strukturell unmöglich machen.

Schleichende Entwicklung

Mit diesem Konflikt setzt sich Alekandra Erikson seit ihrem Eintritt in die Partei der Linken im Jahr 2009 auseinander. 2013 zog sie sich unter anderem auch deshalb aus dem Landesvorstand zurück. "Es war eine schleichende Entwicklung, die nun in meinen Parteiaustritt mündete", sagt sie.

teiaustritt mündete", sagt sie. Im Kreistag will sie ihr Mandat bis zum Ende der Legislaturperiode weiterhin wahrnehmen. "Was danach kommt, darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht", sagt sie. tor

Die kaputte Partei

Streit, Intrige, Missgunst – die Linkspartei in Rheinland-Pfalz führt sich auf wie ein verfeindeter Familien-Clan. Um die Wogen zu glätten, braucht es einen anderen Vorsitzenden. Ein Kommentar von Winfried Folz

Parteien bilden eine wichtige Säule in der Demokratie. Sie bündeln Meinungen und vertreten einen Teil des Wählerwillens gegenüber dem Staat. Für diese Dienstleistung erhalten sie Geld. Wie jede zugelassene Partei bekommt auch die Linkspartei in Rheinland-Pfalz Steuergelder, um genau zu sein: zuletzt rund 28.000 Euro im Jahr.

Die Steuerzahler dürfen im Gegenzug erwarten, dass die Partei sorgsam und nach den Regeln des Parteiengesetzes mit den Mitteln umgeht, dass sie vor allem innerparteiliche Demokratie walten lässt. Dazu gehört auch, Kritiker nicht an den Rand oder gar ganz aus der Partei zu drängen. Dazu gehört, dass nicht innerparteiliche Wahlen beeinflusst werden, um gewünschte Ergebnisse herbeizufüh-



ZANK Alexander Ulrich pflegt einen derben Umgangston. (foto: dpa)

ren. Wer das alles nicht begriffen hat, ist die Linkspartei in Rheinland-Pfalz. Hier regiert die Intrige, es grassiert die Täuschung. Statt Transparenz herrscht Verdunkelung.

Das sind schwere Vorwürfe, doch sie sind begründet. Ein Team von vier RHEINPFALZ-Redakteuren hat mehrere Wochen lang die dunkle Seite der rheinland-pfälzischen Linkspartei ausgeleuchtet. Am Anfang standen anonyme Vorwürfe gegen Parteichef Alexander Ulrich. Es ging um manipulierte Delegiertenwahlen, um das künstliche Hochschrauben der Mitgliederzahlen, um kaltes Machtkalkül und einen derben Umgangston.

Unsere Zeitung hat diese Vorwürfe nicht verbreitet, sondern einer eingehenden Prüfung unterzogen. Am Ende wurden nicht alle Anschuldigungen bestätigt, nicht alle Vorhaltungen hielten der Prüfung eindeutig stand. Doch vieles entsprach der Wahrheit.

Für den Machterhalt werden demokratische Prinzipien ausgehebelt
und die Parteiregularien missachtet nicht generell, aber gleichwohl viel zu
oft. Die Linkspartei in RheinlandPfalz kann und darf so nicht weitermachen. Sie täuscht ihre Wähler,
wenn sie vorgibt, stets nach den Regeln der Demokratie zu verfahren.
Und ihr Vorsitzender Alexander Ulrich ist der falsche Mann an der Spitze. Einer, der polarisiert, der nur
Freund oder Feind kennt, der missliebige Leute vergrault, ist ungeeignet,
eine gespaltene Partei zusammenzuführen.

Rückzug aus Protest gegen den Landesvorsitzenden

"Die Linke" tritt nicht zur Wahl des Kreistags an

LUDWIGSHAFEN. Bei der Wahl zum Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises am 25. Mai wird die Partei "Die Linke" nicht antreten. Das haben der Vorstand des Kreisverbands der "Linken" und die Kandidaten beschlossen – aus Protest gegen den Landesvorsitzenden Alexander Ulrich.

Kreisschatzmeister Manfred Bardon begründet diesen Schritt im Namen des Kreisvorstands mit der "mangelnden Unterstützung durch den Landesverband und die durch den Landesvorsitzenden Alexander Ulrich gesteuerte äußerst zweifelhafte Listenaufstellung zur Stadtratswahl in Ludwigshafen." Dort habe Ulrich durch eigene Gefolgsleute massiv Einfluss genommen und diese, die gar nicht zum Kreisverband gehören, auf die Liste gehievt (wir berichteten am 17. März). Eine Liste, von der sich der Kreisverband distanziert hat, wie Bardon gegenüber der RHEINPFALZ mit Blick auf die Kandidaten in Ludwigshafen meint, die zum großen Teil eigentlich aus dem Kreisverband Frankenthal stammen würden.

Die "Linke" im Rhein-Pfalz-Kreis, erkläre sich solidarisch mit den Parteifreunden aus der Stadt, sagt Bardon auf Nachfrage, Stadt und Rhein-Pfalz-Kreis bilden bei der "Linken" eigemeinsamen Kreisverband. Zwar sei die Kreistagsliste bei einer Veranstaltung in Mutterstadt regulär und ohne Einflussnahme zustande gekommen. Trotzdem haben sich die Mitglieder entschlossen, ihre Kandidatenliste nicht einzureichen. "Wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir uns der "Aufräumaktion" des Herrn Ulrich nicht widerstandslos aussetzen", betont Bardon, Die Frist zur Einreichung der Listen läuft am Montag ab. Die Linke war auch im bisherigen Kreistag nicht vertreten, (umi)

Linke gegen Linke: Zwei Kreisvorsitzende gehen

Partei Krach um Listenparteitag und den Spitzenkandidaten Bülow für die Landtagswahl 2016

Von unserer Redakteurin Ursula Samary

■ Rheinland-Pfalz. Streit vor Gericht, Austritte und Rücktritte: In der Linkspartei kracht es weiter gewaltig – auch weil sie gerade den Sprecher der Landespartei, Jochen Bülow aus Neuwied, in Mainz zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016 gekürt hat. "In großer Einigkeit", wie Alexander Ulrich als Vorsitzender verbreitet und das Wahlziel "6 Prozent plus x" als "realistisch" ausruft. "Diese Liste ist nicht wählbar", sagen dagegen zwei Kreisvorsitzende.

In Cochem-Zell legt Martin Krötz deshalb seine Parteiämter nieder und rechnet scharf ab. Die Landespartei müsse von unten neu aufgebaut werden. Die Kandidatenliste stehe für "politische Unkultur" - sei ein "von wenigen Funktionären gesteuertes antidemokratisches Konstrukt". Denn es sei "eine Phalanx aus Leuten einiger Seilschaften" gewählt worden, die auch vor "keiner Täuschung der Kreisverbände, Parteimitglieder und Delegierten zurückschrecken". Krötz, seit 2009 Kreischef, tritt zum Monatsende von allen Parteiämtern zurück, bleibt aber im Kreistag. Ob sich ein anderer findet, der Wahlkampf für Die Linke im Kreis Cochem-Zell machen will, weiß er nicht.

Als Reaktion auf die Liste ("ein Hohn") hatte bereits der Chef des

Ludwigshafen/ Kreisverbands Rhein-Pfalz-Kreis, Günter Kopp, sofort sein Amt niedergelegt. Die Liste belohne nur "willfährige Gefolgsleute des Systems Ulrich", erklärt er. In einem "Klima des Hasses" würden seit Jahren oppositionelle Kreisverbände mundtot gemacht, "um Pfründe zu sichern". Weil sie Transparenz in der Parteistruktur vermisst, ist zuvor Alexandra Erikson im Rhein-Hunsrück-Kreis aus der Partei ausgetreten. Sie kritisiert "ein Amigotum". Sie gehörte 2012 bis 2013 einem Viererteam an der Spitze der Landespartei an. Dem Landesverband den Rücken gekehrt hat auch die frühere Landesvorsitzende Kathrin Senger-Schäfer.

Der Streit, der zwischen Bülow und dem Koblenzer Kreisvorsitzenden, Christian Hirkes, eskaliert ist, beschäftigt das Mainzer Amtsgericht. Über eine Hirkes-Klage gegen eine satzungswidrige Besetzung des Schiedsgerichts wird dort am 26. Juni verhandelt. Zudem hat Hirkes eine einstweilige Verfügung gegen Die Linke erwirkt. Die Erklärung, wonach gerichtlicher Streit dem Landesverband schade, erwecke "zu Unrecht" den Eindruck, es handele sich um eine Erklärung der Kreisverbände. Denen sei diese aber zuvor gar nicht vorgelegt worden. Wahlkampfleiter Fabian Bauer meint, die Partei müsse den Blick nach vorn richten.



Linke macht Linkspartei schwere Vorwürfe

Vorwürfen gegen den Landesvorsitzenden Alexander Ulrich verlässt die frühere Landeschefin und
Bundestagsabgeordnete Kathrin
Senger-Schäfer Die Linke Rheinland-Pfalz. Sie kritisiert undemokratische Zustände. "Eine Landespartei, in der Mitglieder beleidigt,
diffamiert, bedroht und mittels unhaltbarer Gerüchte ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, hat
nichts mit dem zu tun, wofür Die
Linke steht", so die Politikwissenschaftlerin aus Ludwigshafen. us







Start

Aktuelles

Über uns 🗸

Das Team V

Interviews

Kolumnen V

Ju

★ Home ► Aktuelles ►

Marion Morassi über den Zustand der RLP-Linken: "Der LV ist für seine Strippenziehereien bekar

MARION MORASSI ÜBER DEN ZUSTAND DER RLP-LINKE

"DER LV IST FÜR SEINE STRIPPENZIEHEREIEN BEKANNT

Aktuelles DIE LINKE Interview A Tim Zborschil 2 26. Oktober 2016 Q 0

Die Linke, Rheinland-Pfalz, Zustand



Marion Morassi (53) kandidierte am 18. September der Vertreter_Innenversammlung der rheinland-pfäl: LINKEN für Platz 1 der Landesliste zur Bundestagsv 2017.

Sie unterlag letztendlich deutlich gegen den Landesvorsitzenden Alexander Ulrich.

Doch im rheinland-pfälzischen Parteigebälg knirsch hörbar. Schlagzeilen über autoritären Führungsstil, Gerichtsverhandlungen zwischen Mitgliedern bestir das öffentliche Bild.

Innerhalb der Partei gilt man heimlich als der unbeli Landesverband.

Warum ist all das so? Stimmen die Vorurteile? Wir h Marion Morassi gesprochen.

Bei den Landtagswahlen im März 2016 hoffte man bis zuletzt auf einen Einzug ins Parlament. I scheiterte man mit nur 2,8% doch ziemlich klar. Kannst Du uns skizzieren, welche Faktoren ein Abschneiden verhindert haben?

Marion Morassi: Der Wahlkampf kam nicht überall in allen Kreisverbänden an. Dort, wo es DirektkandidatInnen gab, hatten diese oft mehr Stimmen als die Landesliste. Die Veranstaltunge ListenkandidatInnen und den "Promis" wurden oft nur in den größeren Städten durchgeführt. Nat spielte auch die AfD eine große Rolle. Da hätte man viel mehr auf konkrete linke Positionen setze

http://www.links-gelenkt.de/2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zus...d-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/

Seite 1 von 7

Welche Konsequenzen wurden aus dem erneuten deutlichen Scheitern gezogen? Wie will sich (Landesverband künftig aufstellen?

Marion Morassi: Es wurden bisher keine Konsequenzen gezogen. Die Devise heißt: weiter wie bis Niemand aus dem LAVO ist zurückgetreten oder hat die Verantwortung für das Debakel übernon

Lediglich Alexander Ulrich hat verkündet, er kandidiert nur noch für den Bundestag. Er tritt wohl r mehr für die Position des Landesvorsitzenden an.

Bei Katrin Werner, der Vorsitzenden, sieht das wieder anders aus. Sie hat sich anscheinend nicht vorzuwerfen, hält sich für unersetzbar und tritt erneut für die Position der Landesvorsitzenden ar Brigitte Freihold und Jörg Lohbach kandidieren wieder für den Geschäftsführenden Vorstand, eb der Schatzmeister Sebastian Knopf, der allerdings auch einen wirklich guten Job macht, wenngle viele Einsparungen durch ihn vorgenommen wurden.

So wurde z.B. der komplette Frauen-Etat ersatzlos gestrichen, den es bis zu seiner ersten Wahl in gab.

Das ist mit ein Grund (neben persönlichen), warum die Frauenstruktur im Land quasi inexistent is der Landesverband sich künftig aufstellen wird, hängt wohl mit der Wahl des neuen Vorstandes zusammen. Bleibt der so wie bisher, dann sehe ich auch für die BTW 2017 eher schwarz.

Spricht man mit Mitgliedern der Linkspartei, merkt man schnell, dass der Landesverband Rheir Pfalz zu den eher unbeliebteren Verbänden gehört. Wie kommt das?

Marion Morassi: Es gibt mehre Gruppierungen um die beiden MdBs und die sogenannte Opposit Durch Einstellung von diversen Minijobbern haben sich die beiden auch unter den Delegierten un diversen Kreisverbänden ihre Netzwerke gezogen. Das frustriert natürlich die anderen Kreisverbäkeine Chance sehen "ihre" Kandidaten durch zu bekommen. Der Landesverband ist für seine "Strippenzieherei" bekannt und dadurch unbeliebt. Da geht man auch mal über linke Ziele hinweg unterstützt Personen, die im Nachhinein als "rechts" einzustufen sind, nur um sich seine Pfründe sichern (Beispiel Patrick Hoffman, ehemals Vorsitzender des KV Kusel, jetzt bei der AfD).

Oft wird ein raues Klima des persönlichen Umgangs miteinander beklagt. Kannst Du das bestät

Marion Morassi: Es gab vor meiner Zeit wohl unter einigen der Akteure auch handfeste Auseinandersetzungen. Das ging so weit, dass bei einem Parteitag Security vor der Tür stehen maker auch die vielen kleinen Gemeinheiten sind bezeichnend. Viele junge AktivistInnen werden "vohne Chance auf eine interessante Position, viele aktive Frauen wurden gemobbt, bis hin zu Parteiausschlussverfahren, gestützt durch den LAVO. Zum Glück ohne Erfolg. Der Landesverban erscheint als extrem frauenfeindlich, obwohl die Quote natürlich notgedrungen eingehalten wird, liebsten besetzt mit unkritischen Frauen, die nicht an der "Macht" der beiden Vorsitzenden kratze Geschieht dies doch, werden sie schnell "weggebissen", siehe Kathrin Senger-Schäfer oder Kathrin Von mir will ich da gar nicht erst sprechen. Ich kämpfe schon seit Jahren mehr oder weniger erfo darum, diese Machtstrukturen zu zerschlagen.

Wenn es der Landesverband in die Printmedien schafft, dann geht es oftmals um Intrigen, Ungereimtheiten oder gerichtliche Prozesse zwischen Mitgliedern. Was ist da los?

http://www.links-gelenkt.de/2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zu...d-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/

Seite 2 von 7

Marion Morassi: Die Landesschiedskommission ist zum großen Teil mit Personen besetzt, die s LAVO verpflichte fühlen, also alles andere als unabhängig agieren. Dadurch haben Kreisverbände berechtigte Kritik am Vorgehen des LAVO haben, z.B. bei der Berechnung der Delegierten, kaum andere Wahl, als vor Zivilgerichten ihr Recht zu suchen. Ich selbst finde das sehr bedauerlich und versuchen meine Differenzen möglichst parteiintern zu klären. Aber bei Rufmord oder bewusster Falschaussagen gegen meine Person gebe ich natürlich auch Vertretern der Medien ein Interviewman dies anfragt. Aktiv nach Außen gehen, würde ich allerdings nicht. Der politische Gegner freu und sitzt ja außerhalb der Partei.

Welche Rolle spielt der aktuelle Landesvorsitzende Alexander Ulrich? Ihm unterstellt man eine autoritären Führungsstil?

Marion Morassi: Dem ist nicht hinzuzufügen: machthungrig, autoritär, kann schlecht von seinen Positionen loslassen.

Dadurch wurde versäumt, eine neue, junge Führungsriege aufzubauen und auch einen neuen Führungsriege aufzubauen und auch einen Norstand, Sonderrechte der beiden Vorsitzenden lieber. So wird das ja auch schon in einigen Kreisverbänden praktiziert.

Du hast vor wenigen Wochen bist Du bei der Listenaufstellung gegen eben jenen Alexander Ulrikandidiert, bist jedoch unterlegen. Der SWR zitierte Dich bezogen auf Ulrich mit den Worten "Wuns abgehängt." Inwiefern fühlst Du und andere Mitstreiter_Innen sich abgehängt?

Marion Morassi: Durch den neuen Delegiertenschlüssel und die "Strippenziehereien" sehen die n kleinen, mitgliederschwachen Kreisverbände keine Chance, ihre Forderungen oder Kandidaturen durchzubringen. Anträge, die dem LAVO nicht passen, werden oft nicht einmal zur Abstimmung sondern schon vorher blockiert oder abgelehnt.

Die Basis soll Wahlkämpfe führen für Personen, hinter denen sie nicht steht. Ganze Regionen sin dadurch quasi inaktiv geworden oder entsenden sogar oft nicht einmal mehr Delegierte zu den Landesparteitagen oder zum Landesausschuss, da man bei diesen Veranstaltungen immer über wird, egal wie gut ein Antrag auch sein mag. Das frustriert natürlich!

Und zuletzt – das ist gängige Tradition bei uns – vervollständige bitte den folgenden Satz: "We Bundeskanzlerin wäre, würde ich […]."

Marion Morassi: ... sofort alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden und Cannabis legalisie

2 Kommentare	
Sortieren nach	Beliebteste
Kommentar hi	nzufügen

http://www.links-gelenkt.de/2016/10/26/marion-morassi-ueber-den-zu...d-der-rlp-linken-der-lv-ist-fuer-seine-strippenziehereien-bekannt/

Seite 3 von 7

Von: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de

Betreff: [Archiv zu DIE LINKE RLP] Elektronisches Forum im Internet gem. § 8 Abs. 2 der Landessatzung / Unterstützung durch

den Parteivorstand in Berlin - DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

Datum: 23. Juni 2019 um 16:56

An: Katrin Werner - Landesvorsitzende DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz katrin.werner@die-linke-rlp.de,

Jochen Bülow - Landesvorsitzender DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz jochen.buelow@die-linke-rlp.de

Kopie: DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Onlineredaktion Marcio Demel marcio.demel@dielinke-zw.de,

DIE LINKE. Kreisverband Donnersberg – Vorstand Helmut Schmidt merian.johe@gmx.de, Pressereferent DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz presse@die-linke-rlp.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ahrweiler – Vorstand Marion Morassi marion-morassi@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Südwestpfalz – Kontakt Kristian Fink kristian.fink@die-linke-ps.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bernkastel-Wittlich vorstand@dielinke-bekawi.de,

DIE LINKE. Kreisverband Mayen-Koblenz - Vorstand Aziz Aldemir linke.myk@hotmail.de,

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lgs@die-linke-rlp.de,

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de,

DIE LINKE. Kreisverband Frankenthal - Vorstand David Schwarzendahl d.schwarzendahl@yahoo.de,

DIE LINKE. Kreisverband Pirmasens info@die-linke-ps.de, Michael Entrich – Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE michael.entrich@die-linke.de, DIE LINKE. Kreisverband Kusel – Vorstand Stefan Krob skrob@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Land alexander.ulrich@wk.bundestag.de, DIE LINKE. Kreisverband Trier-Saarburg kreisvorstand@die-linke-trier-saarburg.de, DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Lena Edel

Lena190696@aol.com, DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Kontakt Bernd Ringle kontakt@dielinke-zw.de,

DIE LINKE. Kreisverband Speyer-Germersheim die-linke-sp-ger@gmx.de,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Kontakt Tobias Schreiner de josteo.de,

Büro der Vorsitzenden DIE LINKE buero parteivorsitz@die-linke.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Kreuznach

kontakt@die-linke-kh.de, DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Michael Kaefer linke@michael-kaefer.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt - Vorstand Fritz Weilacher @gmx.de,

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de,

Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lsk@die-linke-rlp.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Kontakt Stefan Glander glanderst@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Hunsrück - Vorstand Roger Mallmenn rogermallmenn@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Westerwald vorstand@die-linke-westerwald.de,

Christoph Kröpl - Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE christoph.kroepl@die-linke.de,

Harald Wolf - Bundesschatzmeister DIE LINKE harald wolf@die-linke.de, DIE LINKE. Stadtverband Trier

mail@die-linke-trier.de, DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Sandro Kowollik kowolliks@googlemail.com , DIE LINKE. Kreisverband Bitburg-Prüm vorstand@die-linke-bitburg-pruem.de,

Petra Beschorner – Leiterin des Bereiches Parteifinanzen DIE LINKE petra.beschorner@die-linke.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis info@die-linke-ludwigshafen.de,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Lahn vorstand@linke-rhein-lahn.de, DIE LINKE. Kreisverband Alzey-Worms

vorstand@linke-azwo.de, DIE LINKE. Kreisverband Neuwied - Vorstand Jochen Bülow jochen-buelow@t-online.de,

Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesvorstand@die-linke-rlp.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt - Vorstand Michael Freunscht

michael.freunscht@die-linke-bad-duerkheim.de, DIE LINKE. Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen info@dielinke-mz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Vorstand Markus Westermann mwest100@aol.com,

Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder) archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de,

Bereich Parteifinanzen DIE LINKE parteifinanzen@die-linke.de, DIE LINKE. Kreisverband Kusel - Vorstand Oliver Naudsch

olivernaudsch@freenet.de, Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesausschuss@die-linke-rlp.de, DIE LINKE. Kreisverband Koblenz – Sprecherrat sprecherrat@die-linke-koblenz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld – Vorstand Rainer Böß rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de,

Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE bundesschatzmeister@die-linke.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis - Kontakt Liborio Ciccarello @gmx.de,

Claudia Gohde – Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE claudia.gohde@die-linke.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Nathan Mahla nathanm@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Altenkirchen vorstand@die-linke-ak.de

Genossin Landesvorsitzende Katrin Werner, Genosse Landesvorsitzender Jochen Bülow,

in § 8 Abs. 2 der Landessatzung (zuletzt geändert durch Beschluss vom 17.02.2018) heißt es: "Der Landesvorstand schafft ein Forum (Internet), in dem Themen, die für einen Mitgliederentscheid in Frage kommen, dargestellt und von den Initiatoren begründet werden können. Die Kreisvorstände sind verantwortlich dafür, dass alle Mitglieder informiert werden."

Mehrere Mitglieder meines Kreisverbandes, darunter ich selbst (siehe unten), haben einen Zugang zu diesem Forum beantragt und innerhalb einer angemessenen Frist weder per Email noch per Post eine Reaktion erhalten.

Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist ein solches Forum für die innerparteiliche Willensbildung und damit für die innerparteiliche Demokratie von besonderer Bedeutung. Dieses Forum im Internet ist zudem in der Landessatzung vorgeschrieben, also gewissermaßen im "Grundgesetz" des Landesverbands verankert.

Sollte der Landesvorstand bis Ende Juli kein solches Forum eingerichtet und Zugänge erteilt haben, so schlage ich vor, dass dieser sich Unterstützung durch den Parteivorstand in Berlin holt.

Daher setzte ich den Parteivorstand in Kopie, und weil diese Frage von so großer Bedeutung ist, auch die Kreisverbände.

Als schon verfügbare mögliche Übergangslösung und eventuelle Alternative zur Einrichtung eines neuen Forums schlage ich die Nutzung unserer Mailingliste "Diskussion zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" vor, in die man sich auf <u>linke-forum de/abonnieren</u> eintragen kann. Dieser Link müsste dann allen Parteimitgliedern im Landesverband unter Hinweis (*Z*itat)

auf das elektronische Forum im Internet gem. § 8 Abs. 2 der Landessatzung mitgeteilt werden. Neumitglieder sollten im Begrüßungsschreiben darauf hingewiesen werden.

Auch unsere Archiv-Liste hat sich bereits bewährt, in der Parteimitgliedern Dokumente zum Landesverband zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel:

- das Schreiben des Bundesschatzmeisters an mich: https://linke-forum.de/l/rlp-aw-an-bsm-001-anlage-schr-bsm
- unser Antwortschreiben an den Bundesschatzmeister: https://linke-forum.de/l/rlp-aw-an-bsm-001

Solidarische Grüße

Marlene Hilsenrath

Marlene Hilsenrath Vorstand

<u>DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel</u> Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter

Link zum Linke Forum: linke-forum.de

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: Marlene Hilsenrath < marlene@hilsenrath.de >

Betreff: [Archiv zu DIE LINKE RLP] Zugang zum elektronischen Forum im Internet gem. § 8 Abs. 2 der

Landessatzung

Datum: 12. Juni 2019 um 13:18:01 MESZ

An: "Katrin Werner – Landesvorsitzende DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <<u>katrin.werner@die-linke-rlp.de</u>>, "Jochen Bülow – Landesvorsitzender DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <<u>jochen.buelow@die-linke-rlp.de</u>> Kopie: "Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder)" <<u>archiv-zu-linke-rlp.de</u>>

rtp@listi.jpberlin.de>, "Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <landesausschuss@die-linke-rlp.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" <vorstand@die-linke-vulkaneifel.de>, "Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <lgs@die-linke-rlp.de>, "Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <lsk@die-linke-rlp.de>, "Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <landesvorstand@die-linke-rlp.de>

Antwort an: Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder) < archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de

Genossin Landesvorsitzende Katrin Werner, Genosse Landesvorsitzender Jochen Bülow.

in § 8 Abs. 2 der Landessatzung (zuletzt geändert durch Beschluss vom 17.02.2018) heißt es: "Der Landesvorstand schafft ein Forum (Internet), in dem Themen, die für einen Mitgliederentscheid in Frage kommen, dargestellt und von den Initiatoren begründet werden können. Die Kreisvorstände sind verantwortlich dafür, dass alle Mitglieder informiert werden."

 $\underline{https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018_2_Landessatzung_DIE_LINKE_RLP_v2018-02-17.pdf~(S.~4), \\08.06.2019$

Ich bitte um Erteilung eines Zugangs zu diesem Internet-Forum per Email an meine Email-Adresse innerhalb einer Woche, d. h. <u>bis Mittwoch, 19. Juni 2019</u>.

Die Idee zu diesem Forum finde ich übrigens hervorragend!

Solidarische Grüße

Marlene Hilsenrath

Marlene Hilsenrath marlene.hilsenrath.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail ist nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and delete this e-mail. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

Nur für Mitglieder der Partei DIE LINKE.

Abonnieren: https://linke-forum.de/mailinglisten/rlp

Archiv: https://listi.jpberlin.de/mailman/private/archiv-zu-linke-rlp

Mails an die Mailingliste (max. 8000 KB): archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de (oder einfach auf eine Mail aus der Mailingliste

antworten)

Verteiler (für das Archiv im Hauptteil der Email)

An: "Katrin Werner – Landesvorsitzende DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" katrin.werner@die-linke-rlp.de, "Jochen Bülow – Landesvorsitzender DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" jochen.buelow@die-linke-rlp.de,

Kopie: "Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" landesvorstand@die-linke-rlp.de, "Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" |andesausschuss@die-linke-rlp.de>, "Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <|sk@die-linke-rlp.de>, "Pressereferent DIE LINKE. Pfalz" < lgs@die-linke-rlp.de>, "Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder)" < archiv-zu-linkerlp@listi.jpberlin.de>, Claudia Gohde - Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE <claudia.gohde@die-linke.de>, Büro der Vorsitzenden DIE LINKE < buero.parteivorsitz@die-linke.de >, Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE <bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de>, Harald Wolf – Bundesschatzmeister DIE LINKE <harald.wolf@die-linke.de>, Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE < bundesschatzmeister@die-linke.de>, Christoph Kröpl – Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE <<u>christoph.kroepl@die-linke.de</u>>, Petra Beschorner – Leiterin des Bereiches Parteifinanzen $\label{linke_de} \mbox{DIE LINKE} < \mbox{$\underline{$\tt petra.beschorner@die-linke.de$}$}, \mbox{Bereich Parteifinanzen DIE LINKE} < \mbox{$\underline{$\tt petra.beschorner@die-linke.de$}$}, \mbox{Michael Entrich}$ - Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE < michael.entrich@die-linke.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Ahrweiler - Vorstand Marion Morassi" <marion-morassi@t-online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Altenkirchen" <<u>vorstand@die-linke-ak.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Alzey-Worms" <vorstand@linke-azwo.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt - Vorstand Fritz Weilacher" fritz.weilacher@gmx.de, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt – Vorstand Michael Freunscht" <michael.freunscht@die-linke-bad-duerkheim.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Kreuznach" <kontakt@die-linke-kh.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Bernkastel-Wittlich" <vorstand@dielinke-bekawi.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld - Vorstand $\label{eq:rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de} Rainer \ B\"{o}B\"{o}" < \underbrace{rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de} >, "DIE \ LINKE. Kreisverband \ Bitburg-Pr\"{u}m" < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\"{u}m"} < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\r{u}m"} < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\r{u}m"} < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\r{u}m"} < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\r{u}m"} < \underbrace{vorstand@die-linke-bitburg-Pr\r{u}m"}$ pruem.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Donnersberg - Vorstand Helmut Schmidt" <merian.johe@gmx.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Frankenthal - Vorstand David Schwarzendahl" <<u>d.schwarzendahl@yahoo.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Land" <a lexander.ulrich@wk.bundestag.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Lena Edel" < Lena 190696@aol.com>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Michael Kaefer" < linke@michaelkaefer.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Sandro Kowollik" kowolliks@googlemail.com, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Nathan Mahla" <nathan m@web.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Kontakt Stefan Glander" < glanderst@aol.com>, "DIE LINKE. Kreisverband Koblenz - Sprecherrat" <sprecherrat@die-linke-koblenz.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kusel – Vorstand Oliver Naudsch" <oli>olivernaudsch@freenet.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kusel – Vorstand Stefan Krob" <skrob@t-online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße – Vorstand Markus Westermann" <<u>mwest100@aol.com</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße – Kontakt Tobias Schreiner" <<u>tobias.schreiner@posteo.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis" <info@die-linke-ludwigshafen.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis – Kontakt Liborio Ciccarello" <ciccarello@gmx.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen" <info@dielinke-mz.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Mayen-Koblenz - Vorstand Aziz Aldemir" < linke.myk@hotmail.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Neuwied - Vorstand Jochen Bülow" <jochen-buelow@t-online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Pirmasens" <info@die-linke-ps.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Hunsrück – Vorstand Roger Mallmenn" <rogermallmenn@web.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Lahn" <vorstand@linke-rhein-lahn.de</p>
, "DIE LINKE. Kreisverband Speyer-Germersheim" <die-linke-sp-ger@gmx.de</p>
, "DIE LINKE. Kreisverband Südwestpfalz – Kontakt Kristian Fink" < kristian.fink@die-linke-ps.de >, "DIE LINKE. Stadtverband Trier" < mail@die-linke-ps.de >, "DIE LINKE. Stadtverband Trier" < mail@die-lin <u>linke-trier.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Trier-Saarburg" < <u>kreisvorstand@die-linke-trier-saarburg.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" <vorstand@die-linke-vulkaneifel.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Westerwald" <vorstand@die-linkewesterwald.de>, "DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Kontakt Bernd Ringle" <kontakt@dielinke-zw.de>, "DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Onlineredaktion Marcio Demel" <marcio.demel@dielinke-zw.de>

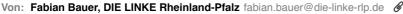
Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

Nur für Mitglieder der Partei DIE LINKE. Abonnieren: https://linke-forum.de/abonnieren

Austragen: https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/archiv-zu-linke-rlp

Archiv: https://linke-forum.de/archiv-rlp

Mails an die Mailingliste (max. 8000 KB): archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de (oder einfach auf eine Mail aus der Mailingliste antworten)



Betreff: Antwort zu Elektronisches Forum im Internet gem. §8,2 Landessatzung

Datum: 1. Juli 2019 um 09:24

An: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de



Liebe Genossinnen und Genossen des Vorstandes des Kreisverbandes Vulkaneifel, Liebe Marlene,

im Bezug auf eure Anfrage vom 23.6.2019 zur Einrichtung eines Elektronischen Forums auf Grundlage von §8 der Satzung möchte ich euch die Stellungnahme im Namen von Katrin Werner und Jochen Bülow übersenden:

Der gesamte §8 der Landessatzung bezieht sich auf Mitgliederentscheide und die einzelnen Schritte / Formalia zu Mitgliederentscheiden. Hierin ist unter §8,2 die Notwendigkeit der Einrichtung eines Forums im Bezug auf die Mitgliederentscheide und die darin enthaltenen Themen aufgeführt.

Da derzeit auf Landesebene kein Mitgliederentscheid stattfindet, ist auch die Einrichtung eines wie auch immer gearteten Forums nicht geboten.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Werner und Jochen Bülow

Fabian Bauer

Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle Gärtnergasse 24 55116 Mainz

Mail: fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49 Mobil: 0176 / 321 79 755 Internet: www.die-linke-rlp.de

·

IBAN des Landesverbandes bei der Mainzer Volksbank DE07 5519 0000 0870 9880 11



Fabian Bauer
DIE LINKE Landesverband Rhe...
Mitarbeiter mit geschäftsführ...
06131-237945 Geschäftlich
0176-32179755 Mobiltelefon
fabian.bauer@die-linke-rlp.de
Landesgeschäftsstelle
Gärtnergasse 24
55116 Mainz
www.die-linke-rlp.de

Von: Marlene Hilsenrath - DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel marlene.hilsenrath@die-linke-vulkaneifel.de

Betreff: Re: Anträge zum Landesparteitag, Unterlagen zum Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten im

Landesverband Rheinland-Pfalz (Wirtschaftsprüfer, LFRK, BFRK) - DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Datum: 24. Oktober 2019 um 16:51

An: DIE LINKE RLP, Landesgeschäftsstelle lgs@die-linke-rlp.de, Fabian Bauer fabian.bauer@die-linke-rlp.de,

Sevim Dagdelen - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sevim.dagdelen@bundestag.de,

Uwe Stegemann - Büroleiter Sevim Dagdelen sevim.dagdelen.ma01@bundestag.de,

Rüdiger Göbel – wissenschaftlicher Mitarbeiter Wahlkreisbüro Sevim Dagdelen sevim.dagdelen.ma02@bundestag.de,

Moritz Müller - Wahlkreisbüro Sevim Dagdelen sevim.dagdelen.ma04@bundestag.de

Kopie: Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesvorstand@die-linke-rlp.de,

Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz landesausschuss@die-linke-rlp.de,

Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz lsk@die-linke-rlp.de,

Pressereferent DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz presse@die-linke-rlp.de,

Archiv zu DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz (nur für Parteimitglieder) archiv-zu-linke-rlp@listi.jpberlin.de,

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de,

Claudia Gohde - Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE claudia.gohde@die-linke.de,

Christoph Kröpl - Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE christoph.kroepl@die-linke.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ahrweiler - Vorstand Marion Morassi marion-morassi@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Altenkirchen vorstand@die-linke-ak.de, DIE LINKE. Kreisverband Alzey-Worms

vorstand@linke-azwo.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt - Vorstand Fritz Weilacher

fritz.weilacher@gmx.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt - Vorstand Michael Freunscht michael.freunscht@die-linke-bad-duerkheim.de, DIE LINKE. Kreisverband Bad Kreuznach kontakt@die-linke-kh.de,

DIE LINKE. Kreisverband Bernkastel-Wittlich vorstand@dielinke-bekawi.de,

DIE LINKE, Kreisverband Birkenfeld – Vorstand Rainer Böß rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de.

DIE LINKE. Kreisverband Bitburg-Prüm vorstand@die-linke-bitburg-pruem.de,

DIE LINKE. Kreisverband Donnersberg - Vorstand Helmut Schmidt merian.johe@gmx.de,

DIE LINKE. Kreisverband Frankenthal - Vorstand David Schwarzendahl d.schwarzendahl@yahoo.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Land alexander.ulrich@wk.bundestag.de,

DIE LINKE, Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Lena Edel Lena 190696@aol.com.

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Michael Kaefer linke@michael-kaefer.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Sandro Kowollik kowolliks@googlemail.com, DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Nathan Mahla nathanm@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Kontakt Stefan Glander glanderst@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Koblenz - Sprecherrat sprecherrat@die-linke-koblenz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kusel - Vorstand Oliver Naudsch olivernaudsch@freenet.de,

DIE LINKE. Kreisverband Kusel - Vorstand Stefan Krob skrob@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Vorstand Markus Westermann mwest100@aol.com,

DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße - Kontakt Tobias Schreiner @posteo.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis info@die-linke-ludwigshafen.de,

DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis - Kontakt Liborio Ciccarello @gmx.de,

DIE LINKE. Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen info@dielinke-mz.de,

DIE LINKE. Kreisverband Mayen-Koblenz – Vorstand Aziz Aldemir linke.myk@hotmail.de,

DIE LINKE. Kreisverband Neuwied - Vorstand Jochen Bülow jochen-buelow@t-online.de,

DIE LINKE. Kreisverband Pirmasens info@die-linke-ps.de,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Hunsrück - Vorstand Roger Mallmenn rogermallmenn@web.de,

DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Lahn vorstand@linke-rhein-lahn.de, DIE LINKE. Kreisverband Speyer-Germersheim die-linke-sp-ger@gmx.de, DIE LINKE. Kreisverband Südwestpfalz - Kontakt Kristian Fink kristian fink@die-linke-ps.de,

DIE LINKE. Stadtverband Trier mail@die-linke-trier.de, DIE LINKE. Kreisverband Trier-Saarburg

kreisvorstand@die-linke-trier-saarburg.de, DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de,

DIE LINKE. Kreisverband Westerwald vorstand@die-linke-westerwald.de,

DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Kontakt Bernd Ringle kontakt@dielinke-zw.de,

DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Onlineredaktion Marcio Demel marcio.demel@dielinke-zw.de

Blindkopie: Marlene Hilsenrath - DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel marlene.hilsenrath@die-linke-vulkaneifel.de

Sehr geehrter Herr Bauer,

heute (Do. 24.10.2019, 14:24 Uhr) hat unser Kreisschatzmeister mit Claudia Gohde (Leiterin der Bundesgeschäftsstelle) telefoniert

Claudia – ggf. möge sie bitte korrigieren - wies darauf hin, dass bei Einreichung von Anträgen im Namen des Kreisverbands das Verlangen eines Hinweises auf einen Beschluss zwar unüblich, aber nicht ausgeschlossen sei. Im Regelfall vertraue man bei der Einreichung der Anträge durch die/den Kreisvorsitzende/n auf das Vorhandensein eines solchen.

Im Falle des Verlangens eines Hinweises auf einen entsprechenden Beschluss reiche der Hinweis auf einen Beschluss des Kreisvorstandes aus. Dies habe sie Ihnen (Fabian Bauer) auch bereits mitgeteilt.

Ich weise hiermit auf einen entsprechenden Beschluss des Kreisvorstandes vom 20.10.2019 hin.

Ich bitte um umgehende Bestätigung, d. h. bis morgen (Freitag, 25. Oktober 2019), dass die Anträge mit dem originalen Wortlaut, d. h. mit "von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" als Antragsteller, als form- und fristgerecht eingegangen

Das Verhalten der Landesgeschäftsstelle und insbesondere von Fabian Bauer (unübliches Verhalten bei Einreichung kritischer Anträge, unzulässiges Verlangen eines Hinweises auf einen Beschluss einer Kreismitgliederversammlung, Ausbleiben einer umgehenden Korrektur auch nach Hinweis durch die Leiterin der Bundesgeschäftsstelle) zusammen mit Schilderungen von Genossinnen und Genossen über ähnliche Vorkommnisse in der Vergangenheit werten wir als deutliches Indiz dafür, dass die



Landesgeschäftsstelle und insbesondere Fabian Bauer nicht neutral, sondern im Sinne des "Systems Ulrich" agieren und die Ausübung der demokratischen Rechte der innerparteilichen Organe bewusst zu vereiteln versuchen. Mit freundlichen Grüßen Marlene Hilsenrath Marlene Hilsenrath Vorstand **DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel** Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter Link zum Linke Forum: linke-forum.de Am 24.10.2019 um 12:04 schrieb DIE LINKE RLP, Landesgeschäftsstelle < lgs@die-linke-rlp.de>: Liebe Marlene vielen Dank für die wortreiche Rückmeldung, welche iedoch leider meine Nachfrage in keinster Weise beantwortet. Folglich gehe ich davon aus, dass der Kreisverband (also die Gesamtheit der Mitglieder des KV Vulkaneifel) nicht über die vorgelegten Anträge abstimmen konnten und somit der Kreisverband nicht Antragsteller_in seien kann. Dies als Winkelzug abzutun finde ich sehr schade, da Formalia einzuhalten sind. Unbenommen bleibt dem Kreisverband, dem Kreisvorstand oder ähnlichen Gremien Anträge einzureichen oder dies auch noch im Nachgang zu tun, damit dies in den Dokumenten des Parteitages korrigiert werden kann. Weiterhin und zum Abschluss möchte ich mitteilen, dass die allermeisten Kreisverbände und Gremien uns jeweils zumindest das Datum des Beschlusses oder Ähnliche Eckdaten mitteilen. Schade, dass dies durch euch nicht erfolgt ist. Vielen Dank im Voraus **Fabian Bauer** Am 23.10.2019 um 00:19 schrieb "Marlene Hilsenrath - DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel": Sehr geehrter Herr Bauer, ich bitte um umgehende Bestätigung, d. h. bis übermorgen (Freitag, 25. Oktober 2019), dass die Anträge mit dem originalen Wortlaut, d. h. mit "von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" als Antragsteller, als form- und fristgerecht eingegangen gelten. Laut Bundessatzung sind Vorstände antragsberechtigt und müssen lediglich den Antrag, nicht aber damit zusammenhängende Beschlüsse mitteilen: (1) Anträge können von den Mitgliedern, den Vorständen und anderen Gremien aus Gebietsverbänden, von Zusammenschlüssen und vom anerkannten Jugendverband der Partei gestellt werden. (2) Anträge sind beim zuständigen Vorstand der Partei einzureichen. Dieser hat sie unverzüglich dem nach dieser Satzung zuständigen Organ zuzuleiten. Über die Weiterleitung ist die Antragstellerin bzw. der Antragsteller innerhalb von drei Wochen nach Eingang des Antrages zu informieren. Im Übrigen gehört es auch nicht zur allgemeinen Verfahrensweise der Partei, bei der Einreichung von Anträgen eine "Mitteilung des Beschlusses" vorzunehmen. Ich verweise auf die gängige Praxis in der Partei, insbesondere den letzten Bundesparteitag (vgl. Antragsheft 1, S. 10 f.). Es wird darum gebeten, von der Verwendung durchschaubarer Strategien abzusehen, insbesondere vom Kreisverband (Kreisvorstand) eingereichte Anträge lediglich als Anträge von Einzelpersonen zu behandeln, um so leichter auf Landesparteitagen deren Glaubwürdigkeit untergraben zu können. Dem Vernehmen nach gehört es zu den üblichen Techniken des "Systems Ulrich", Kritik als den Unsinn Einzelner abzutun, um Kritiker systematisch auszugrenzen und damit die Kritik entwerten zu können. Es liegt auf der Hand, dass hier dieselbe Vorgehensweise vermutet werden kann. Es kann nicht sein, dass Gliederungen der Partei in der Wahrnehmung fundamentaler demokratischer Rechte wie der Einreichung von Anträgen durch formale Hürden oder Winkelzüge behindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Schrifsatz Problem-LV-0005-2019-001

Marlene Hilsenrath Kreisvorsitzende

Marlene Hilsenrath

Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter

Link zum Linke Forum: linke-forum.de

Am 22.10.2019 um 13:14 schrieb DIE LINKE RLP, Landesgeschäftsstelle tgs@die-linke-rlp.de:

Hallo Marlene,

sollte es sich um Anträge des Kreisverbandes Vulkaneifel handeln, bitte ich um Mitteilung des Beschlusses der Mitgliederversammlung, auf der die Einreichung beschlossen wurde.

Sollte diese Mitteilung nicht erfolgen, werde ich als Antragsteller "Ken Kubota, KV Vulkaneifel" aufführen.

MsG und Vielen Dank

Fabian Bauer

Am 21.10.2019 um 17:59 schrieb Marlene Hilsenrath:

Da es um die Anträge 1–3, G1–G2 und S1–S2 **des Kreisverbands Vulkaneifel** zum Landesparteitag geht, muss ich an dieser Stelle nochmals nachhaken.

Ken hatte die Anträge nur <u>hilfsweise</u> im eigenen Namen eingereicht. Eigentlich hätte meine, nämlich die erste Email, bestätigt werden müssen.

Weil die Antwort nicht eindeutig ist, bitte ich um Bestätigung, dass die Anträge mit dem originalen Wortlaut, d. h. mit "von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" (nicht: "von Ken Kubota (Delegierter Kreisverband Vulkaneifel)"), als form- und fristgerecht eingegangen gelten.

Marlene Hilsenrath

Marlene Hilsenrath

Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter

Link zum Linke Forum: linke-forum.de

Am 21.10.2019 um 13:34 schrieb DIE LINKE RLP, Landesgeschäftsstelle < lgs@die-linke-rlp.de>:

Hallo Marlene,

wie ich bereits Ken mitgeteilt habe, sind die Anträge ordnungsgemäß eingegangen.

MsG

Fabian Bauer

Am 21.10.2019 um 13:30 schrieb DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel:

Sehr geehrter Herr Bauer,

gestern überreichte ich die Anträge 1-3, G1-G2 und S1-S2 des Kreisverbands Vulkaneifel zum Landesparteitag.

Zur Erinnerung, ich hatte um Bestätigung (Email) über den form- und fristgerechten Eingang gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Marlene Hilsenrath

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter

Link zum Linke Forum: linke-forum.de

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: "DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" <<u>vorstand@die-linke-vulkaneifel.de</u>>
Betreff: Anträge zum Landesparteitag, Unterlagen zum Verdacht auf Manipulation von
Mitgliederdaten im Landesverband Rheinland-Pfalz (Wirtschaftsprüfer, LFRK, BFRK) – DIE LINKE.
Kreisverband Vulkaneifel

Datum: 20. Oktober 2019 um 20:25:53 MESZ

An: Fabian Bauer <fabian.bauer@die-linke-rlp.de>, "Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <fgs@die-linke-rlp.de>, "Dr. Wolfram Klüber" <buero@dr-klueber.de>, Landesfinanzrevisionskommission <frk@die-linke-rlp.de>, Bundesfinanzrevisionskommission <frk@die-linke.de>

Kopie: "Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <landesvorstand@die-linke-rlp.de>, "Präsidium des Landesausschusses DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <<u>landesausschuss@dielinke-rlp.de</u>>, "Landesschiedskommission DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz" <<u>lsk@die-linke-</u> rlp@listi.jpberlin.de>, Claudia Gohde – Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE <claudia.gohde@dielinke.de>, Büro der Vorsitzenden DIE LINKE < buero.parteivorsitz@die-linke.de>, Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE <<u>bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de</u>>, Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE <<u>bundesschatzmeister@die-linke.de</u>>, Christoph Kröpl – Leiter des Bereiches Kampagnen und Parteientwicklung DIE LINKE < christoph.kroepl@die-linke.de>, Petra Beschorner – Leiterin des Bereiches Parteifinanzen DIE LINKE petra.beschorner@die-linke.de, Bereich Parteifinanzen DIE LINKE <parteifinanzen@die-linke.de>, Michael Entrich – Büro des Bundesschatzmeisters DIE LINKE <michael.entrich@die-linke.de</p>, "DIE LINKE. Kreisverband Ahrweiler – Vorstand Marion Morassi" <marion-</p> morassi@t-online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Altenkirchen" < vorstand@die-linke-ak.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Alzey-Worms" <<u>vorstand@linke-azwo.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt – Vorstand Fritz Weilacher" <<u>fritz.weilacher@gmx.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt – Vorstand Michael Freunscht@die-linke-bad-duerkheim.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Bad Kreuznach" < kontakt@die-linke-kh.de >, "DIE LINKE. Kreisverband Bernkastel-Wittlich" <<u>vorstand@dielinke-bekawi.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld – Vorstand Rainer Böß" <<u>rainer-boess@linke-kv-birkenfeld.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Bitburg-Prüm" <<u>vorstand@die-linke-bitburg-</u> pruem.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Donnersberg - Vorstand Helmut Schmidt" <merian.johe@gmx.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Frankenthal – Vorstand David Schwarzendahl" <<u>d.schwarzendahl@yahoo.de</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Land" <a lexander.ulrich@wk.bundestag.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Lena Edel" <<u>Lena190696@aol.com</u>>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Michael Kaefer" < kaefer.de, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt – Vorstand Sandro Kowollik" kowolliks@googlemail.com, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Vorstand Nathan Mahla" <nathanm@web.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kaiserslautern-Stadt - Kontakt Stefan Glander" < glanderst@aol.com >, "DIE LINKE. Kreisverband Koblenz - Sprecherrat" <sprecherrat@die-linke-koblenz.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kusel Vorstand Oliver Naudsch" <olivernaudsch@freenet.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Kusel – Vorstand Stefan Krob" <skrob@t-online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße – Vorstand Markus Westermann" < mwest100@aol.com >, "DIE LINKE. Kreisverband Landau / Südliche Weinstraße – Kontakt Tobias Schreiner" < tobias.schreiner@posteo.de >, "DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis" < info@die-linke-ludwigshafen.de >, "DIE LINKE. Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis -Kontakt Liborio Ciccarello" < ciccarello@gmx.de >, "DIE LINKE. Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen" <info@dielinke-mz.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Mayen-Koblenz – Vorstand Aziz Aldemir" linke.myk@hotmail.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Neuwied – Vorstand Jochen Bülow" <jochen-buelow@t-</p> online.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Pirmasens" info@die-linke-ps.de, "DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Hunsrück – Vorstand Roger Mallmenn" rogermallmenn@web.de, "DIE LINKE. Kreisverband Rhein-Lahn" <vorstand@linke-rhein-lahn.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Speyer-Germersheim" <die-linke-sp-</p> ger@gmx.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Südwestpfalz – Kontakt Kristian Fink" < kristian.fink@die-linkeps.de>, "DIE LINKE. Stadtverband Trier" < mail@die-linke-trier.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Trier-Saarburg" < kreisvorstand@die-linke-trier-saarburg.de>, "DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" < vorstand@die-linke-vulkaneifel.de >, "DIE LINKE. Kreisverband Westerwald" < vorstand@die-linkewesterwald.de>, "DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken - Kontakt Bernd Ringle" <kontakt@dielinke-<u>zw.de</u>>, "DIE LINKE. Stadtverband Zweibrücken – Onlineredaktion Marcio Demel" <<u>marcio.demel@dielinke-zw.de</u>>, "DIE LINKE. Landesverband Baden-Württemberg" <<u>info@die-linke-bw.de</u>>, "DIE LINKE. Landesverband Bayern" <info@die-linke-bayern.de>, "DIE LINKE. Landesverband Berlin" <info@dielinke.berlin>, "DIE LINKE. Landesverband Brandenburg" <info@dielinke-brandenburg.de>, "DIE LINKE. Landesverband Bremen" < info@dielinke-bremen.de >, "DIE LINKE. Landesverband Hamburg" <geschaeftsstelle@die-linke-hamburg.de>, "DIE LINKE. Landesverband Hessen" <kontakt@die-linke-</p> hessen.de>, "DIE LINKE. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern" <info@die-linke-mv.de>, "DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen" <landesverband Niedersachsen" landesverband Niedersachsen" landesverband Niedersachsen" landesverband Niedersachsen" landesverband Rheinland-Pfalz" landesverband Rheinland-Rheinland-Rheinland-Rheinland-Rheinland-Rh "DIE LINKE. Landesverband Saarland" < info@dielinke-saar.de >, "DIE LINKE. Landesverband Sachsen" < kontakt@dielinke-sachsen.de >, "DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt" < lgst@dielinke-lsa.de >, "DIE LINKE. Landesverband Schleswig-Holstein" < info@linke-sh.de >, "DIE LINKE. Landesverband Thüringen' <<u>lgeschaeftsstelle@die-linke-thueringen.de</u>>, Jan van Aken – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>jan.vanaken@die-linke.de</u>>, Ali Al-Dailami – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>ali.aldailami@die-linke.de</u>> linke.de>, Friederike Benda - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < friedrike.benda@die-linke.de> Judith Benda - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < judith.benda@die-linke.de >, Arne Brix - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <arne.brix@die-linke.de>, Christine Buchholz – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < christine.buchholz@die-linke.de>, Tobias Bank – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <tobias.bank@die-linke.de>, Ulrike Eifler – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <ulrrive.eifler@die-linke.de> linke.de>, Franziska Fehst – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <franziska.fehst@die-linke.de>, Katalin Gennburg – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < katalin.gennburg@die-linke.de, Thies Gleiss - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < thies.gleiss@die-linke.de, Harri Grünberg – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < harri.gruenberg@die-linke.de, Bettina Gutperl – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < bettina.gutperl@die-linke.de >, Stefan Hartmann – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <stefan.hartmann@die-linke.de>. Claudia Havdt - Mitalied des Parteivorstands DIE LINKE

<<u>claudia.haydt@die-linke.de</u>>, Andrej Hunko – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>andrej.hunko@die-</u> linke.de>, Sigrid Hupach - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>sigrid.hupach@die-linke.de</u>>, Katja Kipping - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < katja.kipping@die-linke.de >, Ralf Krämer - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>ralf.kraemer@die-linke.de</u>>, Kerstin Köditz – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>kerstin.koedie-linke.de</u>>, Sofia Leonidakis – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Sofia Leonidakis – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE Linke (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE Linke (<u>sofia.leonidakis@die-linke.de</u>>, Adver Merk – Mitglied des Parteivorstands DIE Linke (<u>sofia.leoni</u> linke.de>, Zaklin Nastic - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < zaklin.nastic@die-linke.de>, Thomas Nord – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>thomas.nord@die-linke.de</u>>, Simone Oldenburg – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < simone.oldenburg@die-linke.de >, Tobias Pflüger – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < tobias.pflueger@die-linke.de >, Lucy Redler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < LINKE < lucy.redler@die-linke.de>, Martina Renner – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <a href="martina.renner@die-link <johanna.scheringer-wright@die-linke.de>, Jörg Schindler – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <joerg.schindler@die-linke.de</p>
, Martin Schirdewan – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <martin.schirdewan@die-linke.de</p>
, Christiane Schneider – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <<u>christiane.schneider@die-linke.de</u>>, "Dr. Ilja Seifert – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE" <ilja.seifert@die-linke.de>, Marika Tändler-Walenta – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>, Frank Tempel – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>, Daniela Trochowski – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>, Axel Troost – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>, Axel Troost – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>, Axel Troost – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE km.de rank.tempel@die-linke.de>), Axel Troost – Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE linke.de>, Jochem Visser - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE <jochem.visser@die-linke.de>, Janine Wissler - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE < janine.wissler@die-linke.de >, Harald Wolf - Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harald.wolf@die-linke.de, Raul Zelik — Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harald.wolf@die-linke.de, Raul Zelik — Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harald.wolf@die-linke.de, Raul Zelik — Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE harald.wolf@die-linke.de, "Bundestag" harald.wolf@die-linke.de, "Fraktion.de, "Doris Achelwilm — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.de, "Simone Praktion DIE LINKE. im Bundestag." harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag." harald.wolf@die-linke.de, "Gökay Akbulut — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag." harald.wolf@die-linke.de, "Simone Praktion DIE LINKE. im Bundestag." harald.wolf@die-linke.de LINKE. im Bundestag" < simone.barrientos@bundestag.de>, "Dr. Dietmar Bartsch – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" gosta Beutin - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <lorenz.beutin@bundestag.de>, "Matthias W. Birkwald – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <matthias-</p> w.birkwald@bundestag.de>, "Heidrun Bluhm - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" heidrun.bluhm@bundestag.de, "Michel Brandt – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
michel.brandt@bundestag.de, "Christine Buchholz – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <<u>christine.buchholz@bundestag.de</u>>, "Birke Bull-Bischoff – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <<u>birke.bull-bischoff@bundestag.de</u>>, "Jörg Cezanne – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <joerg.cezanne@bundestag.de>, "Sevim Dagdelen - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <sevim.dagdelen@bundestag.de>, "Fabio De Masi - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <a href="mailto:nabbund <sylvia.gabelmann@bundestag.de>, "Nicole Gohlke - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <a href="mailto:squar https://www.news.com/stages/<a href="https://www.news.com/stages <ulla.jelpke@bundestag.de>, "Kerstin Kassner – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" katja Kipping – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"kerstin DIE LINKE. im Bundestag"kerstin DIE LINKE. im Bundestag.de>, "Jutta Krellmann – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.de>, "Caren Lay – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.de>, "Sabine Leidig — Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.de>, "Ralph Lenkert – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.de <ralph.lenkert@bundestag.de</p>, "Michael Leutert – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" michael.leutert@bundestag.de, "Stefan Liebich – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"stefan.liebich@bundestag.de, "Dr. Gesine Lötzsch – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <<u>gesine.loetzsch@bundestag.de</u>>, "Thomas Lutze – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <<u>thomas.lutze@bundestag.de</u>>, "Pascal Meiser – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <pascal.meiser@bundestag.de</pre>>, "Amira Mohamed Ali – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <amira.mohamedali@bundestag.de>, "Cornelia Möhring - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<cornelia.moehring@bundestag.de>, "Niema Movassat - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<niema.movassat@bundestag.de>, "Norbert Müller - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<norbert.mueller@bundestag.de>, "Zaklin Nastic - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" , Zaklin Nastic - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Dr. Alexander S. Neu - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Thomas Nord - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Petra Pau - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Sören Pellmann - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Victor Perli - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"

, "Topias Blüger - Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag." < victor.perli@bundestag.de >, "Tobias Pflüger - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" <victor.perli@bundestag.de>, "Tobias Pfluger – Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag"
<tobias.pflueger@bundestag.de>, "Ingrid Remmers – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

<ingrid.remmers@bundestag.de>, "Martina Renner – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

<martina.renner@bundestag.de>, "Bernd Riexinger – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

<bernd.riexinger@bundestag.de>, "Eva-Maria Schreiber – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

cpetra.sitte@bundestag.de>, "Dr. Petra Sitte – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

cpetra.sitte@bundestag.de>, "Helin Evrim Sommer – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag" evrim.sommer@bundestag.de>, "Kersten Steinke - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag'

< <u>kersten.steinke@bundestag.de</u>>, "Friedrich Straetmanns – Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"

<friedrich.straetmanns@bundestag.de>, "Dr. Kirsten Tackmann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<kirsten.tackmann@bundestag.de>, "Jessica Tatti - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<jessica.tatti@bundestag.de>, "Alexander Ulrich - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
<alexander.ulrich@bundestag.de>, "Kathrin Vogler - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
kathrin.vogler@bundestag.de, "Dr. Sahra Wagenknecht - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
kathrin.vogler@bundestag.de, "Andreas Wagener - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
kathrin.vogler@bundestag.de, "Harald Weinberg - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
katrin.werner@bundestag.de, "Katrin Werner - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
katrin.werner@bundestag.de, "Sabine Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Sabine Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag"
hubertus.zdebel@bundestag.de, "Pia Zimmermann - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag."

Sehr geehrter Herr Bauer,

in der Anlage überreichen wir die Anträge 1–3, G1–G2 und S1–S2 des Kreisverbands Vulkaneifel zum Landesparteitag.

Wir bitten um Bestätigung (Email) über den form- und fristgerechten Eingang.

Außerdem setzen wir in Kopie, insbesondere wegen der beigefügten Unterlagen von Leo Stefan Schmitt und des beigefügten Urteil des Landgerichts Zweibrücken gegen das Mitglied des Landesvorstands Frank Eschrich:

- Dr. Wolfram Klüber, Wirtschaftsprüfer, Hubertusallee 47, 14193 Berlin, <u>buero@dr-klueber.de</u> (Adressat jährliche Vollständigkeitserklärung der Schatzmeister der Kreisverbände)
- Stefan Hemschemeier (Landesfinanzrevisionskommission Rheinland-Pfalz)
- Landesfinanzrevisionskommission < lfrk@die-linke-rlp.de>
- Bundesfinanzrevisionskommission

 bfrk@die-linke.de>

Wir sehen die ordnungsgemäße Buchführung und Mitgliederführung im Landesverband gegenwärtig als nicht gewährleistet, insbesondere, weil im "Prüfungsblatt für Revisionen im Kreisverband", das per Rundmail am 30.09. im Landesverband verteilt wurde, eine Quittung mit Originalunterschrift für das Vorjahr oder das laufende Jahr für den Fall von Barzahlungen oder Sammelüberweisungen von Mitgliedsbeiträgen nicht aufgeführt sind.

Dies, obwohl das Problem mehrfach Gegenstand von Auseinandersetzungen – sogar gerichtlichen – im Landesverband waren.

Der Landesverband, einschließlich Landesschatzmeister Peter Weinand, verweigert eine Kooperation und mauert.

Auch auf die beigefügte Email vom 12. September 2019 (Betreff: Anforderung Unterlagen (u. a. Verdacht der Manipulation von Mitgliederdaten), Einsicht Beschlüsse) erhielten wir keine Antwort.

Es wird auf den beigefügten Antrag S2 (Gemeinsame Feststellung der Delegiertenzahlen) verwiesen und auszugsweise zitiert:

Es besteht der Verdacht auf Manipulation der Mitgliederdaten.

Der Landesverband, einschließlich Landesschatzmeister Peter Weinand, verweigert eine Kooperation und mauert. Stattdessen versucht der Landesverband unter formalen Vorwänden, einen Kreisverband durch Entzug der Kasse an der Beschreitung des zivilrechtlichen Wegs zu behindern, der sich in der Vergangenheit (im Gegensatz zu den innerparteilichen Schiedgerichten) bewährt hat (mehrere Gerichtsurteile gegen den Landesverband).

Einer gemeinsamen Prüfung der Sache (Korrektheit der Mitgliederdaten) verweigert sich jedoch der Landesverband. Anfragen mit konkreten Vorschlägen werden vom Landesvorstand nicht beantwortet, Einladungen nicht wahrgenommen, obwohl es vordringliche Aufgabe des Landesvorstandes wäre, innerparteilich ein Vertrauensverhältnis und in der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Der Kreisverband Vulkaneifel hat festgestellt, dass im Landesverband die vorgesehene Praxis der Quittung mit Originalunterschrift nicht eingehalten wird:

Hinzu kommt, dass der vorgesehene Kontrollmechanismus (Barzahler-Listen mit Originalunterschrift des zahlenden Mitglieds) im Landesverband Rheinland-Pfalz nicht systematisch oder überhaupt nicht umgesetzt wird. Als Kreisschatzmeister wurde ich in einem solchen Fall überhaupt nicht auf die Existenz dieser Barzahler-Listen hingewiesen:

das nächste Mal zahle einen bar eingenommenen Beitrag bitte einfach nur ein, ohne ihn danach als Überweisung weiterzuleiten.

[...]

Zu dieser Thematik Leo Stefan Schmitt:

Fazit:

Durch die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen entweder durch Sammelüberweisungen oder von Konten, die mit den Mitgliedern nichts zu tun haben und denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen verstößt der Landesverband gegen das Parteiengesetz.

[...]

Diese Art der Beitragsgenerierung führt genauso wie die Nichteinhaltung oder Überprüfung der Beitragsrückstände zu einer groben und wie man leider annehmen muss gewollten Verzerrung der Delegiertenmandate auf Landesebene und bei der Berechnung der tatsächlichen Mitglieder des Landesverbandes auch auf Bundesebene.

Mitgliedsbeiträge müssen wie alle anderen Einnahmen der Partei ebenfalls eindeutig und klar zugeordnet werden können.

[...]

Zudem haben die für andere Mitglieder zahlenden GenossInnen bislang noch nicht ihre Verpflichtungen wie im Schreiben vom 14. Juni auf Grund der Vorgabe des Rechnungsprüfers verlangt, erfüllt:

Zitat:

Wenn Mitgliedsbeiträge im Kreisverband eingesammelt werden und diese als Sammelüberweisung (also in einer Summe oder in Einzelsummen von einem Konto) an den Landesverband überwiesen werden, muss folgendes beachtet werden:

- 1) Im jeweiligen Kreisverband ist die Führung einer Barkasse mit Kassenbuch unerlässlich, da die Einnahmen dort eingehen.
- 2) Im jeweiligen Kreisverband muss eine Sammelbeitragsliste ausgefüllt und von JEDEM Mitglied das einzahlt handschriftlich unterschrieben werden. Diese Liste ist der Abrechnung gegenüber dem LV im Original beizulegen.

Wichtig:

Diese Praxis betrifft nicht alle Kreisverbände; die KVen, welche es jedoch betrifft haben laut Wirtschaftsprüfer mum mit einer Frist bis 15. Juli die Gelegenheit, diesen Sachverhalt zu korrigieren, da ansonsten die Mitgliedsbeiträge als "nicht zuord[] bar" eingebucht werden müssen und somit die Mitglieder als "beitragssäumig" geführt werden würden. (Leo Stefan Schmitt, Hervorhebungen und Fettdruck im Original)

Von besonderer Brisanz ist u. E. das Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 21.06.2013 (Az. 1 O 26/13)² gegen Frank Eschrich, gegenwärtig Mitglied des Landesvorstands, Mitarbeiter von Alexander Ulrich (MdB), Lebenspartner von Brigitte Freihold (MdB) und zusammen mit ihr Vorsitzender des Stadtverbands (ehemals Kreisverbands) Pirmasens. Mehrere Aussagen von Frank Eschrich hat die Kammer des Gerichts "als unwahr [...] bewerte[t]" (S. 9). Da das Gericht "Wiederholungsgefahr gegeben" sah (S. 10), wurde Eschrich "verurteilt, es zu unterlassen," bestimmte "Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten" (S. 1). Unserer Interpretation zufolge geht es hauptsächlich um Mitgliederdaten "im Bereich Mitgliederverwaltung" (S. 2) im Landesverband Rheinland-Pfalz.

Diese Auffassung wird unterstützt von der Darstellung des Klägers: "Die Mitglieder- und insbesondere Beitragsentwicklung im Landesverband Rheinland-Pfalz dürfte im Bundesvergleich ziemlich einmalig sein. / Während [...] ein Teil des Landesvorstandes [...], kämpft ein anderer Teil des Landesvorstandes um Alex[]ander Ulrich massiv gegen jegliche Beitragserhöhungen und schreckt auch vor entsprechenden Beschlussfassungen untersetzt mit Lügen, Beleidigungen und Verleumdungen im LPR [heute: LA] nicht zurück. Dies hat letztlich dazu geführt, dass ich in einem Zivilverfahren auf Unterlassung klagen musste und der Antragsteller Frank Eschrich, Bürgerbüromitarbeiter des Abgeordneten Alexander Ulrich, nach erfolgter Verurteilung Spenden für etwa 4.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten einzusammeln versucht. / [...] / [...] Der Hintergrund [...] ist ein ganz einfacher; nur das Beibehalten der Mitgliederstrukturen in den betroffenen Kreisverbänden ohne Karteibereinigungen sichert die notwendigen Delegierten für die Mehrheiten auf Landesparteitagen [...]. ^{4.4} (Leo Stefan Schmitt, ehemaliger Polizist und SPD-Landtagsabgeordneter im Saarland, später LINKE-Landtagsabgeordneter in Bremen und Mitarbeiter von DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz; eigene Hervorhebung)

[...

"Kaiserslautern-Land / wie der beigefügten Säumigenliste zum 31. Mai zu entnehmen ist, haben 26 Mitglieder gemeinsam am 19.5.2012 ihre Zahlungen an den Landesverband eingestellt: / Hintergrund dazu ist eine Sammelüberweisung vom Konto Alexander Ulrich in Höhe von 504.- Euro vom 2. Mai 2011. Die Mitglieder, für die der Beitrag bezahlt wurde, sind ebenfalls in einem Begleitschreiben aufgeführt. [...] Einzahlungsbelege gibt es von keinem dieser 26 Mitglieder. [...] Kusel / In Kusel sind rund 20 Personen Ende des Jahres 2011 in die Partei eingetreten, für die Patrick Hoffmann, wie er selbst beim Landesparteitag bestätigt hatte, die Mitgliedsbeiträge übernommen hat. Dem Vernehmen nach sind diese Mitglieder großenteils geworben worden mit dem Hinweis, die Mitgliedschaft sei umsonst und man könne als Mitglied umsonst mit dem Abgeordneten Ulrich nach Berlin fahren. "13 (Leo Stefan Schmitt) Anfragen beim Landesverband, gemeinsam den Mitgliederbestand zu prüfen (z. B. Vorliegen wenigstens einer Originalunterschrift im Vorjahr bei Barzahlungen/Sammelüberweisungen auf Quittungen), bleiben unbeantwortet oder werden negativ beschieden.

Mit freundlichen Grüßer	n
-------------------------	---

Marlene Hilsenrath

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath

Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07 Facebook • Twitter Link zum Linke Forum: linke-forum.de DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Landesgeschäftsstelle Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion Fabian Bauer Landesgeschäftsstelle lgs@die-linke-rlp.de Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49 www.die-linke-rlp.de Gärtnergasse 24 55116 Mainz Konto für Beitragszahlungen und Spenden: DIE LINKE RLP Mainzer Volksbank BLZ: 551 900 00 / Kto: 870 988 011 IBAN: DE07 5519 0000 0870 9880 11 BIC: MVBMDE55XXX DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Landesgeschäftsstelle Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion Fabian Bauer

Fabian Bauer

Landesgeschäftsstelle

lgs@die-linke-rlp.de

Tel.: 06131 / 23 79 45

Fax: 06131 / 23 79 49

www.die-linke-rlp.de

Gärtnergasse 24 55116 Mainz _____

Konto für Beitragszahlungen und Spenden: DIE LINKE RLP

Mainzer Volksbank

BLZ: 551 900 00 / Kto: 870 988 011 IBAN: DE07 5519 0000 0870 9880 11

BIC: MVBMDE55XXX

--

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Landesgeschäftsstelle

Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion

Fabian Bauer

Landesgeschäftsstelle lgs@die-linke-rlp.de Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49

www.die-linke-rlp.de

Gärtnergasse 24 55116 Mainz

Konto für Beitragszahlungen und Spenden: DIE LINKE RLP

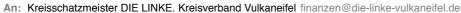
Mainzer Volksbank

BLZ: 551 900 00 / Kto: 870 988 011 IBAN: DE07 5519 0000 0870 9880 11

BIC: MVBMDE55XXX

Von: DIE LINKE RLP Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de

Betreff: WG: Entzug Kreiskasse Datum: 30. Juli 2019 um 11:01



Kopie: DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel vorstand@die-linke-vulkaneifel.de, Fabian Bauer, DIE LINKE Rheinland-Pfalz

fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Sehr geehrter Herr Kubota,

Sie haben recht. Ich habe die Mail aus Versehen an den falschen Empfänger gesandt, Bitte entschuldigen Sie das Versehen. Was ist etwas erstaunlich finde das der Empfänger mit auf den Fehler nicht aufmerksam gemacht hat.

Liebe Grüße Peter Weinand Landesschatzmeister DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Mitgliederbetreuung DIE LINKE. Rheinland-Pfalz



Von: DIE LINKE RLP Peter Weinand peter.weinand@die-linke-rlp.de>

Gesendet: Mittwoch, 26. Juni 2019 16:58

An: Cc:

Betreff: Entzug Kreiskasse

Lieber Ken,

der Landesvorstand hat beschlossen dem Kreisverband Vulkan die Kasse zu entziehen (Beschlussnummer: Email 19/06/13-001). Die Bank ist bereits über den Kassenentzug informiert:

Eure Bankzugänge sind gesperrt. Die Kassenführung übernimmt bis auf weiteres der Landesverband.

Liebe Grüße Peter Weinand Landesschatzmeister DIE LINKE. Rheinland-Pfalz Mitgliederbetreuung DIE LINKE. Rheinland-Pfalz



Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag 2

Transparenz Delegiertenzahlen, Mitarbeiter

Der Landesverband und die Mandatsträger werden (auch nachträglich für die aktuellen Delegiertenzahlen und früheren und aktuellen Mitarbeiter) verpflichtet, Angaben zu Delegiertenzahlen und Mitarbeitern auf einer öffentlich zugänglichen Homepage zu machen und aktuell zu halten sowie bei Änderungen die Kreisverbände per Email mit Link auf die Homepage zu informieren. Auf gleiche Weise hat der Landesverband über bestehende Transparenzbeschlüsse zu informieren.

Anzugeben sind:

- Stichtag (Datum Gültigkeit der Datengrundlage, i. d. R. ein 31.12.) sowie für jeden Kreisverband: Anzahl Mitglieder, Anzahl und prozentualer Anteil der Barzahler, Anzahl und prozentualer Anteil der per Sammelüberweisung Zahlenden, Anzahl und prozentualer Anteil der vom Beitrag Freigestellten, Anzahl und prozentualer Anteil der Mindestbeitragszahler. Jeweils eine einzelne Barzahlung, Sammelüberweisung, Freistellung bzw. Mindestbeitrag innerhalb des laufenden Jahres oder des Vorjahres genügen, um entsprechend gezählt zu werden.
- Arbeit-/Auftraggeber/in (vollständiger Name Mandatsträger/in mit Mandat bzw. Landesverband), vollständiger Name Mitarbeiter/in und Kreisverband, Beginn und ggf. Ende der Beschäftigung, Art der Beschäftigung (genaue Beschreibung). Name der/des Mitarbeiter/in ist auch nach Ende der Beschäftigung aufzuführen.
- Wortlaut Transparenzbeschlüsse, Datum und Organ der Beschlussfassung, Antragsteller/ in

Begründung:

Siehe Begründung zum Antrag zur Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission (in Kürze abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01).

Das Problem des "Systems Ulrich" und der finanziellen Abhängigkeit im Landesverband (z. B. Bülow, Eschrich, Schwarzendahl) ist hinreichend bekannt.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Delegiertenzahlen im Landesverband Rheinland-Pfalz zum Landesparteitag lediglich einzeln per Email mitgeteilt werden (z. B. dem Kreisverband Vulkaneifel per Email vom 03.01.2018), nicht aber die Delegiertenzahlen der anderen Kreisverbänden übermittelt werden. Es besteht also maximale Intransparenz im Landesverband Rheinland-Pfalz. Der Verdacht liegt nahe, dass durch Vorenthaltung einer Übersicht über die Delegiertenzahlen eine Manipulation kaschiert werden soll.

Zum Vergleich sei auf die vorbildliche (eigentlich selbstverständliche) Veröffentlichung im Landesverband Berlin hingewiesen:

http://dielinke.berlin/index.php?id=57806&rid=P_1&mid=2044&aC=b85eff1a&jumpurl=2.

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a02.

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag 3

Rehabilitierung Verbeek, Hirkes

Der Landesverband setzt sich für die Rehabilitierung der ausgeschlossenen Parteigenossen Dr. Johannes Verbeek und Christian E. Hirkes ein, Persönlichkeiten, die sich durch hervorragende inhaltliche Arbeit sowie die Aufklärung über innerparteiliche Missstände besonders verdient gemacht haben.

Die Landesschiedskommission wird für fehlerhafte Beschlüsse und die mangelnde Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen bzw. früheren Fehler gerügt.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Manipulationen (Parteiausschlussverfahren mit offensichtlich manipulierten Darstellungen) aufzuklären.

Der Parteivorstand wird beauftragt, Beweismittel zu sichern, den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen und Parteiausschlussverfahren gegen die mutmaßlichen Manipulateure zu iniitieren: Sieglinde Andersen, Wolfgang Schmitt, Anka Klotz, Andreas Göttlicher und Andreas Herbster; Jochen Bülow.

Begründung:

Gegen die Genossen Verbeek und Hirkes wurden mit offensichtlich manipulierten Darstellungen Parteiausschlussverfahren betrieben.

Die Hintermänner stammen offensichtlich aus dem 'Ulrich-Werner-Kartell'. Wir gehen davon aus, dass Landesvorsitzender Jochen Bülow Urheber der Manipulation gegen Christian E. Hirkes ist. Bekannlich ist "mit Jochen Bülow ein Mann an die Spitze der Landesliste gewählt worden […], der als 'Mitarbeiter von Herrn Ulrich in den letzten Jahren im Auftrag seines Chefs besonders eifrig im Zerschlagen von demokratischen Strukturen einiger Kreisverbände' gewesen sei."¹

Offenkundig wurde – leider erfolgreich – versucht, inhaltlich und formal versierte Genossen, die mit den unlauteren Methoden des "Ulrich-Werner-Kartells" nicht einverstanden waren, kaltzustellen.

Zum Fall Dr. Johannes Verbeek:

¹Artikel "Linke-Vorstand tritt zurück. Liborio Ciccarello will für Kreisverband kandidieren – Wahl noch vor Sommerpause", Rheinpfalz vom 10. Juni 2015, https://www.rheinpfalz.de/lokal/ludwigshafen/artikel/linke-vorstand-tritt-zurueck-1/ (20.10.2019).

Seit Januar 2010 bin ich nämlich zusammen mit einer Reihe von Genoss/inn/en einer unvorstellbaren Verhinderungspolitik namentlich durch Katrin Werner, Marc-Bernhard Gleißner, Linde Andersen und bis April durch Konstantin Kanty ausgesetzt, die von einigen im KV/OV mit getragen wird.²

PARTEIAUSSCHLUSS-AKTIVITÄTEN IM KV TRIER-SAARBURG

Sieglinde Andersen war von 2006-2008 Mitglied der Landesschiedsstelle, als Albert Schtepschik, ehemalig u.a. PDS-Kreisvorsitzender des KV Trier-Saarburg, nach der Übernahme des Kreisverbandes durch Katrin Werner und Marc-Bernhard Gleißner auf deren Betreiben aus der Partei ausgeschlossen wurde: Kommentar in 16vor im August 2009

Sieglinde Andersen agierte im Jahre 2008 gegen die Mitgliedschaft von Wolfgang Schmitt in der Partei DIE LINKE und zog aufgrund der von ihr gesammelten Beobachtungen (dokumentierbar) einen Parteiauschluss von Schmitt in Erwägung.

Aufgrund antisemitischer Äußerungen war Wolfgang Schmitt bereits gezwungen u.a. von seinem WASG-Vorsitz zurückzutreten. Ihm drohte bereits in der WASG 2005 ein Parteiausschlussverfahren: TV-Artikel aus 2005

Im Sommer 2010 verbündeten sich Linde Andersen und ihr früherer Gegner Wolfgang Schmitt nun als Mitglieder im KV-Vorstand und agierten maßgeblich im Parteiauschlussverfahren gegen meine Person.

Anka Klotz verschickte 2009 einen Aufruf von KV-Mitgliedern, dass ich unmittelbar nach der Kommunalwahl mein Stadtratsmandat zurückgeben solle, beteiligte sich an dem Antrag auf meinen Parteiauschluss im August 2010 und stellte im November 2010 einen Antrag, der mir verbieten sollte, im Stadtrat öffentlich für die Partei DIE LINKE zu sprechen. Dieses destruktive Engagement erstaunt umso mehr, als Anka Klotz parteipolitisch nicht in Erscheinung trat, bis sie im Sommer 2010 plötzlich in den Vorstand des KV Trier-Saarburg gewählt wurde. Dabei wurde die Satzung der Partei DIE LINKE ignoriert, die eine solidarische Grundhaltung postuliert, und die Rechtslage in der Gemeindeordnung, die ein Mandat grundsätzlich an die von der Bürgerschaft gewählte Person bindet.

Weitere Unterstützer des Parteiauschlusses waren Andreas Göttlicher und Andreas Herbster, denen sowohl im Kreisverband als auch im Ausschlussverfahren die Rolle von Mitläufern zukommt.³

Vergleiche auch die Darstellung zum Parteiausschlussverfahren in [Luchten, S. 333].⁴

Zum Fall Christian E. Hirkes:

Ferner enthielt der Antrag gegen Christian E. Hirkes vom 19.12.2017 die manipulative - vermutlich vom Landesverband insinuierte - Darstellung, Christian E. Hirkes habe Mitgliederdaten "im Internet weltweit zugänglich gemacht" (S. 1) und "sensibelste Daten vorsätzlich bewusst öffentlich gemacht" (S. 2). Richtig ist, dass der Link einen kryptografischen Schlüssel enthielt, der einem Passwort entspricht. Eine Übermittlung via Dropbox entspricht technisch der Übermittlung als Email-Anhang. Ausschließlich der/die Empfänger der Email erhalten Zugriff. So bietet beispielsweise das Mailprogramm Apple Mail standardmäßig an, große Anhänge per Dropbox zu versenden. Zugang zu den Daten hatte also ausschließlich der Landeswahlleiter und nicht, wie suggeriert, die Weltöffentlichkeit.

Wir haben den Eindruck, dass der Landesverband den Bundesschatzmeister, der den Antrag formulieren ließ, und die Schiedsgerichte täuschen wollte, und diese sich wohl leider auch

2

²http://johannes-verbeek.de/media/d8236c12b085995cffff8113fffffff4.pdf, S. 5 (20.10.2019).

³http://johannes-verbeek.de/42608.html (20.10.2019).

⁴Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0), S. 333. Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

täuschen ließen. Ein erheblicher Schaden für die Partei durch Christian E. Hirkes lässt sich unseres Erachtens nicht feststellen. ⁵
Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/

5https://linke-forum.de/l/rlp-plv-0002-2019-002, S. 2 (20.10.2019).

rlp-lpt-2019-a03.

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag zur Geschäftsordnung G1

Änderung der Tagesordnung und der Zeitplanung

Die Plätze und der Zeitraum für TOP 11 und TOP 18 werden getauscht, außerdem der neue TOP 11 neu betitelt:

13.00 Uhr - 15.00 Uhr - TOP 11: Probleme im Landesverband, Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten, weitere Anträge und Resolutionen 19.30 Uhr - 19.45 Uhr - TOP 18: Beratung und Beschlussfassung des Verkehrskonzeptes

Begründung:

Mit aufgesetzten Reden und Anträgen wird versucht, bei offiziellen Veranstaltungen (Landesparteitag, Landesausschuss) den Schein zu wahren. Es werden Tagesordnungen für Landesparteitage vorgelegt, die offenkundig dazu dienen sollen, die Missstände im Landesverband unter den Teppich zu kehren.¹

Angesichts der massiven Probleme im Landesverband müssen diese vorrangig behandelt werden

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-g01.

¹Vgl. Einberufung zum Landesparteitag Bad Dürkheim 11/2019 vom 17.09.2019: lediglich 15 Min. für "Weitere Anträge und Resolutionen", dagegen 120 Min. für "Beratung und Beschlussfassung des Verkehrskonzeptes".

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag zur Geschäftsordnung G2

Aufforderung an die Tagungsleitung

Die Tagungsleitung wird aufgefordert, bei Redebeiträgen und Fragen innerhalb der vorgesehenen Redezeit von Unterbrechungen abzusehen.

Begründung:

Bei vergangenen Parteitagen kam es vor, dass Delegierte unterbrochen wurden, wenn nicht bereits der erste Satz die äußerliche Form einer Frage hatte, und auf diese Weise aus dem Konzept gebracht wurden.

Angesichts der ohnehin kurzen Redezeit beeinträchtigt dies die inhaltliche Debatte und ist nicht hinnehmbar.

Die Tagungsleitung möge bitte zur Kenntnis nehmen, dass trotz des bekannten niedrigen intellektuellen Niveaus auf Landesparteitagen ("wo sonst eine Worthülse die andere ablöst"1.) es auch einzelne Delegierte gibt, die komplexere Sachverhalte darlegen bzw. bei einer Frage berücksichtigt wissen möchten.

So lässt sich zwar der gesamte Hintergrund in der Tat prinzipiell in die Form einer Frage kleiden, etwa:

Weshalb soll ich Peter Weinand zum Landesschatzmeister wählen, wenn

- 1. dieser ohne Vorankündigung und ohne vorher ein Gespräch zu suchen für einen Beschluss stimmt, einem Kreisverband die Kasse zu entziehen,
- 2. dieser auch nach Beschlussfassung weder Kreisvorsitzende noch Kreisschatzmeister darüber informiert (diese erfahren erst von der Bank von der Löschung der Vollmachten) und damit einen Schaden für den Kreisverband bzw. den Vorstand in Kauf nimmt, und auch später zu keinem Zeitpunkt dem Kreisschatzmeister Kontoauszüge vorlegt, was zu erwarten wäre,
- 3. dieser trotz bestehender Verdachtsmomente an einer Aufklärung des Verdachts auf Manipulation von Mitgliederdaten nicht mitwirkt und auch sonst trotz zahlreicher Aufforderungen keine Bemühungen zeigt, solche Manipulationen künftig zu verhindern, und

¹Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0), S. 60. Weitere Literatur zum Landesverband: https://linke-forum.de/l/rlp-lit.

4. dieses aus unserer Sicht charakterlose Verhalten von Peter Weinand u. E. ein klares Indiz dafür darstellt, dass er zum "System Ulrich" bzw. dem "Ulrich-Werner-Kartell" gehört und seine Aufgabe nicht im Sinne der Mitglieder erledigt, worüber auch das entgegenkommende Verhalten gegenüber neuen oder naiven Mitgliedern nicht hinwegtäuschen kann?

Es liegt nahe, dass in einem solchen Fall zunächst nur die Punkte 1 bis 4 als Tatsachen erwähnt und die Frage als letztes gestellt wird.

Im Übrigen wird – ohne hier einen formalen Antrag zu stellen – aufgrund der bisherigen Erfahrung bei Parteitagen darum gebeten, darauf zu achten, dass Landesvorsitzende Katrin Werner keine Zensurversuche unternimmt (Handzeichen an die Tagungsleitung als Aufforderung zur vorzeitigen Beendigung von Redebeiträgen) und mangelnde Inhalte nicht durch überlaute Lautsprecher kompensiert werden.

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-g02.

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Rheinland-Pfalz im November 2019 in Bad Dürkheim

von DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel

Antrag zur Satzung S1

Trennung von Amt und Mandat

In der Landessatzung wird als § 18 Abs. 8 ergänzt: "Dem Landesvorstand dürfen keine Mandatsträger/innen, keine Mitarbeiter/innen von Mandatsträger/innen und keine Mitarbeiter/innen des Landesverbandes angehören."

In der Landessatzung wird als § 15 Abs. 5 ergänzt: "Als stimmberechtigte Delegierte zum Landesparteitag können keine Mandatsträger/innen, keine Mitarbeiter/innen von Mandatsträger/innen und keine Mitarbeiter/innen des Landesverbandes gewählt werden."

In der Landessatzung wird in § 34 Abs. 5 die Formulierung "gilt §15 (1) und (3) entsprechend" ersetzt durch die Formulierung "gelten §15 (1), (3) und (5) entsprechend".

In der Landessatzung wird in § 32 Abs. 1 als letzter Satz ergänzt: "Parteiämter und Delegiertenmandate enden außerdem bei einer Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit gem. § 18 (8), § 15 (5) und § 34 (5)."

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich beim Parteivorstand für ggf. erforderliche Änderungen der Bundessatzung einzusetzen.

Begründung:

Siehe Begründung zum Antrag zur Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission (in Kürze abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01).

Das Problem des "Systems Ulrich" und der finanziellen Abhängigkeit im Landesverband (z. B. Bülow, Eschrich, Schwarzendahl) ist hinreichend bekannt.

Zur Einflussnahme auf Delegierte bzw. Vorstandsmitglieder im Landesverband und in den Kreisverbänden durch **finanzielle Abhängigkeit**: Bekanntlich stehen den Bundestagsabgeordneten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "monatlich 22.201,- Euro zur Verfügung"¹, was für fast 50 Minijobber mit je 450 € Einkommen reicht. "Die Trennung von Amt und Mandat wurde bereits auf dem Gründungsparteitag der LINKEN. Rheinland-Pfalz im Oktober 2007 in Ingelheim als "Knackpunkt" bezeichnet. […] / Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, soll das Problem der gefährdeten Entscheidungsunabhängigkeit des Vorstands auch schon vor der Landtagswahl innerhalb der Mitgliedschaft großes Unbehagen verursacht haben[.] Man habe sich nur deshalb zu verschärften Satzungsvorschriften genötigt

¹https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb diaeten/1334d-260806 (06.10.2019).

gesehen, weil es an der notwendigen freiwilligen Selbstbeschränkung der Abgeordneten und ihrer Beschäftigten gefehlt habe."² (Helmut Schnug, kritischer Journalist)

Dieser Antrag und etwaige weitere Materialien sind abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-s01.

²Helmut Schnug, "Die LINKE in RLP - Trennung von Amt und Mandat", Artikel vom 03.10.2012, http://www.scharf-links.de/90.0.html? &tx ttnews%5Btt news%5D=28805&cHash=d17e49f2b6 (20.10.2019).

Von: Fabian Bauer, DIE LINKE Rheinland-Pfalz fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Betreff: [Kv-vorsitzende] Tagungsunterlagen I zum LPT veröffentlicht

Datum: 25. Oktober 2019 um 09:36

An: Fabian Bauer, DIE LINKE Rheinland-Pfalz fabian.bauer@die-linke-rlp.de



Liebe Kreisvorsitzende,

unter folgendem Link könnt ihr die Tagungsunterlagen I zum kommenden Landesparteitag abrufen.

https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2019/2019-11-30 lpt duew/2019-11-30 LPT antragsheft 1 vFinal.pdf

Diese werden euren Delegierten heute per Post gemeinsam mit der Einladung übersandt.

Bitte beachtet folgenden Hinweis:

In der Print-Version der Tagungsunterlagen wurde ein Antragsteller fehlerhaft aufgeführt. Dies wurde in der Online-Version bereits korrigiert und wird den Delegierten mit den Tagungsunterlagen II ebenfalls mitgeteilt.

In folgenden Anträgen muss der Antragsteller DIE LINKE. Vulkaneifel (und nicht Ken Kubota) lauten.

O-01 Ä1, Seite 11

O-02 Ä2, Seite 13

A-01, Seite 48

A-02, Seite 49

A-03, Seite 50

S-09. Seite 63

S-10, Seite 64

Vielen Dank für euer Verständnis. Fabian Bauer

Fabian Bauer Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle Gärtnergasse 24 55116 Mainz

Mail: fabian.bauer@die-linke-rlp.de

Tel.: 06131 / 23 79 45 Fax: 06131 / 23 79 49 Mobil: 0176 / 321 79 755 Internet: www.die-linke-rlp.de

IBAN des Landesverbandes bei der Mainzer Volksbank DE07 5519 0000 0870 9880 11



Mitarbeiter mit geschäftsführ...
06131-237945 Geschäftlich
0176-32179755 Mobiltelefon
fabian.bauer@die-linke-rlp.de
Landesgeschäftsstelle
Gärtnergasse 24
55116 Mainz
www.die-linke-rlp.de

Kv-vorsitzende mailing list Kv-vorsitzende@mail.die-linke-rlp.de http://mail.die-linke-rlp.de/mailman/listinfo/kv-vorsitzende



Tagungsunterlagen I

Anträge und Vorlagen zum Landesparteitag am 30. November 2019 in Bad Dürkheim

Stand: 24.10.2019 Landesgeschäftsstelle

O-01 Ä1

Aufforderung an die Tagungsleitung

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

Die Tagungsleitung wird aufgefordert, bei Redebeiträgen und Fragen innerhalb der vorgesehenen Redezeit von Unterbrechungen abzusehen.

Begründung:

Auf Grund von potenziellen Verleumdungen konnte die Begründung des Antrages nicht abgedruckt werden. Die/Der Antragsteller_in bekommt innerhalb seiner Redezeit zur Einbringung des Antrages ausreichende Gelegenheit diesen zu begründen.

O-02 Ä2

Änderung zur Tagesordnung und Zeitplanung

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

Die Plätze und der Zeitraum für TOP 11 und TOP 18 werden getauscht, außerdem der neue TOP 11 neu betitelt:

13.00 Uhr - 15.00 Uhr - TOP 11: Probleme im Landesverband, Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten, weitere Anträge und Resolutionen

19.30 Uhr - 19.45 Uhr - TOP 18: Beratung und Beschlussfassung des Verkehrskonzeptes

Begründung:

Mit aufgesetzten Reden und Anträgen wird versucht, bei offiziellen Veranstaltungen (Landesparteitag, Landesausschuss) den Schein zu wahren. Es werden Tagesordnungen für Landesparteitage vorgelegt, die offenkundig dazu dienen sollen, die Missstände im Landesverband unter den Teppich zu kehren.¹ Angesichts der massiven Probleme im Landesverband müssen diese vorrangig behandelt werden.

¹Vgl. Einberufung zum Landesparteitag Bad Dürkheim 11/2019 vom 17.09.2019: lediglich 15 Min. für "Weitere Anträge und Resolutionen", dagegen 120 Min. für "Beratung und Beschlussfassung des Verkehrskonzeptes".

A-01

Neuwahl des Landesvorstandes

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

Der Landesvorstand und die Landesschiedskommission werden neu gewählt.

Begründung:

Auf Grund von potenziellen Verleumdungen konnte die Begründung des Antrages nicht abgedruckt werden. Die/Der Antragsteller_in bekommt innerhalb seiner Redezeit zur Einbringung des Antrages ausreichende Gelegenheit diesen zu begründen.

A-02

Rehabilitierung Verbeek, Hirkes

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

Der Landesverband setzt sich für die Rehabilitierung der ausgeschlossenen Parteigenossen Dr. Johannes Verbeek und Christian E. Hirkes ein, Persönlichkeiten, die sich durch hervorragende inhaltliche Arbeit sowie die Aufklärung über innerparteiliche Missstände besonders verdient gemacht haben.

Die Landesschiedskommission wird für fehlerhafte Beschlüsse und die mangelnde Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen bzw. früheren Fehler gerügt.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Manipulationen (Parteiausschlussverfahren mit offensichtlich manipulierten Darstellungen) aufzuklären.

Der Parteivorstand wird beauftragt, Beweismittel zu sichern, den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen und Parteiausschlussverfahren gegen die mutmaßlichen Manipulateure zu iniitieren: LA, WS, AK, AG und AH; IB.

Begründung:

Auf Grund von potenziellen Verleumdungen konnte die Begründung des Antrages nicht abgedruckt werden. Die/Der Antragsteller_in bekommt innerhalb seiner Redezeit zur Einbringung des Antrages ausreichende Gelegenheit diesen zu begründen.

Transparenz Delegiertenzahlen, Mitarbeiter

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

Der Landesverband und die Mandatsträger werden (auch nachträglich für die aktuellen Delegiertenzahlen und früheren und aktuellen Mitarbeiter) verpflichtet, Angaben zu Delegiertenzahlen und Mitarbeitern auf einer öffentlich zugänglichen Homepage zu machen und aktuell zu halten sowie bei Änderungen die Kreisverbände per Email mit Link auf die Homepage zu informieren. Auf gleiche Weise hat der Landesverband über bestehende Transparenzbeschlüsse zu informieren.

Anzugeben sind:

- Stichtag (Datum Gültigkeit der Datengrundlage, i. d. R. ein 31.12.) sowie für jeden Kreisverband: Anzahl Mitglieder, Anzahl und prozentualer Anteil der Barzahler, Anzahl und prozentualer Anteil der per Sammelüberweisung Zahlenden, Anzahl und prozentualer Anteil der vom Beitrag Freigestellten, Anzahl und prozentualer Anteil der Mindestbeitragszahler. Jeweils eine einzelne Barzahlung, Sammelüberweisung, Freistellung bzw. Mindestbeitrag innerhalb des laufenden Jahres oder des Vorjahres genügen, um entsprechend gezählt zu werden.
- Arbeit-/Auftraggeber/in (vollständiger Name Mandatsträger/in mit Mandat bzw. Landesverband), vollständiger Name Mitarbeiter/in und Kreisverband, Beginn und ggf. Ende der Beschäftigung, Art der Beschäftigung (genaue Beschreibung). Name der/des Mitarbeiter/in ist auch nach Ende der Beschäftigung aufzuführen.
- Wortlaut Transparenzbeschlüsse, Datum und Organ der Beschlussfassung, Antragsteller/in

Begründung:

Siehe Begründung zum Antrag zur Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission (in Kürze abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01).

Das Problem des "Systems Ulrich" und der finanziellen Abhängigkeit im Landesverband (z. B. Bulow, Eschrich, Schwarzendahl) ist hinreichend bekannt.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Delegiertenzahlen im Landesverband Rheinland-Pfalz zum Landesparteitag lediglich einzeln per Email mitgeteilt werden (z. B. dem Kreisverband Vulkaneifel per Email vom 03.01.2018), nicht aber die Delegiertenzahlen der anderen Kreisverbänden übermittelt werden. Es besteht also maximale Intransparenz im Landesverband Rheinland-Pfalz. Der Verdacht liegt nahe, dass durch Vorenthaltung einer Übersicht über die Delegiertenzahlen eine Manipulation kaschiert werden soll.

Zum Vergleich sei auf die vorbildliche (eigentlich selbstverständliche) Veröffentlichung im Landesverband Berlin hingewiesen:

http://dielinke.berlin/index.php?id=57806&rid=P_1&mid=2044&aC=b85eff1a&jumpurl=2.

S-09

Gemeinsame Feststellung der Delegiertenzahlen

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

In der Landessatzung werden in § 15 Abs. 1 als letzte Sätze ergänzt: "Die Zahl der Mitglieder wird in Zusammenarbeit mit den Kreisschatzmeistern oder hilfsweise Kreismitgliederbeauftragen ermittelt, denen sämtliche Unterlagen, auch die der anderen Kreisverbände, vorzulegen sind. Im Falle von Barzahlungen oder Sammelüberweisungen gelten Mitgliedsbeiträge nur als bezahlt, wenn für das Vorjahr oder das laufende Jahr mindestens eine Quittung mit Originalunterschrift vorliegt; nur in diesem Fall dürfen diese Mitglieder bei der Feststellung der Delegiertenzahlen berücksichtigt werden."

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich beim Parteivorstand für ggf. erforderliche Änderungen der Bundessatzung einzusetzen.

Begründung:

Auf Grund von potenziellen Verleumdungen konnte die Begründung des Antrages nicht abgedruckt werden. Die/Der Antragsteller_in bekommt innerhalb seiner Redezeit zur Einbringung des Antrages ausreichende Gelegenheit diesen zu begründen.

Trennung von Amt und Mandat

Antragsteller_innen: DIE LINKE. Vulkaneifel

In der Landessatzung wird als § 18 Abs. 8 ergänzt: "Dem Landesvorstand dürfen keine Mandatsträger/innen, keine Mitarbeiter/innen von Mandatsträger/innen und keine Mitarbeiter/innen des Landesverbandes angehören."

In der Landessatzung wird als § 15 Abs. 5 ergänzt: "Als stimmberechtigte Delegierte zum Landesparteitag können keine Mandatsträger/innen, keine Mitarbeiter/innen von Mandatsträger/innen und keine Mitarbeiter/innen des Landesverbandes gewählt werden."

In der Landessatzung wird in § 34 Abs. 5 die Formulierung "gilt §15 (1) und (3) entsprechend" ersetzt durch die Formulierung "gelten §15 (1), (3) und (5) entsprechend".

In der Landessatzung wird in § 32 Abs. 1 als letzter Satz ergänzt: "Parteiämter und Delegiertenmandate enden außerdem bei einer Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit gem. § 18 (8), § 15 (5) und § 34 (5)." Der Landesvorstand wird beauftragt, sich beim Parteivorstand für ggf. erforderliche Änderungen der Bundessatzung einzusetzen.

Begründung:

Siehe Begründung zum Antrag zur Neuwahl des Landesvorstands und der Landesschiedskommission (in Kürze abrufbar unter: https://linke-forum.de/l/rlp-lpt-2019-a01).

Das Problem des "Systems Ulrich" und der finanziellen Abhängigkeit im Landesverband (z. B. Bulow, Eschrich, Schwarzendahl) ist hinreichend bekannt.

Zur Einflussnahme auf Delegierte bzw. Vorstandsmitglieder im Landesverband und in den Kreisverbänden durch **finanzielle Abhängigkeit**: Bekanntlich stehen den Bundestagsabgeordneten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "monatlich 22.201,- Euro zur Verfügung"¹⁷, was für fast 50 Minijobber mit je 450 € Einkommen reicht. "Die Trennung von Amt und Mandat wurde bereits auf dem Gründungsparteitag der LINKEN. Rheinland-Pfalz im Oktober 2007 in Ingelheim als "Knackpunkt' bezeichnet. […] / Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, soll das Problem der gefährdeten Entscheidungsunabhängigkeit des Vorstands auch schon vor der Landtagswahl innerhalb der Mitgliedschaft großes Unbehagen verursacht haben[.] Man habe sich nur deshalb zu verschärften Satzungsvorschriften genötigt gesehen, weil es an der notwendigen freiwilligen Selbstbeschränkung der Abgeordneten und ihrer Beschäftigten gefehlt habe."¹⁸ (Helmut Schnug, kritischer Journalist)

¹⁷https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb_diaeten/1334d-260806 (06.10.2019).

¹⁸Helmut Schnug, "Die LINKE in RLP - Trennung von Amt und Mandat", Artikel vom 03.10.2012, http://www.scharflinks.de/90.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=28805&cHash=d17e49f2b6 (20.10.2019).

Johannes Verbeek

Startseite
Lebenslauf
Engagement und Ehrenamt
APO TR 2016/17/18/19
APO Trier 2014/15
Forschungen KVK ab 2015
Stolpersteine Trier ab 2005
Lyrik 1980-2005
Kommentare 2014
Kommentare 2013
Kommentare 2012
Stadtrat Trier 2009-11
Ortsbeirat Kürenz 2009-201
Rezension R. Marx
» Whistleblowing DIE LINKE
Arbeitskreis
Kontakt
Impressum

Whistleblowing: MATERIALIEN ZUM PARTEIAUSSCHLUSS 2010/

Die Schere im Kopf der Partei DIE LINKE

Mit dem Begriff "Whistleblower" werden Menschen bezeichnet, die in Betrieben oder Institutionen - zu denen auch Parteien gehören (!) - auf Mißstände hinweisen, um diese ins Bewusstsein zu heben und sie dadurch intern überwinden zu helfen. Leider werden diese Menschen sowohl in den Betrieben als auch in den Institionen und Parteien (!) bisher häufiger gemobbt als geschützt. Diesem Problem, Mißstände intern zu benennen, auch wenn sie interne Führungsspitzen zunächst nicht wahrhaben wollen, habe sich nun die Bundestagsfraktion der LINKEN in einer Debatte im Bundestag angenommen. Die Linke setze sich dafür ein, ein neues Gesetz zu formulieren, um eine "positive kulturelle Einstellung und gesellschaftliche Anerkennung gegenüber Whistleblowern zu befördern und deren Tätigkeiten von der Diffamierung als Denunziantentum zu befreien" (TV, 01.10.11). - Offensichtlich hat die Bundesparteispitze der Linken diese Tätigkeit von "Whistleblowern" Anfang des Jahres 2011 noch nicht einmal mit dem Begriff des "Whistleblower" bezeichnen können, weil sie ihn überhaupt nicht kannte. Sowohl die Bundesschiedskommission der Linken als auch zuvor die Landesschiedskommission RLP haben mit ihren Urteilen das Mobbing der Trierer Linken um Katrin Werner (MdB) gegen meine Person nicht nur gedeckt, sondern haben meine Veröffentlichung von Parteiinterna, nachdem ich alle parteiinternen Führungsebenen zuvor intern unter Ausschluss der Öffentlichkeit informiert hatte, als "Diffamierung" der Linken und als "Denunziantentum" von Genossen/innen abgetan. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir nun aber die Frage, wie glaubwürdig die Linken Politik überhaupt betreiben können, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihre eigenen Forderungen an andere auf sich selbst zu beziehen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen? - Der Selbstwiderspruch und die Schere im Kopf der Linken wird an dieser Stelle besonders für mich persönlich offensichtlich! Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, die Materialien zu meinem gesamten Parteiausschlussverfahren noch einmal unter einem eigenen Button auf diese Homepage zu stellen, damit jeder sich ein eignes Bild von den Vorgängen in Trier machen kann. - Eine Rehabilitierung meiner Person durch die Bundeslinke ist - wie auch zahlreich andere Genossen/innen in RLP meinen - überfällig! - Aber wer will schon eine glaubwürdige Linke? Der TV hat in diesem Zusammenhang eine wenig rühmliche Rolle gespielt, indem er aus Sensationslust Mythen erfand und in Metaphern von "Rosenkriegen" und "kommunalen Possen" kleidete, statt die eigentlichen Inhalte zu transportieren, die ich in Trier anprangern musste: häufiges Fehlen meiner Genossin bei Ratssitzungen, Kommunikationsboykotte, Einstellungen der verschiedenen Dezernatsarbeiten, geschlosse Stadt- und Kreisverbandssitzungen, Lügen und organisierte Mehrheiten statt demokratische Prozesse, etc. Wer hier - wie verschiedene Redakteure des TV es taten - nicht klare Stellung bezieht, sondern im Zweifelfall alles offen lässt, nach dem Motto, es gibt immer zwei Meinungen, der macht sich nicht gerade glaubwürdiger bezüglich des neu angedachten Gesetzes zum Schutze der Whistleblower. (12.10.11)

An dieser Stelle finden Sie Dokumente, um sich ein eigenes Bild von dem Parteiauschluss meiner Person durch die Partei DIE LINKE zu machen. Die Materialien blieben zwei Monate online (Jan. 2011). Sie sind chronologisch geordnet, wobei die neusten Texte zuerst eingestellt sind.

Vorwurf 2010: Parteiinterna öffentlich gemacht

Parteiinterna öffentlich gemacht zu haben klingt nach einem ernst zu nehmenden Vorwurf. Man könnte denken, ich hätte wichtige Informationen fälschlich preis gegeben. Mit "Parteiinterna" werden allerdings Ereignisse bezeichnet, die die Ausgrenzungsstruktur im KV Trier-Saarburg im Jahre 2009 und 2010 gegen mich und eine Reihe anderer Genossen aufzeigen könnten: Kommunikationsblockaden, Informationsboykott, satzungswidrige Ortsvorstandssitzungen und satzungswidrige Aktivitäten gegen einen Arbeitskreis, "Maulkorberlass", Beschimpfungen u.v.m. Die

korrupte Struktur im KV Trier-Saarburg unter der Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Katrin Werner zu verschleiern war Ziel auf Kreis-, Landes- und Bundesebene der Partei DIE LINKE und war am besten durch meinen Parteiauschluss zu erreichen. Die Dokumente, die diese satzungswidrige Organisation des Kreisverbandes im Jahr 2010 deutlich machen, finden sie auf dieser Seite aufgezeigt. Der vereinzelt vorgebrachte Vorwurf, ich wäre keinen internen Weg gegangen, ist ebenso obsolet. Ich habe seit 2009 systematisch alle Instanzen auf Kreis- und Landesebene angesprochen und stieß auf keinen Konfliktösungswillen. Dazu nur ein Beispiel: Die Schlichtungsinstanz Landesschiedsstelle RLP hat drei Eingaben meinerseits auch auf Nachfragen bis heute nicht bearbeitet, den Antrag auf Parteiausschluss seitens Linde Andersen allerdings innerhalb eines Monats gegen mich gewendet.

Ausgrenzung durch Satzungbrüche hat System

Im Folgenden können Sie zudem strukturgleiche Monbbing-Strategien in anderen Städten von Rheinland-Pfalz und in der Vorgeschichte des KV Trier-Saarburg seit 2008 nachvollziehen. Im Jahre 2008 berichtete die Sendung *Report Mainz* über undemokratische Grundhaltungen von Linken in verschiedenen Bundesländern, die leider mit der Verantwortungslosigkeit der Personen vergleichbar ist, die hier den Kreisverband prägen. Einige Grundsatztexte, die im Verlauf des letzten Jahres entstanden sind, wurden ebenfalls noch einmal eingestellt. Die Materialien machen deutlich, dass die Idee, im KV Trier-Saarburg hätten persönliche Konflikte zu meinem Parteiauschluss geführt, eine Fehlinterpretation darstellt.

Falsch gedacht: Wirkung wird zur Ursache

Man werde ja sehen, wie Du mit dem Parteiausschluss umgehst. - Dieser Satz eines Mitglieds der Bundesschiedsstelle macht deutlich, wie die knappe Mehrheit, die sich für den Parteiausschluss meiner Person entschieden hat, denkt. Erwartet man tatsächlich, dass ich der Rufschädigung tatenlos zusehe und der Wahrnehmung seitens der Partei nichts entgegensetze?

Die Argumentation, weil ich mich zu meinem Parteiauschluss äußere, sei ich zurecht ausgeschlossen worden, krankt an einem systematischen Denkfehler, der sich wie ein roter Faden durch die Urteile auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zieht: Es werden einfach Ursache und Wirkung vertauscht. Ich habe aber **nach** einem systematischen Ausgrenzungsprozess seit der Kommunalwahl 2009 das eklatante satzungswidrige Verhalten gegen mich und andere Genossen im KV Trier-Saarburg öffentlich gemacht. Ich publiziere meine Verteidigungsschriften erst **nach** dem Parteiausschluss auf meiner Homepage. Es wird aber so getan, als sei dies jeweils der Anfang der Wirkungskette! Dabei werden einfach die Fakten eines Ausgrenzungsprozesses, die ich seitenweise belegt habe, ignoriert. Nur durch ein solches Vorgehen kann man sogar Ereignisse einer zeitlichen Abfolge (!) umkehren und gegen mich wenden.

Zu dem stehen, was man tut

Alle namentlich in den Dokumenten genannten Personen sind im Vorstand des KV Trier-Saarburg und von daher öffentliche Kommunalpolitiker/innen. Nach dem Beschluss des Oberlandesgerichts Koblenz von 2007 müssen sie öffentliche Kritik akzeptieren, "weil andernfalls die Gefahr einer Lähmung oder Verengung des Meinungsbildungsprozesses droht" (Urteil 12.7.2007 – AZ 2 U 862/06.).

Dass genau dies 2010 im KV Trier-Saarburg passiert ist, wird offensichtlich, wenn von Seiten des Kreisvorstandes zu der Angelegenheit meines Parteiausschlusses nichts oder nur zementierte Floskeln an die Presseöffentlichkeit kommen.

DOKUMENTE ZUM PARTEIAUSSCHLUSSVERFAHREN

OK 54 Sendung "Nachgefragt", aufgezeichnet am 21.2.2011

Erklärung zu meinen Mandaten in Stadtrat und Ortsbeirat

Parteiauschluss: Pressemitteilung 18.1.2011

<u>Antrag "Kommunikation statt Maulkorb"</u> (wurde in der KV-Sitzung im November 2010 unter einem Vorwand nicht behandelt, obgleich er bereits eine Woche vorlag!)

Gegendarstellung zum "Maulkorb"-Erlass (Oktober 2010)

"Maulkorb"-Erlass von Anka Klotz (wird noch eingestellt)

Einspruch Bundesschiedsstelle (September 2010) gegen das Urteil in RLP

Solidarische Unterschriftenliste (publiziert in scharf-links)

Nur so nebenbei: Eine späte Antwort auf meinen Brief vom 04.06.2010, den ich an dieser Stelle erstmals veröffentliche, wäre zudem echt nett und politisch voll korrekt! - [weiter] (eingestellt: 12.10.13)

Meine Gegendarstellung im Parteiausschlussverfahren in RLP (August 2010):

Teil 1: Zusammenfassung

Teil 2: Gegendarstellung: Fraktions(neu)bildung

Teil 3: Gegendarstellung: DIE-LINKE-stadtpolitik-trier

Teil 4: Gegendarstellung: Öffentlichkeit

Teil 5: Politische Positionierung

MOBBING IN ANDEREN KREISVERBÄNDEN

Neuwied (Massenparteiaustritt Februar 2011)

Mainz (Artikel aus Januar 2011) *

* Der Artikel aus dem "Neuen Deutschland" wird seit geraumer Zeit durch ein überlagerndes Bild unleserlich gemacht. "Was soll das hier?" - Da versucht ein Journalist Geld zu verdienen (Haste mal 'nen Euro?) mit dem Satz: Linker Journalismus ist was wert! - Leider ist dieser Journalismus überhaupt nichts wert, wenn er - wie hier geschehen - Wahrheiten verhüllt, indem er Zusammenhänge kappt und unkenntlich macht, die evt. nicht auf einer Linie mit der offiziellen Ideologie des Neuen Deutschland liegen. - Vielen Dank! (01.04.15)

Bernkastel-Wittlich (Artikel aus September 2010)

Ludwigshafen (Text aus Juni 2009)

Report Mainz: Lafontaines Chaostruppe (Sendung 2008)

PARTEIAUSSCHLUSS-AKTIVITÄTEN IM KV TRIER-SAARBURG

Sieglinde Andersen war von 2006-2008 Mitglied der Landesschiedsstelle, als Albert Schtepschik, ehemalig u.a. PDS-Kreisvorsitzender des KV Trier-Saarburg, nach der Übernahme des Kreisverbandes durch Katrin Werner und Marc-Bernhard Gleißner auf deren Betreiben aus der Partei ausgeschlossen wurde: Kommentar in 16vor im August 2009

Sieglinde Andersen agierte im Jahre 2008 gegen die Mitgliedschaft von Wolfgang Schmitt in der Partei DIE LINKE und zog aufgrund der von ihr gesammelten Beobachtungen (dokumentierbar) einen Parteiauschluss von Schmitt in Erwägung.

Aufgrund antisemitischer Äußerungen war **Wolfgang Schmitt** bereits gezwungen u.a. von seinem WASG-Vorsitz zurückzutreten. Ihm drohte bereits in der WASG 2005 ein Parteiausschlussverfahren: TV-Artikel aus 2005

Im Sommer 2010 verbündeten sich Linde Andersen und ihr früherer Gegner Wolfgang Schmitt nun als Mitglieder im KV-Vorstand und agierten maßgeblich im Parteiauschlussverfahren gegen meine Person.

Anka Klotz verschickte 2009 einen Aufruf von KV-Mitgliedern, dass ich unmittelbar nach der Kommunalwahl mein Stadtratsmandat zurückgeben solle, beteiligte sich an dem Antrag auf meinen Parteiauschluss im August 2010 und stellte im November 2010 einen Antrag, der mir verbieten sollte, im Stadtrat öffentlich für die Partei DIE

LINKE zu sprechen. Dieses destruktive Engagement erstaunt umso mehr, als Anka Klotz parteipolitisch nicht in Erscheinung trat, bis sie im Sommer 2010 plötzlich in den Vorstand des KV Trier-Saarburg gewählt wurde.

Dabei wurde die Satzung der Partei DIE LINKE ignoriert, die eine solidarische Grundhaltung postuliert, und die Rechtslage in der Gemeindeordnung, die ein Mandat grundsätzlich an die von der Bürgerschaft gewählte Person bindet.

Weitere Unterstützer des Parteiauschlusses waren Andreas Göttlicher und Andreas Herbster, denen sowohl im Kreisverband als auch im Ausschlussverfahren die Rolle von Mitläufern zukommt.

TEXTE ZUM THEMA AUS 2010

Worüber nicht mehr geschwiegen werden darf Seit Anfang des Jahres 2010 sind einige Einbrüche, Diebstähle, Sachbeschädigungen und mutwillige Zerstörungen sowie ehrverletzende Beschimpfungen und üble Beleidigungen gegen mich gerichtet worden. Darüber habe ich mich ein halbes Jahr nicht geäußert. [weiter] (28. Juli 2010)

Zur Internetpräsenz linker Politik im Rat Am 13. Juli 2010 schreibt Marcus Stoelb in einem Artikel über die Internetpräsenz von Kommunalpolitkern folgenden Satz über mich: Weil Linken-Stadtratsmitglied Dr. Johannes Verbeek seinen Genossen nicht mehr über den Weg traut, hat auch er sich zwischenzeitlich einen eigenen Internetauftritt zugelegt ... [weiter] (19. Juli 2010)

Im Konflikt linksautoritär Wenn über die politischen Konflikte in Trier um die Neubildung der von Katrin Werner (MdB) am Weltfrauentag aufgekündigte Fraktion diskutiert wird, positionieren sich sporadisch Parteiinterne mit bestimmten Vorannahmen über die Bewältigung von Konflikten, die in diesem Artikel als Strategie enthüllt werden sollen. [weiter] (26. 6.2010)

"Trier" in Ludwigshafen: Am 22. Juni 2010 kündigte der linke Stadtrat Liborio Cicaarello die zweiköpfige Fraktion im Ludwigshafener Stadtrat auf. Als Gründe hierfür nannte er alle hier in Trier auch bekannten Strategien von politischem Mobbing: Kommunikaktionsverweigerung, systematische Blockade seiner politischen Positionen, Misstrauenvoten als Machtmittel des KV, mit zweierlei Maß messen, Nicht-Einhalten von Vereinbarungen, obwohl diese durch den Landesvorstand vermittelt wurden. Hier lesen Sie die Persönliche Erklärung von Cicarello sowie einen Beitrag in der Lokalpresse aus Ludwigshafen. (24. 6.2010)

Wie steht's mit der Inklusion, wenn's um Mitglieder geht? In der Präambel der Bundessatzung der Partei DIE LINKE steht am Ende der tolerante Satz: "Die neue Linke ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will." [weiter](30.5.2010)

Rücktritt vom Amt des KV-Vorsitzenden Trier-Saarburg Hiermit erkläre ich mit sofortiger Wirkung am 11. Mai 2010 meinen Rücktritt vom Amt des KV-Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Trier-Saarburg. Dies ist meine Konsequenz aus den unüberwindbaren Konflikten mit meiner Mitvorsitzenden Katrin Werner. Es handelt sich um einen Beitrag meinerseits zur Deeskalation der Konflikte und zu einem partiellen Neuanfang im KV Trier-Saarburg. [weiter]

STIMMEN

Pressemitteilung 29. August 2010

MdB Alexander Ulrich bedauert den Ausschluss von Johannes Verbeek

Mit großer Bestürzung habe ich zur Kenntnis genommen, dass Johannes Verbeek (DIE LINKE Trier) aus der Partei ausgeschlossen worden ist, weil er öffentlich die Partei und die stellvertretende Landesvorsitzende Kathrin Werner kritisiert hat. Nach meinem Verständnis kann ein Parteiausschluss nur die ultima ratio, das wirklich letzte Mittel sein. Dies scheint mir in diesem Fall nicht gegeben. Ohne Johannes Verbeek hätte es in Trier wahrscheinlich nie ein Stadtratsfraktion gegeben. Viele politische Erfolge in Trier wären ohne Johannes Verbeek nicht denkbar gewesen. Wenn solche Personen aus der Partei ausgeschlossen werden, ist dies ein schlechtes Signal in die Partei und für die

Öffentlichkeit. Ich werde das Gespräch mit Johannes Verbeek suchen und ihn entgegen seiner bisherigen Meinung bitten, Revision bei der Bundesschiedskommission einzulegen. DIE LINKE in Trier und in Rheinland-Pfalz braucht solche Persönlichkeiten wie Johannes Verbeek, die nicht immer einfach sind, aber mit großem Einsatz für unsere linken Ideale streiten. Mit diesem Parteiausschluss von Johannes Verbeek hat die Landesschiedskommission die Hürde für einen Parteiausschluss sehr tief gehängt. Daher gehe ich davon aus, dass auch mich das gleiche "Schicksal" ereilen wird."

Solidaritätsadresse mit über 60 Unterschriften in einem parteiinternen Forum

Offene Diskussion statt Maulkörbe (31.08.10)

Zu dem am Wochenende bekannt gewordenen Partei-Ausschluss von Johannes Verbeek, Trierer Ratsmitglied und ehemaliger Kreisvorsitzender DIE LINKE.Trier, erklären die UnterzeichnerInnen:

Wir haben mit großem Unverständnis und Erschrecken zur Kenntnis genommen, dass die Meinungsäußerung eines Mandatsträgers über ernst zu nehmende und tiefgreifende politische Probleme zu einem Parteiausschluss führt, weil die Äußerung presseöffentlich gemacht wird.

Als Partei, die sich in öffentlichen Wahlen um Stimmen bewirbt, ist es keineswegs allein eine parteiinterne Angelegenheit, wenn sich FunktionärInnen und MandatsträgerInnen wie Katrin Werner, Stellvertretende Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete, mit der Aufkündigung der Stadtratsfraktion in einer Art und Weise verhalten, die parteiintern und auch in der Öffentlichkeit sehr kritisch betrachtet wird.

Es kann nicht sein, dass Kritik daran zu einem Parteiausschluss führt ohne Ansehen der Begründung dieser Kritik.

Johannes Verbeek sieht im monatelangen Nicht-Ausüben des Stadtratsmandates und der Fraktionskündigung durch die Bundestagsabgeordnete und Stellvertretende Landesvorsitzende Katrin Werner die Politikfähigkeit der Trierer LINKEN gefährdet.

Dieser Position schließen wir uns ohne Abstriche an:

Den Wählerinnen und Wählern ist nicht zu vermitteln, wie Fraktionskündigungen und Nicht-Teilnahme an Stadtratssitzungen linke Politik befördern sollen.

Wir hoffen sehr, dass sich Johannes Verbeek doch noch zu einem Widerspruchsverfahren vor der Bundesschiedskommission und weitergehend eventuell vor ordentlichen Gerichten entscheidet. Wir hoffen weiter, dass die Bundesschiedskommission im Revisionsverfahren die Meinungsfreiheit und das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung bestätigt. Eine offene Diskussion ist Voraussetzung für demokratische Lösungen.

Maulkörbe schaffen bestenfalls Friedhofsruhe. Wir glauben, dass Sozialismus ohne Freiheit unmöglich ist und werden dafür kämpfen, dass diese Position in unserer Partei mehrheitsfähig bleibt.

Alles andere wäre ein Rückfall in überwunden geglaubte Zeiten, in denen sozialistischer Anspruch und reale Unfreiheit zwei Seiten der gleichen Medaille waren.

Jochen Bülow Barbara Eckes Heribert Schirm Olcay Kanmaz Wilhelm Vollmann Hans Werner Jung Bernhard Hilgers Frank Eschrich Rainer Stablo Bernd Kruse Peter Fuhr Karl Rösner Felix Konopka Annette Kanmaz Stefanie Beck Adreas Beck

Kommentar von "Beobachter" in 16vor im Dezember 2009

 \sim

[Luchten, 2012]

Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0). Darstellung des Parteiausschlussverfahrens der Gruppe um Katrin Werner gegen Dr. Johannes Verbeek

sind. Er schaut auf und sieht dennoch niemanden direkt an. Konrad Bauer ist bereit.

Hilde trifft in Begleitung ihrer Freundin Adelia ein paar Minuten später ein. Am Tisch sind nur noch zwei Plätze frei. Schnell setzt sie sich auf den Stuhl neben Wanda und verdreht die Augen. Wanda legt ihre Hand auf Hildes rechten Unterarm und sagt: "Nur ruhig. Wir haben noch gar nicht angefangen." Hilde ist dankbar und lächelt Wanda und Benedikt zur Begrüßung zu. Als Adelia sich neben Meta setzt, schlägt dieser der kalte Rauch von Zigarillos in die Nase. Adelia ist aber die einzige, die einen kurzen Gruß mit Meta und Heiner austauscht.

Heiner hat ein paar Minuten zugeschaut, wie sich alle inszenieren. Da sitzen ihm Menschen gegenüber, die das gesamte vergangene Jahr keinen inhaltlichen Beitrag zur politischen Arbeit geleistet haben. Sie fordern nun seinen Parteiausschluss. Er muss es schaffen, ruhig zu bleiben.

Im Abstand von einem Meter zu dem Tisch, an dem Heiner, Meta, Adelia, Hilde, Wanda, Benedikt und Konrad Platz genommen haben, steht ein kleiner Tisch mit einer türkisfarbigen Decke mit dem Parteilogo, um den sich nach und nach die Mitglieder der Schiedskommission versammeln – neben Detlef drei Frauen und ein weiterer junger Mann. Nur auf diesem Tisch stehen kleine Schüsseln mit Keksen und Nüssen, große Kaffeetassen und kleine Gläser für den Saft im Tetrapak.

Heiner schaut auf die Ladung zur mündlichen Anhörung, die unter dem Foliendeckblatt der Ringbindung seiner Texte steckt. Die Frauen sind Gitta Masch und Birgit Leu, die Ältere wahrscheinlich Ingrid Klein. Der Mann heißt Ferdinand Glaser. Meta hat die Mitglieder der Landesschiedsstelle gestern noch gegoogelt, aber nichts Interessantes herausbekommen.

Der Vorsitzende Detlef hat ein paar Blatt Papier vor sich liegen. Heiners umfangreiche Gegendarstellung hatte Detlef wohl in der Hand, als er soeben in den Raum kam, er legte den Text mit der grünen Ringbindung aber erstaunlicherweise sofort neben sich auf den Boden.

Keiner stellt sich vor. Stattdessen nennt Detlef Heringer seinen

vier Kollegen von der Schiedskommission nur schnell die Namen aller Anwesenden. Mit einem kurzen Blick in die Runde eröffnet er das Verfahren: "Fangen wir an. Ich bitte die Antragsteller, ihr Anliegen vorzutragen. Machen wir es am besten nacheinander. Hilde als Hauptantragstellerin beginnt bitte."

Hilde ist überrascht und schaut mit großen Augen fragend in die Runde. Keiner springt für sie ein. Wanda hält die flache Hand hoch und wehrt ab, Benedikt schaut auf seinen Bildschirm, Konrad Bauer sucht einen Stift in seiner Tasche. Hilde ist also unwiderruflich dran.

"Wir haben nichts vorbereitet, aber ich beginne einfach mal so, wie ich denke", sagt sie zum Vorsitzenden. Der nickt ihr aufmunternd zu.

Nun schaut Hilde überraschenderweise Heiner an und legt ihren Oberkörper dabei weit nach vorne über die Tischplatte, so als wolle sie ihm näher rücken, um Heiner etwas ganz Persönliches zu sagen. Ihr Tonfall ist betroffen.

"Es ist ja nicht so, dass wir nicht alles probiert haben. Wir haben gesprochen, wir haben gebeten, wir haben sogar gebettelt, wir haben gedroht. Aber Heiner hat einfach nicht gehört. Ich hatte immer wieder die Hoffnung, dass nach all den Versuchen, die desolate Situation zu ändern, sich nun doch endlich eine neue Möglichkeit der Zusammenarbeit ergeben könnte. Ich persönlich habe Arbeitserleichterungen entworfen, gejammert, wenn es nicht anders ging, manchmal die Fassung verloren, Heiner einzeln angesprochen und angeschrieben. Alles war ohne Erfolg."

Heiner sieht auf und erwidert den flehenden Blick der leidgeprüften Hilde. Er denkt in einfachsten Kategorien: Du verlogene Schlange.

Hilde fährt fort: "Wir haben in vielen Sitzungen versucht, eine Fraktion wieder herzustellen. Ich habe immer mein Bestes gegeben, dass Heiner einsieht, dass es so nicht geht. Ich habe Papiere verfasst und wollte ihn zur Vernunft bringen."

"Seit wann schreibst du Papiere?" entschlüpft es Heiner.

"Psst! Keine Zwiegespräche!", fährt Detlef dazwischen.

"Und als er dann in der einen Sitzung vor der armen Anja stand

[Archiv zu DIE LINKE RLP] Literatur zum Landesverband – DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

"Ken Kubota – DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel" <u>ken.kubota at die-linke-vulkaneifel.de</u>
Do Jun 20 13:00:34 CEST 2019

- Nächste Nachricht (dieses Gesprächs): [<u>Archiv zu DIE LINKE RLP</u>] <u>Probleme im Landesverband Rheinland-Pfalz / Verdacht auf Manipulation von Mitgliederdaten Dein Schreiben vom 17. Juni 2019</u>
- Nachrichten sortiert nach: [Datum] [Thema] [Betreff (Subject)] [Autor]

Literatur zum Landesverband - DIE LINKE, Landesverband Rheinland-Pfalz

[Luchten, 2012]
Vera Luchten, Hinterzimmerei, Leipzig 2012 (ISBN 978-3-942849-05-0).

[Stablo, 2016]

Rainer Stablo, Die Linke. Und ich. Politische Interventionen innerhalb und außerhalb der Partei sowie Gedanken und Gedankensplitter, Norderstedt 2016 (ISBN 978-3-7412-8900-2).

Bei einen Treffen hatte ich die Gelegenheit, die Person, die das Buch "Hinterzimmerei" [Luchten, 2012] verfasste, persönlich kennenzulernen, die mir im Gespräch auch bestätigte, dass es sich bei der Figur "Anja Kanter" um die (heutige) Trierer Bundestagsabgeordnete Katrin Werner (https://www.katrinwerner.de und bei der Figur "Heiner van der Velden" um Dr. Johannes Verbeek (http://johannes-verbeek.de), ehemals Mitglied im Stadtrat Trier, handelt.

Ken Kubota Vorstand

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel <http://www.die-linke-vulkaneifel.de/>
Kreisvorsitzende: Marlene Hilsenrath
Tel.: 0 65 99 / 9 27 45 07

Facebook <https://www.facebook.com/LINKE.Vulkaneifel/> • Twitter
<https://twitter.com/LinkeVulkaneifl>

----- nächster Teil -----

https://listi.jpberlin.de/mailman/private/archiv-zu-linke-rlp/2019-June/000014.html

Seite 1 von 2

Antrag auf Ausschluss gegen Christian Hirkes mit

manipulativer Darstellung: Weglassen der

Information, dass ein Download mit kryptographischem Schlüssel (unten rot

DIE LINKE
Parteivorstand unterstrichen) einem Anhang entspricht, d. h. eben

nicht öffentlich ist.

Die Manipulation wurde vermutlich vom

Landesverband (Jochen Bülow) insinuiert, zumal die

vielen Details vom Landesverband übermittelt

worden sein mussten.

Partel DIE LINKE - BGF - Kleine Alexanderstraße 28 - 10178 Berlin

DIE LINKE Landesschiedskommission RLP Gärtnergasse 24 55116 Mainz



Harald Wolf

Kommissarischer Bundesgeschäftsführer Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

Telefon: 030 24009-398 Telefax: 030 24009-310 harald.wolf@die-linke.de www.die-linke.de

Berliner Sparkasse Konto-Nr. 13 22 57 31 BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731

BIC: BELADEBEXXX

Antrag auf Ausschluss des Mitgliedes Christian Hirkes nach § 3 Abs. 4 Satz 2 der Landessatzung DIE LINKE.RLP und § 3 Abs. 4 Bundesatzung DIE LINKE

Berlin, 19. Dezember 2017

Antrag:

Ich beantrage wegen fortgesetzt parteischädigenden Verhaltens nach § 3 Abs. 4 Satz 2 der Landessatzung DIE LINKE.RLP und § 3 Abs. 4 Bundesatzung DIE LINKE den Ausschluss des Christian Hirkes aus der Partei DIE LINKE.

Begründung:

Christian Hirkes war Mitglied des Kreisvorstands und ist Mitglied des Sprecherrates des Stadtverbandes DIE LINKE.Koblenz. Als solcher hatte er Zugriff auf die Datenbank der Mitgliederverwaltung (MGL). Die damit verbundenen gesetzlichen Verpflichtungen waren Christian Hirkes bekannt.

Beweis: Anlage 1 / Datenschutzerklärung Hirkes

Christian Hirkes hat unter missbräuchlicher Verwendung des ihm zum Zwecke der Mitgliederverwaltung seines Stadtverbandes eingeräumten Zugangs, Mitgliedsdaten aller Mitglieder des Landesverbandes DIE LIN-KE..RLP heruntergeladen und gespeichert.

Beweis: Anlage 2/ Schreiben des Bundesschatzmeisters Thomas Nord vom 16.6.2017, S. 2 unten

Christian Hirkes hat diese Daten unter der webadresse:

www.dropbox.com/sh/xk7a0rduhmvirtn /AAAkZQgGhdW2oQl266zRgVtha?dl=0

im Internet weltweit zugänglich gemacht (zwischenzeitlich ist diese Adresse nicht mehr aufrufbar). Dort waren Adress- und weitere persönliche Daten hunderter Mitglieder einsehbar.

Beweis:

- 1) Selbstbezichtigung in Anlage 3 (S. 2 Ende Absatz 2 / Weiterleitung einer Email von Christian Hirkes durch Landeswahlleiter RLP an Fabian Bauer, Vertrauensperson des Landeswahlvorschlages RLP): "Zunächst einmal sende ich Ihnen die Excel Datei "Ross und Reiter" aus der die gebündelten Erkenntnisse meiner Überprüfung vor Ort von ca. 50% der Mitgliederdaten in RLP hervorgehen.
 - (...) Diese Datel befindet sich wie sämtliche andere Daten, u.a. Mitgliederlisten (MGL) (...), in dieser dropbox:

www.dropbox.com/sh/xk7a0rduhmvirtn /AAAkZQgGhdW2oQl266zRgVtha?dl=0